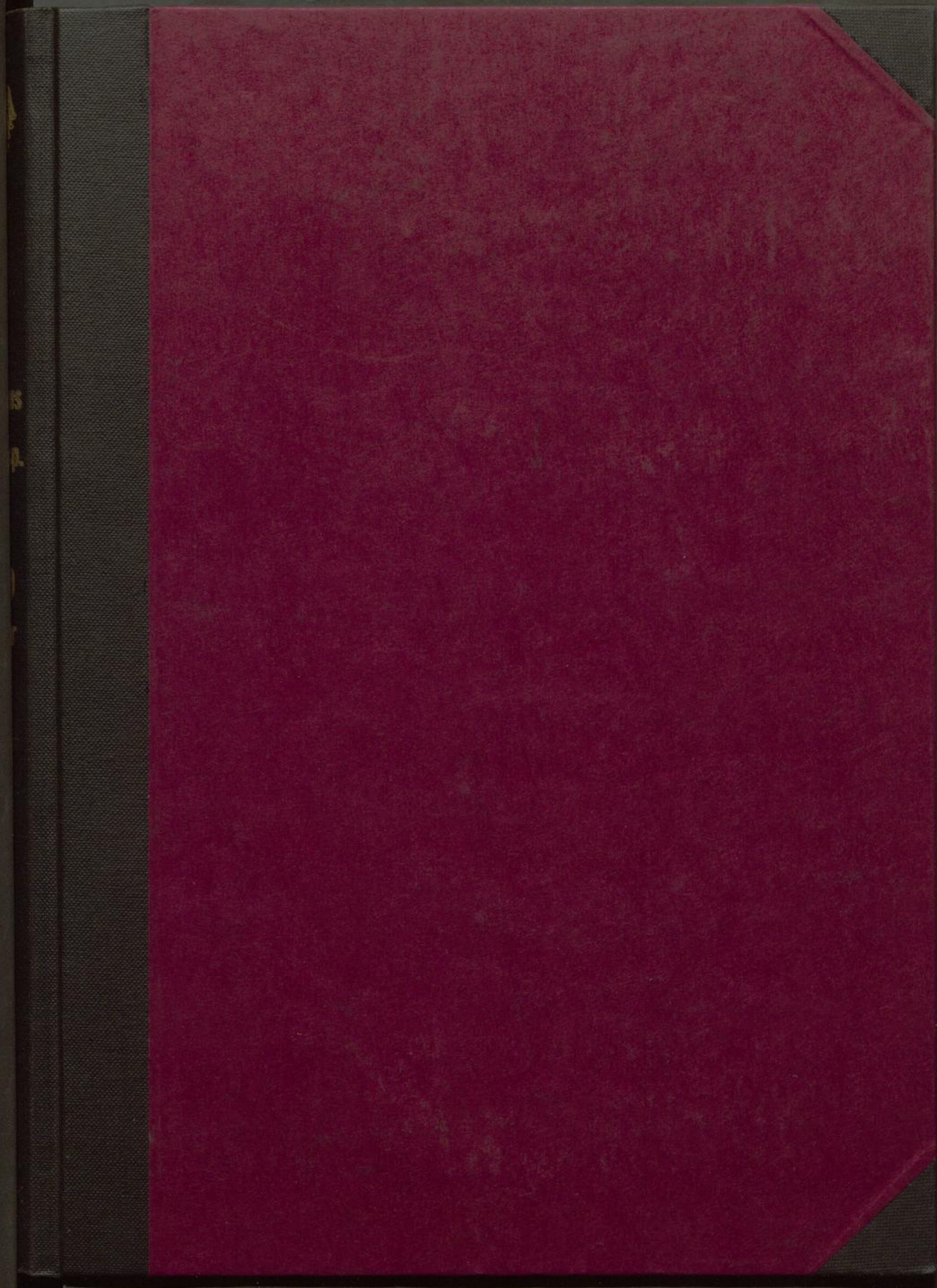




Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 2. Jänner 1989

Blatt 1

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Einbau des 2.000sten Aufzuges begonnen (3/FS: 31.12.1988)
- „Wohnen in Wien“ (4/FS: 31.12.1988)
- Verkehrsbetriebe: Alte Fahrscheine noch im Jänner gültig (5)
- Stubentor: Rohbauarbeiten beendet (5)
- Österreichischer Städtebund: 1988 brachte wichtige bundesgesetzliche Regelungen für die Gemeinden (6/7)
- Das Wiener Neujahrsbaby kam genau um Mitternacht (nur FS/1.1.)
- Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 60. Geburtstag von Arik Brauer (2/FS: 31.12.1988)
- „Krippenbasteln“ im Historischen Museum (2/FS: 31.12.1988)
- Straßenmusik 1989 (8)
- 80. Geburtstag von Architekt Eugen Wörle (9)

BLATTLINIE: Information der Massenmedien über aktuelle Ereignisse im Bereich der Stadt Wien

Der Medieninhaber Stadt Wien ist an folgenden Medienunternehmen beteiligt: Kabel-TV-Wien Gesellschaft m.b.H. sowie über die WIENER HOLDING Gesellschaft m.b.H. an deren Tochterunternehmen EKAZENT Bautenverwaltung Gesellschaft m.b.H., GEWISTA Werbegesellschaft m.b.H. mit Beteiligung an GEWISTA Wartehallen Werbung Gesellschaft m.b.H. und Kinoreklame Gesellschaft m.b.H., JUGEND & VOLK Verlagsgesellschaft m.b.H., Theater an der Raimundtheater Betriebsgesellschaft m.b.H. und TR-Verlagsunion Gesellschaft m.b.H., J & V Edition Wien Verlagsgesellschaft m.b.H., Theater an der Wien Betriebsgesellschaft m.b.H., Vereinigte Bühnen Wien Gesellschaft m.b.H., Wiener Messen und Congress Gesellschaft m.b.H. mit Beteiligung an Wiener Werbezentrale Gesellschaft m.b.H., Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. mit Beteiligung an Austria Wochenschau Gesellschaft m.b.H.

60. Geburtstag von Arik Brauer

Bereits am 31. Dezember 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 31.12. (RK-KULTUR) Der Maler, Komponist und Sänger Arik (Erich) BRAUER wurde am 4. Jänner 1929 in Wien geboren. Von 1945 bis 1951 studierte er gemeinsam mit Ernst Fuchs und Anton Lehmden bei Albert Paris Gütersloh an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Sein malerisches Werk wird der „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“ zugerechnet.

Nach einem Wanderleben als Maler, Sänger und Tänzer, das ihn durch Europa und Afrika führte, siedelte er sich 1964 im israelischen Künstlerdorf „Ein Hod“ an. Seit einigen Jahren lebt Brauer im Sommer dort und in den Wintermonaten in Wien.

1971 veröffentlichte Brauer seine erste Langspielplatte, 1973 wurde seine Fernsehshow „Alles was Flügel hat, fliegt“ gesendet.

Brauers Bilder und Graphiken befinden sich in Museen des In- und Auslands und werden auf internationalen Ausstellungen gezeigt. Daneben schuf er auch Bühnenausstattungen und Wandfresken.

Arik Brauer, der seit 1. Mai 1986 als Hochschulprofessor eine Malerei-Klasse der Akademie der bildenden Künste leitet, entwarf auch die Pläne für ein Wohnhaus in der Gumpendorfer Straße. (Schluß) red/bs

„Krippenbasteln“ Im Historischen Museum

Bereits am 31. Dezember 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 31.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Historische Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz lädt vom 2. bis 6. Jänner Kinder — vor allem von 7 bis 12 Jahren — täglich von 10 bis 14 Uhr, zum „Krippenbasteln“ ein. Materialien wie Kartons, Textilien und Farbstoffe stehen zur Verfügung. (Schluß) gab/rr

Einbau des 2.000sten Aufzuges begonnen

Bereits am 31. Dezember 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 31.12. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Wenige Tage vor Jahresende wurde mit den Arbeiten für den Einbau des 2.000sten Personenaufzuges in ein städtisches Wohnhaus begonnen. Seit dem Jahr 1957 wurden von der Magistratsabteilung 27 damit insgesamt fast 2.000 Personenaufzüge nachträglich in Gemeindewohnhäuser ein- bzw. angebaut. Der 2.000ste Aufzug wird in der Wohnhausanlage 10, Troststraße 68-70 eingebaut und voraussichtlich im Herbst 1989 in Betrieb gehen.

Der nachträgliche Einbau der Aufzüge wird zur Gänze aus öffentlichen Mitteln finanziert, die Mieter haben lediglich die laufenden Betriebskosten zu zahlen. Zur Bewältigung des großen Bauvolumens — ein Aufzug kostet zwischen ein und zwei Millionen Schilling und 150 werden jährlich errichtet — und der speziellen technischen Probleme, wurde schon 1974 eine eigene Personalgruppe eingesetzt.

Die ersten Aufzüge wurden 1957 in den neun Geschoße hohen Stiegen des „Reumannhofes“ in Wien-Margareten eingebaut. Technisch wurden im Laufe der Jahrzehnte unterschiedliche Varianten ausgeführt: sie reichen vom Einbau in ausreichende große Stiegenhäuser über den Anbau von verglasten Stahlskelett-Schachtkonstruktionen bis zu den heute sehr gebräuchlichen, der Architektur des Hauses angepaßten und an den Außenwänden angebauten Ziegelschächten.

Jährlich werden 150 bis 170 Ansuchen um nachträglichen Aufzugseinbau in Vormerkung genommen. Die Wartezeit beträgt durchschnittlich drei Jahre. Noch sind in Wiens Gemeindebauten etwa 1.000 Stiegen mit Aufzügen zu versorgen. Da für viele ältere Bewohner erst durch diesen Aufzugseinbau das Verlassen der Wohnung und das Erreichen der Wohnumgebung wieder möglich wird, ist diese Maßnahme auch unter sozialen Gesichtspunkten zu sehen. (Schluß) ah/bs

„Wohnen in Wien“**Studien zum Massenwohnen von 1848-1938**

Wien, 1.1. (RK-LOKAL/KULTUR) Im Rahmen der „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte“, einer Publikationsreihe des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, ist soeben im Verlag Franz Deuticke Band 19, „Wohnen in Wien. 1848-1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens“, von Wolfgang HÖSL und Gottfried PIRHOFFER erschienen. Der Band ist im Buchhandel zum Preis von 188 Schilling erhältlich.

Die beiden Autoren konnten bei ihrer mehrjährigen Arbeit am Manuskript zum Teil auf bereits publizierte Forschungsarbeiten zurückgreifen. Darüberhinaus versuchten sie vor dem Hintergrund neu erschlossenen Quellenmaterials, das bisher nur wenig beachtet bzw. noch nicht zur Verfügung gestanden war (darunter auch ausführliches Interviewmaterial mit „Zeitzeugen“) eine Neubewertung durchzuführen. Die wissenschaftlichen Studien versuchen — am Beispiel Wiens —, die konkreten Linien der Entwicklung des kapitalistischen Wohnbaus sowie die Herausbildung eines entsprechenden (Massen)Wohnmarktes nachzuzeichnen. Unter den behandelten Themen sind Kapital wie: Miethäuser und Erdlöcher, Vom Gewerbehäuser zur Zinskaserne, Zur Realisierung der Wohnung als „zinstragendes Kapital in Warenform“, Massenwohnungen in der Spätgründerzeit, Baugesellschaften und „Bodenspekulation“, „Musterhäuser“, Staatliche Wohnungspolitik, Mieterschutz, „Stadterweiterung“, kommunaler Wohnbau u.a. (Schluß) am/bs

Bereits am 1. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Verkehrsbetriebe: Alte Fahrscheine noch im Jänner gültig

Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) Mit Montag, 2. Jänner, treten bei den Wiener Verkehrsbetrieben neue Tarife in Kraft. Die wichtigsten Merkmale: die Einzelfahrt wird im Rahmen einer „Vier-Fahrten-Streifenkarte“ 14 Schilling kosten, die Monatsnetzkarte 410 Schilling und die Jahresnetzkarte 4.100 Schilling, die „Acht-Tage-Umwelt-Streifenkarte“ 220 Schilling. Der Einzelfahrschein im Fünfer-Block wird nicht mehr verkauft. Neu eingeführt wird eine übertragbare Monatsnetzkarte um 600 Schilling sowie eine Tagesnetzkarte um 40 Schilling.

ACHTUNG: Die alten Fahrscheine können noch bis Ende Jänner ohne Aufzahlung verwendet werden. Vom 2. Jänner bis 31. März werden alte Fahrscheine in allen betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe (nicht in Trafiken) zurückgenommen. (Schluß) roh/gg

Stubentor: Rohbauarbeiten beendet

Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) In der vergangenen Woche konnten nach nur 48monatiger Bauzeit die Rohbauarbeiten am U 3-Bauabschnitt „Stubentor“ termingemäß abgeschlossen werden. 2.400 Laufmeter Tunnel wurden unter schwierigen Bedingungen, zum Teil auch unter Druckluft, nach der „Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode“ zwischen Landstraße und Stephansplatz beziehungsweise Julius-Raab-Platz bergmännisch hergestellt.

Die dazwischenliegende U-Bahn-Station „Stubentor“ wird Aufgänge am Parkring sowie in die Wollzeile und am Dr.-Karl-Lueger-Platz haben. Dadurch ist einerseits eine gute Anbindung der U-Bahn-Linie 3 an die bestehenden öffentlichen Verkehrsmittel andererseits auch eine Erschließung des innerstädtischen Raums gegeben. Im Bereich der Stubenbastei wurden im Zuge der Rohbauarbeiten umfangreiche archäologische Grabungen durchgeführt, und Teile der Stadtmauer soweit ausgegraben, daß sie in die U-Bahn-Station „Stubentor“ integriert werden können. Die als Baustelleneinrichtungsflächen genutzten Bereiche werden nach der Rücklegung von Einbauten ab Frühjahr 1989 wieder instandgesetzt werden. (Schluß) roh/rr

österreichischer Städtebund: 1988 brachte wichtige bundesgesetzliche Regelungen für die Gemeinden

**1989 – Starke Investitionstätigkeit der Städte;
Städte tag im Zeichen der Europa-Diskussion**

Wien, 2.1. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des Jahreswechsels zog der Österreichische Städtebund Bilanz über das abgelaufene Jahr und seine Bedeutung für die Kommunalpolitik. Trotz aller Schwierigkeiten kann es als ein erfolgreiches Jahr betrachtet werden. Mit der Verankerung des Österreichischen Städtebundes in der Bundesverfassung, der Aufnahme als Verhandlungspartner im Finanzausgleichsgesetz und der Beteiligung der Gemeinden an der Kapitalertragsteuer wurde der Bedeutung der Städte und Gemeinden im öffentlichen Leben Rechnung getragen.

Verankerung in der Bundesverfassung

„1988 ist ein Meilenstein in der österreichischen Kommunalpolitik“, erklärte der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, anlässlich der Beschlußfassung des Nationalrates über die Bundesverfassungsgesetznovelle 1988, mit der der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund berufen sind, die Interessen der österreichischen Gemeinden zu vertreten. Mit diesem Beschluß vom 29. November wurde nicht nur eine jahrzehntelange Forderung erfüllt, sondern auch ein wichtiger Schritt getan, um die Gemeinden noch stärker als bisher als Partner im föderalen System Österreichs anzuerkennen, was auch im Hinblick auf die künftigen Strukturen Europas von Bedeutung ist. Österreich hat hier eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen.

Städtebund auch im Finanzausgleichsgesetz

Städtebund und Gemeindebund wurden auch in das neue Finanzausgleichsgesetz aufgenommen. Danach hat der Bund vor steuerpolitischen Maßnahmen und Regelungen, die die Gemeinden finanziell belasten, den Österreichischen Städtebund in die Verhandlungen einzubeziehen. Damit wurde ein wichtiger Schritt zur besseren Vertretung der Interessen der Gemeinden gesetzt.

23-Prozent-Beteiligung an der Kapitalertragsteuer II

Die mit 1. Jänner 1989 in Kraft getretende Steuerreform ließ bei den Gemeinden einen Einnahmenentgang von 2,5 Milliarden Schilling befürchten. In den Finanzausgleichsgesprächen ist es gelungen, die Partner davon zu überzeugen, daß die Gemeinden diese Einnahmenentgänge nicht mehr verkraften können und niemandem gedient ist, wenn die Gemeindeautonomie auf finanziellen Gebiet ausgehöhlt würde. So war es möglich, zumindest einen 23-Prozent-Anteil an der „Kapitalertragsteuer II“ zu vereinbaren. Die Gesamtauswirkungen bieten selbst unter Berücksichtigung dieses Anteils keinen Grund zum Jubeln, mußten doch andere Forderungen an den Finanzausgleich zurückgestellt werden. Durch den raschen Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen haben die Gemeinden jedoch eine klare Basis für die Erstellung ihrer Voranschläge bekommen.

1989 geringe Budgetausweitung – Städte investieren jedoch kräftig

Für 1989 sagen die Wirtschaftsforscher eine günstige Konjunkturentwicklung voraus. Nach einem kräftigen Wachstum im Jahr 1988 soll die österreichische Wirtschaft 1989 real um drei Prozent expandieren.

Auch das Investitionsverhalten der österreichischen Städte wird sich 1989 positiv auf die heimische Konjunktur auswirken. Die 14 größten Städte Österreichs (ohne Wien als Land und Gemeinde) werden ihre Investitionen

von 5,1 Milliarden Schilling laut Voranschlag 1988 auf 5,6 Milliarden Schilling im Jahr 1989 ausweiten. Das entspricht einer Steigerung von rund 9 Prozent.

Besonders stark werden die Investitionen der Stadtwerke sowohl in Wien wie in den übrigen Städten — nämlich um rund 13 Prozent — erhöht. Schwerpunkte sind die Energieversorgung und der öffentliche Nahverkehr. Positiv wirkt sich dabei aus, daß im Finanzausgleichsgesetz 1989 der Investitionszuschuß des Bundes für städtische Nahverkehrseinrichtungen erstmals gesetzlich geregelt und damit die Finanzierung auf eine bessere rechtliche Basis gestellt wurde.

„Obwohl die Steuerreform 1988 deutliche Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte erwarten läßt und von den Gemeinden äußerste Sparsamkeit abverlangt wird, setzen die Städte mit ihren Investitionen ein kräftiges Signal zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Sie geben damit auch einen starken Impuls für die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Konjunktur“, erklärte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dr. Erich PRAMBÖCK.

Städtetag 1989 im Zeichen der Europa-Diskussion

Die Veränderungen in Europa und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden werden Gegenstand der Diskussionen am Österreichischen Städtetag bilden, der von 8. bis 10. Mai 1989 in Villach stattfinden wird. Der Österreichische Städtetag wird sich unter anderem mit den Auswirkungen einer EG-Annäherung auf die kommunalen Finanzen und die Wirtschaftsförderung der Gemeinden, aber auch mit den Durchgriffsmöglichkeiten internationaler Organe und der Gemeindeautonomie befassen. Der Österreichische Städtebund erwartet sich, daß die Ergebnisse der Beratungen des Städtetages in die Verhandlungsposition des Bundes mit der EG einfließen. (Schluß) stb/gg

Forts. von Blatt 6

Straßenmusik 1989

Wien, 2.1. (RK-KULTUR) Die Straßenmusikverordnung der Stadt Wien 1989 ist mit 1. Jänner in Kraft getreten. Damit wird — gegenüber dem früheren Termin am 1. April — der Tatsache Rechnung getragen, daß in den Wiener Fußgängerzonen inzwischen rund ums Jahr musiziert wird. Die Regelungen bleiben gegenüber den vergangenen Jahren unverändert: Musizieren ohne Anmeldung ist Einzelpersonen oder Gruppen bis zu drei Personen ab 14 Jahre gestattet. Lautstarke Instrumente wie Trommeln oder Blechblasinstrumente ohne Dämpfer dürfen nicht verwendet werden, das Absammeln von Spenden und das Errichten von Aufbauten ist nicht gestattet. Musikgruppen müssen unter anderem zueinander 50 Meter, zu Kirchen 25 Meter Abstand halten.

Folgende Plätze und Straßen stehen den Straßenmusikanten zur Verfügung:

Am Hof, Fußgängerbereich 11 bis 20 Uhr
Graben von der Jungferngasse bis zur Seilergasse, 17 bis 21 Uhr
Kärntner Straße von der Singerstraße bis zur Philharmonikerstraße,
17 bis 21 Uhr
Michaelerplatz, Gehsteig vor der Hofburg, 17 bis 21 Uhr
Schwedenplatz, Fußgängerzone, 11 bis 20 Uhr
Karlsplatz, Bereiche vor den Passagenausgängen, 11 bis 20 Uhr
Spittelberggasse, 17 bis 21 Uhr

Weiters darf in Favoriten beim Hansson-Einkaufszentrum und in Teilen der Fußgängerzone Favoritenstraße — Reumannplatz und in einem Teil der Meidlinger Hauptstraße musiziert werden. (Schluß) gab/rr

80. Geburtstag von Architekt Eugen Wörle

Wien, 2.1. (RK-KULTUR) Der Architekt Eugen WÖRLE wurde am 3. Jänner 1909 in Bregenz geboren.

Nach der Matura studierte er an der Staatsgewerbeschule in Innsbruck und ging dann nach Wien zu Clemens HOLZMEISTER an die Akademie der bildenden Künste. Nach Beendigung des Studiums arbeitete Wörle zunächst als Assistent bei Architekt Max FELLERER, wurde 1936 dessen ständiger Mitarbeiter und gleichberechtigter Kompagnon. In dieser, durch völlige Übereinstimmung der künstlerischen Auffassungen gekennzeichneten Gemeinschaft entstanden zahlreiche Bauten sowie verschiedene Laden- und Wohnungseinrichtungen, u. a. eine Wohnhausanlage in Linz, ein Landhaus am Traunsee, die Wohnhausanlage in der Per-Albin-Hansson-Siedlung zusammen mit einer Gruppe gleichgesinnter Architekten, das Strandbad Gänsehäufel, der Wiederaufbau von Wohnhäusern in Wien, Salzburg und Graz, das Parkhotel „Mirabell“ und die Kongreßhalle in Salzburg, der Neubau des Finanzministeriums und der Akademie für angewandte Kunst auf dem Stubenring in Wien, der Wiederaufbau des Parlaments und das ehemalige Haas-Haus auf dem Stephansplatz, sowie das Mozarteum in Salzburg.

1969 plante und errichtete er eine Wohnhausanlage in Mödling, die sogenannte „Goldene Stiege“.

1956 erhielt Wörle den Preis der Stadt Wien für Architektur, 1964 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse und 1978 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. (Schluß) red/gg

Chef vom Dienst:
42 300/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 3. Jänner 1989

Blatt 10

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Über 4.000 besuchten die Ausstellung „Anders Wohnen“ (11)

Weitere Verringerung von Spitalsbetten in Wien (12/13)

Österreichischer Städtebund: EG-Annäherung darf Städte und Gemeinden nicht einseitig belasten (15)

Kein Wellenbad im Dianabad (nur FS)

Bezirke:

Bausperre in Simmering (11)

Sport:

Ab 15. Jänner wieder Aktion „Fahrt zum Schnee“ (14)

Über 4.000 besuchten die Ausstellung „Anders Wohnen“

Im Februar in Salzburg

Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL) Über 4.000 Besucher wurden bei der Ausstellung „Anders Wohnen — mitplanen, mitbauen, mitbestimmen“ im Karl-Marx-Hof gezählt. In der Ausstellung wurden erstmals in Österreich 80 Beispiele von Mitbestimmung im Wohnbereich gezeigt und damit eine erstaunliche, von der Öffentlichkeit fast unbemerkte Entwicklung dokumentiert. Besonders auffallend war das Interesse von Schulklassen und Studenten, von deutschen Besuchergruppen und Bewohnern des Karl-Marx-Hofes.

Die Ausstellung wird bereits im Februar in Salzburg gezeigt. Konkretes Interesse wurde auch aus den Bundesländern Steiermark, Oberösterreich und Vorarlberg angemeldet. Und mehrere deutsche Städte, wie Hamburg, Berlin, Frankfurt oder Karlsruhe, wollen die Ausstellung ebenfalls zeigen. (Schluß) ah/rr

Bausperre in Simmering

Wien, 3.1. (RK-BEZIRKE) Im Zuge des weiteren Ausbaues des U-Bahn-Netzes soll unter anderem die U 3 nach Simmering verlängert und mit der Schnellbahn verknüpft werden. Die Detailplanungen sind bereits eingeleitet. Um die Planung nicht durch unerwünschte Bauführungen zu gefährden, soll für den Bereich Simmeringer Hauptstraße/Kaiser-Ebersdorfer Straße eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden.

Der Entwurf liegt vom 5. Jänner bis 2. Februar während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Weltere Verringerung von Spitalsbetten in Wien

Stacher verweist auf Wiener Leistungen für Nichtwiener Patienten

Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL) Obwohl in Wien in den vergangenen 15 Jahren die Zahl der Akutbetten in den Krankenhäusern bereits um 6 Prozent verringert wurde, hat die Stadt vor kurzem einer weiteren Reduzierung zugestimmt. Um die Zusammenarbeit im Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) nicht zu gefährden, wird Wien bis Ende 1990 zusätzlich noch 349 Akutbetten abbauen. Der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, läßt aber keinen Zweifel daran, daß jetzt auch einmal über die Leistungen der Wiener städtischen Spitäler für Nichtwiener Patienten gesprochen werden muß. Für diese Leistungen muß es einen finanziellen Ausgleich geben.

Wie Stadtrat Stacher Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ hervorhob, wurde in Wien die Zahl der Akutbetten zwischen 1973 und 1987 bereits um 781 vermindert. Im gleichen Zeitraum wurde in den anderen Bundesländern — zusammengekommen — noch um 2.577 Akutbetten aufgestockt. Wien habe also schon vor der neuen KRAZAF-Verbarung große Vorleistungen zur Reduzierung der Akutbetten erbracht. Dabei versorge Wien jedoch nicht nur seine 1,481 Millionen Einwohner (19,6 Prozent der österreichischen Bevölkerung), sondern 1,887 Millionen Menschen (25 Prozent der Österreicher) mit Krankenhausleistungen.

Stacher verlangt Diskussion über Nichtwiener Patienten in Wien

Man müsse daher, so der Wiener Gesundheitsstadtrat, endlich einmal eine Diskussion über die Kosten der Fremdpatienten in Wien führen. 1988 betrug die — aus Durchschnittswerten errechnete — Pflegegebühr in den Wiener städtischen Krankenanstalten pro Tag 2.490 Schilling. Davon bezahlten die Krankenkassen 940 Schilling und der KRAZAF im Durchschnitt 475 Schilling. Die Stadt Wien mußte pro Tag 1.075 Schilling zuschießen. Im Wiener Allgemeinen Krankenhaus betrug die Pflegegebühr pro Tag 3.900 Schilling. Davon ersetzten die Krankenkassen 940 Schilling und der KRAZAF 646 Schilling. Hier mußte die Stadt Wien pro Tag und Patient 2.314 Schilling zuzahlen.

Allein auf der Basis der Pflegegebühren ergaben sich für die Stadt Wien Kosten von rund 800 Millionen Schilling für die stationäre Betreuung von Nichtwiener Patienten. Nun sind aber die Pflegegebühren ein Durchschnittssatz, der aus allen Untersuchungen und Behandlungen errechnet wird — von einer einfachen Behandlung bis zur Knochenmarkstransplantation. Die Patienten aus den anderen Bundesländern nehmen aber zu einem sehr hohen Prozentsatz medizinische Spitzenleistungen in der Diagnose und in der Therapie in Anspruch.

Hoher Anteil an medizinischen Spitzenleistungen

So wurden zum Beispiel 1986 in Wien durchgeführt (in Prozenten von ganz Österreich):

Percutane Steinzertrümmerung	62,2 Prozent
Transplantation Knochenmark	61,5 Prozent
Behandlung schwangerer Diabetikerinnen	59,7 Prozent
Transplantation Herz	58,8 Prozent
Ausgewählte zytostatische Chemotherapie-Verfahren	56,6 Prozent
Transplantation Leber	44,7 Prozent
Transplantation Niere	44,4 Prozent
Operative Eingriffe an Hirngefäßen	40,7 Prozent

Nicht weniger als 35,4 Prozent der medizinischen Spitzenversorgungsleistungen von Österreich wurden 1986 in Wien erbracht. Diese Leistungen

der medizinischen Spitzenversorgung sind aber entsprechend kostenintensiv:

Transplantation Knochenmark (durchschnittlich)	835.000 Schilling
Transplantation Herz	497.000 Schilling
Transplantation Leber	456.000 Schilling
Transplantation Niere	287.000 Schilling
Herzklappenersatz-Operation	150.000 Schilling
Gerinnungsfaktorensubstitution	245.000 Schilling
Replantation von Extremitäten und -teilen	105.000 Schilling
Ausgewählte zytostatische Chemotherapie-Verfahren	70.000 Schilling
Operative Eingriffe an Hirngefäßen	60.000 Schilling

Wiener Steuerzahler müssen entlastet werden

Die Zuschüsse der Stadt Wien zu den Untersuchungen und Behandlungen der Fremdpatienten sind daher tatsächlich weit höher als sie sich aus den durchschnittlichen Pflegesätzen pro Tag ergeben. Dazu Stacher: „Es ist vernünftig, wenn medizinische Spitzenleistungen, die heute die neuesten medizintechnischen Einrichtungen mit hohen Investitions- und Betriebskosten erfordern, nicht nur den Wienern, sondern auch Patienten aus den Bundesländern zur Verfügung stehen. Es ist aber sicherlich nicht möglich, daß weiterhin die Wiener Steuerzahler Leistungen für Nichtwiener Patienten bezahlen müssen, während sich andere Bundesländer Kosten der Spitzenversorgung ersparen und dadurch wesentlich geringere Krankenhauskosten haben.“ (Schluß) sc/gg

Forts. von Blatt 12

Ab 15. Jänner wieder Aktion „Fahrt zum Schnee“

Wien, 3.1. (RK-SPORT) Bereits zum 21. Mal führt das Sportamt in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis die beliebten Tagesskifahrten im Rahmen der Aktion „Fahrt zum Schnee“ durch, die vom 15. Jänner bis 5. März an acht aufeinanderfolgenden Sonntagen angeboten wird.

Teilnahmeberechtigt sind:

- Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren (in Begleitung wenigstens eines Erwachsenen) — die Skizwerge in Skikindergarten;
- Kinder im Alter von sechs bis acht Jahren (in Begleitung eines Erwachsenen);
- Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 16 Jahren (die Mitreise von Familienangehörigen ist möglich) und
- Geschwister über 16 Jahre und Eltern (Teilnahme am Skikurs ist Begleitpersonen nicht möglich).

Die Fahrten in die schönsten Skigebiete in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt erfolgen mit Bussen, wobei acht Abfahrtsstellen in Wien eingerichtet werden. Die Rückkehr der Busse ist für ca. 18 Uhr vorgesehen.

Die Kosten für eine Fahrt betragen für Skikursteilnehmer und Skizwerge 90 Schilling, für Begleitpersonen 130 Schilling.

Anmeldungen am 9. und 10. Jänner

Anmeldungen für die Aktion „Fahrt zum Schnee“ sind am 9. und 10. Jänner von 14 bis 19 Uhr im Sportamt, Wien 1, Ebendorferstraße 4, 1. Stock, möglich. Es können dabei sowohl Einzeltermine als auch alle Termine gemeinsam gebucht werden.

Kurstermine:

- 15. Jänner: Gruppeneinteilung und Üben in Leistungsgruppen
- 22. Jänner: Üben in Leistungsgruppen
- 29. Jänner: Üben in Leistungsgruppen
- 5. Februar: Faschingslauf in Maske und Kostüm
- 12. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 19. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 26. Februar: Üben in Leistungsgruppen
- 5. März: Abschlußskirennen für alle Kursteilnehmer

Nähere Auskünfte, wie etwa die genauen Abfahrtszeiten, erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter der Telefonnummer 42 800/2799 oder 2733.
(Schluß) hof/rr

Österreichischer Städtebund: EG-Annäherung darf Städte und Gemeinden nicht einseitig belasten

Wien, 3.1. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) „Die für 1992 angekündigte zweite Etappe der Steuerreform darf die Städte und Gemeinden nicht einseitig belasten“, erklärte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK, auf Meldungen, daß seitens des Bundes im Zuge der EG-Annäherung eine Senkung der Mehrwertsteuersätze geplant sei. Die Gemeinden erhalten derzeit aus der Mehrwertsteuer einen Anteil von 11,8 Prozent, was für die Gemeinden Einnahmen von rund 15 Milliarden Schilling bedeutet. Eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes würde sich somit bei den österreichischen Gemeinden auf der Einnahmenseite mit Milliardenverlusten niederschlagen. „Dabei müssen die Städte und Gemeinden ohnedies zunächst einmal den finanziellen Einnahmenentgang von knapp zwei Milliarden Schilling jährlich verkraften, die die mit 1. Jänner 1989 in Kraft getretene Steuerreform gebracht hat“, erklärte Pramböck weiter.

„Wenn der Bund zum Ausgleich für eine Senkung bei den Mehrwertsteuersätzen andere Abgaben, wie etwa die Mineralölsteuer, zu erhöhen beabsichtigt, dann müssen die Gemeinden an diesen Abgaben mindestens im gleichen Ausmaß wie bei jenen Abgaben beteiligt werden, bei denen Steuersenkungen vorgenommen werden. Derzeit haben die Gemeinden bei der in die Diskussion gebrachten Mineralölsteuer nur einen Anteil von 2,8 Prozent. Es geht nicht an, daß die Städte und Gemeinden die Lasten der EG-Annäherung tragen und der Bund Mehreinnahmen — bei der Mineralölsteuer hat er immerhin einen Anteil von 88,5 Prozent — praktisch ausschließlich für sich in Anspruch nimmt.“

Gänzlich unverständlich wäre, wenn die Gemeinden an den Kosten des EG-Mitgliedsbeitrages beteiligt werden sollten. Den derzeitigen Regelungen entsprechend, würde der Mitgliedsbeitrag Österreichs rund 20 Milliarden Schilling ausmachen. Da die EG eine Gemeinschaft der nationalen Staaten ist, hätte selbstverständlich der Bund diesen Mitgliedsbeitrag zu leisten, wie dies auch in anderen Ländern derzeit der Fall ist, schloß Pramböck. (Schluß) stb/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 4. Jänner 1989

Blatt 16

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP für mehr Bürgerfreiheit in Wien (23)

Kommunal/Lokal:

Ausstellungsprogramm 1989 des Wiener Stadt- und Landesarchivs (18)

Brückenwaage am Meidlinger Markt aufgelassen (20)

MA 48 zahlt 200 Schilling für ein Autowrack (21)

Radweg Leystraße zur Benützung frei (22)

Alarmstufe zwei nach Brand (nur FS/3.1.)

Bezirke:

Neuer Flächenwidmungsplan in Simmering (17)

Kultur:

Wiener Veranstaltungsservice mit 48 Verkaufsstellen (19)

Neuer Flächenwidmungsplan in Simmering

Wien, 4.1. (RK-BEZIRKE) Für ein 20 Hektar großes Gebiet in Simmering wurde der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan überarbeitet. Große Teile des Planungsgebietes zwischen der Kaiser-Ebersdorfer Straße, der Floridan-Hedorfer-Straße und der Simmeringer Hauptstraße sind als Grünland/Erholungsgebiet gewidmet. Dem Bauland sind die an der Simmeringer Hauptstraße und Kaiser-Ebersdorfer Straße gelegenen Grundflächen zugeordnet. Mit der Planung sollen folgende Ziele erreicht werden: die Vorsorge für das Wohnen, die Sicherung überörtlicher Grünverbindungen sowie die Vorsorge für Sport- und Erholungseinrichtungen.

Der Entwurf liegt vom 5. Jänner bis 2. Februar während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

Ausstellungsprogramm 1989 des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Wien, 4.1. (RK-LOKAL) Ein interessantes Ausstellungsprogramm bietet das Wiener Stadt- und Landesarchiv auch 1989. Es ist übrigens ein besonderes Jahr, denn das Archiv feiert am 25. Juni seinen 100. Geburtstag. Die kleinen Ausstellungen, die ausgewählte Themen der Wiener Stadtgeschichte behandeln, sind an drei Stellen im Rathaus zu sehen: in der Schmidthalle, auf Stiege 6, im 1. Stock (vor den Archivräumen) und im Arkadenhof.

Das Landesarchiv stellt für Interessierte zu den einzelnen Ausstellungen kleine Informationsbroschüren zur Verfügung, in denen die größeren Zusammenhänge des jeweiligen Themas dargelegt werden.

1989 werden folgende Ausstellungen im Rathaus gezelgt:

- „Anton Behsel. Kartograph und Stadtbauinspektor in Wien“.
Stiege 6, 1. Stock: 16 Jänner bis 31. März.
- „Spuren der Vergänglichkeit. Aufgelassene und verschwundene Friedhöfe in Wien“.
Schmidthalle: 16. Jänner bis 31. März;
Stiege 6, 1. Stock: 3. April bis 16. Juni.
- „Der Wienerwald“.
Schmidthalle: 3. April bis 16. Juni;
Stiege 6, 1. Stock: 19. Juni bis 6. Oktober.
- „100 Jahre Wiener Stadt- und Landesarchiv“.
Schmidthalle: 22. Juni bis 31. August;
Stiege 6, 1. Stock: 9. Oktober bis 29. Dezember.
- „Wien. Entwicklung und Erscheinung“.
(Jubiläumsausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs).
Arkadenhof: 22. Juni bis 31. August.
- „Entwicklung des Wahlrechts in Wien“.
Schmidthalle: 9. Oktober bis 29. Dezember;
Stiege 6, 1. Stock: 15. Jänner bis 30. März 1990.

Die Ausstellungen des Wiener Stadt- und Landesarchivs sind Montag bis Freitag (Feiertage ausgenommen) von 8 bis 18 Uhr zu sehen. (Schluß)
am/rr

Wiener Veranstaltungsservice mit 48 Verkaufsstellen

Karten von acht Veranstaltern

Wien, 4.1. (RK-KULTUR/LOKAL) An 36 Stellen in Wien, an neun in Niederösterreich und an drei im Burgenland bietet derzeit die Wiener Veranstaltungsservice Gesellschaft m.b.H. die Eintrittskarten von acht Veranstaltern an. In wenigen Sekunden kann man auf dem Computer feststellen, ob und welche Karten noch vorhanden sind. Entschließt man sich zum Kauf, werden die Eintrittskarten sofort ausgedruckt.

Vom Jänner bis November des abgelaufenen Jahres wurden in den mit dem Zentralcomputer des Wiener Veranstaltungsservice verbundenen Filialen der CA, der Ersten und der Z mehr als 22.000 Karten verkauft, das ist eine Steigerung um rund 60 Prozent.

Aber auch der „Kartenverbund“ zwischen den einzelnen Veranstaltern bewährt sich immer mehr. So verkaufte von Jänner bis November 1988 die Wiener Stadthalle an ihren Vorverkaufsstellen mehr als 3.800 Karten für das Raimundtheater und mehr als 2.000 Karten für das Theater an der Wien.

Folgende Veranstalter sind derzeit an das Wiener Veranstaltungsservice angeschlossen:

- Austria Center Vienna
- Burgenländische Haydn-Festspiele
- Raimundtheater
- Ronacher
- Theater an der Wien
- Wiener Festwochen
- Wiener Messen
- Wiener Stadthalle.

Die Gesellschafter der Wiener Veranstaltungsservice Gesellschaft m.b.H. sind: Stadt Wien, Wiener Handelskammer, Wiener Holding Gesellschaft m.b.H., Creditanstalt-Bankverein, Die Erste Österreichische Spar-Casse-Bank, Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien. (Schluß) wh/gg

Brückenwaage am Meidlinger Markt aufgelassen

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Wegen zu geringer Frequenz wird die städtische Brückenwaage im Marktamtsgebäude am Meidlinger Markt aufgelassen. Im Bereich des Marktamtes stehen nun Brückenwaagen — sie werden von Geschäftsleuten, aber auch im Auftrag der Polizei für die Abwaage von Fahrzeugen und Anhängern verwendet — an folgenden Orten zur Verfügung:

- Marktamtsgebäude 11, Simmeringer Markt
- Brückenwaage in Wien 15, Meiselmarkt
- Brückenwaage am Großmarkt 23, Wien-Inzersdorf

(Schluß) hrs/rr

MA 48 zahlt 200 Schilling für ein Autowrack

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Immer wieder sieht man in Wiens Straßen „herrenlose“ Autowracks, die ja wirklich keine Zierde für das Stadtbild darstellen. Die MA 48 hat sich nun etwas einfallen lassen, um einen Anreiz zu bieten, Autowracks nicht einfach herumstehen zu lassen und zu „vergessen“. Sie zahlt pro Wrack 200 Schilling. Die Aktion, die nur in Wien durchgeführt wird, läuft den ganzen Jänner und gilt nur für Privatpersonen aus Wien.

Zur persönlichen Absicherung sollte man folgende Formalitäten erfüllen:

- Abmeldung des Fahrzeugs bei der zuständigen Zulassungsbehörde
- Ansprechen von Kfz-Verwertungsbetrieben, um das Wrack privat zu verkaufen.
- Ist das Fahrzeug nicht oder nur schwer verkäuflich, schickt man unter Beilage des Typenscheines oder der Einzelgenehmigung eine Verzichtserklärung an die MA 48, 1050 Wien, Einsiedlergasse 2. Scheint man im Typenschein nicht als Letztbesitzer auf, wird zusätzlich der mit dem letzten Eigentümer abgeschlossene Kaufvertrag benötigt.

Wichtig ist, daß man den Abstellort des Fahrzeugs genau angibt. Man kann auch die Verzichtserklärung samt den Fahrzeugpapieren und dem Wrack persönlich in die Eibesbrunnnergasse 9, im 10. Bezirk, Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, bringen.

Verzichtserklärungen erhält man:

- bei der MA 48,
- bei allen Bürgerdienststellen,
- bei allen Magistratischen Bezirksämtern,
- bei allen Polizeiwachzimmern,
- beim Verkehrsamt in der Türkenstraße (Zulassungsbehörde) und
- bei den Autofahrerclubs.

Man sollte die Verzichtserklärung möglichst gleichzeitig mit der Abmeldung bei der MA 48 abgeben. Nach Abmontage der Kennzeichen muß die Verzichtserklärung jedenfalls innerhalb von vier Tagen bei der MA 48 einlangen.

Wenn man das Fahrzeug einfach als „herrenloses“ Wrack abstellt, drohen hohe Polizeistrafen und die Anrechnung der Abschleppkosten. Vor diesen Strafen schützt auch nicht, wenn man ein Schild mit „MA 48“ oder „wird abgeschleppt“ hinter die Windschutzscheibe steckt.

Die MA 48 schickt alle mit Verzichtserklärungen eingelangten Typenscheine oder Einzelgenehmigungen jeweils nach erfolgter Abschleppung entwertet und mit einer Verschrottungsbestätigung eingeschrieben an den Absender zurück. 200 Schilling Schrottwert werden entweder auf das Konto überwiesen oder von der Post zugestellt.

Nähere Auskünfte über die Abschlepp-Aktion im Jänner erhält man beim Misttelefon unter der Nummer 55 16 61. (Schluß) du/rr

Radweg Leystraße zur Benützung frei

Wien, 4.1. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der geplanten Radwegverbindung zwischen den Bezirken Donaustadt und Leopoldstadt beziehungsweise zwischen Friedrich-Engels-Platz und Mexikoplatz kann ab sofort ein weiteres wichtiges Teilstück befahren werden: der Radweg Leystraße zwischen Marchfeldstraße und Innstraße.

Bei der Radverkehrsanlage Leystraße handelt es sich um einen baulich von der Fahrbahn getrennten eigenen Radweg mit einer Länge von 600 Meter und einer durchschnittlichen Breite von zwei Meter, der in einer roten Kunststeinpflasterung ausgeführt wurde. (Schluß) pz/rr

ÖVP für mehr Bürgerfreiheit in Wien

Wien, 4.1. (RK-POLITIK) Die Wiener Stadtverfassung müsse eine „Bürgerverfassung“ werden, betonte ÖVP-Gemeinderat Mag. Robert KAUER am Mittwoch in einem Pressegespräch. In diesem Zusammenhang richtete Kauer „fünf Fragen an Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und die alleinregierende Wiener SPÖ“:

1. Sind Sie bereit, den Bürgern von Wien mehr Rechte in ihrer Stadt zu geben?
2. Sind Sie bereit, den Bürgern mehr Freiheit in ihrer Stadt zu geben?
3. Sind Sie bereit, einem gerechten Wahlrecht zuzustimmen, mit dem jeder Bürger seinen Mandatar auswählen kann?
4. Sind Sie bereit, SPÖ-Gemeinderäte aus leitenden Funktionen in Einrichtungen der Stadt zurückzuziehen?
5. Sind Sie bereit, einer Verbesserung der Kontrollen zuzustimmen?

Weiters wies Kauer darauf hin, daß es ein Expertengutachten von Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN, er ist derzeit Dritter Wiener Landtagspräsident, gebe, wonach die in der Zwischenkriegszeit eingeführte Funktion des „amtsführenden Stadtrates“ verfassungswidrig sei. Die Wiener ÖVP werde jedoch nicht den Verfassungsgerichtshof um eine Entscheidung anrufen, sondern strebe eine politische Lösung der Zusammenarbeit im Wiener Stadtsenat an. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 5. Jänner 1989

Blatt 24

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Jugendzentren veranstalten „Woche des Films“ (25)
- Großer Erfolg für das Misttelefon (26)
- 14 Linienverbesserungen ab 9. Jänner (27)
- Hallenbäder am Dreikönigstag geöffnet (nur FS)

Kultur:

- Wiens Geschichte muß umgeschrieben werden (28)

Jugendzentren veranstalten „Woche des Films“

Wien, 5.1. (RK-LOKAL) Im Rahmen ihrer großen Mitspielaktion anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens veranstalten die Wiener Jugendzentren vom 16. bis 22. Jänner im Kosmos-Kino eine „Woche des Films“. Wer kein Mitspielheft der Jugendzentren, das über die Pflichtschulen verteilt wurde, erhalten hat, kann sich bezüglich Kartenbestellungen und Programm an den Verein Wiener Jugendzentren, Telefon 38 76 45/11, wenden. Der Eintritt zu den Filmvorführungen ist frei. (Schluß) jel/rr

Großer Erfolg für das Misttelefon

Wien, 5.1. (RK-KOMMUNAL) Das Misttelefon der MA 48 mit der Nummer 55 16 61 ist ein voller Erfolg. Seit seiner Installierung vor einem knappen halben Jahr sind bereits 18.338 Anrufe erfolgt. Die häufigsten Themen waren die Mistplätze, Entrümpelungen, aber auch die Textiliensammlung für die Erdbebenopfer in Armenien.

Grundsätzlich bekommt man beim Misttelefon Informationen über alle Probleme aus dem Entsorgungsbereich. Man erfährt beispielsweise, wohin man Problemstoffe oder Sperrmüll bringen kann, oder was man wissen muß, um selbst kompostieren zu können. Man erhält auch fundierte Informationen über Müllverbrennung, Deponieren oder Sondermüllbehandlung. Gewerbetreibende können beim Misttelefon z.B. erfahren, was die Sondermüllentsorgung durch die EBS kostet. Auf Wunsch stellt das Misttelefon auch den Kontakt zu kommerziellen Altstoffverwertern oder zu den Umweltberatern her.

Das Misttelefon, das im Winter zugleich das Schneetelefon ist, ist Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr besetzt und nimmt selbstverständlich auch Beschwerden entgegen. (Schluß) du/rr

14 Linienverbesserungen ab 9. Jänner

Wien, 5.1. (RK-KOMMUNAL) Wie angekündigt, haben die Wiener Verkehrsbetriebe für 1989 wieder ein ganzes Paket an betriebsverbessernden Maßnahmen vorgesehen. Die ersten 14 dieser Maßnahmen treten bereits mit 9. Jänner in Kraft. Betroffen davon sind zwei Straßenbahnlinien und 12 Autobuslinien. Die Verbesserungen im einzelnen:

STRASSENBAHN

- „43“ Das dreieinhalb-Minuten-Intervall zur Nachmittagsspitze wird um eine Stunde ausgedehnt.
- „44“ Das Intervall zur Nachmittagsspitze wird von fünf auf viereinhalb Minuten (Montag bis Donnerstag) sowie von fünfeinhalb auf fünf Minuten (Freitag) reduziert.

AUTOBUS

- „10 A“ Ein zusätzlicher Bus zur Verstärkung für die Schülerfahrt in der Frühspitze.
 - „31 A“ Intervallverdichtung in der Früh von fünf auf vier Minuten und am Nachmittag von sechs auf fünf Minuten.
 - „39 A“ Intervallverdichtung in der Früh sowie am Nachmittag von jeweils acht auf sechseinhalb Minuten.
 - „40 A“ Intervallverdichtung im Tagesverkehr: sechs Minuten statt acht Minuten.
 - „41 A“ Betriebsbeginn wird von 6.20 auf 6 Uhr vorgezogen.
 - „51 A“ Betriebszeitverlängerung an allen Tagen bis 23 Uhr ab Kennedybrücke.
 - „66 A“ Halbierung des Intervalls in der Früh zwischen dem Wohnpark und Liesing auf fünf Minuten.
 - „67 A“ Wesentliche Verlängerung der Betriebszeit: Montag bis Freitag um zweieinhalb Stunden, Samstag um achteinhalb Stunden und Sonntag Betriebsaufnahme. Der Bus fährt jetzt an allen Tagen bis 22.40 Uhr.
 - „69 A“ Intervallverdichtung in der Früh auf fünf Minuten.
 - „93 A“ Betriebszeitverlängerung am Abend um zwei Stunden (bis 23.18 Uhr), Halbierung des Intervalls im Tagesverkehr um 15 Minuten (Zentrum Kagran bis Kaisermühlenstraße); zusätzlicher Schulbus im Frühverkehr.
 - „33 B“ Betriebszeitverlängerung um eine halbe Stunde bis 23.35 Uhr, vorgezogener Betriebsbeginn an Sonn- und Feiertagen ab 6 Uhr.
 - „58 B“ Betriebszeitverlängerung in Fahrtrichtung Kennedybrücke bis 20.16 Uhr statt bisher 18.31 Uhr.
- (Schluß) roh/gg

Wiens Geschichte muß umgeschrieben werden

Wichtige Ergebnisse der Ausgrabungen auf der Freyung

Wien, 5.1. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Die nunmehr abgeschlossenen archäologischen Ausgrabungen im Bereich der Freyung brachten sensationelle Ergebnisse über die Wiener Frühgeschichte. Entgegen den bisherigen Annahmen ist der Straßenzug Herrengasse — Augustinerstraße kein Teil der römischen Limesstraße, berichtete am Donnerstag der Wiener Stadtarchäologe Dr. Ortolf HARL in einer Pressekonferenz. Bei der Errichtung eines Verbindungsganges im Zug der Freyunggarage zwischen dem Palais Harrach und dem Palais Kinsky konnte eindeutig festgestellt werden, daß sich in diesem Bereich keinerlei Spuren für einen römischen Straßenzug befinden. Der Straßenzug von der Freyung in Richtung Am Hof ist mittelalterlich und wurde von den Babenbergern unter Herzog Heinrich Jasomirgott errichtet, nachdem er 1156 Wien zu seiner Residenz erhoben hatte. Im Bereich der Strauchgasse, beim Heidenschuß, gab es auch keine Brücke zur Babenbergerpfalz Am Hof, sondern lediglich eine Furt durch den Ottakringbach.

Die römische Limesstraße hat damit — ganz im Gegensatz zu der bisherigen Geschichtsauffassung — nicht um das Lager Vindobona herumgeführt, sondern verlief durch das Legionslager. Der Straßenzug Herrengasse — Augustinerstraße wurde von den Babenbergern nach 1156 angelegt und diente eindeutig als Stadtumfahrung, um die alte Innenstadt vom regen Verkehr zu entlasten. Von diesem Straßenzug aus waren die großen Märkte durch Stichstraßen erreichbar. Erst nach der Errichtung der Stadtmauern, etwa um 1200, war die Bedeutung dieser Stadtumfahrung wieder hinfällig geworden.

Wie Dr. Hartl weiter erläuterte, werden sich mit den Fragen der mittelalterlichen Stadtplanung Experten aus ganz Mitteleuropa im Herbst dieses Jahres bei einem Kongreß in Wien befassen. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 18,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Montag, 9. Jänner 1989

Blatt 29

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Keine Panik um die Erdäpfel (30/FS: 5.1.)
- 1.190 Besucher aus anderen Staaten studierten 1988 Wiener U-Bahn-Bau (31/FS: 6.1.)
- Erinnerung an den „360er“ (31/FS: 8.1.)
- Krebsbehandlung in den Wiener städtischen Krankenhäusern (32/FS: 6.1.)
- Häupl: 1989 Jahr der Müllvermeidung (33/FS: 6.1.)
- Hohe Auszeichnungen für Stadtrat a.D. Prof. Wurzer (35)
- Vergleich der Städte Budapest und Wien (38)
- Neuer Leiter des Zentrallaboratoriums in der Rudolfstiftung (39)
- ÖVP will Wiener Objektivierungsgesetz (40)
- Swoboda: Weitere Objektivierung sollte Gegenstand von Parteienverhandlungen sein (40)
- Winterdienst in vollem Einsatz (nur FS: 6.1.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Gedenktafel für Jura Soyfer (34)
- Bezirksvertretung fordert Ganztagsschulen in der Leopoldstadt (37)

Sport:

- 50. Todestag von Matthias Sindelar (36)

Keine Panik um die Erdäpfel

Werte unter jenen für Kleinkindernahrung

Wien, 5.1. (RK-KOMMUNAL) Gegen den Versuch, Erdäpfel als Giftknollen zu verteufeln, wandten sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und die für den Konsumentenschutz zuständige Geschäftsgruppe Donnerstag in einer Stellungnahme gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“. Eine österreichische Wochenzeitung hatte in ihrer gestrigen Ausgabe über Erdäpfel als Nitratspeicher berichtet und zwar im Text — korrekt — dargelegt, daß die bei Proben gefundenen Nitratwerte ungefährlich sind; bei flüchtigem Lesen muß jedoch der Eindruck entstehen, daß Erdäpfel speziell für Kinder ungenießbar seien. Zur Frage Nitratwerte in Erdäpfeln ist daher folgendes festzustellen:

Bereits im Herbst 1988 wurden auf Anweisung des Bundeskanzleramtes/Gesundheitsministerium (u. a. vom Wiener Marktamt) Erdäpfelproben gezogen und in der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung auf den Nitratgehalt kontrolliert. Bei insgesamt 29 Proben neun verschiedener Sorten wurden Nitratwerte zwischen 90 und 200 Milligramm pro Kilogramm gefunden.

Die Kommission zur Herausgabe des österreichischen Lebensmittelbuchs (Codexkommission) hat bereits 1986 Grenzwerte für die Nitratgehalte verschiedener Gemüsesorten und auch für Kleinkindernahrung festgelegt.

Der Grenzwert für Nitrat in Kleinkindernahrung, die Gemüse enthält, darf höchstens 250 Milligramm pro Kilogramm betragen. Die in Erdäpfeln gefundenen Werte liegen darunter.

Die für Konsumentenschutz in Wien zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER hatte bereits in einem Pressegespräch am 20. September 1988 auf die Frage der Nitratbelastung des Salats und anderer Gemüsesorten hingewiesen. Wiener Gemüse wird bekanntlich seit 1985 zusätzlich zur normalen Lebensmittelkontrolle auch mit den Monitoring-Untersuchungen streng auf eventuelle Rückstandsbelastungen untersucht. Was speziell Nitrat betrifft: Grundsätzlich sind die Nitratwerte in Salat bzw. Gemüse von mehreren Faktoren abhängig (Menge und Intensität des Sonnenlichteinfalls, Erntezeitpunkt — für Salat z. B. gibt es unterschiedliche Sommer-/Wintergrenzwerte —, Anbautechnik, Sorte und dann erst von der Düngung). Die Pflanzen haben außerdem ein unterschiedliches Nitratspeichervermögen, und unter gleichen Düngungsbedingungen werden im Sommer und Winter, bzw. im Freiland und im geschützten Anbau verschiedene Werte erreicht. Es gibt daher für verschiedene Gemüsegruppen und teilweise auch für verschiedene Jahreszeiten eigene Grenzwerte, teilweise bis zu 4.500 Milligramm, teilweise (Kraut, Kohl) 1.500 Milligramm, bei Kleinkindernahrung natürlich noch darunter, nämlich 250 Milligramm (deshalb sind auch normale Tiefkühlspinat-Produkte mit ihrem höheren Nitratgehalt — bei Untersuchungen wurden zwischen 270 und 1.100 Milligramm, alles unter dem Grenzwert für Erwachsene, gefunden — nicht für Kleinkinder geeignet). Die niedrigeren Werte bei Kleinkinderkost werden durch Blanchieren des Gemüses und Wegschütten des Blanchierwassers erreicht.

Die Grenzwerte für Nitrat werden in Wien, wie die Untersuchungen der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt zeigen, durchwegs eingehalten. Und eines sollte man bei der Nitratfrage auch nicht vergessen: Wie Direktor Dr. Alfred PSOTA, der Leiter der städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt, feststellt, sind Nitrate zum Eiweißaufbau im Gemüse notwendig. Erdäpfel gehören übrigens zu den Pflanzen mit geringem Nitratspeichervermögen.

Nitrate können bei ungünstigen Voraussetzungen im Körper in Nitrite und diese wieder können in krebserregende Nitrosamine umgewandelt werden, bei Kleinkindern besteht größere Gefahr, da der Säureschutzmantel des Magens noch nicht entsprechend ausgebildet ist. Daher werden aber auch strenge Grenzwerte vorgeschrieben, um jeder möglichen Gefährdung zu begegnen. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 5. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

1.190 Besucher aus anderen Staaten studierten 1988 Wiener U-Bahn-Bau

Wien, 6.1. (RK-KOMMUNAL) Im abgelaufenen Jahr 1988 konnten die Wiener U-Bahn-Bauer 1.190 Techniker beziehungsweise technisch interessierte Besucher aus anderen Ländern und anderen Kontinenten begrüßen. Darunter waren auch Delegationen aus exotischen Ländern wie Taiwan, China, Japan, Saudi-Arabien oder Argentinien. Vorallem die NÖT (Neue Österreichische Tunnelbaumethode) als Paradebeispiel der traditionsreichen, hohen österreichischen Ingenieurskunst fand großes Interesse und Aufmerksamkeit. (Schluß) roh/rr

Bereits am 6. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Erinnerung an den „360er“

Wien, 8.1. (RK-LOKAL) Früher fuhr die Straßenbahnlinie „360“ von Hietzing nach Mödling. Noch längere Zeit ist vergangen, seit der Vorläufer dieser Linie, die Krauss'sche Dampftramway, diese Strecke bewältigt hat. Für alle Nostalgiker und an der Lokalgeschichte Interessierte, ist nun die Broschüre „Wege nach Mödling“ erschienen, die zum Preis von 95 Schilling im Fachbuchhandel erworben werden kann.

In Zukunft soll man die geschichtsträchtigen Wege nach Mödling auch im Museum bestaunen können: Das Stadtverkehrsmuseum Mödling wird voraussichtlich ab dem Jahr 1991 die Möglichkeit bieten, die historischen Fahrzeuge zu besichtigen. (Schluß) ull/rr

Bereits am 8. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Krebsbehandlung in den Wiener städtischen Krankenhäusern

Diagnosestatistik ist Grundlage für den neuen Spitalsplan

Wien, 6.1. (RK-KOMMUNAL) Eine wichtige Grundlage für gesundheitspolitische Entscheidungen ist eine genaue Diagnose-Statistik, wie sie nun der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) ab 1. Jänner 1989 für alle österreichischen Spitäler vorschreibt. In den Wiener städtischen Krankenanstalten werden die verschiedenen Krankheiten jedoch schon seit zwei Jahren nach diesem ICD-VESKA-Diagnoseschlüssel erfaßt. Damit erfüllt Wien im Spitalswesen, so Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, nicht nur im medizinischen, sondern auch im organisatorischen Bereich wieder einmal eine Vorreiterfunktion. Die Krankheitsdiagnosen von mehr als 250.000 im Jahr 1987 aus den Wiener städtischen Spitälern entlassenen Patienten erlauben es, repräsentative Aussagen zu machen, wobei im Krebsjahr 1989 besonders die Daten der Krebserkrankungen von Interesse sind.

Im Jahr 1987 wurde in den Wiener städtischen Spitälern bei 23.487 entlassenen Patienten die Diagnose Krebs angegeben. Am häufigsten — bei 4.187 Patientinnen, das waren rund 18 Prozent der Krebserkrankungen — war die Diagnose Brustkrebs der Frau. Mit etwas mehr als 11 Prozent lagen die bösartigen Erkrankungen der Lunge und der Luftröhre an zweiter Stelle (2.695 Patienten). Die Zahl der Patienten mit Darmkrebs betrug 1.392 (6 Prozent), die Zahl der Fälle von Eierstockkrebs 1.363 (6 Prozent) und die der Harnblasenkarzinome 1.301 (5,5 Prozent). Damit entfielen fast 47 Prozent aller bösartigen Erkrankungen auf diese fünf Diagnosen.

Es zeigt sich eine deutliche Altersabhängigkeit: 77 Prozent der Patienten mit Prostata-Karzinomen, 70 Prozent der Kranken mit Gallenblasenkarzinomen, 62,7 Prozent der Patientinnen mit Krebs der Genitalorgane und 60,6 Prozent der Kranken mit Harnblasenkrebs waren älter als 65 Jahre. Von Patienten mit Hodenkrebs, Hals-Mundbodenkrebs und Gehirntumoren war nur ein kleiner Prozentsatz (6 bis 17 Prozent) älter als 65 Jahre. Die durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus schwankte je nach der Krebsart zwischen 6,4 und 29,1 Tagen.

Wie Stadtrat Stacher feststellte, werden nun die Diagnose-Statistiken des Jahres 1988 ausgewertet. Diese Daten bilden eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Erstellung des neuen Zielplans für die Krankenhausversorgung Wiens. Leider stehen dafür noch keine Daten der Privatspitäler in Wien zur Verfügung, da diese erst ab heuer eine genaue Diagnoseerfassung durchführen. (Schluß) sc/sk

Bereits am 6. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Häupl: 1989 Jahr der Müllvermeidung

Wien, 6.1. (RK-KOMMUNAL) „1989 soll ein Jahr der Müllvermeidung werden“, erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Dreikönigstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Müllvermeidung und Recycling sind die Schwerpunkte der Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes, das nach zahlreichen Diskussionsrunden mit Vertretern unterschiedlichster politischer Couleurs und Ansichten im 1. Halbjahr dieses Jahres in seiner endgültigen Fassung fertiggestellt wird. Inhaltlich liegt das Schwergewicht des Konzepts bei der ökologischen Kreislaufwirtschaft, deren wesentliche Bestandteile Müllvermeidung, Müllverringern und Recycling darstellen.

Einen wichtigen Beitrag in diesem Sinn liefert die flächendeckende Einführung der getrennten Müllsammlung in Wien. Mittlerweile sind bis auf den ersten Bezirk alle Wiener Bezirke umgestellt, und die getrennte Müllsammlung wird von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Zweifelsohne seien noch Verbesserungen wie Standortadaptierungen für Container oder weitere Informationsarbeit nötig, führte Häupl weiter aus. Das kürzlich veröffentlichte Ergebnis der Altglassammlung sei im Vergleich mit den anderen Bundesländern zu relativieren: Erstens könne man eine Stadt nicht mit einem Bundesland vergleichen — in Wien wurden z.B. zu den Feiertagen pro Tag rund 80 Tonnen (!) Altglas gesammelt — zweitens würden bei den anderen Bundesländern Altglas aus Gewerbebetrieben dazugezählt, und drittens funktionieren in Wien die Mehrwegsysteme besser, was prinzipiell die beste Lösung im Getränkeverpackungsbereich sei. In diesem Bereich habe sich das Pfandsystem bestens bewährt. „Ich befürworte daher eine Ausweitung des Pfandsystems z.B. auf PET-Flaschen und auf Batterien“, erklärte Häupl weiter. Das neue Abfallwirtschaftsgesetz, das zur Zeit zur Diskussion vorliegt, sieht zwar Pfandregelungen vor, müsse aber in diesem und auch in anderen Punkten noch ernsthaft diskutiert werden. Pfandregelungen sollten nämlich nicht erst dann zum Zug kommen, wenn sich andere wirtschaftliche Regelungen als nicht praktikabel erwiesen haben. Im Falle der Batterien könnte man mittels eines Pfandsystems diese Problemstoffe aus dem Hausmüll herausbekommen, wo sie ja wirklich nicht hingehören. Denn jede noch so „umweltfreundliche“ Batterie enthält umweltschädigende Chemikalien, die fachgerecht entsorgt werden müssen.

Mittels derartiger Maßnahmen und gemeinsam mit der Bevölkerung sollte es möglich sein, 1989 ein Jahr der Müllvermeidung zu praktizieren und nicht nur zu propagieren. „Selbstverständlich ist es mit einem Jahr nicht getan, sondern darauf müssen wir unsere Müllvermeidungsstrategien aufbauen,“ schloß Häupl. (Schluß) du/sk

Bereits am 6. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Gedenktafel für Jura Soyfer

Wien, 7.1. (RK-BEZIRKE) Von der Leopoldstädter Bezirksvertretung wurde einstimmig der SPÖ-Antrag angenommen, für den im Konzentrationslager Buchenwald umgekommenen Dichter Jura SOYFER an seinem letzten Wohnort im Bezirk, Heinestraße 4, eine Gedenktafel anzubringen. Der Antrag wurde an das Kulturamt der Stadt Wien anlässlich des 50. Todestages Soyfers am 16. Februar 1989 gestellt. Der nicht einmal 27 Jahre alt gewordene Soyfer hinterließ ein umfangreiches Werk an Kleinkunst-Dramen, Gedichten, Prosastücken, einem Romanfragment und Reportagen, die er als Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“ verfaßte. (Schluß) smo/rr

Bereits am 7. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Hohe Auszeichnungen für Stadtrat a.D. Prof. Wurzer

Wien, 9.1. (RK-KOMMUNAL) Hohe Auszeichnungen für Stadtrat a.D. Univ.-Prof. DDr. h.c. Dr. Rudolf WURZER: Der frühere Wiener Planungsstadtrat erhielt die Ehrendoktorwürde der Hochschule für Bauwesen und Architektur Weimar, wurde zum Ehrenmitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover ernannt und zum Honorary Vice-President der International Federation for Housing and Planning (den Haag) gewählt. (Schluß) ger/bs

50. Todestag von Matthias Sindelar

Wien, 9.1. (RK-SPORT) Matthias Sindelar wurde am 10. Februar 1903 in Kozlov, einem kleinen Dorf bei Iglau, geboren. Bereits kurze Zeit danach übersiedelte die Familie Sindelar nach Wien-Favoriten, Quellenstraße 75, wo seine Mutter Maria nach dem Tod des Vaters am Isonzo (1917) eine kleine Wäscherei betrieb.

Schon in frühester Jugend „konnte man ihn auf der Gsettn viel häufiger finden als bei der Mutter in der Küche, und das Fetzenladerl gewann ihm mehr Interesse als Stundenplan und Lesebuch“. („Neues Österreich“ 28.1.1949).

Zu dieser Zeit errichtete der Sportklub „Hertha“ einen Sportplatz, und der damalige Trainer Febus „entdeckte“ Matthias Sindelar, erkannte sein Talent und nahm ihn in den damals berühmten Klub auf.

1923 mußte der Sportklub „Hertha“ aus finanziellen Gründen aufgelöst werden, und Sindelar kam zu den „Amateuren“, dem Vorläufer der heutigen Wiener „Austria“.

Bald hatte er auch seinen Spitznamen: der „Papierene“. Ab 1924 stand Sindelar im Nationalteam und war speziell Anfang der Dreißigerjahre der Star des österreichischen „Wunderteams“.

Der 7. Dezember 1932 war vielleicht der größte Tag im Leben des Fußballers Matthias Sindelar. Österreich verlor in Stanford Bridge gegen England mit 3:4 Toren. Die britische Presse aber bejubelte die Österreicher und nannte Sindelar den besten Spieler der Welt.

Sechs Jahre später, das „Wunderteam“ war längst auseinandergefallen, Sindelar hatte seinen fußballerischen Zenit überschritten und war dabei, sich eine bürgerliche Existenz in Form eines kleinen Kaffeehauses aufzubauen, wurden die Wiener durch eine Nachricht schwer geschockt: Matthias Sindelar, der Liebling aller Wiener Fußballanhänger, wurde am 13. Jänner 1939 tot in seiner Wohnung aufgefunden: Kohlenoxydgasvergiftung. Damals hielt sich in Wien das Gerücht, er habe aus Angst vor Verfolgung durch die Nazis Selbstmord begangen.

Geblichen an ihn ist die Erinnerung an die „Wiener Schule“ des Fußballspiels, an das berühmte „Scheiberlspiel“ und an die dem Wiener Fußballer eigene Ballverliebtheit, die in dem Motto „in Schönheit sterben“ gipfelt. (Schluß) red/rr

Bezirksvertretung fordert Ganztagsschulen in der Leopoldstadt

Wien, 9.1. (RK-BEZIRKE) Mit der zu erwartenden Novellierung des Schulorganisationsgesetzes ist ein Bedarf an Ganztagsschulen zu erwarten. Die Leopoldstädter Bezirksvertretung ist mehrheitlich der Meinung, daß man rechtzeitig vorhandene Volks- und Hauptschulen auf ihre Eignung für einen Ganztagsschulbetrieb untersuchen soll. In einem diesbezüglichen Antrag an die Schulverwaltung der Stadt Wien werden die Volksschulen in der Wittelsbachstraße 6, Leopoldsgasse 3, Aspernallee 5, Wolfgang-Schmälzl-Gasse 13, Czerninplatz 3 und die Hauptschulen Max-Winter-Platz 2, Pazmanitengasse 26 und Obere Augartenstraße 38 als Ganztagsschulen vorgeschlagen. (Schluß) smo/bs

Vergleich der Städte Budapest und Wien

Neue Ausgabe der „Statistischen Mitteilungen“ erschienen

Wien, 9.1. (RK-LOKAL) In der soeben erschienenen Ausgabe der „Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien“, Band 3/88, wird der Versuch unternommen, die beiden Städte Budapest und Wien einander statistisch gegenüberzustellen.

Verglichen werden — zum Teil anhand grafischer Darstellungen — u.a. Lage, Witterung, Stadtentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft, Wohnungswesen, Verkehr, Schulwesen und Kultur. Man erfährt auch von erstaunlichen Parallelen, so etwa, daß für den 8. Bezirk in beiden Städten die Bezeichnung „Josefstadt“ verwendet wird.

Das Heft „Statistische Mitteilungen der Stadt Wien“, Band 3/88, ist zum Preis von 50 Schilling in der MA 66, 1, Volksgartenstraße 3, 2. Stock, Kanzlei, erhältlich. Ein Jahresabonnement wird zum Preis von 200 Schilling angeboten. (Schluß) ull/bs

Neuer Leiter des Zentrallaboratoriums in der Rudolfstiftung

Wien, 9.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag vormittag den neuen Vorstand des Zentrallaboratoriums der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien, Primarius DDr. Pierre HOPMEIER, in sein Amt ein. DDr. Hopmeier ist Facharzt für medizinische und chemische Labordiagnostik und war seit 1982 Anstalts-oberarzt im Zentrallabor des Krankenhauses der Stadt Wien — Lainz.

Primarius Hopmeier tritt die Nachfolge von Primarius Dr. Wilhelm BOSTJANCIC an, der seit 1974 Vorstand des Zentrallaboratoriums der Krankenanstalt Rudolfstiftung war und nun in den Ruhestand getreten ist. Primarius Bostjancic ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien.

Bei der Amtseinführung betonte Stadtrat Stacher die große Bedeutung, die heute dem Laboratoriumsbereich zukommt. Durch die technischen Möglichkeiten und die Automatisierung ist es heute möglich, aus kleinen Blutmengen alle notwendigen Befunde zu erstellen, die dazu beitragen, daß viele Menschenleben gerettet werden können. Sicherlich werden da oder dort zu viele Befunde erhoben oder Doppelbefunde gemacht, weil Ergebnisse, die mit verschiedenen Methoden erzielt werden, nicht immer vergleichbar sind. Deshalb arbeitet bereits seit Jahren eine Gruppe von Laborärzten daran, die Methoden der Wiener städtischen Spitäler zu vereinheitlichen und damit gleichzeitig auch die Qualität zu kontrollieren. (Schluß)

sc/rr

ÖVP will Wiener Objektivierungsgesetz

Wien, 9.1. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP will auch im Wiener Bereich ein Objektivierungsgesetz nach Bundes-Vorbild. Dazu machte heute Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER in einer Pressekonferenz konkrete Vorschläge.

Als Ziele der Objektivierung sieht Engelmayer eine sachlich bestmögliche Personalentscheidung bei Chancengleichheit aller Bewerber, der Überprüfbarkeit von Personalentscheidungen und einer gesetzlichen Bindung der Entscheidungsträger.

Die Wiener ÖVP fordert in diesem Zusammenhang

- die Objektivierung im gesamten öffentlichen Dienst
- die öffentliche Bekanntmachung freier Stellen
- obligatorische Aufnahmetests
- die öffentliche Ausschreibung leitender Funktionen
- Managementfunktionen auf Zeit
- Einsichtsmöglichkeit in die Bewerberlisten
- Objektivierungskommissionen
- Reihungsvorschläge
- Begründungspflicht
- gesetzliche Bindung durch den Wiener Landtag

In dieser Objektivierung sieht die ÖVP einen wesentlichen Schritt zur Verwaltungsreform in Wien.

ÖVP fordert Kontrollamtsprüfung für PID

Im Zusammenhang mit Zeitungsberichten fordert die ÖVP die Prüfung des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien durch das Kontrollamt. (Schluß) lf/rr

Swoboda: Weitere Objektivierung sollte Gegenstand von Partelenverhandlungen sein

Wien, 9.1. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA stellte zu den von der Wiener ÖVP erhobenen Forderungen nach einem Wiener Objektivierungsgesetz fest, daß er grundsätzlich über weitere Maßnahmen zur Objektivierung Gesprächsbereit ist, daß dies aber Gegenstand von Parteiengesprächen sein sollte.

Wie der Stadtrat hervorhob, sei die Objektivierung in wesentlichen Bereichen, wie etwa bei Ärzten und Lehrern, bereits jetzt nachvollziehbar. Merkwürdig finde er, so Swoboda, die ÖVP-Forderung nach Politikern in Objektivierungskommissionen, seien doch aufgrund von ÖVP-Verlangen die Politiker beispielsweise aus den Disziplinarsenaten ausgeschieden.

Den Vorschlag, Managementfunktionen im Verwaltungsbereich auf Zeit zu besetzen, sollte man gründlichst auf alle Vor- und Nachteile hin überprüfen und eingehend diskutieren, schloß Stadtrat Dr. Swoboda. (Schluß) lf/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 19,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Dienstag, 10. Jänner 1989

Blatt 41

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Das Führungsteam für das SMZ Ost ist komplett (42)
- Große Plakataktion „Umweltbewußt einkaufen“ (45/46)
- Weltausstellung: Vor Gründung einer Kapitalgesellschaft (47)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für Stammersdorf (43)

Wirtschaft:

- Wiener Arbeitsmarkt 1988 (44)

Das Führungsteam für das SMZ Ost ist komplett

Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA übergab Montag nachmittag im Wiener Rathaus die Bestellschreiben an eine Reihe weiterer Abteilungs- und Institutsvorstände des künftigen Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Die kollegiale Führung und der Großteil der Primärärzte war bereits im Oktober des vergangenen Jahres ernannt worden. Damit ist nun das Führungsteam für das neue Donaustädter Krankenhaus komplett.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER unterstrich, daß die 1. Ausbaustufe des Krankenhauses mit 544 Betten und den dazugehörigen Untersuchungs- und Behandlungsbereichen termingerecht 1992, die 2. Ausbaustufe mit 256 Betten und den entsprechenden Ambulanzen — ebenfalls nach Plan — 1994 in Betrieb gehen werde. Es sei aber schon jetzt notwendig gewesen, die Führungskräfte zu bestellen, damit die Primärärzte noch bei der Detailplanung und vor allem bei der medizintechnischen Ausrüstung mitreden können. Dadurch sei sichergestellt, daß die Einrichtung des neuen Spitals dem letzten Stand der Wissenschaft und Technik entsprechen werde. Zu Abteilungs- und Institutsvorständen wurden bestellt:

2. Medizinische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang HINTERBERGER, derzeit Oberarzt an der I. Medizinischen Universitätsklinik im AKH.

Dermatologische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Klaus KONRAD, derzeit Oberarzt an der I. Universitäts-Hautklinik im AKH.

Neurologische Abteilung: Dr. Wolfgang KRISTOFERITSCH, derzeit Oberarzt an der Neurologischen Abteilung des Wilhelminenspitals.

Interne Kinderabteilung: Univ.-Doz. Dr. Michael SACHER, derzeit Oberarzt an der Internen Abteilung des Preyer'schen Kinderspitals.

Institut für Nuklearmedizin: Univ.-Prof. Dr. Emil OGRIS, derzeit Vorstand des Instituts für Nuklearmedizin im Krankenhaus Lainz.

Institut für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde: Dr. Hans LANGER, derzeit Konsiliar-Facharzt am Franz-Josef-Spital.

Zentrallabor: Univ.-Doz. Dr. Kurt BAUER, derzeit Vorstand des Zentrallaboratoriums im Franz-Josef-Spital.

Gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ wies der Gesundheitsstadtrat darauf hin, daß die Inbetriebnahme des neuen Schwerpunktkrankenhauses im SMZ Ost natürlich voraussetze, daß Stationen oder Abteilungen in anderen städtischen Krankenanstalten geschlossen werden. Die Stadt Wien könne ja die Akutbetten in ihren Spitälern nicht vermehren, sondern müsse sie sogar verringern, um die Auflagen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) zu erfüllen.

Stacher hob hervor, daß Wien das erste österreichische Bundesland ist, das bereits im vergangenen Jahr die Krankenhausaufenthalte nach einem genauen Diagnoseschlüssel erfaßt hat. Die anderen Bundesländer führen diese Diagnose-Statistik erst 1989 ein. Die in Wien bereits vorhandenen Krankheitsdaten von 1988 aus den städtischen Spitälern werden nun ausgewertet und bilden die Grundlage für die Erstellung des neuen Zielplans für die städtischen Krankenanstalten. Ein wichtiges Anliegen dieses Zielplans ist die bestmögliche gleichmäßige Verteilung der Krankenhausleistungen über das Stadtgebiet. Der Zielplan wird daher auch festlegen, in welchen Spitälern in welchen Versorgungsräumen Stationen oder Abteilungen gesperrt werden können, ohne die Versorgung mit Krankenausleistungen zu beeinträchtigen. (Schluß) sc/bs

Neuer Flächenwidmungsplan für Stammersdorf

Wien, 10.1. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet von Stammersdorf, für das seit Sommer 1986 eine Bausperre festgelegt war, wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Die wesentlichen Punkte sind dabei die Sicherung des örtlichen Erscheinungsbildes, unter anderem durch Ausweisung einer Schutzzone, sowie die Vorsorge für durchgrünte Wohngebiete.

Der Planentwurf (Plan Nr. 6122) liegt vom 12. Jänner bis 9. Februar in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr) zur Einsicht und Stellungnahme auf. Außerdem steht jeden Donnerstag von 14.30 bis 17.30 Uhr im Volksheim Stammersdorf, Karl-Lothringer-Straße 26, ein Planungsfachmann für Auskünfte zur Verfügung. (Schluß) smo/gg

Wiener Arbeitsmarkt 1988

Wien, 10.1. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Im abgelaufenen Jahr 1988 ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wien um rund 3.500 oder 0,5 Prozent auf 742.940 Beschäftigte gestiegen. Trotz dieses Zuwachses an Arbeitsplätzen ist die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahr in Wien ebenfalls um 611 oder 1,4 Prozent auf 43.089 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt gestiegen. Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im Vorjahr 5,5 Prozent, sie lag damit erstmals seit langem um 0,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Diese Daten gab Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag in einem Pressegespräch bekannt.

Entspannter zeigte sich die Situation bei den jugendlichen Arbeitslosen. Ihre Zahl ging um 470 oder 5,3 Prozent auf 8.336 zurück, der Anteil der Jugendlichen an den Wiener Arbeitslosen verringerte sich von 20,7 auf 19,3 Prozent. Im Bundesdurchschnitt sind 26,6 Prozent der Arbeitslosen Jugendliche.

1989 keine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten

Für 1989 ist mit keiner weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit in Wien zu rechnen. Da ein Konjunkturaufschwung in Wien immer mit einer gewissen Zeitverzögerung einsetzt, kann für 1989 ein Anspringen der Wiener Konjunktur erwartet werden — die Arbeitslosigkeit dürfte daher sogar etwas geringer ausfallen als im Jahr 1988.

Ein besonderes Problem stellt die Langzeitarbeitslosigkeit in Wien dar. Im Jahresdurchschnitt 1988 waren in Wien rund 9.600 Personen länger als ein Jahr arbeitslos, davon rund 60 Prozent Männer und rund 40 Prozent Frauen. Über dieses Problem wird derzeit eine umfassende Studie durchgeführt, die Fertigstellung der Studie ist mit April 1989 vorgesehen.

Erste Ergebnisse dieser Studie zeigen, daß sich die Wiener Arbeitslosen in drei Gruppen einteilen lassen:

- hochqualifizierte Angestellte und Facharbeiter mit einem Anteil von 25 bis 30 Prozent an der Gesamtzahl der Arbeitslosen;
- Hilfskräfte und Gelegenheitsarbeiter mit einem Anteil von 20 bis 25 Prozent;
- durchschnittlich qualifizierte Arbeiter und Angestellte mit einem Anteil von 45 bis 55 Prozent an den Arbeitslosen.

Die letzte Gruppe der durchschnittlich Qualifizierten profitiert am ehesten von einer guten Konjunkturlage. Der größte Teil dieser Arbeitslosen findet bei entsprechender Eigeninitiative in einem Konjunkturaufschwung einen akzeptablen Arbeitsplatz. Schwieriger stellt sich das Problem für die besonders Qualifizierten dar: Diese sind zumeist über 40 Jahre alt, haben gut verdient und wurden oft wegen Betriebsverlegungen, Schließungen oder aus Kostengründen gekündigt. Die Suche nach einer anspruchsvollen und gut bezahlten Arbeit dauert länger. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich sind am ehesten in Form von Großprojekten möglich, da bei solchen Projekten zumeist hochqualifizierte Fachkräfte, auch mit entsprechender Lohnforderung, eingestellt werden. Am problematischsten ist die Situation bei den Hilfskräften und Gelegenheitsarbeitern. Hier könnten Projekte der experimentellen Arbeitsmarktpolitik — allerdings professioneller als bisher durchgeführt — helfen. (Forts.mgl.) sei/gal

Große Plakataktion „Umweltbewußt einkaufen“

Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) „Sanfte“ Reinigungsmittel ohne aggressive Chemikalien, treibgasfreie Sprays, Mehrwegflaschen und Recyclingpapier gehören zu den Produkten, die beim umweltbewußten Einkauf ganz vorne stehen. Darauf machen jetzt auch 24-Bogen-Plakate aufmerksam. Rund 800 dieser einprägsamen „Umweltbewußt einkaufen“-Plakate sind derzeit auf Plakatflächen in ganz Wien affiziert. „Diese Plakate, auf denen die wichtigsten umweltschonenden Produkte abgebildet sind, sollen die Konsumenten neuerlich an ihre Möglichkeit, auch beim täglichen Einkauf an die Umwelt zu denken, erinnern“, betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters dazu.

Was wir alle tun können:



Die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ wurde Ende September vergangenen Jahres gestartet. Nach Gesprächen mit mehreren Handelsketten waren Konsum mit Stafa, Gerngroß Nimo, Forum, Herzmansky und Steffl, Inter-spar, Huma, Billa und Löwa bereit, mitzutun und durch eigene, von der Stadt Wien zur Verfügung gestellte Kleinplakate oder eigens gestaltete Regale auf umweltschonende Produkte — treibgasfreie Sprays, Recyclingprodukte, Mehrwegverpackungen, sanftere Reinigungsmittel usw. — aufmerksam zu machen. Über Inserate, durch speziell an die Geschäfte gerichtete Briefe und über den Bürgerdienst wurden außerdem Einzelhandelsgeschäfte eingeladen, bei der Aktion mitzumachen und den Konsumenten durch spezielle Plakate das umweltbewußte Einkaufen zu erleichtern. Bisher meldeten sich bei den Bürgerdienst-Stellen (zusätzlich zu den großen Handelsketten) ca. 50 Geschäfte, darunter die Gruppe l'Ultima (biologisch abbaubare Produkte in der Haarkosmetik), der Papiertiger (Recyclingpapier usw.), Reformhäuser, Friseure, Drogerien, Geschäfte für Haushaltsartikel, die umweltschonende Reinigungsmittel führen, Papierwarenhandlungen, zu deren Sortiment Recyclingpapier, unlackierte Bleistifte usw. gehören, Schuhgeschäfte, in denen Schuhpflegemittel ohne Treibgas angeboten werden, Diese Geschäfte erhielten vom Bürgerdienst ebenfalls Kleinplakate mit dem Hinweis „Hier können Sie umweltbewußt einkaufen“.

Forts. auf Blatt 46

Forts. von Blatt 45

Zusätzlich wurde in Zusammenarbeit mit den Umweltberater(n)innen eine Liste umweltfreundlicherer Produkte aufgelegt, die in allen Bürgerdienst-Stellen erhältlich und nach wie vor recht begehrt ist. Eine Neuauflage dieser Produktliste wird es im Frühjahr geben.

Auf die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ — in deren Rahmen auch die neue Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung, Telefon 78 74 17 eröffnet wurde — hat die Stadt Wien außerdem auch durch Presseaussendungen und Inserate aufmerksam gemacht. Vor wenigen Wochen schrieb Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER außerdem 300 weitere Geschäfte persönlich an, um das an und für sich gute Echo auf die Aktion noch weiter zu verstärken.

Die derzeitige Plakataktion soll ein weiterer Denkanstoß in Richtung Umsteigen auf umweltfreundliche oder zumindest umweltschonende Produkte sein und Konsumenten einfach durch die Abbildung entsprechender Produkte anregen, zu treibgasfreien Sprays, Mehrwegflaschen usw. zu greifen.

Auch die MA 54 — Zentraler Einkauf — bemüht sich verstärkt um den Kauf umweltfreundlicherer Produkte; gemeinsam mit dem Ökologie-Institut werden nun auch wissenschaftliche Grundlagen für ein ökologisches Beschaffungswesen erarbeitet. (Schluß) hrs/gal

Weltausstellung: Vor Gründung einer Kapitalgesellschaft

Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR gab am Dienstag in einer Pressekonferenz bekannt, daß Bund und Stadt Wien übereingekommen sind, kurzfristig eine Kapitalgesellschaft mit einem Stammkapital von voraussichtlich zehn Millionen Schilling für die Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung zu gründen. In weiterer Folge sollen dann 74 Prozent der Anteile an Dritte (Private, eventuell aber auch öffentliche Interessenten, zum Beispiel Länder) abgegeben werden. Bund und Stadt Wien wollen jeweils 13 Prozent der Anteile an der Weltausstellungsgesellschaft halten.

Als politisches Steuerungs- und Koordinierungsinstrument soll ein 6er-Gremium eingesetzt werden, dem die Minister Graf, Lacina und Neisser, Vizebürgermeister Mayr sowie die Stadträte Busek und Swoboda angehören werden. Dieses Gremium soll die Eigentümerinteressen des Bundes sowie der Stadt Wien an der Weltausstellungsgesellschaft in **gemeinsamen** Beschlüssen formulieren.

Mayr betonte, daß der Weltausstellungsgesellschaft in maximaler Eigenständigkeit all das obliegen wird, was sich auf dem Gelände der EXPO selbst abspielen wird; der vorgesehene Ausbau der Infrastruktur bleibt natürlich in der Kompetenz der Gebietskörperschaften.

Swoboda: Forderungsliste an den Bund

Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA berichtete über die wesentlichen Inhalte der Forderungsliste, die die Stadt Wien dem Bund im Zusammenhang mit infrastrukturellen Leistungen für die Vorbereitung der Weltausstellung vorgelegt hat. Diese Liste, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, beinhaltet fünf Schwerpunkte:

- den öffentlichen Verkehr (Frequenzsteigerung der U 1, mögliche Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf)
- den Individualverkehr
- die Verknüpfung von öffentlichem Verkehr und Individualverkehr durch Park & Ride sowie Busstellplätze
- verkehrliche Maßnahmen im Schienen- und Straßenverkehr außerhalb Wiens
- kulturelle Infrastruktur (Nutzung des Messepalastes)

Die im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost abgestimmten Park & Ride-Stellplätze sollen durch etwa 6.000 bis 7.000 Plätze ergänzt werden, um dem Ziel gerecht zu werden, das durch die Weltausstellung erzeugte Verkehrsaufkommen weitestgehend im öffentlichen Verkehr abwickeln zu können.

Zur Nutzung des Nordbahnhofes berichtete Swoboda, daß sich Vertreter Wiens und der ÖBB auf eine gemeinsame Studie geeinigt haben, die bis Ende Februar 1989 klären soll, welche Teile des Nordbahnhofes zu welchem Zeitpunkt frei werden, und die Grundlage für ein Frachtenkonzept für Wien für die nächsten 10 bis 20 Jahre sein soll. (Schluß) ger/lf/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 11. Jänner 1989

Blatt 48

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Swoboda: FPÖ wird über Weltausstellungsplanungen voll informiert (49/FS: 10.1.)
- Zweite Teilimpfung gegen Kinderlähmung (51)
- 1989 Rekordjahr beim Wiener U-Bahn-Bau (53-55)
- Verkehrsabsatzbetrag gilt erst ab 20 Kilometer pro Fahrtstrecke (57)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für die „Gartenstadt“ (50)

Kultur:

- Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien (52)
- Gerald Thomas bei den Wiener Festwochen (56)

Swoboda: Wiener FPÖ wird über Weltausstellungsplanungen voll informiert

Wien 10.1. (RK-KOMMUNAL) „Entgegen einer Aussendung des FPÖ-Pressedienstes wird die Wiener FPÖ voll über die Planungen für die Weltausstellung 1995 informiert. An eine Abänderung des einstimmig gefaßten Gemeinderatsbeschlusses über den Standort der Weltausstellung ist nicht gedacht.“ Dies erklärte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Wie Swoboda betonte, finde unter seinem Vorsitz noch am kommenden Donnerstag eine Information der im Gemeinderat vertretenen Parteien über den Planungsstand für die Weltausstellung statt. Die FPÖ ist, so Swoboda, überdies auch im Verein Weltausstellung vertreten, der seine Funktion bis auf weiteres beibehält. Von Geheimverhandlungen oder Geheimplanungen könne daher keinesfalls die Rede sein, schloß Swoboda. (Schluß) lf/bs

Bereits am 10. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Neuer Flächenwidmungsplan für die „Gartenstadt“

Wien, 11.1. (RK-BEZIRKE) Für die Floridsdorfer „Gartenstadt“, wie der 1926 errichtete Karl-Seitz-Hof ursprünglich geheißen hat, sowie angrenzende Kleingarten- und Wohngebiete, ist ein neuer Flächenwidmungsplan vorgesehen. Er umfaßt das Areal zwischen Voltagasse, Bunsengasse, Galvanigasse, Prager Straße, Tetmajergasse, Autobahn, Josef-Ruston-Gasse, Schulzgasse, Sildgasse und Jedleseer Straße. Die Rechtslage geht noch im wesentlichen auf Regulierungs- und Baulinienpläne von 1922 und 1928 zurück. Nunmehr soll die Anpassung an den Bau- und Nutzungsbestand erfolgen, wobei die Sicherung des Grüncharakters der Wohnhausanlagen und die Reduktion nicht mehr erforderlicher Verkehrsflächen im Vordergrund stehen.

Der Planentwurf (Plan Nr. 6123) liegt vom 12. Jänner bis 9. Februar in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, während der Amtsstunden zur Einsicht und Stellungnahme auf (Mo bis Fr von 8 bis 15.30, Do bis 17.30 Uhr). (Schluß) smo/gal

Zweite Teilimpfung gegen Kinderlähmung

Stacher unterstreicht Wichtigkeit der Vollimpfung

Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Diese und nächste Woche wird in Wien die 2. Teilimpfung gegen Kinderlähmung verabreicht. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER unterstreicht in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit, unbedingt alle 3 Schutzimpfungen zu nehmen, um den bestmöglichen Impfschutz zu erreichen. Zwar sei die Kinderlähmung in Österreich schon ausgerottet, es bestehe aber immer die Gefahr, daß diese gefährliche Viruserkrankung aus dem Ausland eingeschleppt werde. Die Möglichkeit einer Infektion mit Polioviren sei nicht nur in Tropengebieten, sondern auch in einigen europäischen Ländern gegeben.

Da nur vollständig Geimpfte geschützt sind, darf man auf die Auffrischungsimpfung nach 10 Jahren nicht vergessen. Auch diese Impfungen sind jetzt möglich. Wer überhaupt noch nicht geimpft ist, kann jetzt die 1. Teilimpfung und im Herbst die 2. Teilimpfung erhalten. Die 1. Teilimpfung bietet schon einen teilweisen Schutz. Die Kinderlähmungsimpfung ist problemlos: Man braucht nur ein Stück Zucker mit drei Tropfen Impfstoff einzunehmen. In Wien ist die Polio-Schluckimpfung kostenlos. Impftermine gibt es bis 21. Jänner. In den Bezirksgesundheitsämtern wird Dienstag und Freitag von 8.30 bis 11 Uhr, Mittwoch von 13 bis 15 Uhr geimpft; in der Impfstelle Wien 1., Zelinkagasse 3, Montag bis Freitag von 8.30 bis 11 Uhr, in der Außenstelle 8, Schlesingerplatz 3, Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr. In einigen Gesundheitsämtern wird auch am Samstag von 9 bis 11 Uhr und am Donnerstag von 17 bis 19 Uhr geimpft.

Abendimpftermine gibt es in der Spezialambulanz Wien 10, Gellertgasse 42-46, am Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, in der Mutterberatungsstelle Wien 21, Freytaggasse 32, am Montag von 17 bis 19 Uhr sowie in der Zentrale des Gesundheitsamtes, Wien 1, Neutorgasse 18, im Labor, am Donnerstag von 15 bis 17 Uhr. (Schluß) sc/gal

Förderungsmittel aus der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien

Wien, 11.1. (RK-KULTUR) Von der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien werden auch 1989 wiederum Förderungsmittel vergeben. Diese Stiftung wurde bekanntlich im Jahre 1965 anlässlich des 600jährigen Bestandes der Universität Wien und des 150jährigen Bestehens der Technischen Universität in Wien gegründet. Bisher konnten bereits einundzwanzigmal Förderungsmittel aus den Zinserträgen dieser Stiftung für wissenschaftliche Forschungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Förderungsmittel sind für wissenschaftliche Projekte, insbesondere der Wiener Hochschulinstitute, bestimmt. In speziellen Fällen können Förderungsbeiträge auch wissenschaftlichen Vereinigungen, Personengemeinschaften sowie Einzelpersonen mit entsprechender Qualifikation zuerkannt werden.

Es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur Anträge berücksichtigt werden können, die Forschungsaufgaben im unmittelbaren Sinne umfassen. Anträge um Förderung von Vorhaben, die mehr indirekt der Forschung dienen (Reisekostenbeiträge, Publikationskosten etc.) können nur in ganz besonders gelagerten Fällen in die engere Wahl kommen.

In den Bewerbungen um Förderungsmittel ist der wissenschaftliche Charakter des betreffenden Projektes und seine Bearbeitung darzustellen, sowie ein genauer Arbeitstitel anzuführen. Die Bewerbung muß mit folgenden Unterlagen erfolgen: Name des Bewerbers oder der bewerbenden Institution, Adresse, Telefonnummer (bei Einzelbewerbungen Lebenslauf, Bildungsgang, Fachrichtung, bisherige Arbeiten; bei Institutionsbewerbungen analoger Qualifikationsnachweis der vorgesehenen Mitarbeiter), Begründung und Disposition des Vorhabens, Arbeitsdauer, aufgegliederter Kostenvoranschlag und Bekanntgabe sonstiger Förderungsbeiträge anderer Stellen. Die Bewerber müssen ihren Sitz (Wohnsitz) in Wien haben. Die Beschlußfassung über die Zuerkennung der Förderungsmittel obliegt dem Kuratorium der Stiftung, das die Verleihung im November 1989 vornehmen wird.

Die Bewerbungen müssen im Sekretariat der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, 2. Stock, eingereicht werden. Meldeschluß ist am 31. März 1989. (Schluß) red/gal

1989 Rekordjahr beim Wiener U-Bahn-Bau

Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) 1989 wird ein Rekordjahr im Wiener U-Bahn-Bau. Dies kündigte Verkehrsstadtrat Johann HATZL am Mittoch in einem Pressegespräch an. Die wesentlichen Kriterien des U-Bahn-Baues im laufenden Jahr:

- Mit dem Jahr 1989 wird der finanzielle Höhepunkt beim Wiener U-Bahn-Bau erreicht.
- Die „7 mageren Jahre“ seit der Eröffnung der letzten U-Bahn-Linie sind vorbei: Die Linie U6 wird nach sechs Jahren Bauzeit im Oktober dieses Jahres eröffnet.
- Im 15. Bezirk beginnen die Bauarbeiten an der Linie U3.

Der U-Bahn-Bau hat Vorrang

Gemäß dem Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1989 stehen für den U-Bahn-Bau insgesamt 5.446,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon werden rund 900 Millionen Schilling für den Abschluß der Bauarbeiten an der Linie U6 aufgewendet. Mit der Fertigstellung der Linie U6 zwischen Friedensbrücke/Heiligenstadt und Philadelphiabrücke wird Wien weitere 10 Kilometer U-Bahn erhalten. Die U6 stellt eine Nord-Süd-Tangente dar und bildet zusammen mit der U4 einen U-Bahn-Gürtel, der die inneren Bezirke umschließt.

Die Linie U6 schafft wichtige Umsteigemöglichkeiten zu ÖBB-Linien und entspricht damit dem Grundgedanken des Schienenverbundes:

- Die Verknüpfung mit der Schnellbahn im Bereich des Bahnhofes Meidling ist für viele Pendler interessant.
- Im Bereich der Station Längenfeldgasse wird die U6 mit der U4 verknüpft und so ins U-Bahn-Grundnetz eingebunden.
- Beim Westbahnhof ist derzeit ein wichtiges Verkehrsbauwerk im Entstehen, das die U6 mit der Westbahn und später auch mit der U3 verknüpfen wird.
- Schließlich bietet die U6 in den Stationen Friedensbrücke und Heiligenstadt nochmals die Umsteigemöglichkeit auf die U4.

Für die Linie U3 sind rund 4,3 Milliarden Schilling vorgesehen, wovon allein auf die Produktion der Zuggarnituren („Silberpfeile“) ca. 900 Millionen Schilling entfallen. Der erste Doppeltriebwagen wird im November 1989 ausgeliefert werden; im 14-Tage-Rhythmus folgen dann die restlichen 44 Garnituren für die 1. Teileröffnung der U3 im Jahr 1991.

Nachstehend eine — geraffte — Übersicht über die einzelnen Baumaßnahmen:

LINIE U6

Die Arbeiten an der U6 stehen ganz im Zeichen der bevorstehenden Eröffnung. Es gelangen hauptsächlich restliche Innenausbauarbeiten sowie Abschlußarbeiten an der Oberfläche zur Durchführung. Diese Baumaßnahmen umfassen folgende Bauabschnitte:

- U6/1 — Pottendorfer Straße
- U6/2 — Philadelphiabrücke
- U6/3 — Vivenotgasse
- U6/4 — Längenfeldgasse

Die Sanierung der Otto-Wagner-Brücke über das Wiental wird abgeschlossen; ebenso werden dort die Gleisbau- und Signaltechnikarbeiten beendet (Bauabschnitt U6/5).

In allen Stationen der Gürtelstammstrecke werden die Adaptierungs- beziehungsweise Sanierungsarbeiten weitergeführt. In der Station Währinger Straße wird ein zweiter Aufzug eingebaut. Im Bereich der U6-Station Michelbeuern wird eine Wagen-Revisionshalle errichtet.

U6-Verlängerung nach Siebenhirten

Im Rahmen der Vorarbeiten erfolgt die Ausschreibungs- und Einreichplanung. Nach Einbautenverlegungen können gegen Jahresende die Baubeziehungsweise Umbauarbeiten beginnen.

LINIE U3 – 1. Teilabschnitt

Bis zur Eröffnung des 1. U3-Teilabschnittes Erdberg – Volkstheater stehen noch ca. zwei Jahre zur Verfügung. Alle Rohbau- und Tunnelbauarbeiten werden im Jahr 1989 abgeschlossen. Die weiteren Arbeiten stehen in diesem Jahr ganz im Zeichen des Innenausbau; dazu gehören der Gleisbau samt der elektrotechnischen Ausrüstung, die Stationsausgestaltung mit Steinmetz- und Wandverkleidungsarbeiten sowie die Haustechnik mit dem Einbau der Heizungs- und Lüftungsanlagen sowie der Fahrtreppen und Aufzüge. In folgenden Bauabschnitten werden diese Arbeiten durchgeführt:

- U3/1b – Betriebsbahnhof Erdberg
- U3/2 – Schlachthausgasse
- U3/3 – Kardinal-Nagl-Platz
- U3/4 – Rochusgasse
- U3/5 – Landstraße
- U3/6+7 – Stubentor

Abschluß der Gleisbauarbeiten in den Streckenröhren zwischen Landstraße und Stephansplatz beziehungsweise im Verbindungsgleis zwischen Landstraße und Julius-Raab-Platz.

- U3/8 – Station Stephansplatz

Unter anderem Erweiterung der bestehenden Passage im 1. Tiefgeschoß und die Errichtung eines behindertengerechten Aufzuges an die Oberfläche des Stephansplatzes im Haas-Haus.

- U3/9 – Herrengasse

Bis Ende des Jahres noch Tunnelvortriebsarbeiten beziehungsweise die Herstellung der Innenschale zwischen Graben und Minoritenplatz.

- U3/10 – Volkstheater

Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs um den Häuserblock beim Wiener Stadtschulrat. Am 28. August dieses Jahres wird die U-Bahn-Passage Bellaria zur Benützung freigegeben werden.

LINIE U3 – 2. Teilabschnitt

Im Bereich der Mariahilfer Straße wird im Jahr 1989 bei den Rohbauarbeiten der Höhepunkt erreicht. Nach der Fertigstellung der Schlitzwände und der obersten Decken können (bis auf verschiedene Förderöffnungen) große Bereiche der Mariahilfer Straße provisorisch wieder dem Verkehr übergeben werden; dies wird spürbare Erleichterungen für das Geschäftsleben bringen. Die Baumaßnahmen verstehen sich auf die Bereiche:

- U3/11 – Kirchengasse
- U3/12 – Zieglergasse
- U3/13 – Westbahnhof

Vom Schacht Gerstnerstraße aus Beginn der Tunnelvortriebsarbeiten in der Neuen Österreichischen Tunnelbauweise. Weiters Herstellung von Schlitzwänden im Bereich des U3/U6 – Kreuzungsbauwerkes und in der inneren Mariahilfer Straße.

LINIE U3 – 3. Teilabschnitt

Im Jahr 1989 dehnt sich der U-Bahn-Bau über den Bereich Gürtel/Westbahnhof hinaus auch in den 15. Bezirk aus. Den Startschuß für den 3. Teilabschnitt der U3 vom Westbahnhof bis zur Johnstraße bilden die Rohbauarbeiten in den Bauabschnitten Schweglerstraße und Johnstraße. Der

Forts. von Blatt 53

Forts. auf Blatt 55

U-Bahn-Bau gliedert sich in die Bauabschnitte:

- U3/14 — Schweglerstraße
- U3/15 — Johnstraße

LINIE U3 – 4. Teilabschnitt

In den Bereichen des 4. Teilabschnittes der U3 von der Johnstraße bis nach Ottakring werden 1989 alle entsprechenden bauvorbereitenden Arbeiten für einen Baubeginn im Jahr 1990 durchgeführt. Dazu gehören Baugrunduntersuchungen, Feststellungen des Bauzustandes von diversen Objekten sowie die Erstellung der Ausschreibungsplanung für die Bauabschnitte

- U3/16 — Hütteldorfer Straße,
- U3/17 — Kendlerstraße,
- U3/18 — Ottakring.

Darüber hinaus sind Einbautenverlegungen sowie Servituts- beziehungsweise Ankaufsverhandlungen hinsichtlich für den Bau benötigter Grundstücke erforderlich. Damit wird der U-Bahn-Bau im laufenden Jahr auch in den Bezirken 14 und 16 in das Stadium der Realisierung treten.

ALLGEMEINES

Die Vorleistungen (Schlitzwandarbeiten und oberste Decke) für die Verlängerung der U3 von Erdberg nach Simmering werden in Teilbereichen weitergeführt. Außerdem wird die generelle Planung für diesen Abschnitt begonnen. Weiters sind Planungsarbeiten auch für eine etwaige Verlängerung der U6 von Siebenhirten zur SCS 2 vorgesehen. (Schluß) pz/gal

Forts. von Blatt 54

Gerald Thomas bei den Wiener Festwochen

Wien, 11.1. (RK-KULTUR) Zu einem Höhepunkt der Wiener Festwochen 1989 verspricht das Gastspiel der Companhia de Opera Seca unter der Leitung von Gerald THOMAS aus Sao Paulo, Brasilien, zu werden. Zur Aufführung kommen „Ein Prozeß“ nach Franz Kafka und „Carmem com Filtro“, wobei Thomas den Text der Bizet-Oper gemeinsam mit Heiner Müller bearbeitete.

Gerald Thomas, der sich am Mittwoch der Wiener Presse vorstellte, ist in Brasilien aufgewachsen und hat in London Philosophie studiert. Er war von 1979 bis 1984 Mitglied des La MaMa Theaters und gründete 1986 seine eigene Company in Sao Paulo. Die Companhia de Opera Seca spielt jährlich bis zu 350 Vorstellungen in Sao Paulo und Rio de Janeiro und rund vier Wochen in New York. (Schluß) gab/rr

Verkehrsabsetzbetrag gilt erst ab 20 Kilometer pro Fahrtstrecke

Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Mit Anfang dieses Jahres ist bekanntlich eine Änderung des Einkommensteuergesetzes in Kraft getreten, durch die das bisherige Kraftfahrzeugpauschale durch einen Verkehrsabsetzbetrag ersetzt worden ist. In diesem Zusammenhang werden zahlreiche Anrufe an die Verkehrsbetriebe hinsichtlich der Streckenlänge der einzelnen Linien gerichtet, wobei zutage tritt, daß in vielen Fällen die Länge des Weges zur Arbeitsstätte weit überschätzt wird: Der erhöhte Verkehrsabsetzbetrag gilt erst für Arbeitnehmer, deren Weg in einer Richtung 20 Kilometer übersteigt.

Wer meint, daß seine Wegstrecke diese 20 Kilometer überschreitet und sich darüber nicht im Klaren ist, dem stehen bezüglich der Wegstreckenlänge von U-Bahn-, Straßenbahn- und Autobuslinien die Wiener Verkehrsbetriebe unter den Telefonnummern 501 30/2350 DW, 501 30/2360 DW oder 501 30/2379 DW, jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 15 Uhr für Auskünfte zur Verfügung. Da naturgemäß jede Anfrage individuell zu beantworten ist, sind manchmal Wartezeiten leider nicht zu vermeiden. Auch können allgemeine steuerliche Auskünfte zu diesem Fragenkomplex nur von den Finanzämtern erteilt werden. (Schluß) pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Donnerstag, 12. Jänner 1989

Blatt 58

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer ärztlicher Direktor des Pflegeheims St. Andrä (59/FS: 11.1.)
- Jahrbücher 1987 über Statistik und Verwaltung erschienen (61)
- Berufstitel „Hofrat“ für Medizinalrat Dr. Klima (63)
- Ganzheitsmedizin könnte neue Wiener medizinische Schule begründen (64 '65)
- Stadtrat Dr. Swoboda verlangt von Wiener Messe fundiertes Konzept (66)
- Smejkal: Vier Eltern-Kind-Zentren sollen regionale Versorgung verbessern (67)
- Gemeinderatsausschuß beschloß Sanierung des Karl-Marx-Hofes (68)
- Leitschienenreparatur auf der Nordbrücke (nur FS/11.1.)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für den Brückhaufen (60)

Kultur:

- 50. Todestag von Fritz Grünbaum (62)

Neuer ärztlicher Direktor des Pflegeheimes St. Andrä

Wien, 11.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Mittwoch vormittag den neuen ärztlichen Direktor des Pflegeheimes der Stadt Wien — St. Andrä an der Traisen, Dr. Alireza FANIZADEH, in sein Amt ein.

Dr. Fanizadeh besitzt seit 1983 die Anerkennung als Facharzt für Urologie und ist seit 1984 Anstaltsarzt im Pflegeheim St. Andrä.

Direktor Fanizadeh tritt die Nachfolge von Dr. Erich PROSZOWSKI an, der seit 1982 ärztlicher Direktor des Pflegeheimes St. Andrä war und in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) sc/gal

Bereits am 11. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Flächenwidmungsplan für den Bruckhaufen

Wien, 12.1. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet des ehemaligen Bruckhaufens — zwischen Alter Donau, Donaupark und Donauufer-Autobahn — ist ein neuer Flächenwidmungsplan vorgesehen. Aus der einstigen, illegal bebauten „Glasscherbeninsel“ der Zwischenkriegszeit ist ein hochwertiges Siedlungsgebiet entstanden. Die vorliegende Bearbeitung des Flächenwidmungsplans sieht vor, daß die durchgrünte Bebauung mit Einfamilienhäusern gesichert, Flächen für öffentliche Einrichtungen berücksichtigt, nicht mehr benötigte Verkehrsflächen aufgelassen und die Sport- und Freizeiteinrichtungen an der Alten Donau erhalten bleiben. Der Planentwurf (Plan Nr. 6129) liegt bis 9. Februar in der MA 21, Rathausstraße, 2. Stock, während der Amtsstunden zur Einsicht und Stellungnahme auf (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr).

Änderung in Leopoldau

Zur gleichen Zeit liegt eine Planabänderung für ein Areal in Leopoldau (Plan. Nr. 6128) auf: Zwischen Aderklaaer Straße, Panethgasse und Seibaldgasse wurde für einen Schulbau nicht die ganze Fläche benötigt, so daß für einen verbleibenden Teil die Widmung als Gemischtes Baugebiet, die der derzeitigen Nutzung entspricht, vorgeschlagen wird. (Schluß)
smo/rr

Jahrbücher 1987 über Statistik und Verwaltung erschienen

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien — 1987“ und das Jahrbuch „Die Verwaltung der Stadt Wien — 1987“ sind soeben erschienen (Kommissionsverlag: Jugend & Volk). Das Statistische Jahrbuch kostet 400 Schilling, das Jahrbuch über die Verwaltung 200 Schilling. Beide Bücher sind beim Statistischen Amt der Stadt Wien, MA 66, 1., Volksgartenstraße 3, erhältlich.

Das Statistische Jahrbuch gibt einen Überblick über Meteorologische und geographische Verhältnisse, über die Umwelt, befaßt sich mit der Bevölkerungsstatistik, mit dem Gesundheits- und Sozialwesen und bietet einen Überblick über die Wiener Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, das Wohnungswesen, die Ver- und Entsorgung u.v.a. Mit einem ausführlichen Sachregister umfaßt das Werk insgesamt 460 Seiten.

Das Jahrbuch über die Verwaltung der Stadt Wien bietet einen detaillierten Überblick über die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung im Jahr 1987.
(Schluß) fk/rr

50. Todestag von Fritz Grünbaum

Wien, 12.1. (RK-KULTUR) Fritz Grünbaum wurde am 7. April 1880 in Brünn als Sohn eines Kunsthändlers geboren und besuchte dort Volksschule und Gymnasium. 1899 bis 1903 studierte er in Wien Jus, wandte sich aber bereits 1905 zum Kabarett und wurde von den Brüdern Natzler für die „Hölle“ engagiert, wo er bald außerordentlichen Erfolg hatte. Grünbaum blieb allerdings nicht lange in Wien, sondern ging nach Berlin, wo er eine wesentlich höhere Gage erhielt. Erst in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen führte Grünbaum zusammen mit Farkas das Kabarett „Simplizissmus“ in Wien, das bald zu einem Begriff der Wiener Kleinkunst wurde. Zusammen mit Farkas hatte er eine unübersehbare Reihe von Kabarettprogrammen zusammengestellt, die durch Witz, Satire und schauspielerische Komik nicht leicht überboten werden konnte. Im Jahre 1938 wurde er von den Nationalsozialisten zuerst in das KZ Dachau und später nach Buchenwald gebracht. Pierre Genee und Hans Veigl geben in ihrer 1984 erschienenen Fritz-Grünbaum-Auswahl „Die Schöpfung und andere Kabarettstücke“ im Nachwort den 14. Jänner 1940 als genaues Todesdatum an.

Karl Farkas, langjähriger Partner und berufener Zeitzeuge, schrieb einmal über ihn: „Fritz Grünbaum — eine einmalige Erscheinung in der einmaligen Brettzeit: der kleine Mann mit den ganz großen Pointen, die immer ins Schwarze trafen, ohne zu verwunden — weil ihre ätzende Wirkung durch Güte entschärft wurde. Er dachte mit dem Herzen, ein rührender Philosoph als drastischer Komiker.“ (Schluß) red/rr

Berufstitel „Hofrat“ für Medizinalrat Dr. Klima

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch nachmittag dem ehemaligen Leiter des Tuberkulosereferates des Gesundheitsamtes der Stadt Wien, Medizinalrat Dr. Johann KLIMA, das Dekret über den vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitel „Hofrat“.

Dr. Klima studierte in Innsbruck und war dann im Wiener Franz-Josef-Spital und in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe tätig. 1955 erhielt er die Anerkennung als Facharzt für Lungenkrankheiten, 1971 wurde ihm der Berufstitel „Medizinalrat“ verliehen.

Schon seit 1949 arbeitete Dr. Klima als Fürsorgearzt im Rahmen der Tuberkulosefürsorge, 1972 wurde er mit der Leitung des Tuberkulosereferats des Wiener Gesundheitsamtes betraut. In dieser Funktion unterstanden ihm durchschnittlich 120 Mitarbeiter, darunter 30 Ärzte, 40 Sozialarbeiter und 10 Röntgenassistentinnen.

Medizinalrat Dr. Klima hat in den Nachkriegsjahren maßgeblich am Wiederaufbau der Tuberkulosebekämpfung in Wien mitgewirkt. Dazu zählen die Einführung einer verbesserten Tuberkuloseimpfung, die Durchführung von gezielten Röntgen-Reihenuntersuchungen und die Erfassung von Risikogruppen. Seinem Einsatz ist es zu verdanken, daß die Tuberkulose in Wien rascher zurückgegangen ist als in anderen Gebieten Österreichs. Dr. Klima war Berater bei der Ausarbeitung des Tuberkulosegesetzes 1968; er verfaßte etwa 50 wissenschaftliche Arbeiten. Seine epidemiologischen Studien waren richtungsweisend für gezielte Tuberkulose-Bekämpfungsmaßnahmen.

Seit 1968 widmete sich Dr. Klima auch der Erfassung und Bekämpfung einer weiteren Volkskrankheit, der Bronchitis. Er führte exakte Untersuchungen über die Häufigkeit der chronischen Bronchitis durch — auch im Hinblick auf die Luftgüte im Stadtgebiet. Er installierte in seinem Bereich eine Reihe von Raucherberatungsstellen und die Medizin-meteorologische Beratungsstelle.

Hofrat Klima ist Träger des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich und des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien. Er ist 1987 in den Ruhestand getreten. (Schluß) sc/gal

Ganzheitsmedizin könnte neue Wiener medizinische Schule begründen

Stacher für Zusammenarbeit von Schulmedizin und Komplementärmedizin

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) „Miteinander reden — miteinander arbeiten! Diskussionen zwischen der naturwissenschaftlichen Medizin (Schulmedizin) und der Komplementärmedizin sind die Hauptaufgaben der Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin.“ Das erklärte der Präsident der Akademie, Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Mittwoch abend bei einer Pressekonferenz in der Wiener Holding.

In der Komplementärmedizin gebe es eine Reihe von Methoden, die sicherlich wirksam seien, deren Erfolg aber noch nicht wissenschaftlich überprüft worden sei. Da man aber heute Reaktionen auf Therapien nachweisen könne, wie man es vor 30 Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte, müsse man sich ernsthaft mit diesen Methoden beschäftigen und wissenschaftliche Untersuchungen anregen und durchführen. Die Akademie für Ganzheitsmedizin suche keine Konfrontation mit den Universitäten, sondern die enge Zusammenarbeit. Der Wiener Gesundheitsstadtrat sieht darin eine echte Chance, wieder zu einer Art Wiener medizinischen Schule zu kommen.

Stadtrat Stacher berichtete über eine Umfrage, die unter den Mitgliedern der Akademie für Ganzheitsmedizin durchgeführt wurde und die besonders interessanten Methoden der Komplementärmedizin herausfinden sollte. Dabei wurden am häufigsten genannt: Homöopathie, Akupunktur, Ernährungstherapie, Neuraltherapie, Psychosomatik, chinesische Methoden (Tai Chi, Qi Gong usw.), Manualtherapie, Atemtherapien, Grundregulation (u.a. Herddiagnostik), Phytotherapie (Therapie mit Pflanzen), Arzt-Patient-Verhältnis, Bewegungstherapien, Sauerstoff-Ozon-Therapie, Autogenes Training und Mineralstofftherapie.

Diskussionsabende im Tourotel Oberlaa

In der Akademie für Ganzheitsmedizin wurde bereits eine Reihe von Arbeitsgruppen installiert, die sich mit folgenden Themen beschäftigen werden: Grundlagen heilkundlichen Denkens und Handelns / Philosophie der Ganzheitsmedizin / Psychotherapie / Psychosomatik / Ernährung — Fasten / Grundregulation nach Pischinger / Homöopathie / Schmerztherapien / Energetische Medizin, Biophysikalische Testverfahren und elektromagnetische Bioinformation / Balneologie und Bewegungstherapien / Phytotherapie / Herddiagnostik — operative und konservative Herdtherapie / Ozon-Sauerstoff-Therapie. Eine weitere Arbeitsgruppe wird sich mit dem Thema „Spurenelemente“ befassen.

Als Beginn einer Serie von Diskussionsabenden wird am 18. Jänner im Tourotel Oberlaa eine Veranstaltung „Der Organismus als offenes System in der Ganzheitsmedizin“ mit fünf Referaten und Diskussionen stattfinden. Im Frühjahr dieses Jahres werden Einführungsseminare für

- Ernährung und Phytotherapie,
 - Akupunktur und Neuraltherapie,
 - Homöopathie und chinesische Medizin
- veranstaltet werden.

Der Vizepräsident der Akademie für Ganzheitsmedizin, Holding-Vorstandsleiter Dr. Kurt MAZANEK, berichtete über weitere Ergebnisse der Umfrage unter den Akademie-Mitgliedern. So sind die Mitglieder — größtenteils Ärzte, aber auch Physiker, Psychologen und Angehörige anderer Berufsgruppen — der Meinung, die Akademie sollte methodenübergreifend arbeiten, um der starken Spezialisierung in der Medizin ent-

gegenzuwirken. Die Mediziner sollten eine Sprache sprechen, die alle verstehen, vor allem die Patienten. Mit dieser Problematik müsse man sich, so Mazanek, befassen, wobei allerdings zu beachten sein werde, daß die Wissenschaftlichkeit nicht verloren geht.

Häufig wurde von den Akademie-Mitgliedern der Wunsch nach der Anerkennung ganzheitsmedizinischer Methoden geäußert — besonders durch die Krankenkassen und die Privatversicherungen. Schließlich wurde großer Wert darauf gelegt, sich in der Arbeit klar von unseriösen Methoden abzugrenzen. (Schluß) sc/rr

Forta. von Blatt 64

Stadtrat Dr. Swoboda verlangt von Wiener Messe fundiertes Konzept

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der wiederaufgeflamnten Diskussion um die Nachnutzung des geplanten Weltausstellungsgeländes durch die Wiener Messe forderte Donnerstag Planungstadtrat Dr. Hannes SWOBODA ein fundiertes Konzept, das die Geschäftsführung der Messe noch im heurigen Frühjahr vorlegen soll.

Swoboda wörtlich: „Ich erwarte mir in den kommenden Monaten fundierte Aussagen und Klarstellungen über die tatsächlichen Anforderungen der Wiener Messe, die mit den Ergebnissen des städtebaulichen Ideenwettbewerbes zum Weltausstellungsgelände in sinnvollen Einklang gebracht werden können“.

Spätestens zum Zeitpunkt des Verfahrens zur Auswahl eines baureifen Projektes für die EXPO-Anlagen — also im Herbst dieses Jahres — muß, so Swoboda, die Frage der Nachnutzung eindeutig geklärt sein. Im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbes sollten auch die möglichen Einbindungen der Wiener Messe in die städtische Nutzungsstruktur überprüft werden, schloß Swoboda. (Schluß) lf/bs

Smejkal: Vier Eltern-Kind-Zentren sollen regionale Versorgung verbessern

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Über eine neue Einrichtung des Wiener Jugendamtes informierte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag in einer Pressekonferenz. Vier neue Eltern-Kind-Zentren, die das Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt der Stadt Wien demnächst eröffnet, sollen jungen Elternpaaren vor und nach der Geburt eines Kindes sachkundige Information, praktische Anleitungen, Beratung und Hilfe für das Alltagsleben mit einem Neugeborenen bieten, sagte Smejkal. Das Beratungs- und Betreuungsangebot der Eltern-Kind-Zentren soll, noch mehr als bisher in den Elternschulen und Mutterberatungsstellen, fachkompetentes, alltagsnahes und versorgungsintegratives Service für junge Mütter und Väter zur Verfügung stellen. Die Erweiterung des Angebotes des Jugendamtes um die Eltern-Kind-Zentren wird aber auch eine Früherfassung diverser Risikofaktoren möglich machen und die regionale Versorgung verbessern, kündigte Smejkal an.

Kontakte schon vor der Geburt des Kindes

Ausgehend von der hohen Akzeptanz der Mutterberatungsstellen und Elternschulen speziell bei sozial schwächeren Bevölkerungsschichten, versucht das Jugendamt auf diesem Weg, schon vor der Geburt eines Kindes Kontakte mit den werdenden Eltern zu schließen und Hilfen vorbeugend anzubieten. Im Zuge dieser Bemühungen werden auch die Bevölkerung des Wohnbezirkes bzw. der Region, in der das Jeweilige Eltern-Kind-Zentrum angesiedelt ist, und bereits bestehende Initiativen eingeladen, sich an den Aktivitäten der Eltern-Kind-Zentren zu beteiligen.

Mit der Errichtung dieser Zentren startet das Jugendamt der Stadt Wien einen Modellversuch zur verstärkten regionalen Versorgung. Die Eltern-Kind-Zentren sind aber auch ein Beitrag, durch den Ausbau der prophylaktischen Angebote für die Lebensphase rund um die Geburt eines Kindes, dem bisherigen Trend einer vergleichsweise höheren Säuglingssterblichkeit in Wien entgegenzuwirken.

- Eltern-Kind-Zentrum, 21, Freytaggasse 32 (für den 2., 3., 20., 21. und 22. Bezirk)
- Eltern-Kind-Zentrum, 10, Quellenplatz 4 (für den 1., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11. und 23. Bezirk)
- Eltern-Kind-Zentrum, 16, Ottakringer Straße 194 (für den 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18. und 19. Bezirk)
- Eine Sonderform bzw. eine Weiterentwicklung in Richtung Regionalisierung stellt die Errichtung des vierten Eltern-Kind-Zentrums, 23, Pfarrgasse 34 dar, das noch mehr Angebote auf Bezirksebene (etwa einen Stützpunkt der mobilen Familienhebamme des Gesundheitsamtes sowie eine sonderpädagogische Ambulanz) bieten wird. Eröffnet wird dieses vierte Eltern-Kind-Zentrum im März 1989, kündigte Smejkal an.

In den Eltern-Kind-Zentren werden neben den bewährten Angeboten der Elternschulen und der Mutterberatungsstellen zusätzliche Beratungen durch Kinderpflegerinnen, mobile Familienhebammen des Gesundheitsamtes, Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter und Ärzte sowie Hilfe in rechtlichen Fragen angeboten werden. (Forts. mgl.) jel/bs

Gemeinderatsausschuß beschloß Sanierung des Karl-Marx-Hofes

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag einstimmig die Sanierung des Karl-Marx-Hofes. Die Nettoherstellungskosten für umfangreiche Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten, für Wohnungsverbesserungen, Aufzugseinbauten und Fernwärmeanschluß betragen 432,5 Millionen Schilling. Die Arbeiten sollen bis 1993 abgeschlossen sein.

Verkauf des Palais' Harrach

Ferner beschloß der Gemeinderatsausschuß den Verkauf des Palais Harrach an die Oskar-Schmidt-GmbH. Zweck des Verkaufes ist die Revitalisierung des Baujuwels sowie die Errichtung eines ART-Centers. Der Kaufpreis von 62 Millionen Schilling wurde bereits im November des Vorjahres bezahlt. ÖVP und FPÖ stimmten dem Verkauf nicht zu. (Schluß)
ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 13. Jänner 1989

Blatt 69

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Wiener Drei-Parteien-Einigung über weitere Vorgangsweise bei Weltausstellungsplanungen
(70/FS: 12.1.)

Stärkere Kontrolle bei der Wohnungsvergabe (71/FS: 12.1.)

70. Geburtstag von Kurt Heller (73)

Zehn Monate vor der Inbetriebnahme: In Meidling werden U 6-Aufgänge gebaut (74)

Umweltstadtrat Häupl nimmt Stellung zum Bundesabfallwirtschaftsgesetz (75)

Terminvorschau vom 16. bis 29. Jänner (76)

Achtung vor dem „Fensterstreich-Schmäh“ bei Haussanierungen! (77)

Wohnungsvergabe nur mit Vormerkschein (78)

Stadtrat Dr. Swoboda begrüßt Juryempfehlung zur Roßbauer Kaserne (79)

Kultur:

Landesarchiv erhielt Material über Dr. Schwarzwald (72)

„Kontraste“ im Bezirksmuseum Döbling (72)

Wiener Drei-Parteien-Einigung über weitere Vorgangsweise bei Weltausstellungsplanungen

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Wie anlässlich der Weltausstellungs-Sondersitzung des Wiener Gemeinderates im Oktober 1988 beschlossen worden war, ist heute, Donnerstag, auf Wiener Ebene das Drei-Parteien-Komitee zur Vorbereitung der geplanten Weltausstellung 1995 unter Vorsitz von amtsführenden Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA zusammengetreten.

Dabei wurde festgelegt, daß vor allen weiteren Verhandlungen des Landes Wien mit dem Bund in diesem Komitee Einvernehmen hergestellt werden muß. Der Bericht über die Gesprächsergebnisse des politischen Lenkungsausschusses auf Bundesebene wurde von den Vertretern der drei im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien grundsätzlich zur Kenntnis genommen, und die Vertreter Wiens wurden beauftragt, in diesem Sinne weiter zu verhandeln.

Dabei ist davon auszugehen, daß die vorgesehene Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und geführt werden muß. Gleichzeitig sind die öffentlichen Interessen von Bund, Wien und den anderen Bundesländern durch entsprechende Regelungen ausreichend zu berücksichtigen.

Überdies betonten die Vertreter der drei Parteien, daß die Besetzung der Geschäftsführungsfunktionen ausschließlich nach objektiven Ausschreibungen und Auswahlkriterien zu erfolgen hat. (Schluß) lf/bs

Bereits am 12. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Stärkere Kontrolle bei der Wohnungsvergabe

Bereits am 12. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 12.1. (RK-KOMMUNAL) Zur Presseaussendung von ÖVP-Gemeinderat Georg FUCHS, wonach der Wohnbaustadtrat „SPÖ-Bonzen“ in der Reihenhaussiedlung Voltelinistraße in Wien-Floridsdorf „schütze“, erklärte Stadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“: „Ich habe bereits gegenüber dem Gemeinderatsausschuß erklärt, daß die Übertragung der Reihenhäuser ins Eigentum der Bewohner aus rechtlichen Gründen nicht erfolgen kann. Nach dem Baurechtsgesetz wäre eine einseitige Auflösung des Baurechtsvertrages mit der Wohnbauvereinigung 'Heimbau' rechtswidrig, und eine einvernehmliche Auflösung aus wirtschaftlichen Gründen für die Stadt Wien unvertretbar. Ein vorzeitiges Erlöschen des Baurechtes hätte zur Folge, daß die Stadt Wien an die 'Heimbau' eine Entschädigung in der Höhe eines Viertels des gesamten Bauwertes der errichteten Häuser zu bezahlen hätte. Ebenso hätte die Stadt Wien sämtliche auf dem Grundstück befindlichen Hypotheken zu übernehmen. Es ist bedauerlich, daß Herr Gemeinderat Fuchs diese Rechts-situation nicht zur Kenntnis nehmen will.“

Edlinger kündigte gleichzeitig eine stärkere Kontrolle bei der künftigen Vergabe von Wohnungen an, die mit öffentlichen Mitteln errichtet oder saniert werden. „Ich werde in Kürze der Öffentlichkeit entsprechende Überlegungen präsentieren, die nicht nur bei Wohnbauvereinigungen, sondern auch bei privaten Hauseigentümern eine stärkere Kontrolle der Wohnungsvergabe vorsehen, wenn Steuergelder für den Bau oder die Sanierung eines Hauses verwendet wurden“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/bs

Landesarchiv erhielt Material über Dr. Schwarzwald

Wien, 13.1. (RK-KULTUR) Durch nahezu 40 Jahre hatte Dr. Eugenia SCHWARZWALD in vielfacher Hinsicht den Wiener Kultur- und Sozialbereich mitgestaltet: als Leiterin ihrer Schulanstalten, Initiatorin von Gemeinschaftsküchen oder Kinderferienaktionen. Viele ihrer Gedanken waren neu und bahnbrechend. Dr. Hans DEICHMANN, der eine umfassende Chronik über das Werk von Eugenia Schwarzwald vorgelegt hat (Leben mit provisorischer Genehmigung. Leben, Werk und Exil von Dr. Eugenia Schwarzwald, 1872 — 1940), hat nun sein gesamtes, jahrelang recherchiertes Material, in das eigene Erinnerungen und jene vieler anderer Zeitzeugen eingeflossen sind, dem Wiener Stadt- und Landesarchiv zur dauernden Aufbewahrung übergeben. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat Dr. Deichmann den Dank für diese wertvollen Unterlagen ausgesprochen.

Der karitative Ideenreichtum von Dr. Schwarzwald war schier unerschöpflich. So eröffnete sie bald nach der Jahrhundertwende auf dem Franziskanerplatz ein „Mädchen-Lyzeum (6 Klassen) verbunden mit Mädchen-Gymnasialkursen und Fortbildungskursen in Wien“. Und das zu einer Zeit, da Mittelschulbildung für Mädchen keineswegs selbstverständlich war. 1907 war die Schülerzahl bereits auf 500 angestiegen. Dieser Schule folgten weitere, und 1922 wurde daher die „Gesellschaft der Schwarzwaldschen Schulanstalten in Wien“ gegründet. Eine weitere Idee von Frau Schwarzwald wurde am 17. März 1917 verwirklicht: Die erste Gemeinschaftsküche konnte in der Thurngasse, im 9. Bezirk, eröffnet werden. Der „Verein zur Errichtung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen in Wien“ betrieb 1921 schon zwölf Küchen und vier Heime.

Frau Dr. Schwarzwald starb am 7. August 1940 im Schweizer Exil. Ihre Verbitterung über das, was 1938 in Österreich geschah, hat in vielen Briefen an Freunde Ausdruck gefunden. (Schluß) am/gal

„Kontraste“ im Bezirksmuseum Döbling

Wien, 13.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Unter dem Titel „Kontraste“ zeigt das Bezirksmuseum Döbling in der Döblinger Hauptstraße 96 vom 14. bis 29. Jänner Städte-, Landschafts- und Blumenquarelle von Margarete ZIMMERMANN und Scherenschnitte von Helga LAUTH. Die Ausstellung ist Mittwoch und Freitag von 17 bis 19 Uhr, Samstag von 15.30 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

70. Geburtstag von Kurt Heller

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL/SPORT) Kurt HELLER wurde am 14. Jänner 1919 in Wien geboren. Nach dem Besuch des Realgymnasiums wurde er Elektrotechniker und arbeitete zunächst im Konstruktionsbüro einer Wiener Firma. Von 1939 bis 1944 war er eingezogen.

1945 wurde Kurt Heller einer der „Männer der ersten Stunde“. So war er unter anderem dabei, als am 14. April 1945 im Roten Salon des Wiener Rathauses die SPÖ (neu-) begründet wurde. In der Folge stellte er seine volle Kraft dem Wiederaufbau Wiens zur Verfügung. Er war zunächst Gruppenleiter in der MA 50, bis er von 1951 bis 1956 als Sekretär des amtsführenden Stadtrates für das Bauwesen Leopold Thaller tätig war.

1956 wurde er Sekretär des Österreichischen Städtebundes und 1957 dessen Generalsekretär. Ein Jahr später wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt und gleichzeitig amtsführender Stadtrat für Bauangelegenheiten. Nach der Teilung des Ressorts übernahm er den Bereich „Bauangelegenheiten“, und nach einer weiteren Änderung war er von 1969 bis 1973 amtsführender Stadtrat für die Gruppe Tiefbau.

1973 übernahm er die Geschäftsgruppe „Personal und allgemeine Verwaltung“, von 1976 bis 1979 war sein Aufgabenbereich „Personal und Sport“. Anschließend übte er bis 1987 die Funktion eines Abgeordneten zum Bundesrat aus.

Eine weit über Wien hinausreichende Popularität erlangte Kurt Heller seit 1973 als Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees. Seitdem füllt er diese Funktion mit großem Organisationsgeschick, diplomatischem Feingefühl und sportlicher Fairneß aus.

Heller hat für seine vielfältigen Leistungen zahlreiche Ehrungen erhalten: 1965 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, 1966 das Große Goldene Ehrenzeichen des Verbandes der gemeinnützigen Baugenossenschaften, 1970 das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien, 1977 einen hohen päpstlichen Orden, Komturkreuz des Gregorius-Ordens mit dem Stern, und 1978 das Goldene BÖFL-Ehrenzeichen. (Schluß) red/bs

Zehn Monate vor der Inbetriebnahme: In Meidling werden U 6-Aufgänge gebaut

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Die U-Bahn-Maulwürfe haben sich an die Oberfläche durchgegraben: Aufmerksame Beobachter können derzeit in verschiedenen Bereichen in Meidling vor allem die Stahlbauarbeiten an den Auf- beziehungsweise Abgangsüberdachungen der zukünftigen Stationen der U 6 beobachten.

Die Linie U 6 wird in zehn Monaten ihren Betrieb aufnehmen. Im 12. Bezirk wurden drei neue Stationen errichtet: Im Bereich der Kreuzungen Schönbrunner Straße/Längenfeldgasse und Niederhofstraße/Vivenotgasse sowie im Bereich Eichenstraße/Wilhelmstraße beziehungsweise am Schedifkaplatz.

Die Linie U 6 wird sich farblich von den anderen U-Bahn-Linien unterscheiden. Als Leit- und Erkennungsfarbe wurde braun gewählt. Die Zu- und Abgänge werden jedoch grün gestrichen, um den engen Zusammenhang mit der von Otto Wagner errichteten Gürtelstammstrecke zu dokumentieren. In diesem Sinne werden auch viele keramische Materialien im Zuge der Stationsausgestaltung Verwendung finden.

Die Linie U 6 ist zirka zehn Kilometer lang und hat nach einer Baudauer von rund sechs Jahren sechs Milliarden Schilling gekostet. (Schluß) roh/rr

Umweltstadtrat Häupl nimmt Stellung zum Bundesabfallwirtschaftsgesetz

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL erklärte am Freitag in einer Stellungnahme zur Vorlage des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, daß dies grundsätzlich ein wertvoller Diskussionsbeitrag sei, der aber in Teilbereichen noch unausgegoren sei und vage Formulierungen enthalte. Beispielsweise sei es im Rahmen der Kooperation mit der Wirtschaft zu wenig, für ein bundesweites Abfallwirtschaftskonzept nur Regelungen mit der Wirtschaft anzustreben. So sollte z.B. die Einführung eines Pfandsystems nicht einseitig von der Wirtschaft abhängig gemacht werden und erst dann zum Tragen kommen, wenn andere Regelungen nicht mehr greifen. Vielmehr sollte ein Pfandsystem, z.B. für PET-Flaschen, aber darüber hinaus für alle Einweggebinde, als eine der ersten Maßnahmen im Sinne des Vorsorgeprinzips ergriffen werden. Diese Vorsorge stelle sicher, daß Belastungen für die Umwelt nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen. Prinzipiell sei der Abfallvermeidungsbereich in der Gesetzesvorlage zu unverbindlich gehalten, erläuterte Häupl weiter. Eine Produktionslenkung durch eine ökologische Reform des Beschaffungswesens gelte auch für den Bund. Dazu würden keinerlei Aussagen gemacht. Altöle würden nach wie vorgeordnet von gefährlichen Sonderabfällen behandelt, wobei es zu widersprüchlichen inhaltlichen Überschneidungen mit dem Altöl-, Sonderabfall- und Chemikaliengesetz komme.

Weiters meinte Häupl, daß Frau Minister Flemming die neugeschaffene Bundesabfallkompetenz auch insofern wahrnehmen sollte, daß der Bundesabfallwirtschaftsplan mit einem verbindlichen Teil von Verordnungs-ermächtigungen realisiert wird.

Abschließend erklärte Häupl, daß die Aufgaben der Vertreter des Beirates für Abfallwirtschaft im Gesetz definiert werden sollten. Außerdem seien nur drei Ländervertreter vorgesehen, das sei zu wenig.

Trotz dieser Kritikpunkte hoffe er, daß in gemeinsamer Arbeit von Bund und Ländern ein taugliches Bundesabfallwirtschaftsgesetz mit den Prioritäten Abfallvermeidung, Abfallverringerung und Wiederverwertung erstellt werden könne, schloß Häupl. (Schluß) du/bs

Terminvorschau vom 16. bis 29. Jänner

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 16. bis 29. Jänner hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 16. JÄNNER:

10.30 Uhr, Presseführung StR. Pasterk „Fotovision — Fotografie nach 150 Jahren“ (Messepalast, Eingang Staatsratshof, Hallen G, G1, G2)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 17. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 18. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Brückenbauprogramm 1989“ (PID)

14.00 Uhr, Festakt „40 Jahre Wiener Stadtwerke“, Bgm. Zilk, StR. Hatzl (Rathaus, Festsaal)

DONNERSTAG, 19. JÄNNER:

9.00 Uhr, Enquete Jugendamt: Die Entwicklung von Wertvorstellungen in der frühen Kindheit/Vbgm. Smejkal (Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Wien — medizinisches Zentrum Österreichs“ (PID)

FREITAG, 20. JÄNNER:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger/StR. Swoboda „Wohnungsbedarfsprognose 2000“ (PID)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Häupl an Dkfm. Dr. Marius Mautner-Markhof und Demeter Stefanovits-Pandur (Steiner-Saal, Rathaus)

MONTAG, 23. JÄNNER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 24. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

18.30 Uhr, Pressegespräch StR. Hatzl „40 Jahre Wiener Stadtwerke“

MITTWOCH, 25. JÄNNER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Doz. Dr. Friedrich Weyermüller (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressekonferenz BM Löschnak und StR. Stacher „Krebsaktion“

FREITAG, 27. JÄNNER:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

SONNTAG, 29. JÄNNER:

Familiensonntag
(Schluß) red/gal

Achtung vor dem „Fensterstreich-Schmäh“ bei Haussanierungen!

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Mit einem neuen Schmäh scheinen Unbekannte bei Wohnhaussanierungen zu arbeiten. Wenn im Rahmen solcher Arbeiten plötzlich Unbekannte auftauchen, anbieten, die Innenfenster zu streichen und dafür gleich eine Anzahlung kassieren, sollte man jedenfalls die Finger und die Brieftasche davon lassen. Im 2. Bezirk gehen derzeit nämlich Männer mit dem entsprechenden Angebot um, kassieren und verschwinden ohne Gegenleistung.

Dabei werden Wohnhausanlagen ausgesucht, die saniert werden, bei denen aber im Rahmen der Sanierung nur die Außenfenster gestrichen werden. Den Mietern wird angeboten, daß man ihnen die Innenfenster, weil man schon im Haus sei, „besonders günstig“, etwa um 900 statt 1.200 Schilling pro Fenster, streiche. Und damit auch alles gleich fixiert wird, kassieren die Betrüger eine Anzahlung, stellen eine formlose Bestätigung ohne Firmenkopf oder ähnliches aus, kassieren und verschwinden. In einem Fall wurden tausend Schilling Anzahlung geleistet, ohne daß eine Leistung erbracht wurde.

Marktamt und Gewerbebehörde empfehlen daher, mit solchen Arbeiten nur vertrauenswürdige Firmen oder Handwerker zu beschäftigen, keinesfalls aber an der Haustür eine Akontozahlung zu leisten. Denn handelt es sich um einen Betrüger, dann verschwindet er mit dem Geld spurlos. Die Fenster aber bleiben ungestrichen. Und übrigens ist nach der Gewerbeordnung das Sammeln von Aufträgen „im Umherziehen“ nicht erlaubt. (Schluß) hrs/bs

Wohnungsvergabe nur mit Vormerkschein

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) „Die Vergabe städtischer Wohnungen erfolgt grundsätzlich nach sozialen Gesichtspunkten. Und ich nehme für mich in Anspruch, in den letzten beiden Jahren sehr viel für eine Objektivierung der Vergabe von Gemeindewohnungen getan zu haben“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Zu den Forderungen von ÖVP-Gemeinderat FUCHS erklärte Edlinger, daß für die Erlangung einer Gemeindewohnung grundsätzlich ein „Vormerkschein“ erforderlich ist. Dadurch werden eindeutige Voraussetzungen für die Zuweisung einer Gemeindewohnung (Staatsbürgerschaft, bestimmtes Einkommen, ein Jahr Wohnsitz in Wien sowie Überbelag, Gesundheitsschädlichkeit der Wohnung usw.) festgelegt, die, so Edlinger, „de facto bereits einem Punktesystem entsprechen“. Trotzdem könne auch das beste Punktesystem besondere Einzelschicksale wie Unfall oder plötzliche Krankheit nicht erfassen. Daher wurden bereits 1985 dezentrale Wohnungskommissionen unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen geschaffen, die Empfehlungen für Wohnungsvergaben geben. „Im übrigen würde der Vorschlag von Gemeinderat Fuchs zur Folge haben, daß kein Wohnungssuchender mehr in einen anderen Bezirk umziehen könnte, weil eine Wohnungsvergabe nur mehr innerhalb des Bezirks möglich wäre. Und eine Koordinierung zwischen den Bezirken mit mehr oder weniger Wohnungssuchenden bzw. mehr oder weniger freien Wohnungen wäre erst wieder durch eine zentrale Stelle zu erbringen“, schloß Edlinger. (Schluß)

ah/rr

Stadtrat Dr. Swoboda begrüßt Juryempfehlung zur Roßauer Kaserne

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA begrüßte heute, Freitag, das Ergebnis des Gutachterverfahrens zur Roßauer Kaserne, das er als äußerst positiven Ansatz für die weitere Nutzung dieses städtebaulichen wertvollen Areals bezeichnete. Swoboda hob insbesondere hervor, daß sowohl die Teilnehmer als auch die Jury des Gutachterverfahrens den städtischen Interessen nach einer guten Durchmischung und Öffnung dieser bisher barriereartig wirkenden Kasernenanlage entsprochen haben.

„Dieses Zwischenergebnis ist vor allem deshalb im positiven Sinne bemerkenswert, weil es richtungsweisend für die weitere Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Bund bei der Lösung ähnlicher anstehender städtebaulicher Probleme wie z.B. Messepalast und Altes AKH sein kann. Ich hoffe im Interesse der Stadt, daß mit der Juryempfehlung nunmehr auch die Diskussion über eine überwiegend militärische Nutzung der Roßauer Kaserne ein Ende gefunden hat“, schloß Swoboda. (Schluß) lf/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Ingressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 16. Jänner 1989

Blatt 80

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Autobus „38 A“ fährt derzeit am Wochenende bis Leopoldsberg (81/FS: 13.1.)

Projekt „Dotation der Lobau“ wird durchgeführt (82/FS: 13.1.)

Häupl: Staustufendiskussion soll sachlich geführt werden! (82/FS: 13.1.)

70. Geburtstag von Otto Schweda (83/FS: 14.1.)

Vier Gründerzeithäuser erstrahlen in neuem Glanz (86)

98 Millionen für Volksbildung (87)

Busek: 1989 ist für Wien Jahr der Entscheidung (89)

Autobus stieß mit Taxi zusammen (nur FS)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

Schubert-Abend im Gedenkstättenzyklus (84/FS: 15.1.)

Ausstellung Franz Luby im Bezirksmuseum Landstraße (85)

„FOTOVISION“ im Messepalast (88)

Autobus „38 A“ führt derzeit nur am Wochenende bis Leopoldsberg

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der Jahreszeit verkehrt die Autobuslinie „38 A“ im Streckenabschnitt Kahlenberg — Leopoldsberg bis einschließlich Sonntag, 19. März 1989 nur an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen. Mit Montag, dem 20. März wird der durchgehende Betrieb bis zum Leopoldsberg wieder aufgenommen. (Schluß) pz/bs

Bereits am 13. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Projekt „Dotation der Lobau“ wird durchgeführt

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport genehmigte in seiner Sitzung am Freitag einen Betrag von 183 Millionen Schilling für die Durchführung des Projekts „Dotation der Lobau“. Im Rahmen dieses Großprojektes wird Wasser aus der Neuen Donau über die Alte Donau in das Gewässersystem der Oberen Lobau und dann noch weiter in die Untere Lobau geleitet. Das Bauvorhaben, das große Bedeutung für die Erhaltung des Aucharakters der Lobau hat, wird mit äußerster Behutsamkeit durchgeführt. Daher wird als erster Schritt ein wasserwirtschaftlicher Versuch mit kleinen Wassermengen unternommen. Erst genaue Messungen der Auswirkungen dieses Versuches werden die nächsten Schritte in dem Projekt veranlassen. Dieses große Vorhaben kann als ein Beitrag zur Realisierung eines Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen, von dem ein Teilabschnitt die Lobau sein wird, angesehen werden. (Schluß) du/bs

Bereits am 13. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Häupl: Staustufendiskussion soll sachlich geführt werden!

Wien, 13.1. (RK-KOMMUNAL) „Die Österreichische Donaukraftwerke AG sollte aus früheren Fehlhaltungen doch mehr gelernt haben“, meinte der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Freitag zur Stellungnahme der Donaukraftwerke. In dieser DOKW-Stellungnahme wird eine „Studie zur Sohlstabilisierung der Donau“, die im Auftrag der Stadt Wien erarbeitet wurde, grundsätzlich abgelehnt, obgleich der Endbericht dieser Arbeit zur Stunde noch nicht vorliegt. Umweltstadtrat Dr. Häupl weist diese Vorgangsweise zurück und meint dazu: „Mit wissenschaftlichen Ergebnissen sollte man sich auf höherem Niveau auseinandersetzen. Wenn die Quintessenz dieser Studie sein sollte, daß durch die Grobmaterialzugabe in die fließende Donau eine Stabilisierung der Stromsohle erreicht werden kann, so ist dies zur Kenntnis zu nehmen. Polemik gegen die Arbeit hochgradiger Wissenschaftler sollte in einer sachlichen Diskussion insbesondere im Zusammenhang mit einem Kraftwerksbau heute mit Sicherheit vermieden werden.“

Dr. Häupl wird den Endbericht dieser Studie mit Fachleuten und in der Öffentlichkeit diskutieren. Selbstverständlich, so Häupl, werden diese Ergebnisse auch in die Umweltverträglichkeitsprüfung der Staustufe Freudenau eingebracht werden. (Schluß) du/bs

Bereits am 13. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

70. Geburtstag von Otto Schweda

Bereits am 14. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 14.1. (RK-KOMMUNAL) Otto SCHWEDA wurde am 16.1.1919 in Wien geboren. Er besuchte die Volks- und Hauptschule, anschließend die Handelsakademie und schloß diese mit der Matura ab. Nach Militär- bzw. Kriegsdienst trat er nach Kriegsende in die Dienste der Stadt Wien, kam dann zum Österreichischen Städtebund und wurde Redakteur der vom Österreichischen Städtebund herausgegebenen „Österreichischen Gemeindezeitung“. 1964 wurde er Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes und gleichzeitig als Mandatar der SPÖ (seit 1958 Mitglied des Bezirksverbandes der SPÖ Meidling) in den Bundesrat entsandt. Im Dezember 1970 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt und am 21.12.1970 amtsführender Stadtrat für Finanzen, womit sein Mandat als Bundesrat beendet war.

Am 23.11.1973 wechselte Schweda in die Funktion eines 2. Präsidenten des Wiener Landtages und am 13.11.1978 auf die des 3. Präsidenten. In dieser Funktion blieb er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Wiener Gemeinderat am 27.5.1983.

Für seine Verdienste, darunter auch die Organisation des Internationalen Städtetages im Jahre 1969 in Wien, der rund 1.500 Bürgermeister aus aller Welt in die Bundeshauptstadt brachte, erhielt Schweda das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien (13.2.1970). Am 30.9.1983 wurde er zum Bürger der Stadt Wien ernannt. (Schluß) red/bs

Schubert-Abend Im Gedenkstättenzyklus

Wien, 15.1. (RK-KULTUR) Im Rahmen der Gedenkstättenkonzerte von Wien Kultur stehen am Dienstag, dem 31. Jänner, und am Mittwoch, dem 1. Februar, im Schubert-Geburtshaus, Nußdorfer Straße 54, jeweils ein Schubert-Abend mit Maria VENUTI (Sopran) und Charles SPENCER (Klavier) auf dem Programm. Karten für die beiden Konzerte sind noch im Musikreferat der MA 7 (Telefon 42 800/2741) oder an der Abendkasse zu erhalten. (Schluß) gab/rr

Bereits am 15. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellung Franz Luby im Bezirksmuseum Landstraße

Wien, 16.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Landstraße (3, Sechskrügelgasse 11) sind bis 29. Februar Ölbilder und Graphiken von Prof. Franz LUBY zu sehen.

Zwei weitere Ausstellungen im Bezirksmuseum laufen bis 7. Mai: eine gilt dem Landstraßer Lehrer Ferdinand FEXER (1895-1968) und dessen Beschäftigung mit dem Papiertheater.

Die zweite gibt unter dem Titel „Garnison Landstraße“ einen Überblick über die Geschichte der militärischen Einrichtungen im Bezirk.

Das Bezirksmuseum Landstraße ist jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

Vier Gründerzeithäuser erstrahlen in neuem Glanz

Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Vier schöne Gründerzeithäuser in der Lazarettgasse 6-12 in Wien-Alsergrund erstrahlen in neuem Glanz. Die Sanierung des Gebäudeblocks mit seinen rund 100 Wohnungen war für den Hauseigentümer, die Stadt Wien, der erste große Modellfall für eine „sanfte Stadterneuerung“. Das heißt, daß die Häuser auch während der Umbauarbeiten teilweise bewohnt blieben und daß die Hausbewohner entscheiden konnten, welche Verbesserungsmaßnahmen sie speziell in ihren Wohnungen haben wollten. Mit Hilfe einer großzügigen öffentlichen Förderung wurde in rund dreijähriger Bauzeit aus alten Häusern moderner, zeitgemäßer Wohnraum geschaffen.

Erbaut wurden die vier nebeneinanderliegenden Häuser zwischen 1867 und 1900. Am Rande des AKH gelegen, bilden sie ein eigenständiges Wohnensemble. Nach der Sanierung umfaßt der Komplex 89 Wohnungen, von denen 64 verbessert wurden. Es wurden eine Vollwärmeschutzfassade aufgebracht sowie Schall- und Wärmeschutzfenster eingebaut. Neu errichtet wurden Aufzüge, ein Kindertagesheim, eine Tiefgarage sowie eine Passage, die die früher getrennten Höfe miteinander verbindet. Auch die Grünflächen um den Komplex wurden neu gestaltet und mit Kinderspielflächen versehen. In den Häusern befinden sich außerdem 14 Geschäftslöcher. Die Gesamt-sanierungskosten betrugen rund 103 Millionen Schilling. Die monatliche Miete beträgt rund 30 Schilling pro Quadratmeter. Insgesamt waren 36 Firmen mit durchschnittlich 50 Arbeitern auf der Baustelle beschäftigt. (Schluß) ah/bs



Foto: PID/Landesbildstelle

98 Millionen für Volksbildung

Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL) Die Ausgabe von rund 98,7 Millionen Schilling für den Betrieb und die Instandsetzung der Wiener Volkshochschulen genehmigte Montag der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales für das Jahr 1989. Die Subvention für den Betrieb beträgt rund 85 Millionen Schilling, das sind um rund 6 Millionen Schilling mehr als im Jahr 1988, für die Instandsetzung von Bauten des Verbandes Wiener Volksbildung sind rund 13,7 Millionen Schilling vorgesehen. Die größten Sanierungsvorhaben sind die Erneuerungen der Elektroinstallation in der Volkshochschule 10, Arthaberplatz, und der Elektroinstallationen und der Fassaden in der Volkshochschule 9, Galileigasse.

Das neue Semester der Wiener Volkshochschulen beginnt am 6. Februar. Informationen über das Kursprogramm des Sommersemesters und Anmeldung zu Veranstaltungen: Verband Wiener Volksbildung, 15, Hollergasse 22, Telefon 83 56 10. (Schluß) jel/gg

„FOTOVISION“ Im Messepalast

Ausstellung der Wiener Festwochen

Wien, 16.1. (RK-KULTUR) Anlässlich des 150. „Geburtstages“ der Fotografie — im Jahr 1839 wurde die Erfindung des Franzosen Louis Jacques Mande Daguerre öffentlich bekanntgegeben — zeigen die Wiener Festwochen mit Unterstützung von Kultur Wien bis 26. Februar im Messepalast die Ausstellung „FOTOVISION — Fotografie nach 150 Jahren“. Die Schau — eine Übernahme vom Sprengelmuseum Hannover — wird in Wien mit einem neuen, eigenen Raumkonzept präsentiert, gestrafft und verstärkt auf den österreichischen Beitrag auf dem Gebiet der Fotografie ausgerichtet.

Die Ausstellung beschäftigt sich mit der Entwicklung der Fotografie ebenso wie mit der gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung dieses vielschichtigen Mediums. So wird auch das Verhältnis der „öffentlichen“ Dokumentarfotografie und der „privaten“ Amateurfotografie und die Beschäftigung von Künstlern mit der Fotografie beleuchtet. Insgesamt werden rund 600 Exponate — originale Fotografien, historische fotografische Geräte und künstlerische Installationen — gezeigt.

Die Ausstellung, die vom Staatsratshof des Messepalastes (Volkstheaterseite) zugänglich ist, ist täglich von 10.30 bis 18 Uhr — Donnerstag bis 19 Uhr — geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 45 Schilling, Ermäßigungen (25 Schilling) gibt es für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Präsenz- und Zivil-diener. (Schluß) gab/gg

Busek: 1989 ist für Wien Jahr der Entscheidung

Wien, 16.1. (RK-KOMMUNAL) Das Jahr 1989 bezeichnete ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK am Montag in einem Pressegespräch als ein „Schlüsseljahr“ für die Bundeshauptstadt. Heuer, so Busek, müßten die entsprechenden Weichen gestellt werden, wenn Wien bis 1995 „Weltstadtreife“ erlangen soll, heuer müßten auch zahlreiche Entscheidungen in Hinblick auf die geplante Weltausstellung getroffen werden. Die Planung für die Weltausstellung biete auch gleichzeitig die Chance, die Verkehrsprobleme der Stadt zu lösen. Zur Weltstadtreife gehörten laut Busek auch die Sicherung der Lebensgrundlagen der Stadt, wie die Ver- und Entsorgung sowie das Funktionieren der städtischen Einrichtungen. (Schluß) fk/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2771 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Ingersheim: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 17. Jänner 1989

Blatt 90

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 3,2 Millionen Schilling für Streetwork (92)
- Stadtsenat genehmigte Verkauf des Palais Harrach (95)
- Grippewelle in Wien (96)
- Wien-Tourismus 1988: Positiver Trend setzt sich fort (97-98)
- Für saubere Luft: Verordnungen zum Luftreinhaltegesetz beschlossen (99)
- Toter bei Gasunfall (nur FS/16.1.)

Kultur:

- 75. Geburtstag von Prof. Hacker (91)
- Zum dritten Mal Töne & Gegentöne (93-94)

75. Geburtstag von Prof. Hacker

Wien, 17.1. (RK-KULTUR) Friedrich HACKER wurde am 19.1.1914 in Wien geboren. Nach Ablegung der Matura studierte er hier Medizin, schon damals ausgerichtet auf Psychologie und Psychoanalyse. In Wien begegnete er auch Sigmund Freud; Hacker setzte sein Studium in der Tschechoslowakei und in Basel fort, wo er 1939 promovierte. 1940 ging er nach Amerika, wo er seinem großen Vorbild Dr. Karl Menninger begegnete und später eine eigene Klinik gründete. So ist Dr. Hacker seit 1945 Chefeigener Kliniken in Beverly Hills und Lynwood, Kalifornien, weiters Gründer und Leiter der Hacker-Foundation, Professor für Psychiatrie an der Medizinischen und Juridischen Fakultät der Universität von Süd-Kalifornien in Los Angeles und beeideter Sachverständiger der US-Bundesgerichte. In Wien gründete Hacker die Sigmund Freud-Gesellschaft, deren erster Präsident er war.

Seit Kriegsende hält sich Prof. Dr. Hacker immer wieder für einige Zeit in Wien auf, fungierte in den Fünfzigerjahren als Gastprofessor an der Wiener Psychiatrischen Klinik, später wurde er zum Konsulent des Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz und 1975 zum wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Konfliktforschung bestellt.

Dr. Hacker ist Verfasser vieler einschlägiger Publikationen; zu seinen bekanntesten Werken zählen „Terror, Mythos-Realität-Analyse“, „Materialien zum Thema Aggression“, „Versagt der Mensch oder die Gesellschaft?“ „Aggression. Die Brutalisierung der modernen Welt“ und „Drogen. Verhüten statt behandeln, behandeln statt strafen.“

Seit etwa dreißig Jahren gilt Hackers Tätigkeit auch der Kriminalpsychologie. Dr. Hacker erhielt 1971 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. 1984 erhielt er das „Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“. (Schluß) red/bs

3,2 Millionen Schilling für Streetwork

Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Erhöhung des Zuschusses für das Modell Streetwork des Wiener Jugendamtes um rund eine Million Schilling auf 3,2 Millionen für 1989 beschloß der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales. Damit werden 1989 um zwei Streetworker mehr als bisher bei der Arbeit mit Problemjugendlichen eingesetzt werden können.

Stützpunkte der Streetworker:

- Schwerpunkt Drogen: 3., Rochusgasse 8, Telefon 72 44 70. Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr.
- Schwerpunkt Mobile Jugendarbeit mit Gruppen: 7., Sigmundsgasse 16/1, Telefon 93 51 03. Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr.

(Schluß) jel/rr

Zum dritten Mal Töne & Gegentöne

Wien, 17.1. (RK-KULTUR) Die Musikausstellung Töne & Gegentöne wird auch 1989 ein „Fest für das Besondere“ werden: Eine „archaische Symphonie“ für Musikroboter (Michel Waisvisz), ein monströses, aktionistisches Spektakel aus Leningrad (Populjarnaja Mechanika), rasende Schamanentrommler aus Korea (Samulnori), ein Akkordeon-Avantgardist, der Polkas spielt (Guy Klucevsek) — das sind einige der Highlights des Festivals, das vom 31. März bis 15. April in der Secession und im Messepalast stattfindet.

Nach den erstaunlichen Publikumserfolgen von 1983 und 1985 findet das unkonventionelle und in Europa einzigartige Festival zum dritten Mal statt. Die radikale Programmlinie wird beibehalten. Aktuelle Musikideen in den Bereichen Neue Musik, Jazz, Experimental-Rock und Performance werden in 15 Einzelkonzerten kontrastreich dokumentiert. „Wir setzen auf die Durchlässigkeit echten Interesses“, sagen die Programmgestalter Edek BARTZ und Wolfgang KOS: „Erklärtes Ziel ist es, die Spezialisten aus ihren Hörghettos herauszulocken.“ Nicht um eine Vermischung verschiedener Musiksprachen geht es, sondern um die Möglichkeiten des Vernetzens und Vergleichens auf höchstem Niveau. Frei vom Zwang, das Musikgeschehen in gängige Gattungen aufzusplittern, sollen Querverbindungen und überraschende Bezüge spürbar werden. Prominente Spitzenensembles der Neuen Musik (etwa das englische Hilliard-Ensemble mit einem Abend mit Chormusik von Pärt, Bryars und Currie) werden ebenso zu hören sein wie nahezu unbekannte Einzelgänger.

Das Festival findet wieder in der Secession statt, dem Ort legendärer Töne & Gegentöne — Konzerte von Glenn Branca, Meredith Monk und den Residents. Nur die beiden großen Konzerte am Schlußwochenende (mit „heißen“ Rockprojekten aus den USA und aus der Sowjetunion sowie mit Superstars aus Afrika) werden im Messepalast stattfinden.

Ein Abend des Festivals wird unter dem Motto „Wien — Budapest“ Beispiele für die vitale Szene der beiden Donaustädte bringen.

Insgesamt werden rund 30 Komponisten und Gruppen aus rund 15 Ländern zu hören sein (Holland, BRD, UdSSR, USA, Kamerun, VR China, Mali, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Schweiz, Ungarn, Korea, Jugoslawien, Österreich).

Das Eröffnungskonzert am 31. März werden voraussichtlich die koreanischen Meistertrommler Samulnori bestreiten, die gemeinsam mit den österreichisch-amerikanischen Jazzstars Wolfgang Puschnig, Linda Sharrock und Jamaladeen Tacuma musizieren werden.

Auch aus der Volksrepublik China wird eine Gruppe kommen, bei der alte Musiktraditionen mit neuesten Tendenzen harmonisieren: Chinas berühmtester Pipaspieler Liu Dehai mit dem Ensemble der Musikhochschule Peking.

Schwere Klangattacken sind dagegen vom amerikanischen Power-Trio Blind Idiot God und vom neuen deutschen Gitarren-Heros Caspar Brötzmann und seiner Band Massaker zu hören.

Unter dem Titel „Direct Sounds“ gestalten fünf Stimm-Solisten (Carlos Santons, Gretje Bijma, Shelley Hirsch, Anna Homler und David Moss) ein Festival im Festival. Am Beispiel extremer Klangerkundungen will David Moss, der „Pavarotti der experimentellen Musik“, an die emotionale Kraft der ungeschützten menschlichen Stimme in einer Zeit permanenter Klangverschmutzung erinnern.

Bei Töne & Gegentöne 1989 werden zahlreiche charismatische Stimmen zu hören sein: aus Paris kommt Ghedalia Tazartes, aus Mali der legendäre Sänger und Komponist Salif Keita, der islamischen Muezzin-Gesang mit afrikanischem Griot und modernster Elektronik kombiniert.

Forts. von Blatt 93

Mit dem Akkordeonisten Guy Klucevsek wird ein Virtuose auf einem in der E-Musik-Avantgarde lange verschmähten Instrument kommen. Der aus Slowenien stammende Amerikaner wird neben Kompositionen von John Zorn und Steve Elson erstmals sein Polka-Projekt in Europa präsentieren. Klucevsek lud mehrere Dutzend Komponisten ein, für ihn Polkas zu schreiben — darunter Fred Frith, William Duckworth und Elliott Sharp. Man könnte den durchaus heiteren Abend „Dekonstruktion der Polka“ nennen.

Aus New York kommen auch Lenny Pickett und die Borneo Horns, ein Bläsertrio, das seit der David Bowie-Tournee 1983 zu den gefragtesten Sessionleuten im Rock-Business gehört (Talking Heads, Mick Jagger, Quincy Jones). In Wien zeigt sich Pickett aber von einer ganz anderen Seite: als Komponist minimalistischer Funk-Studien.

Das detaillierte Programm des Festivals wird Mitte Februar gemeinsam mit dem Vorprospekt vorgestellt werden. Unterlagen und Fotomaterial können beim Pressebüro der Wiener Festwochen (A-1060 Wien, Lehargasse 11, Telefon 586 16 76/33 oder 35 DW) angefordert werden. (Schluß) wfw/gg

Stadtsenat genehmigte Verkauf des Palais Harrach

Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Verkauf des Palais Harrach an die Oskar Josef Schmidt GmbH beschlossen. Der Käufer hat den Kaufpreis in der Höhe von 62 Millionen Schilling im November des Vorjahres erlegt und sich zur Revitalisierung des Baujuwels und zur Errichtung eines ART-Centers vertraglich verpflichtet. Während andere Kaufinteressenten wesentliche Veränderungen an der historisch wertvollen Bausubstanz vorgesehen hatten, wird durch Realisierung des gegenständlichen Projektes mit großer Umsicht und Einfühlungsvermögen vorgegangen. Dieser Umstand war primär dafür ausschlaggebend, daß gerade an die Oskar Schmidt GmbH verkauft wurde.

Der Verkauf mußte deshalb ein zweites Mal beschlossen werden, weil sich die Zahlung des Kaufpreises im Vorjahr durch eine Fehlinterpretation des Grundbuches um eine Woche verzögert hatte und damit zu später erfolgt war. Der ursprüngliche Kaufvertrag war daher zum Zeitpunkt der Zahlung bereits außer Kraft — so die Vertragsbestimmungen —, sodaß nun die Genehmigung eines neuerlichen Vertrages durch die Gremien der Stadt Wien erforderlich wurde. Der für Grundstücksangelegenheiten zuständige Stadtrat Rudolf EDLINGER dazu: „Dieser Vorgang beweist im Grunde nur, wie gut sich die Stadt Wien bei derartigen Verkäufen vertraglich absichert, um allen Unvorhersehbarkeiten vorzubeugen.“ (Schluß) ah/rr

Grippewelle in Wien

Vergangene Woche 16.000 Neuerkrankungen

Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der grippeerkrankten Wienerinnen und Wiener steigt. Wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, ist die Zahl der Neuerkrankungen an Grippe bzw. grippalen Infekten um weitere 16.100 (in der ersten Jännerwoche waren es 12.900) gestiegen. Damit hat die Grippewelle nunmehr auch die Bundeshauptstadt erreicht. Nach Meinung der Ärzte des Gesundheitsamtes ist dies allerdings noch nicht die Spitze der Erkrankungsquote, und es muß in den nächsten Tagen mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden.

Erkrankung schwächt Herz und Kreislauf

Auftretender Schnupfen, Kopf- und Gliederschmerzen, sowie Appetitlosigkeit sollten nach Auskunft der Ärzte unbedingt ernst genommen werden. Im Rahmen der Erkrankung treten neben hohem Fieber auch Entzündungen der Atemwegsorgane auf. Gerade bei Kleinkindern und älteren geschwächten Personen kann die echte Virusgrippe zu Komplikationen führen, da sie Herz und Kreislauf enorm schwächt. Nach Meinung der Gesundheitsbehörden kann man einer Grippeerkrankung folgendermaßen vorbeugen: Vermeiden von großen Menschenansammlungen. Durch viel Obst und Gemüse, aber auch Vitamine — und hiervor allem Vitamin C — können die Abwehrkräfte wesentlich verstärkt werden. Darüber hinaus wird aber auch dazu geraten, sich möglichst viel in frischer Luft zu bewegen. Wenn einem die Grippe bereits „erwischt“ hat, sollte man sich möglichst körperlich schonen. (Schluß) zi/gg

Wien-Tourismus 1988: Positiver Trend setzte sich fort

Italiener legten wiederum stark zu

Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Mit insgesamt 6,3 Millionen Gästenächtingungen übertraf Wiens touristisches Ergebnis im vergangenen Jahr jenes von 1987 um 6,9 Prozent. Eine gut angelaufene Wintersaison 1988/89 (November + 15 Prozent, Dezember + 9 Prozent) trug kräftig zu dieser erfreulichen Jahresbilanz bei.

Den größten Anteil an den Zuwächsen in der Jahresbilanz hatten die Gäste aus Italien mit insgesamt 799.000 Nächtigungen. Das sind um rund 175.000 Nächtigungen (+ 28 Prozent) mehr als 1987, was nahezu der Hälfte des absoluten Nächtigungszuwachses des Jahres 1988 entspricht. Die Italiener stehen damit auf Rang 2 der Nationenliste. Diese wird angeführt von den deutschen Wien-Besuchern mit 1.341.000 Nächtigungen und einem stattlichen Plus von 10 Prozent. Auch der Inlandtourismus entwickelte sich erfreulich: Bei den auf Rang 3 platzierten Österreichern wurden 633.000 Nächtigungen, das entspricht einem Plus von 11 Prozent, registriert.

Rückgänge gab es bei den Amerikanern, die mit 491.000 Nächtigungen (- 4 Prozent) Rang 4 einnehmen, ihnen folgen die Schweizer mit 265.000 Nächtigungen (+ 0,6 Prozent). Einen großen Sprung nach vorne machten die Japaner: Sie rückten mit 205.000 Nächtigungen (+ 6 Prozent) von Rang 8 auf Rang 6 vor. Mit der zweithöchsten Zuwachsrate aller wichtigen Herkunftsländer, nämlich + 25 Prozent, und insgesamt 204.000 Nächtigungen verbesserten auch die Spanier ihre Position und stehen nunmehr auf Rang 7. Rang 8 nehmen die Franzosen mit 199.000 Nächtigungen (- 1 Prozent) ein, gefolgt von den Engländern mit 183.000 Nächtigungen (- 5 Prozent) auf Rang 9 und den Ungarn mit 177.000 Nächtigungen (- 13 Prozent) auf Rang 10.

Starker Bettenzuwachs wirkte sich bei Auslastung aus

1988 erhöhte sich Wiens Bettenkapazität um rund 2.800 Betten (+ 8 Prozent) auf 37.400. Dieser starke Anstieg verursachte einen leichten Rückgang bei der durchschnittlichen Auslastung der Hotels von 50,6 Prozent 1987 auf 49,7 Prozent 1988.

Der Nettoumsatz der gewerblichen Beherbergung hat 1988 rund 2,3 Milliarden Schilling (ohne Mehrwertsteuer) erreicht, das sind rund 9 Prozent mehr als 1987.

Rang 4 im europäischen Städtevergleich

Vergleichszahlen anderer europäischer Städte für 1988 werden erfahrungsgemäß erst gegen Ende 1989 vorliegen. Den kürzlich veröffentlichten Vergleichszahlen für 1987 zufolge hat Wien seine ausgezeichnete Position im europäischen Städtetourismus gehalten: Es steht mit 5,2 Millionen Ausländernächtingungen auf dem 4. Rang nach London (67,8 Millionen; Stichprobe, inklusive Privatquartiere), Paris (13 Millionen) und Rom (7 Millionen).

Sommerwerbung für Wien läuft an

Zum zweiten Mal (nach der Aktion „Winter-Szene Wien“ letzten Herbst) beginnt der Wiener Fremdenverkehrsverband dieser Tage mit einer speziellen Werbekampagne für die kommende Tourismus-Saison. Unter dem Titel „Sommer-Szene Wien“ erscheint ein 28seitiges Journal, das mit einer Auflage von über 550.000 Stück in Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch erscheint.

Von der Rudolf-Ausstellung in der Hermesvilla bis zum Flohmarkt, vom Frühlingsmarathon bis zum Musicalangebot, von der Donauinsel bis zum

Kunst- und Antikmarkt — „Sommer-Szene Wien“ präsentiert das attraktive Veranstaltungsprogramm Wiens von April bis Oktober, das in der Hälfte der Auflage durch konkret buchbare Angebote von ausländischen Reiseveranstaltern bzw. Austrian Airlines ergänzt wird.

Partner wie die Österreichische Fremdenverkehrswerbung, Fluglinien und Reisebüros haben die Verteilung des Journals übernommen. Außerdem ist in den wichtigsten europäischen Herkunftsländern des Wien-Tourismus eine Inseratenserie vorgesehen. Für Journal und Insertion stehen dem Wiener Fremdenverkehrsverband rund 7 Millionen Schilling aus einem von der Wiener Stadtverwaltung kommenden Sonderbudget zur Verfügung. (Schluß) wfv/gg

Forts. von Blatt 97

Für saubere Luft: Verordnungen zum Luftreinhaltegesetz beschlossen

Wien, 17.1. (RK-KOMMUNAL) Drei Verordnungen zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz wurden heute, Dienstag, auf Antrag von Stadträtin Christine SCHIRMER von der Wiener Landesregierung beschlossen. Es handelt sich dabei um die Abgas- und Emissionsgrenzwertverordnung, die Grenzwerte und Kontrolle der Feuerstätten regelt, um die Wiener Feuerpolizeiverordnung, in der Bestimmungen über das Verbot feuerpolizeilicher Lagerungen neu gefaßt wurden, und die Überprüfungs-entgeltverordnung, die das Entgelt für die u.a. von den Rauchfangkehrern durchgeführte neue Kontrolle der Feuerstätten festlegt.

Mit der Abgas- und Emissionsgrenzwertverordnung, dem wichtigsten der drei neuen Gesetzeswerke, können nun Heizungen ab einer bestimmten Leistung auf Emission und Einhaltung der Grenzwerte kontrolliert werden. Damit sollen Luftverunreinigungen auch durch den Hausbrand weiter verringert werden. Feuerstätten mit einer Nennheizleistung ab 26 kW müssen mindestens einmal in zwei Jahren, ab 50 kW einmal jährlich auf Emission, Wirkungsgrad und Einhaltung der in der Verordnung festgelegten Grenzwerte überprüft werden. Natürlich sind auch kleinere Feuerstätten, falls von ihnen eine Belästigung verursacht wird, zu kontrollieren.

Die Wiener Feuerpolizeiverordnung enthält u.a. Bestimmungen über (schon bisher) verbotene feuerpolizeilich bedenkliche Lagerungen und das Verbrennen von Gegenständen oder Stoffen im Freien — so ist z.B. festgelegt, daß die dabei entstehenden Emissionen keine Gefährdung oder unzumutbare Belästigung für die Menschen und keine erhebliche Beeinträchtigung für Tiere oder Pflanzen hervorrufen dürfen; Materialien, bei deren Verbrennung diese Folgen entstehen, dürfen eben nicht offen verbrannt werden.

Die dritte heute beschlossene Verordnung regelt das Entgelt für die Überprüfung der Feuerstätten. (Schluß) hrs/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Mittwoch, 18. Jänner 1989

Blatt 100

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Tarifbeschlüsse im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie (101)
- Erste-Hilfe-Prüfung für Führerschein-Kandidaten (102)
- Mehr Geld für Freizeitfahrendienst der Behinderten (104)
- Reichsbrücke: Wiederinstandsetzung der Abdeckplatten (106)
- Brückenbaumaßnahmen 1989 (107-109)

Bezirke:

- Kaisermühlen: Flächenwidmung für Parkplatz (103)

Kultur:

- Cafe Goldegg renoviert (105)

Tariffbeschlüsse im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie

Strom und Gas werden billiger, Bestattung und Friedhofsgärtnerei teurer

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat in seiner Sitzung am Dienstag nachmittag mehrere Tarifbeschlüsse gefaßt. Neu festgelegt wurden die Tarife für Gas, Strom, für die städtischen Bestattungsanlagen und für die Städtische Friedhofsgärtnerei.

Der Tarif der Wiener Gaswerke wird mit 1. Jänner 1989 um 12 Groschen pro Kubikmeter, das sind 2,82 Prozent, befristet auf sechs Monate gesenkt. Der neue Tarif beträgt exklusive Mehrwertsteuer 413 Groschen pro Kubikmeter.

Wegen dieser Senkung des Gastarifes sinken auch für die Wiener E-Werke die Gasbezugskosten, sodaß auch eine Senkung des Stromtarifes möglich ist. Der Strompreis fällt mit 1. Jänner 1989, ebenfalls befristet mit sechs Monaten, um einen Groschen pro Kilowattstunde. Der neue Stromtarif beträgt exklusive Umsatzsteuer 130,4 Groschen pro Kilowattstunde.

Aufgrund einer Steigerung bei den Personalaufwänden um rund drei Prozent sowie bei den Sachaufwänden um neun Prozent, und weil eine Reihe wichtiger Investitionen anstehen, wurden im Gemeinderatsausschuß auch die Tarife für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien neu festgelegt. Die Grabstellenentgelte (Teil A des Tarifes) werden mit 1. Februar 1989 um durchschnittlich 4,9 Prozent erhöht, die Arbeitsentgelte (Teil B des Tarifes) um 2,9 Prozent.

Die städtischen Friedhofsgärtnereien arbeiten mit nicht kostendeckenden Preisen. Um den Abgang nicht weiter steigen zu lassen, ist eine Anpassung der Tarife notwendig. Die Leistungen der Städtischen Friedhofsgärtnerei werden deshalb, wie die der privaten Gärtnereien mit 1. Februar 1989 um durchschnittlich vier Prozent teurer. Sie bleiben damit aber weit unter dem Preisniveau der privaten Friedhofsgärtnereien. (Schluß) roh/bs

Erste-Hilfe-Prüfung für Führerscheinkandidaten

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER hat Vertreter der Wiener Rettung, des Wiener Roten Kreuzes und des Arbeitersamariterbundes eingeladen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die eine Reform der Erste-Hilfe-Ausbildung im Rahmen der Führerscheinkprüfungen ausarbeiten soll. Das teilte der Gesundheitsstadtrat Dienstag nachmittag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalwesen auf einen Antrag der FP-Abgeordneten Karin LANDAUER mit. Es geht vor allem um die Dauer eines solchen Erste-Hilfe-Kurses, die Vorgangsweise und ob eine Abschlußprüfung vorgeschrieben werden sollte. Das Ergebnis der Beratungen soll dann den gesetzgebenden Stellen des Bundes vorgelegt werden.

Gesundheitsausschuß genehmigte Arbeiten für das SMZ Ost

Auch im Winter geht der Innenausbau im Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost zügig weiter. Der Gesundheitsausschuß bewilligte 22,4 Millionen Schilling für die Fliesenlegerarbeiten und 12 Millionen Schilling für die Malerarbeiten.

Schulung in Notfallmedizin

Der Gesundheitsausschuß genehmigte auch eine Vereinbarung zwischen der Stadt Wien und der Ärztekammer für Wien über die Schulung von Ärzten in Notfallmedizin. Die Lehrgänge für praktische Ärzte und Fachärzte eines klinischen Sonderfachs umfassen eine theoretische und eine praktische Fortbildung. Der theoretische Teil wird von der Ärztekammer für Wien organisiert, der praktische Teil an Intensivstationen in Wiener städtischen Krankenanstalten durchgeführt. (Schluß) sc/rr

Kaisermühlen: Flächenwidmung für Parkplatz

Wien, 18.1. (RK-BEZIRKE) In Kaisermühlen ist für ein Areal zwischen Kaisermühlenstraße und Autobahnknoten ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgesehen, der Parkplätze für Besucher der Donauinsel und Beschäftigte eines Betriebs sichern soll. Der Entwurf (Plan Nr. 6108) liegt vom 19. Jänner bis 16. Februar in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur Einsicht und Stellungnahme öffentlich auf (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr). (Schluß) smo/gg

Mehr Geld für Freizeitfahrtendienst der Behinderten

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Um vier Millionen mehr als 1988, nämlich rund 23 Millionen Schilling, genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales diese Woche für den Freizeitfahrtendienst, den der Klub Handicap — Interessensgemeinschaft für körperbehinderte Menschen, im Auftrag der Stadt Wien durchführt.

Für den Regelfahrtendienst, der für Fahrten zu Schulen und Kindertagesheimen, Therapieeinrichtungen usw. in Anspruch genommen werden kann, sind weitere 23 Millionen Schilling vorgesehen. Der Freizeitfahrtendienst des Klubs Handicap, in dem dadurch auch sechs Arbeitsplätze für Behinderte geschaffen wurden, kann pro Person für 60 Fahrten monatlich in Anspruch genommen werden. (Schluß) jel/gg

Cafe Goldegg renoviert

Zwei Millionen von Altstadterhaltungsfonds

Wien, 18.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Eines der schönsten Wiener Traditionscafes, das „Goldegg“ in der Argentinierstraße 49, präsentiert sich in neuem Glanz. Das aus der Zeit um 1910 stammende Lokal, das unter Denkmalschutz steht, wurde mit Hilfe des Wiener Altstadterhaltungsfonds muster-
gültig renoviert.



Anlässlich der Wiedereröffnung des „Goldegg“ wies Bürgermeister Dr. Helmut ZILK darauf hin, daß es mit Hilfe des Fonds, der zwei Millionen der Renovierungskosten von insgesamt 3,2 Millionen trug, gelungen sei, eine Wiener Institution zu erhalten. (Schluß) gab/bs



Fotos: PID/Mikes

Reichsbrücke: Wiederinstandsetzung der Abdeckplatten

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen eines Pressegespräches am Mittwoch nahm Verkehrstadtrat Johann HATZL auch zu den Instandsetzungsarbeiten auf den Fußwegen der Reichsbrücke Stellung. Bekanntlich wurden diese gesperrt, nachdem sich eine darüberliegende Abdeckplatte gelöst hatte; wobei festzuhalten ist, daß diese Abdeckplatten keine tragenden Brückenelemente darstellen, sondern eine Verkleidung. Der ordentliche Zustand der Brückenkonstruktion bleibt davon unbeeinflußt.

Die Ursache für das Lösen der Abdeckplatte bildete ein Bruch der Aufhängung des betreffenden Betonfertigteiles. Neben den Überprüfungen durch Magistratsdienststellen wurden Gutachten durch anerkannte Experten erstellt:

- Zivilingenieurbüro FRITSCH/CHIARI
- o. Univ.-Prof. BR h.c. DI Dr. Alfred PAUSER, Technische Universität Wien
- o. Univ.-Prof. Dr. Ing. Harald STRAUBE, Technische Universität Wien

Ergebnis der Überprüfungen beziehungsweise Gutachten

Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt eine nicht werkstoffbewußte Herstellung der Aufhängung der Abdeckplatten vor, sodaß nun eine entsprechende zusätzliche Sicherung der Fertigteilabhängung gegen Herabfallen vorzunehmen ist. Diese besteht aus einer Nirosta-Seilkonstruktion; mit dieser Seilsicherung werden alle Platten ausgestattet. Die zusätzlichen Kosten dafür betragen laut Mitteilung von Hatzl rund 1,2 Millionen Schilling.

Gleichzeitig wurde festgestellt, daß bei den Sonderpaßplatten — das sind 50 von zirka 3.000 Abdeckplatten insgesamt — ein Dorn als Sicherung gegen seitliches Verschieben nicht vorhanden ist. Dies stellt eindeutig einen Montagefehler dar. Er wird durch das Befestigen der betreffenden Platten an den Nachbarelementen behoben werden.

Die entsprechende Vergabe für diese Arbeiten wird nunmehr auf Grund des Berichtes der Stadtbaudirektion und der Gutachter vorgenommen, sodaß mit der Fertigstellung voraussichtlich Ende Februar dieses Jahres zu rechnen ist. (Schluß) pz/rr

Brückenbaumaßnahmen 1989

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch gab Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL einen Überblick über die Brückenbaumaßnahmen im Jahr 1989. Die Schwerpunkte werden in folgenden Bereichen liegen:

- Verlängerung und Verbesserung der A 23 (Hirschstetten und Knoten Landstraße)
- Fuß- und Radwegbrücken
- Verbesserung diverser Bauwerke sowie Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bei mehreren großen Brücken.

Ein komplexes Maßnahmenpaket

Wie Hatzl einleitend betonte, stellten die Aktivitäten der Magistratsabteilung 29 — Brücken- und Grundbau — auf diesem Sektor ein sehr komplexes Maßnahmenpaket dar. Wesentliche Punkte umfaßten (jeweils in Klammer die für 1989 veranschlagten Aufwendungen):

- **Brückenhauptprüfungen;** die periodisch alle sechs Jahre durchgeführten Brückenhauptprüfungen werden heuer bei 90 Objekten vorgenommen. Daneben erfolgt bei allen (650) Brückenobjekten die jährliche Prüfung sowie dreimal jährlich eine Befahrung zu Prüfzwecken.
- **Unfallreparaturen;** nach Verkehrsunfällen sind vor allem Leitschienen- und Geländerreparaturen durchzuführen (1,8 Millionen Schilling).
- **Brückenwartung;** beispielsweise Spülen der Entwässerungen, ebenso der Dilatationen (Fahrbahnübergangskonstruktionen) unabhängig von den Reinigungsmaßnahmen der Magistratsabteilung 48 (1,8 Millionen Schilling).
- **Instandsetzung von Brücken** (14 Millionen Schilling).
- **Instandsetzung von Stützmauern** (4 Millionen Schilling).

I. BAUVORHABEN

Im Auftrag des Bundes

• Knoten Landstraße

Verbreiterung der Hochstraße St. Marx in diesem Bereich von zwei auf drei Fahrstreifen in beiden Richtungen sowie zusätzlich Bau einer neuen Rampe bei der Gürtelauffahrt in Richtung St. Marx.

Gesamtbaukosten: 260 Millionen Schilling.

Baubeginn August 1989 und Bauende 1992.

Im Auftrag der Wiener Bundesstraßen AG

• A 23 Fortsetzung Hirschstetten

Dieses Projekt umfaßt mehrere Brücken- und Tunnelobjekte mit einer Gesamtlänge von 1,93 Kilometer.

Gesamtbaukosten: 1,5 Milliarden Schilling.

Baubeginn Juni 1989 und Bauende 1993.

Im Auftrag des Wirtschaftsförderungsfonds

• Schnellbahnunterführung Wien 21

Unterführung der Schnellbahn im beidseitig der Bahn gelegenen Betriebsansiedlungsgebiet B 10 Brünner Straße — Lundenburgergasse.

Auch bautechnisch bemerkenswert, weil die elf Meter breite und 4,50 Meter hohe Unterführung unter Aufrechterhaltung des Schnellbahnverkehrs errichtet werden muß.

Gesamtbaukosten: 12 Millionen Schilling.

Baubeginn Mitte 1989 und Bauende Sommer 1991.

Forts. auf Blatt 108

Im Auftrag der Stadt Wien

- **Brücke Kalsermühlen** (auf Höhe Mendelssohn-gasse)
Dieses Objekt über die Neue Donau ist für Fußgänger, Radfahrer und leichte Einsatzfahrzeuge konzipiert.
Gesamtbaukosten: 25 Millionen Schilling.
Baubeginn September 1989 und Bauende Frühjahr 1990.
- **Reitschulsteg**
Führt im Zuge der Jauresgasse (Wien 3) über die Verbindungsbahn; Neuerrichtung in Stahlbauweise.
Gesamtbaukosten: 2 Millionen Schilling.
Baubeginn Juli 1989 und Bauende Ende 1989
- **Augustinerwaldbrücke**
Diese im Zuge der Hohe-Wand-Gasse (Wien 14) bereits bestehende Brücke wird verbreitert und verstärkt.
Gesamtbaukosten: 2,5 Millionen Schilling.
Baubeginn Juli 1989 und Bauende Ende 1989.
- **Stützmauer Gudrunstraße**
Im Anschluß an die Erneuerung der Stiegenaufgänge und der Randbal-ken erfolgt die Errichtung von Lärmschutzwänden.
Gesamtbaukosten: 1,3 Millionen Schilling.
Baubeginn Juni 1989 und Bauende Ende 1989.

II. INSTANDSETZUNGEN**Im Auftrag des Bundes**

- **Erdberger Brücke**
Beschichtung des Tragswerkes über der Ostautobahn (A 4) im Ausmaß von 6.000 Quadratmetern zum Schutz gegen aggressive Einflüsse (Salz, etc.).
Gesamtkosten: 4 Millionen Schilling.
Arbeitsbeginn Juni 1989 und Arbeitsende Herbst 1990.
- **Floridsdorfer Brücke**
Vorgesehen sind Arbeiten zur Belagserneuerung im Ausmaß von 15.000 Quadratmetern.
Gesamtbaukosten: Zehn Millionen Schilling.
Baubeginn Juli 1989 und Bauende Herbst 1989.
- **Steinseebrücke**
Im Zuge der Altmannsdorfer Straße (B 224). Die Arbeiten umfassen die Erneuerung der Isolierung, des Belages und des Mittelstreifens.
Gesamtbaukosten: 3 Millionen Schilling.
Baubeginn frühestens im September 1989 und ein Bauende im Spät-herbst beziehungsweise Winter.
- **Knoten Nußdorf**
Instandsetzung und Beschichtung der Randstreifen im Ausmaß von 4.200 Quadratmetern.
Gesamtbaukosten: 4 Millionen Schilling
Baubeginn Juni 1989 und Bauende Herbst 1989.
- **Nordbrücke**
Bei diesem Brückenobjekt wird die — alle sechs Jahre fällig — Haupt-prüfung durchgeführt.
Arbeitsbeginn März 1989 und Beendigung der Prüfung mit Mai 1989.

Im Auftrag der Stadt Wien

- **Lobkowitzbrücke**
Beim Verkehrsbauwerk Lobkowitzbrücke erfolgen heuer vorerst die In-standsetzung der Tragwerksuntersichten beziehungsweise deren Be-schichtung im Gesamtausmaß von 10.000 Quadratmetern.
Gesamtbaukosten: 7 Millionen Schilling.
Baubeginn Mai 1989 und Bauende Herbst 1990.

Forts. von Blatt 107

Forts. auf Blatt 109

• **Stubenbrücke**

Im Zuge des Ausbaues der Weiskirchnerstraße nach Fertigstellung des Baues der U 6 wird die Neugestaltung der gesamten Oberfläche erfolgen, darunter die Errichtung der ursprünglichen Eckpfeiler und des ursprünglichen Otto Wagner-Geländers. Weiters die Neugestaltung der Fahrbahnoberfläche, eine Verbreiterung der Gehwege, die Erneuerung des Entwässerungssystems, die Neuherstellung von Vogelschutzgittern usw.

Gesamtbaukosten: 7 Millionen Schilling.

Baubeginn Juli 1989 und Bauende Juli 1990.

(Schluß) pz/gg

Forts. von Blatt 108

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 19. Jänner 1989

Blatt 110

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP: Weniger Neubau, mehr Sanierung (119)

1988 erstmals drei Milliarden Bauvolumen in der Stadterneuerung (119)

Kommunal/Lokal:

Grippe-Gipfel überschritten (111/FS: 18.1.)

Palais Harrach: Kein Risiko für die Stadt Wien (112 FS: 18.1.)

Festakt 40 Jahre Wiener Stadtwerke (113)

75. Geburtstag von Prof. Reuter (114)

Stadt Wien bemüht sich um Milchversorgung für Kleinkinder (115)

Jugendamtsenquete zum Thema „Entwicklung von Werthaltungen in der frühen Kindheit“ (116)

Große Leistungen der Stadt Wien für Nichtwiener Patienten (117-118)

Tödlicher Betriebsunfall auf der Stadtbahn (nur FS)

Bezirke:

Sitzungen von Bezirksvertretungen (111 FS: 18.1.)

Grippe-Gipfel überschritten

Spitäler: Bettennot und Personalmangel

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gipfel der gegenwärtigen Grippewelle dürfte voraussichtlich bereits überschritten sein. Wie die Gesundheitsbehörden aufgrund der gegenwärtigen Krankenstandsmeldungen mitteilen, dürfte die Zahl der Neuerkrankungen an Grippe bzw. an grippalen Infekten in dieser Woche bei rund 15.000 Neuerkrankungen liegen. Im Vergleich dazu: in der vergangenen Woche waren es 16.100.

Die derzeit grassierende Grippewelle und die damit verbundenen Folgeerkrankungen haben jedoch auch den Bedarf an Krankenbetten in den städtischen Spitälern erhöht. Vor allem ältere Patienten sind davon betroffen. Dies hat dazu geführt, daß praktisch in allen Wiener Spitälern Notbetten aufgestellt werden mußten. Gestern, Dienstag, waren es allein auf den internen und chirurgischen Abteilungen 236 Not- bzw. Gangbetten. Darüber hinaus gefährdet die Grippewelle aber auch den Betrieb in den Spitälern: Rund 14 Prozent des Pflegepersonals ist zur Zeit im Krankenstand.

Insgesamt befinden sich gegenwärtig ca. vier Prozent aller Beschäftigten im Krankenstand und fast sechs Prozent aller Wiener Schülerinnen und Schüler fehlen infolge eines grippalen Infektes. Von virologischer Seite konnte bisher teilweise das Virus des Stammes A nachgewiesen werden.

Sofortmaßnahmen in den Spitälern

Laut Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER sind aufgrund dieser Situation entsprechende Maßnahmen im Bereich der städtischen Spitäler und Pflegeheime gesetzt worden. So wurden unter anderem als Sofortmaßnahme in den städtischen Pflegeheimen insgesamt 100 Notbetten für Pfleglinge aufgestellt. Damit können 100 Pflegepatienten, die derzeit noch in diversen Akutabteilungen liegen, in die diversen Pflegeheime verlegt werden, womit zusätzliche Betten für Akutpatienten zur Verfügung stehen.

Die gegenwärtige Situation zeigt, wie der Gesundheitsstadtrat erklärte, daß die in der Öffentlichkeit immer wieder aufgestellten Behauptungen bezüglich des angeblich bestehenden „Bettenüberflusses“ nicht stimmen. Laut Stacher wird dabei nämlich vergessen, daß es immer wieder Zeiten gibt, in denen die Erkrankungsquote in der Bevölkerung verstärkt zunimmt und daher radikale Bettenreduktionen zwangsweise zu einem „Engpaß“ führen würden. Dies bedeutet aber, wie Stacher erklärte, daß die in den diversen Diskussionen genannten reinen Jahresstatistiken keineswegs dem tatsächlichen Bedarf entsprechen. (Schluß) zi/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 18.1. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Ottakring: Donnerstag, 19. Jänner, 16 Uhr, BV 16, Richard-Wagner-Platz 19;
- Hernals: Mittwoch, 25. Jänner, 16 Uhr, BV 17, Elterleinplatz 14;
- Margareten: Donnerstag, 2. Februar, 15 Uhr, BV 5, Schönbrunner Straße 54.

(Schluß) end/rr

Bereits am 18. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 18. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Palais Harrach: Kein Risiko für die Stadt Wien

Bereits am 18. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 18.1. (RK-KOMMUNAL) „Es gibt keine Weisung des Bürgermeisters, das Palais Harrach an die Oskar Josef Schmidt GmbH zu verkaufen. Es hat sich keine Magistratsabteilung gegen den Verkauf des Palais an die Oskar Josef Schmidt GmbH ausgesprochen. Es kann keinen Verlust für die Wiener Steuerzahler geben, weil der Kaufpreis von 62 Millionen Schilling vom Käufer bereits bezahlt wurde, und für die Stadt Wien aufgrund des Verkaufsvertrages kein wie immer geartetes Finanzrisiko besteht. Und schließlich ist das von der Oskar Josef Schmidt GmbH beabsichtigte Revitalisierungsvorhaben das einzige Projekt, das mit der wertvollen Bausubstanz behutsam umgeht und weder Hotelnutzungen noch andere Zubauten vorsieht.“ Das erklärte der für Grundstücksangelegenheiten zuständige Stadtrat Rudolf EDLINGER Mittwoch gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“. „Die Behauptung von ÖVP-Gemeinderat Mag. Mag. Kauer, bei dem Verkauf handle es sich um ein Spekulationsgeschäft oder einen Skandal, ist als absurd zu bezeichnen“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/bs

Festakt 40 Jahre Wiener Stadtwerke

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des Jubiläums 40 Jahre Wiener Stadtwerke fand Mittwoch nachmittag im Rathaus eine Festveranstaltung statt, zu der sich neben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und dem amtsführenden Stadtrat für Verkehr und Energie Johann HATZL zahlreiche Ehrengäste eingefunden hatten, an der Spitze der Erste Präsident des Wiener Landtages (und frühere Stadtwerke-Stadtrat) Ing. Fritz HOFMANN, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION und Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL. Auch die früheren ressortverantwortlichen Stadträte Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER und Franz NEKULA sowie die früheren Generaldirektoren der Wiener Stadtwerke Dr. HORAK, der heuer sein 90. Lebensjahr erreicht, und Dr. REISINGER befanden sich unter den Ehrengästen.

In den Festansprachen wurden von allen Rednern die große Aufbauleistungen in den vier Jahrzehnten seit der Gründung der Wiener Stadtwerke hervorgehoben und die persönliche Einsatzbereitschaft der dort Beschäftigten besonders gewürdigt.

Der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke Dr. Heinrich HORNY sagte, daß die Stadtwerke markante Meilenstein in ihrer Entwicklung zum heutigen Unternehmen zurückgelegt hätten und ihre Aufgaben stets im Dienste der Mitbürger und damit im Dienst der Stadt erfüllt hätten.

Verkehrsstadtrat Johann Hatzl betonte, 40 Jahre seien ein guter Zeitraum, Bilanz zu ziehen. In diesen Jahren sei der Weg vom zerstörten Wien zum modernen Wien gegangen worden, in dem man mit Recht auf die Wiener Stadtwerke stolz sein könne. Diese bildeten das größte kommunale Unternehmen Österreichs, sie seien ein Konsumentenunternehmen, in dem man sich bemühe, gemeinsam mit den Mitarbeitern einen guten Weg für die Zukunft zu finden.

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Otto HIRSCH wies darauf hin, daß der Begriff Gemeindebedienstete erst 1945 entstanden sei; diese seien immer politisch bewußte Menschen gewesen, und nicht zuletzt die Gewerkschaft habe in vielen Dingen als Motor bei der sozialen Entwicklung fungiert.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK unterstrich, daß bereits die Bezeichnung Bedienstete das große Anliegen des Dienstes für die Stadt, des Dienstes am Bürger zum Ausdruck bringe. Die großen Leistungen, die vollbracht wurden und werden, seien unübersehbar und unüberhörbar, buchstäblich aus dem Nichts sei 1945 die Stadt gestaltet worden. Und schon stünden wir an der Schwelle neuer Aufgaben: Wien soll zur Umweltmusterstadt 2000 werden. (Schluß) pz/gg

75. Geburtstag von Prof. Reuter

Wien, 19.1. (RK-LOKAL) Heinz REUTER wurde am 22.1.1914 in Wien geboren. Nach dem Besuch der Mittelschule studierte er bei den Professoren Benndorf und Schrödinger Mathematik und Physik und schloß das Studium 1937 mit der Promotion zum Dr. phil. ab. Nach dem Krieg ergriff er die wissenschaftliche Laufbahn, wurde 1947 Dozent, 1956 tit. ao. Professor, 1962 ao. Professor und 1967 schließlich ordentlicher Universitätsprofessor für Theoretische Meteorologie an der Universität Wien. Gleichzeitig war er in den Jahren 1945 bis 1962 an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien tätig. 1976 kehrte er als Direktor an die Zentralanstalt zurück und blieb in dieser Funktion bis zu seiner Pensionierung bzw. Emeritierung als Universitätsprofessor im Jahr 1984. Einer breiten Öffentlichkeit wurde Prof. Reuter bekannt, als er viele Jahre hindurch im Fernsehen im Anschluß an die „Zeit im Bild“ die Wetterlage und die Wetteraussichten präsentierte.

Für seine wissenschaftliche Arbeit erhielt Prof. Reuter unter anderem 1984 die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold und das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. (Schluß)
red/bs

Stadt Wien bemüht sich um Milchversorgung für Kleinkinder

Schirmer appelliert: Kollektivvertrag endlich unterschreiben!

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Den dringenden Appell, den ja bereits für November 1988 abgeschlossenen Kollektivvertrag für die Molkereiangeestellten und -arbeiter endlich zu unterschreiben, richtete Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER heute Donnerstag über die „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ an die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und an die Raiffeisenorganisation, von der die Kopplung mit der Erhöhung des Erzeugerpreises für die Bauern ausgeht. „Die Unterschrift unter den Vertrag darf nicht länger verweigert werden. Es geht nicht an, daß der Wunsch nach mehr Geld für die Bauern auf Kosten einer anderen arbeitenden Gruppe durchgesetzt werden soll. Ich ersuche die Verantwortlichen daher um rasche Unterschrift, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Milch wieder gewährleistet ist“, sagte Schirmer.

Es gibt derzeit in Wien ca. 30.000 Kinder unter zwei Jahren, und daher bereitet die Stadt Wien derzeit auch für alle Fälle eine Notversorgung für Familien mit Kleinstkindern (unter zwei Jahren) vor, betonte Schirmer. Sollte sich zum Wochenende ergeben, daß eine Notsituation in der Milchversorgung eintritt, so wird die Gemeinde Wien selbstverständlich versuchen, eine Verteilaktion für Kinder bis zum 2. Lebensjahr — sie benötigen täglich Milch bzw. Milchprodukte, während Erwachsene und ältere Kinder nach Auskunft von Ärzten länger ohne Milch auskommen können, ohne gesundheitliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen — zu organisieren. Schirmer wies darauf hin, daß entsprechende Einsatzpläne bereits vorliegen. Auch die Gewerkschaft der Molkereiangestellten und -arbeiter hat sich diesbezüglich durchaus gesprächsbereit gezeigt, doch hänge es natürlich auch von den einzelnen Molkereien und dem Milchwirtschaftsfonds ab, die Babymilch, die ja nur von besonderen ausgesuchten Kühen stammen darf, herzustellen.

Wie das Gesundheitsamt dazu mitteilt, benötigen Kleinstkinder bis zum 2. Lebensjahr sehr wohl täglich Milch (oder Milchprodukte). Fertigmilch für Säuglinge und Fertigmilchprodukte von Kindernahrungsmittelherstellern können für Babys und Kleinstkinder natürlich verwendet werden, ab dem 2. Lebensjahr sind auch Trockenmilchprodukte, verdünnte kondensierte Milch möglich. (Forts. mögl.) hrs/rr

Jugendamtsenquete zum Thema „Entwicklung von Werthaltungen in der frühen Kindheit“

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Enquete zum Thema „Entwicklung von Werthaltungen in der frühen Kindheit“ veranstaltete das Jugendamt der Stadt Wien Donnerstag im Rathaus. Die Enquete, bei der Wissenschaftler aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz referierten, soll aktuelle Erkenntnisse über den kindlichen Erwerb von Werthaltungen liefern und damit die Grundlagen dafür schaffen, das Kind bei der Entwicklung seiner Wertvorstellungen und seines persönlichen Gewissens zu fördern.

Die Entwicklung von Werthaltungen ist eng mit dem persönlichen, kulturellen und sozialen Umfeld von Menschen verbunden. So haben die letzten drei Generationen ganz unterschiedliche Lebensbedingungen vorgefunden, aus denen vermutlich auch unterschiedliche Werthaltungen resultieren.

Während des 2. Weltkrieges geborene Kinder haben nicht nur Not und Entbehrung, sondern auch die Stärke der Gemeinschaft während der Zeit des Wiederaufbaus kennengelernt. Ihnen wurde der Zugang zu Konsumgütern ermöglicht, die noch wenige Jahre vorher unerreichbar schienen. Die Kinder der Konsumgesellschaft haben die Macht des Geldes erlebt, und nun wachsen junge Menschen heran, deren Umwelt durch die Konsumgesellschaft deutlich bedroht ist.

Mitarbeiter des Max-Planck-Institutes in Berlin, der Universität Fribourg, der Universitätskinderklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters in Wien und der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Wien diskutierten bei dieser Enquete aus verschiedenen Perspektiven die Frage, ob bei unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen eine Kontinuität von Werthaltungen bestehen bleiben kann, und was sich geändert hat.
(Schluß) jel/bs

Große Leistungen der Stadt Wien für Nichtwiener Patienten

Stacher: Neuer Spitalszielplan bis 1990

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Die Leistungen, die die Stadt Wien für Patienten aus anderen Bundesländern (vor allem für Niederösterreicher und Burgenländer) erbringt, sind beträchtlich. Im Jahr 1987 wurden in den Wiener städtischen Akutspitälern insgesamt 278.379 Patienten stationär betreut. 18 Prozent davon kamen aus den anderen Bundesländern und — zu einem geringen Prozentsatz — aus dem Ausland. Im Wiener Allgemeinen Krankenhaus sind sogar 29 Prozent der Patienten Nichtwiener. Das stellte der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag vormittag bei einer Pressekonferenz im Wiener Rathaus fest.

Ein großes Spital für Nichtwiener Patienten

Würde man alle Nichtwiener Patienten, die in den Wiener städtischen Krankenhäusern behandelt werden, in einem eigenen Spital unterbringen, müßte man dafür, so Stacher, ein Haus mit 1.425 Betten zur Verfügung stellen. Allein die Patienten aus Niederösterreich und dem Burgenland würden 1.203 Akutbetten benötigen, das entspricht ziemlich genau der Kapazität des Krankenhauses Lainz. Das Krankenhaus für Nichtwiener Patienten wäre besonders kostenintensiv, da diese Patienten zu einem sehr hohen Prozentsatz medizinische Spitzenleistungen in der Diagnose und in der Therapie in Anspruch nehmen: In Wien leben nur 19,6 Prozent der österreichischen Bevölkerung, in den städtischen Krankenhäusern werden aber 35,4 Prozent der besonders aufwendigen medizinischen Spitzenleistungen in Österreich erbracht.

Wien – medizinisches Zentrum Österreichs

Besonders ausgeprägt ist der Anteil von Nichtwiener Patienten im Allgemeinen Krankenhaus. Das Wiener AKH erweist sich damit als ein Zentrum der medizinischen Spitzenversorgung in Österreich: Universitätsklinik für Strahlentherapie und Strahlenbiologie (61 Prozent Nichtwiener Patienten), Orthopädische Klinik (47 Prozent), Kinderklinik (45 Prozent), Klinik für Chemotherapie (45 Prozent), Neurochirurgische Klinik (44 Prozent), Klinik für Kiefer- und Gesichtschirurgie (44 Prozent), Kardiologische Klinik (41 Prozent). In der Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus Lainz sind 53 Prozent der Patienten, in der Abteilung für entwicklungsgestörte Kinder im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel 41 Prozent der Patienten und in der Neurochirurgischen Abteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung 41 Prozent der Patienten nicht aus Wien. Es ist daher, meinte der Gesundheitsstadtrat, nicht übertrieben, Wien als das medizinische Zentrum Österreichs zu bezeichnen.

Hohe Kosten für Nichtwiener Patienten

Diese Spitzenleistungen sind aber auch entsprechend teuer. Eine Knochenmarkstransplantation kostet im Durchschnitt 835.000 Schilling, eine Herztransplantation 497.000, eine Nierentransplantation 287.000 und eine Herzklappenersatz-Operation 150.000 Schilling. Solche Operationen werden in Wien besonders häufig an Patienten aus den anderen Bundesländern ausgeführt. Allein auf der Basis der Pflegegebühren, die nur ein Durchschnittssatz sind, mußte die Stadt Wien 1988 für jeden Nichtwiener Patienten in einem städtischen Krankenhaus pro Tag 1.075 Schilling, im AKH pro Tag sogar 2.314 Schilling zuschießen.

Es ist vernünftig, erklärte Stadtrat Stacher, wenn die Stadt Wien in ihren Akutspitälern die medizinische Spitzenversorgung auch für viele Nichtwiener Patienten zur Verfügung stellt, da nicht jedes Standard-Krankenhaus, aber auch nicht jedes Schwerpunkt-Krankenhaus mit den neuesten,

oft sehr teuren medizintechnischen Einrichtungen ausgerüstet werden kann. Es ist aber nicht möglich, die Wiener Steuerzahler dauernd mit derart umfangreichen und aufwendigen Leistungen für Patienten aus den anderen Bundesländern zu belasten. Es muß dafür einen Ausgleich geben, weil sich diese Länder ja einen erheblichen Anteil der Kosten der medizinischen Spitzenversorgung — sowohl bei den Investitionen wie auch im Betrieb — ersparen.

In Wien werden alle Diagnosen in den Spitälern statistisch erfaßt

Im Jahr 1987 wurde in Wien ein neues System eingeführt, mit dem die Krankheiten der Patienten in den städtischen Krankenhäusern erfaßt und diagnostischen Gruppen zugeordnet werden können. Wien ist damit das erste Bundesland, dessen städtische Spitäler über eine umfassende Diagnosenstatistik verfügen.

An der Spitze der Diagnosen in den städtischen Krankenhäusern standen entsprechend einer WHO-Sondersystematik 1987 am häufigsten Erkrankungen des Verdauungssystems (rund 19.000 Patienten), Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes (zusammen rund 12.000 Patienten), ferner gynäkologische Erkrankungen, Erkrankungen der oberen Luftwege, Erkrankungen der Atmungsorgane sowie Krankheiten der Blutgefäße des Gehirns. Auf die 50 häufigsten der 1.000 möglichen Diagnosen entfielen knapp die Hälfte der Spitalsaufenthalte.

Neuer Gesundheits- und Krankenanstalten-Zielplan für Wien

Stadtrat Stacher unterstrich, daß die Daten der diagnoseorientierten Erhebung eine wichtige Grundlage für den neuen Gesundheits- und Krankenanstalten-Zielplan für Wien sind. Erstmals ist es jetzt möglich, über die Zahl der benötigten Akutbetten diagnosebezogen zu diskutieren. Die Daten sind aber auch von großer Bedeutung für Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge.

Bis Ende April werden alle Diagnosedaten des Jahres 1988 vorliegen. Zusammen mit anderen statistischen Unterlagen werden sie für die Ausarbeitung des neuen Zielplanes herangezogen. Nach einer ausführlichen Diskussion des Entwurfes soll der neue Zielplan dann Anfang 1990 dem Wiener Gemeinderat zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden.

Eine weitere wichtige Grundlage für den Zielplan stellen die Ergebnisse der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ dar. In monatelanger Arbeit haben mehr als 1.800 Wiener Ärzte, Therapeuten, Krankenpflegepersonen usw. Prognosen zur wahrscheinlichen Entwicklung in den verschiedenen medizinischen Fächern erstellt und Vorschläge für die Bewältigung der zu erwartenden Probleme erarbeitet.

Kaum ein anderes wissenschaftliches Gebiet erlebt gegenwärtig eine so rasante Entwicklung wie die Medizin. Deshalb ist es wichtig, daß der neue Gesundheits- und Krankenanstalten-Zielplan auch die zu erwartenden Entwicklungen berücksichtigt. Dabei werden im Zielplan nicht nur Maßnahmen der Krankenversorgung, sondern auch solche zur Erhaltung der Gesundheit (Vorbeugung und Vorsorge) behandelt werden. (Forts. mgl.)
sc/gal

Forts. von Blatt 117

ÖVP: Weniger Neubau, mehr Sanierung

Wien, 19.1. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Weniger neue Wohnungen bauen und mehr in die Stadterneuerung zu investieren, verlangt die Wiener ÖVP. Bei einer Pressekonferenz am Donnerstag kritisierten LandesparteiSekretär Dr. Ferdinand MAIER und Gemeinderat Ing. Konrad MANDAHUS, daß in Wien zu viele Wohnungen neu gebaut würden und zu wenig Geld für die Förderung von Wohnhaussanierungen vorhanden sei. Für die Stadterneuerung fehle jährlich etwa eine Milliarde Schilling, um das notwendige Bauvolumen zu erreichen. Dadurch stehe die Bauwirtschaft nun am Beginn einer Talfahrt, so Mandahus. Die ÖVP fordert die Wiener SPÖ auf, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und sich in verstärktem Maß für die Stadterneuerung einzusetzen. (Schluß) ah/gg

1988 erstmals drei Milliarden Bauvolumen in der Stadterneuerung

Wien, 19.1. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) „Wir haben in der Stadterneuerung 1988 mehr erreicht als je zuvor. Es hat einen absoluten Rekord an Förderungen von Wohnhaussanierungen gegeben. Wir haben 1988 484 Wohnhaussanierungen mit Gesamtsanierungskosten von 3,1 Milliarden Schilling gefördert. 63,7 Prozent dieser Sanierungen werden von privaten Hauseigentümern durchgeführt. Ende Dezember 1988 waren 507 Sanierungen mit einem Bauvolumen von 4,36 Milliarden Schilling in Bau. 1989 werden es voraussichtlich über 800 Baustellen sein. Mein Ziel, ein jährliches Bauvolumen von drei Milliarden Schilling in der Stadterneuerung auszulösen, haben wir damit erreicht.“ Das erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zur ÖVP-Pressekonferenz gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Und Edlinger weiter: „Die Wohnungsbedarfsprognose 2007 errechnet einen jährlichen Neubaubedarf von 4.400 Wohnungen. Wir werden 1989 den Neubau von rund 4.000 Wohnungen fördern und liegen damit im Bereich des notwendigen Bedarfes.“ (Schluß) ah/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagssumme: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 20. Jänner 1989

Blatt 120

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ab Montag in Wien: Milchaktion für Kleinstkinder (121 FS: 19.1.)
- Smejkal: Mutter-Kind-Krisenunterbringungen ausgebaut (122)
- Netzkarte „72-Stunden-Wien“ bleibt doch erhalten (123)
- Autobuslinie zur Ausstellung im Gasometer Simmering (123)
- 70. Geburtstag von Prof. Hans Hass (124)
- Stadt Wien präsentiert Wohnungsbedarfsprognose bis zum Jahr 2007 (126-128)
- Joghurtbecher-Sammlung bei Mistplätzen und Problemstoff-Sammelstellen (129)
- Ehrenzeichenverleihung durch Stadtrat Häupl (130)
- Terminvorschau vom 23. Jänner bis 3. Februar (131)
- Brandstiftung im Keller (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße (122)

Wirtschaft:

- Vienna Trade: Der Trend stimmt (125)

Ab Montag in Wien: Milchaktion für Kleinstkinder

Pro Bezirk zumindest eine Milch-Ausgabestelle

Wien, 19.1. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Montag wird, falls der Streik der Molkereiangeestellten und -arbeiter andauert, für Kleinstkinder unter 2 Jahren bzw. deren Eltern eine Milchaktion organisiert. Dazu wird pro Bezirk bei mindestens einer Ausgabestelle morgens und am späten Nachmittag Babymilch zum normalen Preis von 6,50 Schilling ausgegeben. Mütter bzw. Väter, die mit dem Mutter-Kind-Paß kommen, können diese Aktion in Anspruch nehmen. Organisiert wird die Milchaktion von Abteilungen der Ressorts von Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, Stadträtin Christine SCHIRMER und Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER sowie der Magistratsdirektion. Die Gewerkschaft der Molkereiangeestellten und -arbeiter hat sich kooperativerweise bereit erklärt, die Milchaktion der MA 11 vom Streik auszunehmen. „Die Stadt Wien will damit keineswegs einen berechtigten Arbeitskampf unterlaufen, doch muß in einer solchen Situation für jene Kinder, für die die Milchversorgung dringend nötig ist, eben diese Versorgung geboten werden. Aus diesem Grund führt die Stadt Wien ab Montag die Milchaktion durch“, betonte Stadträtin Christine Schirmer heute, Donnerstag, gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Die genauen Ausgabestellen — pro Bezirk mindestens in einem städtischen Gebäude — werden morgen, Freitag, festgelegt. Die Milchausgabestellen werden Montag bis Freitag (falls solange notwendig) von 8 bis 10 Uhr und von 17 bis 18.30 Uhr und Samstag von 8 bis 10 Uhr geöffnet sein. Der Preis wird, da die Stadt Wien keine Konkurrenz zu den normalen Geschäften darstellen kann, wie in den Geschäften 6,50 Schilling pro halben Liter betragen. Die Ausgabe erfolgt aufgrund des vorgelegten Mutter-Kind-Passes für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahr.

Milch ist besonders für den heranwachsenden Organismus ein wichtiges Nahrungsmittel, stellte Stadtphysika Dr. Helene KAPAUN gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest. Säuglinge sollen in den ersten Monaten gestillt werden, wo dies nicht möglich ist, mit einer Säuglingsfertigmilch ernährt werden. Kleinkinder benötigen täglich Milch oder Milchprodukte. Über das kommende Wochenende könnte jedoch durchaus mit verdünnter Konzentratmilch oder Trockenmilch das Auslangen gefunden werden. Daher gibt es ab Montag, falls noch nötig, die Aktion der Stadt Wien. Bei Schulkindern kann verdünnte Konzentratmilch auch länger gegeben werden. (Schluß) hrs/sk

Bereits am 19. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Smejkal: Mutter-Kind-Krisenunterbringungen ausgebaut

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Das Angebot des Jugendamtes, Mütter mit Kindern im Falle von Krisensituationen aufzunehmen, konnte 1988 weiter ausgebaut werden, zog Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ Bilanz. Derzeit stehen 50 Unterbringungsmöglichkeiten, d.h. Zimmer und Wohnungen des Jugendamtes, zur Verfügung. 17 Plätze gibt es im Mutter-Kind-Heim in Simmering, 16 im Charlotte-Bühler-Heim in Währing und einige im Ausbildungszentrum für Sozialarbeit. Ebenfalls zur Verfügung stehen zehn Wohnungen des Jugendamtes im 2., 10., 12., 13., 21. und 22. Bezirk.

58 Mütter, die in Notsituationen waren und mit ihren 72 Kindern eine Unterbringungsmöglichkeit benötigten, wurden im Jahr 1988 aufgenommen, 54 Mütter mit 63 Kinder konnten in diesem Jahr in eine eigene Wohnung oder wieder in ihre Familien entlassen werden, sagte Smejkal.

Die betroffenen Mütter mit ihren Kindern blieben durchschnittlich 9,1 Monate in einem Zimmer oder einer Wohnung des Jugendamtes. (Schluß)
jel/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße

Wien, 20.1. (RK-BEZIRKE) Donnerstag, den 26. Jänner 1989, findet um 16 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung, 3, Karl-Borromäus-Platz 3, eine Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Genehmigung von 1,1 Millionen Schilling für die Führung der Pensionistenklubs 1989, zwei Millionen Schilling für die öffentliche Beleuchtung sowie 1,5 Millionen Schilling für den Fußweg Baumannstraße-Pfarrhofgasse. (Schluß) end/rr

Netzkarte „72-Stunden-Wien“ bleibt doch erhalten

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Die Netzkarte „72-Stunden-Wien“, die wegen der Einführung einer neuen Netzkarte „24-Stunden-Wien“, also einer Tagesnetzkarte, hätte aufgelassen werden sollen, bleibt nun doch erhalten. Auf mehrfach geäußerten Wunsch, vor allem seitens der Wiener Fremdenverkehrswirtschaft, wird diese Netzkarte zum neuen Preis von 102 Schilling weiterhin im Angebot der Wiener Verkehrsbetriebe verbleiben. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat einem diesbezüglichen Antrag der Verkehrsbetriebe zugestimmt. (Schluß) roh/rr

Autobuslinie zur Ausstellung im Gasometer Simmering

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Mit kommendem Montag, dem 23. Jänner, werden bei der Autobuslinie „6A“ täglich zusätzliche Kurse während der Öffnungszeiten der Ausstellung im Gasometer geführt, mit denen der Ausstellungsort unmittelbar erreicht werden kann. Die Linie „6A“ wird zwischen Simmering/Grillgasse und Guglgasse/Gasometer Simmering über folgende Strecken geführt:

- Richtung Guglgasse:

Krausegasse — Simmeringer Hauptstraße — Kopalgasse — Haidestraße — 1. Haidequerstraße — Erdbergstraße — Guglgasse zur Schleife vor Gasometer.

- Richtung Simmering/Grillgasse:

Guglgasse — Erdbergstraße — 1. Haidequerstraße — Haidestraße — Kopalgasse — Mautner-Markhof-Gasse — Krausegasse

Die Betriebszeiten des zusätzlichen Kurses orientieren sich an den Öffnungszeiten der Ausstellung und zwar:

Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag von 9.41 bis 18.17 Uhr

Dienstag von 9.41 bis 21.17 Uhr

Samstag von 9.41 bis 18.07 Uhr

Sonn- und Feiertag von 9.51 bis 18.07 Uhr

(Schluß) pz/rr

70. Geburtstag von Prof. Hans Hass

Wien, 20.1. (RK-LOKAL) Hans HASS wurde am 23.1.1919 in Wien als Sohn eines Rechtsanwaltes geboren. Nach der Matura studierte er zunächst Rechtswissenschaften, stieg aber nach zwei Semestern auf Biologie um und promovierte 1943 zum Dr. phil.

Schon während seiner Studienzeit interessierte sich Hans Hass besonders für die Unterwasserfauna. 1937 lernte er an der französischen Riviera den damals noch weithin unbekannten Tauchsport kennen, der ihn Zeit seines Lebens nicht mehr losließ. Es folgten oft gefährvolle Forschungsreisen in die Karibik, wobei er ein selbst entwickeltes Tauchgerät einsetzte, in die Ägäis, zum Roten Meer, nach Polynesien, Australien, zu den Galapagos-Inseln und in den Indischen Ozean, wobei er schon bald die Harpune mit der Kamera vertauschte, und sein Hauptanliegen immer mehr die Bewahrung der Unterwasserfauna vor den Gefahren der Meeresverschmutzung wurde. Ergebnisse seiner zahlreichen Forschungsreisen waren mehrere Bücher, die große Popularität erlangten, wie: „Jagd unter Wasser mit Harpune und Kamera“ (1939), „Unter Korallen und Haien“ (1941), „Menschen und Haie“ (1950), „Manta — Teufel im Roten Meer“ (1952), „Wir kommen aus dem Meer“ (1957).

Besonders populär wurde Hans Hass durch seine international mehrfach ausgezeichneten Unterwasserfilme, wie: „Pirsch unter Wasser“, „Menschen und Haie“, „Abenteuer im Roten Meer“, und die Fernsehfilme: „Expedition ins Unbekannte“, „Wir Menschen“.

Ab 1960 beschäftigte sich Hass zunehmend mit der Evolutions- und Verhaltensforschung. 1968 erschien eine große Arbeit: „Wir Menschen. Das Geheimnis unseres Verhaltens“. In seiner Energiontheorie analysierte Hass den gemeinsamen Nenner, welcher Pflanzen, Tiere und Menschen verbindet und stellte diese Theorie 1970 in seinem Buch „Energion — Das verborgene Gemeinsame“ vor.

In den letzten Jahren erschienen weitere Bücher: „Der Hans-Hass-Tauchführer 76“, „Der Hai“ (zusammen mit Irenäus Eibl-Eibesfeldt 77), „Wie der Fisch zum Menschen wurde“ (1979), „Im Roten Meer. Wiederkehr nach 30 Jahren“ (1980).

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich Hass eine zweite, erfolgreiche Karriere als Wirtschafts- und Managementberater aufgebaut. Für seine Verdienste wurde ihm 1977 der Professorentitel und 1987 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien verliehen. (Schluß) red/bs

Vienna Trade: Der Trend stimmt

**Beträchtliche Umsatzsteigerung – Heuer bereits in der Gewinnzone –
Schwerpunkte Maschinen- und Anlagengeschäft sowie Halbfertigwaren**

Wien, 20.1. (RK-WIRTSCHAFT) Nur knapp hat im Vorjahr die Vienna Trade Gesellschaft m.b.H. das ausgeglichene Betriebsergebnis verpaßt, da wegen der langen Durchlaufzeiten im RGW-Raum einige Geschäfte im Jahre 1988 nicht mehr wie geplant bilanzwirksam wurden. Die Entwicklung des Unternehmens aber verläuft positiv. Zwei Jahre nach der Gründung generierte Vienna Trade im Jahre 1988 einen Gesamtumsatz von rund 143 Millionen Schilling, wovon 48 Prozent auf das Eigengeschäft und 52 Prozent auf Provisionsumsätze entfielen. Dies entspricht gegenüber 1987 einer Steigerung von rund 55 Prozent. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Maschinen- und Anlagengeschäft sowie im Halbfertigwarenbereich aus dem Wiener Wirtschaftsraum.

Für heuer erwartet die Geschäftsführung einen Umsatz von rund 200 Millionen Schilling und einen Rohertrag von etwa 3 Millionen Schilling.

Nächste Woche Informationstage

Am 24. und 25. Jänner veranstaltet die Vienna Trade im Wiener Messepalast „Österreichisch-ungarische Informationstage“, bei denen Wiens Vizebürgermeister und Finanzstadtrat Hans MAYR, der stellvertretende Justizminister der Volksrepublik Ungarn Dr. Tamas SARKÖZY, der Direktor des Planwirtschaftlichen Instituts in Budapest Dr. Bela KADAR, der Geschäftsführer der „Comecon Consult“ Dr. Michael FRIEDLÄNDER und der Direktor des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche Univ.-Doz. Dr. Gerhard FINK Vorträge halten werden.

Vienna Trade und Industrialexport Budapest werden die auf dem österreichischen Markt angebotenen Produkte präsentieren. (Schluß) wh/gg

Stadt Wien präsentiert Wohnungsprognose bis zum Jahr 2007

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Wohnungsprognose bis zum Jahr 2007 präsentierten der Wiener Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und der Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Freitag bei einer Pressekonferenz.

Durch die Verländerung der Wohnbauförderung hat Wien mehr Möglichkeiten, die Wohnungspolitik eigenständig zu gestalten. Ein eigenes „Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz“ wird zur Zeit vorbereitet.

Eine entscheidende Grundlage für diese Neuordnung der Förderungspolitik und damit für die künftige Wiener Wohnungspolitik ist die Kenntnis des mittel- und langfristigen Wohnungs- und Finanzierungsbedarfs.

Aus diesem Grund wurde bereits im Herbst 1986 das Institut für Stadtforschung mit der Erstellung einer Prognose des Wohnungsbedarfs für Wien und einer darauf aufbauenden Finanzierungsbedarfsrechnung bis zum Jahr 2007 beauftragt.

A. WOHNUNGSBEDARFSPROGNOSE BIS 2007

Bei der Prognose wurde von folgenden angestrebten „Mindestnormen“ der Wohnversorgung (Wohnungsgröße) ausgegangen:

- 1 Person soll mindestens über 30 m²,
- 2 Personen sollen mindestens über 50 m²,
- 3 Personen mindestens über 65 m²,
- 4 Personen mindestens über 80 m²,
- 5 Personen mindestens über 90 m²,
- 6 Personen mindestens über 100 m² und
- 7 oder mehr Personen sollen mindestens über 110 m² Wohnraum verfügen können.

Hinsichtlich der Wohnungsqualität soll bis zum Jahr 2000 zumindest der Standard der Wohnungskategorie C nach dem Mietrechtsgesetz (zumindest Wasser und WC in der Wohnung), nach der Jahrtausendwende jener der Kategorie B (zeitgemäße Badegelegenheit in der Wohnung) gewährleistet sein. Das heißt, daß es bis zum Jahr 2007 in Wien keine Substandardwohnungen und keine überbelegten Wohnungen mehr geben soll.

Diese Ziele wurden in Zusammenarbeit von Wohnbaupolitikern, Beamten und Experten entwickelt. Bei der Festlegung dieser Ziele konnte auf den Ergebnissen von bereits durchgeführten Parameterstudien aufgebaut werden. Der Prognose liegen also Zielvorstellungen zugrunde, die derzeit vernünftigerweise anzustreben und auch erreichbar sind. Die Prognose ist damit „ein Kind ihrer Zeit“ und die Bedarfsprognosen können sich in Zukunft durch Veränderungen etwa in den Ansprüchen der Menschen ändern.

Im Jahr 2007 wird die Einwohnerzahl Wiens etwa 1,4 Millionen Menschen und die Zahl der Haushalte etwa 693.000 betragen. Fast 80 Prozent der Haushalte werden dann übrigens 1- und 2-Personenhaushalte sein (derzeit etwas über 70 Prozent).

Für eine entsprechende Wohnversorgung der Wiener Bevölkerung fehlen also derzeit bei einer Gesamtzahl von 717.400 Haushalten (Stand 1985) 158.000 Wohnungen.

Jährlich 10.000 Wohnungen durch Neubau und Sanierung

Die Deckung dieses Wohnungsbedarfs könnte bis zum Jahr 2007 durch den Neubau von jährlich 4.400 Wohnungen und durch die Modernisierung

(und Zusammenlegung) von jährlich 5.800 Wohnungen erreicht werden. Neubau und Sanierung verhalten sich zueinander komplementär. Das heißt, daß diese Neubau- und Sanierungsquoten unter bestimmten Voraussetzungen verändert werden können, in Summe jedoch rund 10.000 neuwertige Wohnungen pro Jahr entstehen müssen.

Eine weitere Forcierung der Stadterneuerung, also eine noch intensivere Verbesserung und Zusammenlegung von alten Wohnungen als bisher, ist grundsätzlich möglich. Unbedingte Voraussetzungen dafür wären aber einerseits eine tiefgreifende Umstrukturierung der Bauwirtschaft (in Richtung Baugewerbe und Ausbildung von Facharbeitern) und andererseits erweiterte wohnungsrechtliche Kompetenzen des Landes (etwa im Mietrechtsgesetz). Die zusätzlichen Impulse in der Stadterneuerung führen bereits jetzt vielfach zur Überforderung der Kapazität der Gewerbebetriebe und zu Preisauftrieben in bestimmten Branchen.

Der Neubaubedarf kann durch den geförderten Neubau (derzeit etwa 4.000 Wohnungen jährlich) und den freifinanzierten Neubau von Wohnungen (derzeit etwa 1.000 Wohnungen jährlich) gedeckt werden. Der gesamte Neubaubedarf von 1985 bis 2007 beträgt insgesamt 96.000 Wohnungen.

B. FINANZIERUNGSBEDARFSRECHNUNG BIS 2007

Aufbauend auf den Ergebnissen der Wohnungsbedarfsprognose wurden die Kosten für den Neubau und die Sanierung von Wohnungen bis zum Jahr 2007 errechnet. Hierbei wurden auch Kosten berücksichtigt, die sich aus Gebäudeinstandsetzungen und -sanierungen und Standardanhebungen von Wohnungen der Kategorie B auf A (etwa Zentralheizungseinbau) ergeben.

Die durchschnittlichen jährlichen Gesamtkosten für Neubau und Sanierung belaufen sich auf etwa 12 Milliarden Schilling (Preisbasis 1986). Hier-von entfallen 5 Milliarden Schilling (43 Prozent) auf den Neubau und 6,8 Milliarden Schilling (57 Prozent) auf die Sanierung. Bei einer Forcierung der Stadterneuerung oder bei nicht vollständiger Normerfüllung könnten diese Kosten durch die Reduzierung des Neubauanteils (auf bis zu 3,4 Milliarden Schilling) auf insgesamt 10 bis 11 Milliarden Schilling verringert werden. Dieses Volumen kann nicht allein von der öffentlichen Hand aufgebracht werden. Es ist der Einsatz privater Mittel notwendig. Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz wird durch eine Öffnung für neue Finanzierungsarten den notwendigen Freiraum dafür schaffen. Die Gesamtbaukosten für den Zeitraum von 1985 bis 2007 betragen daher insgesamt 260 Milliarden Schilling, davon 111 Milliarden für den Neubau und 149 Milliarden für die Sanierung. Dieser Kostenrahmen ist sowohl im Neubau- wie auch im Sanierungsbereich trotz knapper werdender Wohnbauförderungsmittel eine realistische und realisierbare Größe.

C. STÄDTEBAULICHER ERNEUERUNGSBEDARF

Die Prognose befaßte sich in einem Anhang auch mit jenem städtebaulichen Erneuerungsbedarf, der Verbesserungen im Bereich des Verkehrs, der Freiräume, des Gewerbes und der technischen Infrastruktur der Stadt notwendig macht.

Der Schwerpunkt der Wiener Stadterneuerungspraxis liegt derzeit in den Bereichen Wohnungsverbesserung und Wohnhaussanierung. Damit werden zwar wesentliche Bewohnerbedürfnisse erfüllt, die Lebensbedingungen in den dicht bebauten alten Stadtteilen jedoch nicht umfassend verbessert. Vor allem bei der Grünraumversorgung besteht ein deutlicher Nachholbedarf. Die Frage des Verkehrs ist wahrscheinlich überhaupt das schwierigste Problem bei einer umfassenden Stadterneuerung.

Forts. von Blatt 126

Forts. auf Blatt 128

Forts. von Blatt 127

Ansätze einer umfassenden Stadterneuerung bestehen bisher hauptsächlich in den Stadterneuerungsgebieten, die etwa ein Zehntel der Fläche Wiens umfassen.

Die Studie weist darauf hin, daß zwischen 1980 und 1987 etwa 100 Verkehrsberuhigungsprojekte verwirklicht und dabei rund 450.000 m² öffentlicher Raum neugestaltet wurden. Für eine flächenhafte Verkehrsberuhigung Wiens wird ein geschätzter Investitionsbedarf von 10,6 Milliarden Schilling angenommen.

Die in Wien in den Nachtstunden abgestellten rund 350.000 Personenkraftwagen ergeben hintereinandergereiht bereits eine Länge von rund 1.750 Kilometer. Die verparkte Fläche entspricht jener des 5. und 6. Bezirkes zusammen. Untersuchungen zeigen, daß zwischen dem Versorgungsniveau mit Stellplätzen und den Strukturveränderungen deutliche Zusammenhänge bestehen. Die Einwohnerzahl hat in jenen Bereichen, die mit Parkraum unterversorgt sind, wesentlich stärker abgenommen als in gut versorgten Bereichen. Anzustreben wäre ein Verhältnis der Parkplätze zu den Stadtbewohnern von 1:3. Der zusätzliche Stellplatzbedarf ist derzeit daher mit 30.000, die Errichtungskosten dafür sind mit 3 bis 4,5 Milliarden Schilling anzunehmen.

Der Mangel an öffentlichen und halböffentlichen Grünflächen wird — je nach angenommenen Richtwerten — mit 81 bis 363 Hektar angegeben.

In den kommenden Jahren müssen weiters 400 bis 450 Kilometer Wasserrohre und rund 500 Kilometer Kanalrohre erneuert werden.

Zusätzlich zu den bestehenden Förderungsaktionen sind spezielle Programme zur Förderung gewerblicher Betriebe in Sanierungsgebieten erforderlich. (Forts.mgl.) ah/lf/bs

Joghurtbecher-Sammlung bei Mistplätzen und Problemstoff-Sammelstellen

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Reihe von Milchprodukten, wie Joghurt, Sauerrahm, Schlagobers und Kaffeeobers, wird in Kunststoffbechern angeboten, die den Müllberg belasten, obwohl sie wiederverwertet werden können. Als zusätzliches Angebot zur getrennten Müllsammlung startet die MA 48 am 23. Jänner eine Sammelaktion für diese Becher (aber nicht für andere Plastikbehälter!). Aus den gesammelten Polystyrol-Bechern werden dann im Recycling-Verfahren Blumentöpfe gemacht.

Folgendes sollte man beim Sammeln beachten:

- Becher gründlich reinigen und Deckelreste entfernen
- Saubere Deckelfolien in den Altmittel-Container geben
- Becher aus Platzgründen gestapelt in den vorgesehenen Container geben.

Gesammelt werden die Becher bei allen 18 Wiener Mistplätzen, Montag bis Samstag von 7 bis 19 Uhr, und bei den 25 Problemstoff-Sammelstellen, Freitag von 14 bis 18 Uhr und Samstag von 8 bis 12 Uhr. Bei allen diesen Stellen befinden sich sowohl Behälter für die Becher als auch für die Deckel. Weitere Auskünfte über die Sammlung erhält man beim Misttelefon unter der Nummer 55 16 61. (Schluß) du/gg

Ehrenzeichenverleihung durch Stadtrat Häupl

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte heute, Freitag, Dkfm. Dr. Marius MAUTNER-MARKHOF das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien und Demeter STEFANOVITS-PANDUR das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Dkfm. Dr. Marius Mautner-Markhof hat sich sowohl im sportlichen Bereich als auch in Wirtschaft und Kultur große Verdienste erworben. Stefanovits-Pandur, der bereits über 90 Jahre alt ist, hat sich sowohl als aktiver Läufer bei zahlreichen internationalen Wettbewerben, als auch in der sportlichen Jugendbetreuung intensiv dem Sport gewidmet. An der Feier nahm auch Stadtrat Dr. Erhard BUSEK teil. (Schluß) du/rr

Terminvorschau vom 23. Jänner bis 3. Februar

Wien, 20.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 23. Jänner bis 3. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorge-
merkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 23. JÄNNER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 24. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

18.30 Uhr, Pressegespräch StR. Hatzl „40 Jahre Wiener Stadtwerke“

MITTWOCH, 25. JÄNNER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Doz. Dr. Friedrich Weyermüller (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressekonferenz BM Löschnak und StR. Stacher „Krebs-
aktion“ (Concordia)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Komm.-Rat
Franz Fritz (Stein. Saal 1, Rathaus)

FREITAG, 27. JÄNNER:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

18.00 Uhr, Eröffnung der Aktion „Zeit für ein Gedicht“, Bgm. Zilk (1. vor
der Ruprechtskirche)

SONNTAG, 29. JÄNNER:

Familiensonntag

MONTAG, 30. JÄNNER:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an
Komm.-Rat Karlheinz Essl, Reg.-Rat Martha Frühwirt, Pfarrer Gregor
Oberuggenberger und Ruth Wonder (Stein. Saal I, Rathaus)

DIENSTAG, 31. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 1. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Pressegespräch StR. Häupl, Generalsekretär Pramböck
„Altölproblem“ (PID)

von 10 bis 12 Uhr: Präsentation „Variantenuntersuchungen Gaudenz-
dorfer Knoten“, StR. Swoboda (Rathaus)

17.30 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk und Landtagspräsident Hofmann
— Präsentation des Buches „Mut zur Stadt“ (Johann Strauß)

DONNERSTAG, 2. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „HBW“ (Heizbetriebe Wien)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Franz
Brader, Dr. Kurt Tanzer und Med.-Rat Dr. Veitsmeier (Stein. Saal,
Rathaus)

FREITAG, 3. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Schirmer/Bez.-Vorsteher Pfleger
„Kalvarienbergmarkt“ (Festzelt vor der Kalvarienbergkirche)

(Schluß) red/gal

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Montag, 23. Jänner 1989

Blatt 132

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Erfreuliche Bilanz der Stadtinformation (133 FS 21 1)
- Stadterneuerungsfonds übersiedelt (135)
- Verschwundene Friedhöfe in Wien (136)
- Farbfernsehen für U 3 und U 6 (137)
- Lagerhütte des Stadtgartenamtes ausgebrannt (nur FS 20 1)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Meidling (135)

Kultur:

- „Interessante Bodenfunde und Ansichtskarten aus Favoriten“ (134 FS 21 1)
- „Die Gassennamen von Mariahilf“ im Bezirksmuseum (134 FS 22 1)
- Wiener Musiksommer 1989 (139)

Wirtschaft:

- Neue Förderungsaktion für Wiener Weingärten (138)

Erfreuliche Bilanz der Stadtinformation

Wien, 21.1. (RK-KOMMUNAL) Eine erfreuliche Bilanz kann die Stadtinformation — Telefon 43 89 89 — für das vergangene Jahr 1988 ziehen: Mehr als 130.000 Wienerinnen und Wiener nahmen die Stadtinformation in Anspruch. 96.297 Anrufe hatten die Mitarbeiter der Stadtinformation zu bewältigen, dazu kamen 23.625 persönliche Betreuungen in der Schmidthalle des Rathauses, 9.985 Prospekte wurden versandt. An den insgesamt 664 Gratisführungen durch das Rathaus nahmen 22.842 Besucher teil. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme der Frequenz um insgesamt rund sieben Prozent. Seit Mai wird das Telefonservice der Stadtinformation auch an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen angeboten. Künftige Schwerpunkte der Stadtinformation werden der Freizeitbereich sowie das Service „Veranstaltungshinweise“ sein. (Schluß) red/rr

Bereits am 21. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Interessante Bodenfunde und Ansichtskarten aus Favoriten“

Ausstellung im Bezirksmuseum Simmering

Wien, 21.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Simmering ist von 22. Jänner bis 12. März die Ausstellung „Interessante Bodenfunde und Ansichtskarten aus Favoriten“ zu sehen, die vom Bezirksmuseum Favoriten gestaltet wurde.

Die Ausstellung wird am Sonntag, dem 22. Jänner, um 10 Uhr eröffnet. Im Rahmenprogramm „Zwischen Simmering und Favoriten...“ gibt es „Lyrisches, Prosaisches und Anekdotisches“ mit Adi Smola, Anton Lang und Walter von Favoriten. Die Eröffnung nimmt GR. Franz HAAS vor.

Die Ausstellung ist jeweils Freitag von 10 bis 12 und von 15 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Zugang geöffnet. (Schluß) gab/gg

Bereits am 21. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Die Gassennamen von Mariahilf“ Im Bezirksmuseum

Wien, 22.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Mariahilf, Mollardgasse 8, ist vom 26. Jänner bis 30. April die Ausstellung „Die Gassennamen von Mariahilf und ihre Geschichte“ zu sehen.

Die Ausstellung wird am 26. Jänner, um 19 Uhr, von Bezirksvorsteher Mag. Kurt PINT eröffnet, das Schmetterer-Quartett besorgt die musikalische Umrahmung. Die Ausstellung ist jeden Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr und jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr bei freiem Zutritt geöffnet. Nach vorheriger Anmeldung (56 97 965) ist der Besuch auch zu anderen Terminen möglich. (Schluß) gab/gg

Bereits am 22. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Stadterneuerungsfonds übersiedelt

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds übersiedelt! Der Fonds wird ab Februar in der Lenaugasse 10 im 8. Bezirk sein neues Zuhause haben. Aufgrund der Übersiedlung ist der Parteienverkehr in den kommenden Tagen nur eingeschränkt möglich. Unverändert wird aber die Telefonnummer des Stadterneuerungsfonds bleiben. Unter 43 59 19/0 gibt es auch während der Übersiedlung Information und Beratung. Im Erdgeschoß des bisherigen Bürogebäudes in der Lichtenfelsgasse 3 gegenüber dem Rathaus wird außerdem das künftige Informationszentrum des Stadterneuerungsfonds eingerichtet.

Es wird Beratungsstellen für Hauseigentümer und alle an Stadterneuerung Interessierte, weiters das „BTX-Wohnservice-Wien“, die „Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden“ sowie Ausstellungs- und Veranstaltungsräume umfassen. (Schluß) ah/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling

Wien, 23.1. (RK-BEZIRKE) Kommenden Donnerstag, den 26. Jänner, findet um 9 Uhr im Sitzungssaal der Meidlinger Bezirksvertretung, 12, Schönbrunner Straße 259, eine außerordentliche Bezirksvertretungssitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen neben Sachkrediten für Pensionistenklubs, öffentliche Beleuchtung und Umbauten von Ampelanlagen eine beabsichtigte Bausperre für ein Areal in Hetzendorf. Die Sitzung ist öffentlich. (Schluß) smo/bs

Verschwundene Friedhöfe in Wien

Neue Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Wien, 23.1. (RK-LOKAL) Unter dem Titel „Spuren der Vergänglichkeit. Aufgelassene und verschwundene Friedhöfe in Wien“ zeigt das Wiener Stadt- und Landesarchiv in der Schmidthalle des Rathauses eine kleine, interessante Ausstellung, die bis 16. Juni Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr zu sehen ist. Eine kostenlose Informationsbroschüre ergänzt die Exponate.

Nach einem kurzen Abriß über die Entwicklung der Friedhöfe bei Pfarrkirchen und Spitälern „innerhalb der Stadtmauern“ und die Bestrebungen, Friedhöfe außerhalb der Innenstadt anzulegen, widmet sich die Ausstellung vor allem den Bemühungen Kaiser Josephs II., das Bestattungswesen zu reformieren und dem daraus resultierenden Neu- bzw. Ausbau von fünf Kommunalfriedhöfen außerhalb des heutigen Gürtels. Joseph II. konnte die beabsichtigte Vereinfachung des Bestattungsrituals und die Beisetzung ohne Sarg nicht durchsetzen. Bitter schrieb er 1785: „Da ich sehe und täglich erfahre, daß die Begriffe der lebenden Leute noch so materialistisch sind, daß sie einen unendlichen Preis darauf setzen, daß ihr Körper langsamer faule und länger ein stinkendes Aas bleibe, so ist mir wenig daran gelegen, wie sich die Leute wollen begraben lassen...“ Er wolle keinen Menschen zwingen, vernünftig zu sein, jeder könne, was die Truhe anlange, „frey thun, was er für seinen toten Körper im voraus für das Angenehmste hält“.

Ein bleibender Erfolg Josephs II. war die Einrichtung der fünf Kommunalfriedhöfe in Währing, auf der Schmelz, am Hundsturm, in Matzleinsdorf und in St. Marx. Innerhalb von 90 Jahren waren aber diese Friedhöfe bereits so belegt, daß an Ersatz gedacht werden mußte. So entstand der Zentralfriedhof.

Die alten Kommunalfriedhöfe wurden nach und nach geschlossen und in Parkanlagen umgewandelt. Der stimmungsvolle St. Marxer Friedhof allerdings ist als einziger Biedermeierfriedhof Wiens erhalten geblieben. (Schluß) am/bs

Farbfernsehen für U 3 und U 6

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe bestellen bei der Firma Grundig Fernsehüberwachungsanlagen für die neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 um 98 Millionen Schilling. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat in seiner letzten Sitzung der Vergabe dieses Auftrages zugestimmt. Die Firma Grundig war aus einer Ausschreibung als Bestbieter hervorgegangen und hat auch bisher die Kameras und Monitore für die Wiener Verkehrsbetriebe geliefert.

Die neue Bestellung umfaßt 344 Kameras und 302 Monitore. Das neue daran: Es handelt sich im Gegensatz zu den derzeit in Verwendung stehenden 518 Kameras und 523 Monitoren im Bereich der Wiener Verkehrsbetriebe um Farbgeräte. Der Grund dafür ist die Tatsache, daß die Preisdifferenz zwischen Schwarzweiß-Geräten und Farbgeräten wegen der geringen Nachfrage nach ersteren praktisch auf Null geschrumpft ist. Ersatz-Komponenten für SW-Geräte sind immer schwieriger und teurer erhältlich.

Eine der neuen Farbanlagen wurde bereits im praktischen Betrieb erprobt, und zwar auf einem Bahnsteig der Linie U 4 am Karlsplatz. Die bisherigen Erfahrungen waren sehr gut. Erstmals zum Einsatz kommen werden die neuen Farbgeräte auf der Neubaustrecke der U 6 in Meidling, die im kommenden Herbst in Betrieb gehen wird. (Schluß) roh/gg

Neue Förderungsaktion für Wiener Weingärten

Wien, 23.1. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Die seit Jahren zu beobachtende Tatsache, daß im Wiener Stadtgebiet schon viele ehemalige Weingärten brachliegen und nicht mehr bearbeitet werden, soll durch eine neue Förderungsaktion zum Besseren verändert werden: Weinbaubetriebe sollen in Zukunft für die Neuauspflanzung von Weingärten einen Barzuschuß von 15.000 Schilling pro 1.000 Quadratmeter ausgepflanzter Weinbaufläche bekommen. Für besondere Spitzenweinsorten wie Rheinriesling, Weißer Burgunder, Blauburgunder, Zweigelt blau und Cabernet Sauvignon gibt es noch 3.000 Schilling pro 1.000 Quadratmeter Weinbaufläche extra.

Die neue Aktion wurde bereits einstimmig im Finanzausschuß beschlossen, die Zustimmung des Stadtsenats und des Gemeinderats soll noch in dieser Woche erfolgen. Antragsberechtigt sind Wiener Weinbaubetriebe mit einer Mindestbetriebsgröße von 4.000 Quadratmetern, die neue Pflanzfläche soll mindestens 1.000 Quadratmeter betragen, wobei in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen auch Betriebsgrößen von über 2.000 Quadratmetern und neue Flächen von über 500 Quadratmetern akzeptiert werden können. Die Förderung wird rund 3 Millionen Schilling pro Jahr kosten, Anträge sind an die Wiener Landwirtschaftskammer zu richten, die die Anträge sammelt, überprüft und an die Stadt Wien weiterleitet. (Schluß) sei/bs

Wiener Musiksommer 1989

Wien, 23.1. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK stellte am Montag gemeinsam mit der Musikreferentin der Kulturabteilung der Stadt Wien, Mag. Hildegard SIESS, das Programm des Musiksommers 1989 vor. Mag. Siess, seit Oktober 1988 in dieser Position tätig, hat mit der verstärkten Heranziehung junger — besonders österreichischer — Künstler, der Öffnung für ein junges Publikum, und einem an das heimische Konzertpublikum gerichteten Abonnement wesentliche Akzente im Musiksommer-Programm gesetzt. Damit soll der Musiksommer als Konzertangebot für das Wiener Publikum — als Fortsetzung der Konzertsaison in den Sommermonaten — ins Bewußtsein gerückt werden. Eine Reihe prominenter Orchester und Solisten steht für die musikalische Qualität des Festivals, das heuer unter dem Motto „Virtuosität und Substanz“ steht.

Das Programm des Wiener Musiksommers 1989 steht unter dem Motto „Virtuosität und Substanz“ — der Gegenüberstellung, vor allem aber der harmonischen Ergänzung dieser beiden musikalischen Kriterien. Die traditionell breite Programmpalette des Musiksommers wurde beibehalten, eine Reihe prominenter Orchester und Solisten steht für die musikalische Qualität des Festivals.

Das Bemühen um eine weitere Öffnung des Musiksommers und um die Gewinnung junger Publikumsschichten wird durch die Aufnahme des „AKM-Open Airs“ in das Programm unterstrichen. Dieser „Tag der Musik“ am 17. Juni 1989 auf der Kaiserwiese im Prater ist zugleich der Auftakt des sommerlichen Festivals. Zu den Highlights des Open Air zählt der Auftritt der Popgruppe „Opus“, die gemeinsam mit acht bis zehn aus dem Wettbewerb „Vienna School Act“ hervorgegangenen Nachwuchsmusikern spielen wird.

Neben den bereits traditionellen Programmreihen im Arkadenhof, in Schönbrunn, in den Wiener Palais und Gedenkstätten, dem „Festival Orgelkunst“ in der Augustinerkirche und der „Musik des 20. Jahrhunderts“ in der Secession, steht mit „Ensembles aus Wien“ eine neue Reihe auf dem Programm, die speziell den Künstlern aus unserer Stadt gewidmet ist. Die insgesamt fünf Konzerte werden von der „Wiener Kammerphilharmonie“, dem „Jess-Trio“, der „Wiener Akademie“, dem „Ensemble Neue Streicher“ und dem „Concilium Musicum Wien“ bestritten.

Für die Attraktivität des Musiksommers sprechen eine Reihe von Orchestern, Ensembles und Solisten der Spitzenklasse wie das Königlich Philharmonische Orchester Flandern, die Zagreber Philharmonie und die Slowakische Philharmonie, das Trio di Trieste, das Panocha Quartett und das Quatour Ysaye, sowie Salvatore Accardo, Mischa Maisky, Luigi Alberto Bianchi, Philippe Entremont, David Geringas, Natalia Gutmann, Tzimon Barto, Walter Klien und Jean-Pierre Rampal, um nur einige zu nennen. Besonders bemerkenswert sind das Wien-Debut des russischen Violoncello-Virtuosen Alexander Rudin und das erstmalige Auftreten der jungen Wiener Pianistin Ingeborg Baldaszi im Rahmen des Musiksommers.

Mit dem „Wiener Musiksommer-Abo“, das zum ersten Mal aufgelegt wird, gibt es ein besonders preisgünstiges Angebot für alle Musikfreunde, vor allem auch für die Familien: Acht Konzerte aus dem Programm können bei freier Terminwahl zu einem Abonnement-Preis von 400 Schilling besucht werden. Das Abonnement kann bis 30. April in der Kulturabteilung der Stadt Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, 1082 Wien, bestellt werden. Auskünfte und Bestellungen: Telefonnummer 42 800/2741. (Schluß) gab/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Sriege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Sriege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 24. Jänner 1989

Blatt 140

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

ÖVP kritisiert Luftsituation in Wien (141/FS: 23.1.)

Stadtrat Dr. Swoboda: Groteske Neuauflage der Diskussion um die Roßauer Kaserne rasch beenden! (142/FS: 23.1.)

Edlinger: Unsachliche FPÖ-Kritik am Stadterneuerungsfonds (143/FS: 23.1.)

Neuer Höhepunkt der Grippewelle (145)

Wien — Gesunde Stadt (149-151)

Stadt Wien hält Luftreinhaltegesetz ein (152)

Kultur:

Prominente Künstler singen für armenische Erdbebenopfer (144)

„Zeit für ein Gedicht“ (144)

„Cats in Wien“: Rentabel, neue Publikumsschichten (146/147)

150.000 Schilling für Ausgestaltung von Qualtingers Ehrengrab (148)

ÖVP kritisiert Luftsituation in Wien

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Kritik an der Wiener Luftsituation übte die Wiener ÖVP am Montag in ihrem Pressegespräch. Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und LABg. Dr. Johannes HAWLIK stellten fest, daß die Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau die vorgeschriebenen Grenzwerte des neuen Luftreinhaltegesetzes nicht einhalten könnten. Hawlik befürwortete eine Schließung der MVA Flötzersteig bis zur Klärung dieser Frage bzw. einer eventuellen Sanierung. Im Zusammenhang mit dem Smogalarm-Gesetz, das im Juni in kraft tritt, forderte die ÖVP die Erarbeitung eines Wiener Smogalarmplanes mit regionalen Zonen und den Ausbau des Luftmeßnetzes. Weiters sprach sich Hawlik für Informationstafeln über die Wiener Luft aus, die über die Luft am Standort informieren und befürwortete den Nachrüst-Katalysator, um eine weitere Luftverbesserung zu erzielen. (Schluß) du/bs

Bereits am 23. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Stadtrat Dr. Swoboda: Groteske Neuauflage der Diskussion um die Roßauer-Kaserne rasch beenden!

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Als außerordentlich grotesk bezeichnete Montag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA die durch Verteidigungsminister Robert LICHAL wieder angezettelte Diskussion um die Nutzung der Roßauer-Kaserne. Lichal hatte sich in einem ORF-Interview für die Übersiedlung des Verteidigungsministeriums in diesen Gebäudekomplex ausgesprochen. Swoboda forderte eine rasche und endgültige Beendigung dieser Diskussion, die er angesichts der eben erst präsentierten Ergebnisse des ersten Gutachterverfahrens als extrem kontraproduktiv für die Zusammenarbeit zwischen Wien und dem Bund bezeichnete.

„Im Interesse einer fruchtbaren Zusammenarbeit wäre es wünschenswert, wenn die klare Haltung, die Minister GRAF in dieser Angelegenheit an den Tag legt, nicht durch derartige Querschüsse boykottiert würde“ schloß Stadtrat Dr. Swoboda. (Schluß) lf/bs

Bereits am 23. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Edlinger: Unsachliche FPÖ-Kritik am Stadterneuerungsfonds

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) „Seine Kritik in der Öffentlichkeit ist unsachlich, weil Doktor Pawkowicz als Mitglied des Kuratoriums des Stadterneuerungsfonds über alle Maßnahmen im Fonds bestens informiert wurde“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ am Montag zu einer Presseaussendung der FPÖ.

„Doktor Pawkowicz weiß, daß den Aufwendungen des Fonds im Jahr 1989 Erträge in der Höhe von 65,814 Millionen Schilling gegenüberstehen. Er weiß auch, daß die Zahl der Mitarbeiter des Fonds seit 1984 deshalb gestiegen ist, weil 1984 erst ganz wenige Sanierungsanträge zu bearbeiten waren, 1988 aber 484 Sanierungsanträge Förderungsmittel erhalten haben und jeder Mitarbeiter des Fonds die Bauüberwachung und Darlehenskontrolle für ein Bauvolumen von jeweils 183 Millionen Schilling (!) zu verantworten hat. Doktor Pawkowicz weiß auch, daß die Übersiedlung des Fonds in die Lenuogasse notwendig ist, weil eine dringend erforderliche Erweiterung der Büroräumlichkeiten in der Lichtenfelsgasse aufgrund einer Änderung der Bauordnung nicht mehr möglich ist. Doktor Pawkowicz verschweigt außerdem, daß der Wirtschaftsplan mit zwölf zu drei Stimmen angenommen wurde, wobei unter anderen die Architektenkammer, die Baumeisterinnung, die Immobilienreuhänder, die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen, die Arbeiterkammer und die Gewerkschaftsvertreter zugestimmt haben, sodaß man keinesfalls von einem parteipolitischen Beschluß reden kann. Doktor Pawkowicz hat schließlich den einstimmigen Beschluß des Kuratoriums mitgetragen, wonach das neue Punktesystem erst mit 1990 in Kraft tritt, und alle vor dem 1. Juli 1988 eingereichten Anträge noch nach der bisherigen Prüfungsweise beurteilt werden. Ich bedaure sehr, daß Doktor Pawkowicz in der Öffentlichkeit so unsachlich argumentiert“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/rr

Bereits am 23. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Prominente Künstler singen für armenische Erdbebenopfer

Wien, 24.1. (RK-KULTUR) Eine attraktive Veranstaltung, die noch dazu einem wohltätigen Zweck dient, findet am Donnerstag, dem 26. Jänner, um 19.30 Uhr im Austria Center Vienna in der Donaustadt, Am Hubertusdamm 6, statt: Prominente Künstler singen Arien aus Opern, Melodien aus Operetten sowie Wienerlieder zugunsten der Opfer des schrecklichen Erdbebens in Armenien.

Insgesamt 15 Interpreten werden den Gala-Abend bestreiten, unter ihnen Kammersängerin Sona GHAZARIAN, Kammersängerin Luisa BOSABALIAN, Theresa BERGANZA, Kammersänger Wladimir ATLANTOW, Kammersänger Heinz HOLECEK und Anatolj KOTSCHERGA. Begleitet werden die Künstler von der Konzertvereinigung Wiener Volksopernorchester, Dirigent Erich BINDER.

Karten zum Preis von 200, 300 und 500 Schilling sind im Raimundtheater, im Theater an der Wien, dem Ronacher, der Wiener Stadthalle, dem Reisebüro Intropa in der Kärntner Straße, allen Filialen der „Z“, einigen Filialen der „Ersten“ und der „CA“ sowie an der Abendkasse erhältlich. Es besteht auch die Möglichkeit, Karten im Austria Center unter der Nummer 23 69 150 reservieren zu lassen.

Alle Mitwirkenden haben für den Abend, über den Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der sowjetische Botschafter Gennady SCHIKIN den Ehrenschatz übernommen haben, auf ihre Gage verzichtet. (Schluß) ull/rr

„Zeit für ein Gedicht“

Wien, 23.1. (RK-KULTUR) Am kommenden Freitag, dem 27. Jänner, beginnt wieder die Plakataktion „Zeit für ein Gedicht“. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird am Ruprechtsplatz eines der Gedichtplakate affichieren, es liest Elisabeth ORTH.

„Zeit für ein Gedicht“ ist eine Plakataktion, die zweimal jährlich gemeinsam von „Wien Kultur“, Multi Art und der Firma Gewista organisiert wird. „Zeit für ein Gedicht“ soll das Lyrikverständnis wecken und fördern. (Schluß) ger/bs

Neuer Höhepunkt der Grippewelle

Vorige Woche 20.000 Neuerkrankungen

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die Grippewelle hat — entgegen der Annahmen der Gesundheitsbehörden — einen neuen Höhepunkt erreicht: In der Woche von 16. bis 22. Jänner wurden insgesamt 20.800 Grippe-Neuerkrankungen registriert. Im Vergleich dazu: In der Woche vorher waren es 16.100 Neuerkrankungen gewesen. Der Ärztenotdienst mußte am vergangenen Wochenende 450 Mal wegen Grippe bzw. grippaler Infekte intervenieren. Die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, erreichte bereits 4 Prozent der Beschäftigten, und 6,6 Prozent aller Wiener Schülerinnen und Schüler fehlen infolge eines grippalen Infektes.

Spitäler – weniger Notbetten

Was die Situation in den städtischen Spitälern betrifft, so haben sich die von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in der Vorwoche initiierten Maßnahmen bereits ausgewirkt. So konnte durch die Aufstellung von 100 Notbetten in den städtischen Pflegeheimen eine Entlastung der angespannten Situation erreicht werden. Aufgrund des täglichen hohen Zuganges von Neuerkrankungen gibt es gegenwärtig auf den Internen und Chirurgischen Abteilungen der Spitäler 185 Not- bzw. Gangbetten (in der vergangenen Woche waren es 236). Angespannt ist aber auch die Personalsituation in den Spitälern: Rund 16 Prozent (in der Vorwoche waren es 14 Prozent) des Pflegepersonals bzw. der Ärzte befinden sich derzeit in Krankenstand. (Schluß) zi/gg

„Cats in Wien“: Rentabel, neue Publikumsschichten

**Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung nahm
„Cats“ im Theater an der Wien unter die Lupe**

Wien, 24.1. (RK-KULTUR/WIRTSCHAFT) „Cats“ im Theater an der Wien rechte im Jahre 1987 eine direkte Wertschöpfung von 106 Millionen Schilling und die Beschäftigung von rund 260 Personen an. Aus Umfang und Struktur des Kartenverkaufs bzw. -vorverkaufs ergibt sich ein Cats-Tourismus von rund 140.000 Nächtigungen, womit eine weitere Wertschöpfung von 150 Millionen Schilling und eine Beschäftigung von rund 450 Personen verbunden ist.

Die durch Tourismus und Cats-Produktion entstehenden Erlöse und Einkommen stimulieren eine Wertschöpfung von 94 Millionen Schilling und eine Beschäftigung von 325 Personen.

Das sind wesentliche Ergebnisse einer Untersuchung der Auswirkungen des Erfolgsmusicals „Cats“ im Theater an der Wien durch das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, die am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeistermeisters von Direktor Peter WECK vorgelegt wurde. Die Autoren der Studie — Univ.-Doz. Dr. Michael WAGNER und Dr. Werner FRÜHSTÜCK — kommen nach detaillierten Berechnungen der Umwegrentabilität zur Ansicht, daß 1987 die öffentliche Hand etwa im selben Ausmaß Einnahmen — die direkt oder indirekt auf Cats zurückzuführen sind — erzielte, wie sie Förderungsmittel zuschießen mußte.

Allerdings: Die Subvention für das Theater an der Wien brachte allein die Stadt Wien auf, die Umwegrentabilität erstreckt sich aufgrund der Finanzausgleichsmechanik auch auf den Bund und andere Bundesländer. Dies sei keine Besonderheit der Unterhaltungskunst, alle urbanen Wirtschaftsaktivitäten strahlen in das Umland aus.

In der Studie heißt es u.a.: „Insgesamt haben rund 120.000 Ausländer Cats im Jahre 1987 besucht. Wenn auch nur für fünf Prozent der Besucher Cats den Ausschlag gegeben hat, Wien statt eines anderen Zielortes zu wählen, dann ergibt sich eine Anzahl von 24.000 Auslandstouristen, die ohne Cats im Jahre 1987 eine andere Stadt für einen Kurzurlaub gewählt hätten.“

Über 100 Prozent Kostendeckung

Das Musical erreichte im Untersuchungszeitraum eine Kostendeckung von über 100 Prozent. Die Studie folgert: „Cats hätte 1987 einen noch höheren Überschuß abgeworfen, wären dem Theater an der Wien vom Eigentümer nicht auch andere Aufgaben bei der Bereitstellung kultureller Infrastruktur zugedacht worden. So unterbrechen Aufführungen im Rahmen der Wiener Festwochen die Vorstellungsserie von Cats. Das Theater an der Wien erhält dafür zwar Mieteinnahmen, doch liegt deren Höhe weit unter jenen Einnahmen, die sich durch ausverkaufte Cats-Vorstellungen erzielen ließen.“

Und später: „Die Aufwendungen der öffentlichen Hand für Cats (in teils indirekter Form für das Theater an der Wien) sind als Infrastrukturinvestition in die Musicalstadt Wien aufzufassen. Mit diesen Investitionen hat die Stadt keine privaten Aktivitäten verdrängt, denn in Wien fehlt es (seit Jahrzehnten) an einem Markt für Wagniskapital für Unterhaltungskunst.“

Und Cats hat auch neue Besucherschichten zu einem Theaterbesuch angeregt: „Cats spricht einen sehr breiten Publikumskreis an; das zeigt sich auch am Besuch von Inländern, deren Sozialstruktur viel ausgewogener ist, als dies in klassischen Formen der Hochkultur zu sein pflegt. Während Produktionen in der Staatsoper oder im Burgtheater von einem Publikum besucht werden, das zumindest über eine Matura als höchsten Bildungsabschluß verfügt, weisen Cats-Besucher einen überdurchschnittlichen

Anteil von Österreichern auf, deren Schullaufbahn vermutlich nicht die Lektüre eines T.S. Eliot-Librettos nahegelegt hätte. Auch ist die Quote der Personen, die aus den mittleren (und nicht der oberen) Einkommenschichten kommen, bei Cats höher als bei Opern- oder Operettenaufführungen.“

Cats in Zahlen

Vom 18. September 1983 bis 2. Oktober 1988 fanden im Theater an der Wien 1.458 Vorstellungen mit Cats statt, bei denen man insgesamt 1.557.021 Besucher registrierte.

Die durchschnittliche Auslastung des Platzangebotes betrug 98,62 Prozent, die Einnahmen aus dem Kartenverkauf machten 380.648.269,55 Schilling aus.

Im August 1987 gastierte Cats in der Komischen Oper Berlin, in 15 ausverkauften Vorstellungen gab es 18.120 Besucher.

Das Gastspiel im Mai 1988 im Moskauer Operetten-Theater wies in 15 ausverkauften Vorstellungen 25.500 Besucher auf. (Schluß) wh/rr

Forts. von Blatt 146

150.000 Schilling für Ausgestaltung von Qualtingers Ehrengrab

Generell Grabpflege von Ehrengräbern durch Angehörige

Wien, 24.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Zusammenhang mit einem Zeitungsartikel über die mangelnde Ausgestaltung und Pflege des Ehrengrabes von Helmut QUALTINGER weist die Kulturabteilung der Stadt Wien darauf hin, daß gerade im Fall des Ehrengrabes für Helmut Qualtinger 150.000 Schilling für Materialkosten bereitgestellt wurden, um die Aufstellung eines entsprechenden Grabdenkmals zu ermöglichen, zu dessen Anfertigung sich Prof. Alfred HRDLICKA bereit erklärte.

Damit wurden die Voraussetzungen seitens der Stadt Wien geschaffen, Qualtinger ein würdiges Gedenken zu bewahren. Generell bleibt die Ausgestaltung und auch die Pflege von Ehrengräbern den Familien der Verstorbenen überlassen, um eine individuelle Gestaltung zu ermöglichen. In allen Fällen, in denen Angehörige die entsprechenden Aufgaben nicht übernehmen können, fühlt sich die Stadt Wien selbstverständlich verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu treffen. (Schluß) gab/rr

Wien - Gesunde Stadt

Gemeinderat wird Deklaration zur Gesundheitsförderung beschließen

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat wird in seiner Sitzung am Freitag eine Deklaration zur Gesundheitsförderung in Wien beschließen. Das gaben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters bekannt. Der Gesundheitsstadtrat wies darauf hin, daß die Deklaration — die erste in einer deutschsprachigen Stadt Europas — von allen drei im Gemeinderat vertretenen Parteien angenommen werden wird.

Im Jahr 1980 haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf ein gemeinsames gesundheitliches Konzept „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ geeinigt. Für die städtischen Siedlungen wurde dann ein eigenes Projekt „Gesunde Städte“ entwickelt, an dem sich seit März 1988 auch die Stadt Wien — gemeinsam mit zwei Dutzend anderen europäischen Städten — beteiligt.

Im Mai des vergangenen Jahres hat sich ein Stadtratskollegium konstituiert, dem alle amtsführenden Stadträte angehören, in deren Arbeitsbereichen Entscheidungen getroffen werden, die die Gesundheit der Bevölkerung beeinflussen können. Die Stadträte haben sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß die Gedanken einer umfassenden Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung bei Entscheidungen innerhalb ihrer Geschäftsgruppen zu berücksichtigen sind.

Im Anschluß an das Stadtratskollegium wurde eine Beamtenkommission gegründet, in der leitende Beamte aus diesen Geschäftsgruppen vertreten sind. Die Mitglieder der Kommission sollen konkret darauf achten, welchen Einfluß die einzelnen Entscheidungen in ihren Bereichen auf die Gesundheit im weitesten Sinne haben können. Die Aktivitäten im Rahmen des Projekts „Wien — Gesunde Stadt“ werden von einem kleinen Büro in der Geschäftsgruppe Gesundheit koordiniert.

„Wiener Empfehlungen zur Gesundheit in Städten“

Gewissermaßen als Auftakt für die Aktion fand im Mai 1988 im Austria Center Vienna eine internationale Konferenz „Gesundheit in Städten — Neue kommunalpolitische Ansätze zur Förderung der öffentlichen Gesundheit“ statt. An diesem Kongreß nahmen rund 400 Delegierte aus 24 Ländern und 111 Städten teil. Nach dreitägigen Beratungen beschloß die Konferenz die „Wiener Empfehlungen zur Gesundheit in Städten“. Die Konferenz unterstrich darin „die zentrale Rolle einer bevölkerungsnahen gesundheitsorientierten Kommunalpolitik, die in allen Bereichen der Entscheidungsfindung Fragen der Gesundheit und gesundheitlichen Chancengleichheit berücksichtigt.“

In diesem Sinne wurde in den vergangenen Monaten eine Deklaration des Wiener Gemeinderates zur Gesundheitsförderung in Wien „Wien — Gesunde Stadt“ erarbeitet, die nun am Freitag dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Die Deklaration geht davon aus, daß das Gesundheitswesen in Wien hoch entwickelt ist. Eine Fülle von Einrichtungen und gesetzlichen Regelungen garantiert jedem Wiener im Krankheitsfall Hilfe und Behandlung. Mit der baldigen Fertigstellung der neuen Krankenhäuser AKH und SMZ Ost wird der quantitative Ausbau des Spitalswesens abgeschlossen und eine stärkere regionale Ausrichtung möglich sein. Der Schwerpunkt der Gesundheitspolitik wird sich in Zukunft auf die Sicherung der hohen Versorgungsqualität, auf die Organisation der Zusammenarbeit aller Einrichtungen und auf die Prävention sowie vermehrte Gesundheitsförderung verlagern.

Allgemeine und persönliche Verantwortung für die Gesundheit

In Anerkennung des Rechts jedes Wieners auf bestmögliche Gesundheit sieht der Wiener Gemeinderat die Verantwortung aller Einrichtungen unserer Gesellschaft für die Gesundheit der Bürger. Entscheidungen und Handlungen in allen Bereichen des Lebens können Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Entscheidungen der Stadt, des Landes und des Bundes sind damit ebenso gemeint wie die von Interessenvertretungen, Sozialversicherungsträgern sowie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen. Auch das Verhalten des einzelnen Bürgers ist hier einzuschließen. Entscheidungen, die zu Beeinträchtigungen der Gesundheit führen und gesundheitsschädigende Lebensweisen schlagen sich letztlich in Kosten für die Krankheitsbehandlung nieder. Daher ist der Vermeidung gesundheitlicher Schäden auch aus wirtschaftlichen Gründen größtes Augenmerk zuzuwenden.

Chancengleichheit in der Gesundheit

Der Wiener Gemeinderat weist alle Arten von Diskriminierung zurück, die irgendjemandes Chancen zur bestmöglichen Gesundheit vermindern. Er akzeptiert die Herausforderung, bestehende Unterschiede im Gesundheitszustand zu beseitigen. Um das Recht auf die bestmögliche Gesundheit zu sichern, ist Chancengleichheit notwendig. Diese sollte für alle Wiener umfassen:

- ausreichendes Einkommen als Basis für gesunde Lebensführung
- sicheres und gesundes Wohnen mit einem im Verhältnis zum Einkommen zumutbaren Wohnungsaufwand
- sichere und gesundheitsförderliche Umwelt
- gesunde Ernährung
- zufriedenstellende Arbeitsbedingungen unter geringstmöglichen Gesundheitsrisiken
- stärkere Beachtung der gesundheitsbeeinträchtigenden Folgen von Arbeitslosigkeit
- ökologisch verträgliche öffentliche und private Transportmittel sowie optimale Verkehrssicherheit
- Freiheit von ethnischer, sexueller oder sozialer Diskriminierung
- ein vielfältiges Angebot an gesundheitsfördernden Einrichtungen auch für die Freizeit
- flächendeckende soziale und gesundheitliche Betreuung für alle Altersgruppen.

Mitverantwortung und Mitbestimmung

Gesundheit für alle kann nicht ohne Mitwirkung aller erreicht werden. Ein bestimmendes Element im Gesundsein und Gesundbleiben ist für jeden die Selbstkontrolle über den eigenen Lebensstil. Wichtig und damit ein Ziel der Gesundheitspolitik ist das Erreichen der persönlichen Einsicht, daß die Gesundheit jedes einzelnen maßgeblich von seiner eigenen Lebensführung bestimmt wird.

Zusammenarbeit und Förderung des ambulanten Sektors

Alle Einrichtungen und Gruppen, deren Tätigkeit für die Förderung der Gesundheit der Wiener bedeutsam ist, müssen zusammenarbeiten. Dies schließt auch die Kooperation der Stadt mit Institutionen und Initiativen außerhalb der Stadtverwaltung mit ein.

Innerhalb des Gesundheitswesens ist der Schwerpunkt auf die nichtstationären Versorgungsleistungen zu verlagern, auf niedergelassene Ärzte, soziale Dienste und andere ambulante Einrichtungen, wobei dies auch in der Ausbildung zu berücksichtigen ist. Es ist eine Verdichtung der medizinischen und pflegerischen Dienste außerhalb der Spitäler erforderlich.

Forts. von Blatt 149

Forts. auf Blatt 151

Gesundheitsforschung und Internationale Zusammenarbeit

Die Forschung im Bereich der Gesunderhaltung, der Prävention und der Früherkennung von Krankheiten ist zu verstärken.

Bestehende Partnerschaften zu anderen Städten und Mitgliedschaften bei internationalen Organisationen sollen auch im Hinblick auf die Förderung der Gesundheit vermehrt genutzt und ausgebaut werden. Die Stadt Wien wird mit zahlreichen anderen europäischen Städten im Rahmen des WHO-Projekts „Gesunde Städte“ eng zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit beinhaltet gegenseitige Information, Erfahrungsaustausch und Unterstützung.

Darüber hinaus ist sich der Wiener Gemeinderat seiner Verpflichtung bewußt, für die Gesundheit in der gesamten Welt einen Beitrag zu leisten. Er ist bereit, andere Länder zu unterstützen und alles zu unterlassen, was andere Länder schädigen könnte. Die Stadt bietet auch Schutz und Hilfe für Flüchtlinge und Opfer von Kriegen oder Folterungen.

Appell zur Umsetzung der Gesundheitsförderung

Der Gemeinderat der Stadt Wien appelliert an alle Einrichtungen und Bürger, dem Anliegen der Gesundheitsförderung erhöhte Beachtung und Wichtigkeit zu geben. Als beschlußfassendes Organ richtet der Gemeinderat auch an alle Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien die Aufforderung, in ihrer Tätigkeit auf die Grundsätze und Schwerpunkte der Deklaration über die Gesundheitsförderung Bedacht zu nehmen. (Schluß) sc/bs/gg

Forts. von Blatt 150

Stadt Wien hält Luftreinhaltegesetz ein

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) „Das neue Luftreinhaltegesetz wird in jedem Fall von uns eingehalten“, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner wöchentlichen Pressekonferenz angesichts der Diskussion um die Müllverbrennungsanlagen. Bei den meisten Anlagen der Stadt Wien würden die Werte bereits jetzt eingehalten, ansonsten werde die sechsjährige Frist, die der Gesetzgeber zur Sanierung gegeben hat, genützt.

Es sei Aufgabe der betroffenen Unternehmen, dies in der vorgegebenen Zeit umzusetzen, erklärte Energiestadtrat Johann HATZL dazu. Von der Müllverbrennungsanlage Spittelau seien noch keine Werte bekannt, weil sie noch nicht in Betrieb sei, sagte Hatzl. Es sei nicht auszuschließen, daß auch der für Dioxin vorgeschriebene Wert ohnehin erreicht werde, ansonsten müßten Maßnahmen gesetzt werden.

Daß beim Flötzersteig etwas geschehen müsse, sei unbestritten, sagte Hatzl. Das Projekt für den Umbau der Feuerungsanlagen sei bereits eingereicht und müsse jetzt für die neuen Werte modifiziert werden. Die Planung sollte in jedem Fall noch heuer im Sommer abgeschlossen sein, kündigte der Energiestadtrat an. Mit dem Umbau wolle man die zur Verfügung stehenden sechs Jahre wenn möglich deutlich unterschreiten.

„Wir sind aber auch in der gegenwärtigen Situation völlig gesetzeskonform“, unterstrich Hatzl. Scharfe Kritik übte Hatzl an ÖVP-Umweltsprecher Dr. Hawlik, der als Berater der Umweltministerin darüber Bescheid wissen müßte und trotzdem mit falschen Angaben die Bevölkerung verunsichere. An die Medien appellierte der Energiestadtrat, dem Umbau der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig auch in der Bevölkerung Unterstützung zu verschaffen. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: R. G. Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Silege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Silege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 25. Jänner 1989

Blatt 153

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neue Einbahnregelungen im 3. Bezirk (154/FS: 24.1.)
- Reparatur an Brücken (154/FS: 24.1.)
- Kein Camper-Treffen auf der Donauinsel (155/FS: 24.1.)
- Häupl präsentiert zwei Studien zur Staustufe (156/FS: 24.1.)
- Wiener Stadtwerke: 25 Schwerpunkte für Wien (158-161)
- Freitag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat (162)
- Wiener Bauordnungs-Kommission konstituiert (163)
- Wiener ÖVP begrüßt Novelle zur Straßenverkehrsordnung (164)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (165)
- Hatzl: Unabhängige Experten arbeiten für Flötzersteig (166)
- Bücher verbrannt — zwei Verletzte (nur FS)

Kultur:

- 2,1 Millionen für Bezirksmuseen (157)
- Silbernes Ehrenzeichen für Univ.-Doz. Dr. Weyermüller (165)

Neue Einbahnregelungen im 3. Bezirk

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Im 3. Bezirk wird nunmehr nach der Beendigung der U-Bahn-Bauarbeiten in diesem Bereich in zwei Gassen die Einbahnführung geändert: Die Münzgasse zwischen Linker Bahngasse und Ungargasse wird Einbahn in Richtung Ungargasse, und die Linke Bahngasse zwischen Beatrixgasse und Münzgasse wird Einbahn in Richtung Münzgasse. Diese Verkehrsmaßnahmen treten mit Donnerstag, dem 25. Jänner, 22 Uhr, in Kraft. (Schluß) pz/rr

Bereits am 24. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Reparatur an Brücken

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Nach mehreren Verkehrsunfällen müssen in den kommenden Tagen bei mehreren Wiener Brücke Reparaturen an den Leitschienen oder an den Tragwerken durchgeführt werden:

- In der Nacht von Mittwoch, den 25. Jänner, auf Donnerstag ab 23 Uhr an der Tragwerksuntersicht des Hadikstegs bei der Westausfahrt.
 - Am Donnerstag, dem 26. Jänner, in der verkehrsschwächeren Zeit, zwischen 9 und 15 Uhr, auf dem Nordknoten an den Leitschienen sowie bei der Hangbrücke Kuchelau an der Tragwerksuntersicht.
- (Schluß) pz/gg

Kein Camper-Treffen auf der Donauinsel

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Das für Anfang August geplante internationale Camper-Treffen wird nicht auf der Donauinsel abgehalten werden. Das erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Als vernünftige Alternative biete sich das Messegelände an. Diesbezüglich müssen aber noch Gespräche, z.B. mit der Bezirksvorstehung, geführt werden, schloß Häupl. (Schluß) du/rr

Bereits am 24. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Häupl präsentiert zwei Studien zur Staustufe

Bereits am 24. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Zwei große Untersuchungen zu Fragen des Donauraumes, die in der Abschlusssitzung der Jury des Wettbewerbs „Chancen für den Donauraum“ gefordert worden waren, sind nun fertiggestellt und wurden von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters präsentiert.

„Wasserhaushalt im Wiener Donauraum“

Die Studie „Wasserhaushalt im Wiener Donauraum“ von der „Gruppe Wasser“ (Dipl.-Ing. Dr. REZABEK) sollte die Donauniederungen beiderseits der Donau unter verschiedenen Gesichtspunkten untersuchen. Für die linke Donauniederung ist ein wesentlicher Parameter die Neue Donau. Die drei Jahre seit der Fertigstellung der Donauinsel im Jahr 1985 wurden für diverse Messungen herangezogen, reichen aber für profunde wissenschaftliche Aussagen nicht aus. Deshalb wurde mittels Eichung der Strömungsverhältnisse eine synthetische Ganglinie simuliert und so ein Aussagezeitraum von zehn Jahren geschaffen, und zwar von 1978 bis 1988. Aus diesem Datenmaterial kann eine Fülle von Aussagen getroffen werden, wie z.B. Verhalten des Wasserstandes der Neuen Donau im Verhältnis zur „Großen Donau“, Einflußnahme eines Grundwasserwerkes Donauinsel Nord auf die Neue Donau und Möglichkeiten einer Dotierung der Lobau ohne Aufstau am Kraftwerk Freudenu.

Weiters wurden mögliche Teilabdichtungen im Bereich der Donauinsel untersucht, die als Zwischenschritt zwischen Ist-Zustand der Donau und möglichem Aufstau der Donau zu werten sind. Für den rechten Donauniederungsbereich ist festzustellen, daß die Grundwasserabsenkung der letzten Jahrzehnte im Raum Prater ein Maß von ca. einem Meter erreicht hat. Dies führt zu einer Entwicklung von der „weichen“ zur „harten“ Au — von der „Weiden- und Pappel-Au“ zur „Eschen- und Feldulmen-Au“. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wäre ein Anheben des Grundwasserspiegels mehr als wünschenswert.

„Sohlstabilisierung ohne Aufstau“

Die Studie „Sohlstabilisierung ohne Aufstau“ von Prof. Dr. Harald OGRIS und Dipl.-Ing. Hermann ZOTTL basiert auf Vorstudien, die die Eintiefung der Donau von Wien bis Bad Deutsch-Altenburg und wasserbauliche Maßnahmen, um die Eintiefung zu stoppen, zum Gegenstand hatten. Die bei diesen Studien festgelegte Methode „Grobmaterialzugabe zur Deckschicht-Bildung“ wurde in der gegenständlichen Arbeit vertieft und hinsichtlich folgender Themenbereiche ausgearbeitet:

- Resistenz einer Deckschicht gegen Hochwasser
- Methode der Materialeinbringung
- Wirkung des Schraubenstrahls von Donauschiffen auf die Deckschicht.

Die Arbeit wurde sowohl im theoretischen Bereich als auch in Modellversuchen durchgeführt.

Als Resultat dieser Arbeiten kann festgelegt werden, daß die Einbringung einer Deckschicht unter Berücksichtigung abweichender Schichtstärken im Bereich der Schifffahrtsrinne als praktikable Methode zur Sohlstabilisierung der Donau gelten kann. Als Richtwert für die Herstellungskosten pro Donaukilometer kann ein Betrag von ca. 35 Millionen Schilling angegeben werden.

Als wesentliche Aussage dieser Studie kann gewertet werden, daß eine Sohlstabilisierung der Donau auch ohne Aufstau möglich ist. (Schluß)
du/rr

2,1 Millionen für Bezirksmuseen

Wien, 25.1. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß, den Wiener Bezirksmuseen im Jahr 1989 2,1 Millionen Schilling — das entspricht einer Steigerung von 260.000 Schilling gegenüber 1988 — zur Verfügung zu stellen.

Damit wird die Arbeit der Bezirksmuseen honoriert, die nicht nur mit ihren ständigen Schausammlungen wesentlich zur Präsentation und Aufarbeitung der lokalen Geschichte beitragen, sondern auch laufend mit Wechselausstellungen wichtige kulturelle Akzente in den Bezirken setzen. Dabei werden — wie etwa in der Reihe „Konfrontationen“ — auch Künstler vorgestellt, die in enger Beziehung zum jeweiligen Bezirk stehen. Neben den Museen selbst werden auch Räume von Banken und Sparkassen, Theaterpausenräume, U-Bahn-Stationen etc. für diese Ausstellungen genutzt, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen. (Schluß) gab/rr

Wiener Stadtwerke: 25 Schwerpunkte für Wien

Nach 40 Jahren Bestand nun Programm bis zum Jahr 2000

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des 40jährigen Bestandsjubiläums der Wiener Stadtwerke legten Dienstag abend Stadtrat Johann HATZL und Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Heinrich HORNY die Schwerpunkte der kommenden Tätigkeit dieses sechstgrößten österreichischen Unternehmens in einer Pressekonferenz vor.

Die Zielsetzungen der Wiener Stadtwerke lassen sich auf einen einfachen Nenner bringen: Die Bedürfnisse der Bevölkerung im Verkehrsbereich ebenso wie auf dem Energiesektor sind dergestalt zu erfüllen, daß in Zukunft eine möglichst hohe Lebensqualität in unserer Stadt garantiert werden kann.

Daher werden die Wiener Stadtwerke alle Anstrengungen unternehmen, das von Stadtrat Johann Hatzl vorgegebene Schwerpunktprogramm umfassend und rasch zu verwirklichen. Diese Schwerpunkte in Kurzfassung:

1. Fortsetzung der äußerst kapitalintensiven Vorratspolitik auf dem Heizöl- und Erdgassektor.
2. Die Wiener E-Werke als zweitgrößtes Elektrizitätsversorgungsunternehmen Österreichs werden sich im besonderen Maße an der Forschung über alternative Energiequellen beteiligen.
3. Die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke wird die zweite Fortschreibung des Wiener Energiekonzeptes 1991 dem Wiener Gemeinderat vorlegen.
4. Noch vor dem Sommer 1989 sollen die Verhandlungen mit den Sozialpartnern und dem Energieministerium bezüglich des neuen „Grünen Stromtarifes“ für Wien abgeschlossen werden.
5. Als Abschluß des laufenden Umweltprogrammes erfolgt die Errichtung des Blockkraftwerkes 3/4 im Kraftwerk Simmering mit modernsten Umweltschutzeinrichtungen.
6. Mitte der 90er Jahre werden die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für ein neues, umweltfreundliches Blockkraftwerk 1A im Kraftwerk Donaustadt beginnen.
7. Aufgabe der Wiener Stadtwerke wird es nicht sein, möglichst viel an Energie zu verkaufen, sondern den Kunden durch gezielte und überzeugende Beratung die Vorteile des Energiesparens vor Augen zu führen.
8. Die Stromerzeugung wird in Zukunft bei neu zu errichtenden Anlagen nur mehr über Kombi-Prozesse und Kraft-Wärme-Kupplungen erfolgen, sodaß die Primärenergieausnutzung von früher 40 bis 45 Prozent auf 70 bis 85 Prozent erhöht wird.
9. Die Druckanhebung des Hochdruckversorgungsnetzes der Wiener Gaswerke auf vier bar wird weitergeführt.
10. Im Niederdruckbereich ist die Weiterführung der Auswechslung von Graugußrohren notwendig sowie der Ausbau des Rohrnetzes zur Siedlungsaufschließung.
11. Die Sicherheit der Gasleitungen soll durch verstärkten Ausbau der Sicherheitskontrolle, aber auch durch forcierte Wechslung von Graugußrohren gegen Stahl- oder PE-Rohre erhöht werden.
12. In jenen Stadtteilen, die in den nächsten Jahren keinen Fernwärmeanschluß erhalten, werden sich die Wiener Gaswerke aus Umweltgründen verstärkt um die Installation von Gasheizungen bemühen.
13. Zur Realisierung dieses Zieles soll eine noch im Frühjahr 1989 anlaufende günstige Kreditaktion den potentiellen Gaskunden den Umstieg auf die neue umweltfreundliche Gasheizung erleichtern.

Forts. auf Blatt 159

Forts. von Blatt 158

14. Die Stadt Wien wird alles daransetzen, daß bis zum Jahr 2000 die U-Bahn-Linien U6 von Floridsdorf bis Siebenhirten und die U3 von Ottakring bis Simmering in Betrieb sind. Spätestens 1993 soll es zur Vorlage des Ausbaukonzeptes zur dritten U-Bahn-Ausbauphase kommen.
15. Beim Fuhrpark ist als Ersatz für auszuscheidende, überalterte Wagen im Jahr 1985 der Neubau von Triebwagen E2 und Beiwagen c5 wieder aufgenommen worden.
16. Ab dem Jahr 1991 soll die Erprobung einer neuen Generation von Straßenbahnwaggons anlaufen. Beabsichtigt sind Waggons, die in noch größerem Maße energiesparend und für die Fahrgäste bequem sein sollen.
17. Am Bussektor wird im kommenden Jahrzehnt die Ausrüstung aller Busse mit Flüssiggas und Katalysator abgeschlossen werden.
18. Für Linien geringerer Auslastung erscheint in wirtschaftlicher und betriebstechnischer Hinsicht ein Fahrzeug mittlerer Größe zweckdienlich. Ein derartiger Bus wird zur Zeit erprobt.
19. Im Oberflächenverkehr wird spätestens mit der Inbetriebnahme der U3 nach Ottakring eine weitere Anpassung des Linienverkehrs, vor allem aber eine Intensivierung der Zubringerfunktion zu sämtlichen U-Bahn-Linien erfolgen.
20. Nach Realisierung besserer gesetzlicher Voraussetzungen zur Schaffung eigener Bus- oder Straßenbahnspuren wird es verstärkt zur Gestaltung solcher kommen.
21. Der weiteren technologischen Entwicklung des Elektroautos wird auch im Interesse eines möglichen Einsatzes für den öffentlichen Verkehr verstärkte Beachtung entgegengebracht.
22. Die Objektsanierungen am Hochbausektor der Verkehrsbetriebe sollen verstärkt durchgeführt werden.
23. Die Wiener Stadtwerke werden bis zur Jahrtausendwende nahezu 50 Milliarden Schilling zu investieren haben. Ein Ziel dieser notwendigen Investitionen ist es auch, einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in Wien und damit zur Stärkung der Wiener Wirtschaft zu leisten.
24. Die Städtische Bestattung als kleinste der Teilunternehmungen wird auch in den kommenden Jahren einen bedeutenden Beitrag zur Renovierung beziehungsweise Neugestaltung der Verabschiedungsräume auf den Wiener Friedhöfen leisten.
25. Der Tarifpolitik gehört auch in Zukunft besondere Bedeutung: Sie muß konsumentenfreundlich, aber auch investitionssichernd gestaltet sein.

40 Jahre Wiener Stadtwerke

Vor 40 Jahren — mit 1. Jänner 1949 — erfolgte gemäß einem Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 23. Dezember 1948 die Gründung der Wiener Stadtwerke. Diese bestanden damals aus den ursprünglichen Teilunternehmungen E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe. Dazu kam im Jahr 1953 die Bestattung; eine letzte Erweiterung erfuhren die Wiener Stadtwerke 1983, als ihnen die Betreuung der Heizbetriebe Wien übertragen wurde.

In diesen vier Jahrzehnten mauserten sich die Wiener Stadtwerke zum größten Kommunalbetrieb Österreichs und zugleich zum sechstgrößten Unternehmen unseres Landes, das 1987 einen Umsatz von rund 18 Milliarden Schilling erzielte.

Die Wiener Stadtwerke einst und jetzt

Rückblickend läßt sich die Geschichte der Wiener Stadtwerke in drei Phasen gliedern.

Forts. auf Blatt 160

- Das erste Jahrzehnt unter den Bürgermeister Dr. Theodor KÖRNER und Franz JONAS stand noch ganz im Zeichen des Wiederaufbaues. Es galt, zerstörte Leitungen zu reparieren, Versorgungsanlagen in Schwung zu bringen, Rohstoffschwierigkeiten zu überbrücken und ein desolates Verkehrsnetz wieder aufzubauen.
- Als nächstes kam die Phase des Wirtschaftsaufschwunges in der Zeit der Bürgermeister Bruno MAREK und Felix SLAVIK. Der Energiebedarf begann sprunghaft zu steigen, und die Verkehrsbetriebe mußten sich gegen den lawinenartig anwachsenden Individualverkehr behaupten.
- In der dritten Phase, den letzten eineinhalb Jahrzehnten unter den Bürgermeistern Leopold GRATZ und Dr. Helmut ZILK, standen die Wiener Stadtwerke — wie auch die gesamte österreichische Wirtschaft — unter dem Eindruck der beiden Ölpreisschocks der Jahre 1973/74 und 1978/79 und dem dadurch ausgelösten weltweiten Konjunkturabschwung.

Forts. von Blatt 159

Für Wien rund um die Uhr im Einsatz

Während die Anforderungen an die Wiener Stadtwerke und deren Leistungen enorm gestiegen sind, ist die Zahl der Mitarbeiter infolge Rationalisierung von seinerzeit 21.000 auf 15.000 gesunken. Die Leistungen dieser 15.000 Mitarbeiter bilden eine lebenswichtige Voraussetzung für den Alltag der Wienerinnen und Wiener ebenso wie für die Wirtschaft und somit für die Existenz unserer Stadt.

In diesem Zusammenhang sprechen, abgesehen vom personellen Moment, einige Zahlen eine mehr als deutliche Sprache, die die Entwicklung der Wiener Stadtwerke seit der Gründung deutlich belegen. Bis 1988 stieg die Abgabe von elektrischem Strom von 677 auf 7.005 Millionen Kilowattstunden. Im gleichen Zeitraum stiegen die Gaslieferungen von 332 Millionen Kubikmeter Kohlgas auf 865 Millionen Kubikmeter Erdgas (mit fast doppeltem Heizwert).

Bei den Wiener Verkehrsbetrieben wuchs die Betriebsstrecke von seinerzeit 362,7 auf 718,3 Kilometer. Oder anders dargestellt: Mit der Betriebslänge im Jahr 1948 hätte man (aneinandergereiht) bis Klagenfurt reisen können. Im Jahr 1989 könnte man theoretisch schon fast bis Zürich beziehungsweise bis Genf (Betriebslänge VOR in Wien) fahren. Die Zahl der seinerzeit beförderten Fahrgäste von 594 Millionen konnte 1987 sogar übertroffen werden, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der in Wien angemeldeten PKW von 14.000 auf 513.000 gestiegen ist.

Kommerzielle Bedeutung – Milliarden für die Wirtschaft

Mit Berechtigung kann neben der beispielhaften Rolle der Wiener Stadtwerke als Kundendienst- und Versorgungsunternehmen auf ihre Bedeutung als „Motor“ der Wiener, ja der gesamtösterreichischen Wirtschaft hingewiesen werden. Die Wiener Stadtwerke sind bestrebt, die Aufträge möglichst an inländische Firmen zu vergeben, sofern dies vertretbar ist, weil dadurch heimische Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Die Autobusse der Wiener Verkehrsbetriebe sind ein Wiener Produkt, ebenso die Straßenbahn- und U-Bahn-Garnituren. Kabel- und Stromzähler ebenso wie die Gaszähler stammen von heimischen Firmen, die Generatoren der Kraftwerke sind österreichische Erzeugnisse. Die Turbinen stammen aus dem Ausland, weil keine österreichische Firma sie in dieser Dimension herstellt. Die Gaswerke wiederum beziehen die Rohre zum überwiegen- den Teil aus dem Inland.

Richtungsweisendes Umweltprogramm

Die Stadt Wien hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, als „Umweltmusterstadt“ zu gelten. Die Wiener Stadtwerke leisten mit allen ihren Teilbetrieben einen wesentlichen Beitrag dazu, diese ehrgeizigen Pläne in die Tat umzusetzen.

Forts. auf Blatt 161

E-WERKE

Durch gezielte Maßnahmen ist es gelungen, den Schwefeldioxidausstoß der kalorischen Kraftwerke in Wien von 26.000 Tonnen im Jahr 1980 auf 1.732 Tonnen im Jahr 1988 zu reduzieren. Bis 1993, also mit der Inbetriebnahme des neuen Blockkraftwerkes 3/4 im Kraftwerk Simmering wird der Schwefeldioxidausstoß auf weniger als 350 Tonnen (nur mehr 1,3 Prozent des seinerzeitigen Wertes) gesunken sein.

Ähnliche Erfolge sind bei der Reduktion der Stickoxidwerte zu verzeichnen, die von rund 6.000 Tonnen im Jahr 1984 auf 2.739 Tonnen im Jahr 1988 zurückgingen. Im Jahr 1993 sollen die Stickoxidwerte bei weniger als 1.500 Tonnen pro Jahr liegen.

GASWERKE

Mit der Umstellung von Stadtgas auf Erdgas gelang es bereits vor eineinhalb Jahrzehnten, die erste große Umweltmaßnahme zu realisieren. Gleichzeitig erfolgten Maßnahmen zur Gewinnung von Gasheizungskunden.

VERKEHRSBETRIEBE

Mit dem Bau der U-Bahn, dem Bevorrangungsprogramm für die Straßenbahn, der Einführung neuer Autobuslinien und Betriebszeitenverbesserungen ist es gelungen, den öffentlichen Verkehr wesentlich attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus tragen diese Maßnahmen letzten Endes zur Verbesserung der Umwelt bei, denn je attraktiver öffentliche Verkehrsmittel sind, desto mehr und desto eher werden Autofahrer zum Umsteigen veranlaßt.

Wenn man bedenkt, daß durch den U-Bahn-Bau Chancen für neue Oberflächengestaltungen, für Fußgängerzonen oder verkehrsarme Zonen geschaffen werden, so kann man mit gutem Grund behaupten, daß der weitere Ausbau des U-Bahn-Netzes mit den Linien U3 und U6 zu den größten Umweltmaßnahmen unserer Stadt gehört; Maßnahmen, die damit das Erscheinungsbild Wiens entscheidend mitbestimmen werden.

Das Buch zum Jubiläum: Wiener Stadtwerke

Anläßlich des 40jährigen Jubiläums der Wiener Stadtwerke ist ein repräsentativer, mit reichem Bildmaterial ausgestatteter Band erschienen, der in übersichtlicher Form darstellt, wie sich die Wiener Stadtwerke aus den vormaligen Teilunternehmungen zum größten Kommunalbetrieb Österreichs und zugleich zum sechstgrößten Unternehmen unseres Landes gemausert haben.

Besonders hervorzuheben ist das umfangreiche Bildmaterial; die 103 farbigen Abbildungen lassen die Wiener Stadtwerke unter einem ganz besonderen und zum Teil neuen Blickwinkel erscheinen. Für das Fotomaterial zeichnet Johann KLINGER verantwortlich, die graphische Gestaltung nahm Ernst TRAUNER vor; die Texte stammen von Hannelore HATZL-BANDEL.

Der Band hat einen Umfang von 138 Seiten und ist im Buchhandel, im Compress-Verlag sowie bei den Informationsstellen der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe zum Preis von 550 Schilling erhältlich. (Schluß)
pz/gal

Forts. von Blatt 160

Freitag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag und der Wiener Gemeinderat treten am Freitag zu Geschäftssitzungen zusammen, die jeweils mit einer Fragestunde eingeleitet werden. Auf der Tagesordnung des Landtages, dessen Sitzung um 9 Uhr beginnt, steht u.a. die Novelle zum Wiener Kleingartengesetz. Im Anschluß an die Landtagssitzung tritt der Wiener Gemeinderat zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben mehreren Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen Subventionen an kulturelle, soziale und sportliche Organisationen. Weiters liegt dem Gemeinderat der Verkauf des Palais Harrach zur Genehmigung vor sowie die neuerliche Senkung der Strom- und Gasstarife bis Ende Juni dieses Jahres. Außerdem beschließt der Gemeinderat, für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Armenien einen Betrag von 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Auf Antrag von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher wird der Gemeinderat die Deklaration „Wien — Gesunde Stadt“ zur Gesundheitsförderung in Wien annehmen. (Schluß) fk/bs

Wiener Bauordnungs-Kommission konstituiert

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION nahm Mittwoch die Konstituierung der Wiener Bauordnungs-Kommission vor. Diese Kommission wurde eingesetzt, um eine Sichtung und Koordination aller derzeitigen und künftigen Novellierungsanliegen bezüglich der Bauordnung für Wien vorzunehmen, die Notwendigkeit einer Novellierung auf Grund der einzelnen Anregungen zu prüfen und für die zuständigen Organe die Entscheidungsgrundlagen für eine solche zu schaffen. Die Kommission hat bei ihrer Tätigkeit stets auch die sprachliche und systematische Richtigkeit beziehungsweise Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Dr. Reinhold MORITZ (Magistratsdirektion — Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten) bestellt. Die Leiterinnen und Leiter der städtischen Dienststellen wurden in einem Erlaß der Magistratsdirektion ersucht, Vorschläge und Anregungen zur Bauordnung für Wien bekanntzugeben, damit auch alle Erfahrungen der Praxis bei den Arbeiten berücksichtigt werden können. (Schluß) ger/bs

Wiener ÖVP begrüßt Novelle zur Straßenverkehrsordnung

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Namens der Wiener ÖVP begrüßte GR. Dipl.-Ing. Roderich REGLER am Mittwoch in einer Pressekonferenz die 15. Novelle zur Straßenverkehrsordnung, die am Donnerstag vom Nationalrat beschlossen werden soll. Diese Novelle bringt Erleichterung für Behinderte und für die Radfahrer. So kann künftig aus den beschilderten Behindertenparkzonen ex lege ein nichtberechtigtes Kraftfahrzeug abgeschleppt werden. Die Radfahrer werden durch die Novelle gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer, und künftig wird das Vorfahren vor Ampeln und Schranken vom Gesetzgeber sanktioniert. Die Novelle ermöglicht auch die Errichtung von Zonen, in denen beispielsweise „Tempo 30“ für ein Wohngebiet verordnet werden kann. (Schluß) fk/bs

Silbernes Ehrenzeichen für Univ. Doz. Dr. Weyermüller

Wien, 25.1. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Mittwoch, im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Univ. Doz. Dr. Friedrich WEYERMÜLLER, Direktor des Pädagogischen Institutes des Landes Tirol, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Weyermüller erhielt die Auszeichnung in Würdigung seiner Tätigkeit als Präsident des Internationalen Musikbundes und Präsident des Österreichischen Blasmusikverbandes. (Schluß) red/bs

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Mittwoch an Kommerzialrat Franz FRITZ das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Der Geehrte ist Kürschner und Pelzhändler in Wien-Ottakring. (Schluß) sei/rr

Hatzl: Unabhängige Experten arbeiten für Flötzersteig

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Als Zeichen äußerster Uninformiertheit bezeichnete Mitwoch Energiestadtrat Johann HATZL die Aussagen von FPÖ-Gemeinderat Hilmar KABAS zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Es seien sehr wohl unabhängige Experten wie beispielsweise von der TU Wien mit der Sanierung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig beschäftigt. Die polemische Aussendung von Kabas zeige nur die Verlegenheit der FPÖ, angesichts der korrekten Haltung der Stadt Wien, sachliche Vorwürfe zu finden, sagte Hatzl. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1088 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1088 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133840, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 26. Jänner 1989

Blatt 167

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Gesamtösterreichische Krebskampagne gestartet (169/FS: 25.1.)
- Univ.-Prof. Dr. Walter Doberauer gestorben (170/FS: 25.1.)
- 300-Quadratmeter-Mosaik für U-Bahn entsteht (171)
- Fasching beim Familiensonntag (172)
- Analyse der Wahlen vom November 1987 (173)
- Gertrude Ostry neue stellvertretende Vorsitzende des Personalausschusses (173)
- Umbau des Westbahnhofes: Planung wurde vergeben (174)

Kultur:

- Gedenkstättenkonzerte am 31. Jänner und 1. Februar ausverkauft (175)
- 16 Millionen für Freie Gruppen (176)

Sport:

- 3. Runde im Wiener Toto-Cup ausgelost (168/FS: 25.1.)

3. Runde im Wiener Toto-Cup ausgelost

Wien, 25.1. (RK-SPORT) In den VIP-Räumen des Wiener Stadions wurde Dienstag die 3. Runde im Wiener Fußball-Toto-Cup ausgelost. Dieser Wettbewerb, der vom Landesverband durchgeführt wird und unter der Patronanz der Stadt Wien steht, wird erstmals seit dem Jahre 1964 wieder ausgetragen und bedeutet eine sportliche Bereicherung. Aus Sonderförderungsmitteln überreichte Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL den Aufsteigern aus der 2. Runde jeweils 3.000 Schilling. Auch jene Mannschaft, die in der ersten und zweiten Runde die meisten Tore erzielt hatte, erhielt eine Prämie. Die nächste Runde, in der nunmehr bereits auch die Wiener Liga-Klubs ins Geschehen eingreifen, geht am 4. und 5. Februar in Szene. (Schluß) hof/rr

Bereits am 25. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Gesamtösterreichische Krebsskampagne gestartet

Jede dritte Krebserkrankung vermeidbar

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Die Vorbeugung, Früherkennung und entsprechende Behandlung von Krebserkrankungen stehen im Mittelpunkt einer österreichweiten Kampagne, die Mittwoch vom Gesundheitsminister Dr. Franz LÖSCHNAK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gestartet wurde. Mit der Leitung dieser Aktion, die vom Fonds „Gesundes Österreich“ gemeinsam mit der Österreichischen Krebshilfe durchgeführt wird, wurde Univ.-Prof. Dr. Stacher betraut.

Laut Bundesminister Dr. Löschnak erkranken in Österreich jährlich rund 28.000 Menschen an Krebs. Durch einen entsprechenden Lebensstil und Früherkennungsmaßnahmen könnte zumindest ein Drittel aller Krebserkrankungen vermieden werden. Todesursache Nummer eins in Österreich sind mit 50 Prozent nach wie vor Herz- und Kreislauferkrankungen. Jedoch schon an zweiter Stelle mit 21 Prozent folgen Krebserkrankungen. In diesem Zusammenhang zitierte der Bundesminister aber auch die Ergebnisse einer zur Vorbereitung der Kampagne durchgeführten österreichweiten Befragungsaktion über das Wissen bzw. die Einstellung zum Thema Krebs. Wesentlichstes Ergebnis war dabei die Tatsache, daß die Österreicher wohl ausreichend informiert sind, es ihnen jedoch an der nötigen Motivation eine Vorsorgeuntersuchung aufzusuchen, mangelt.

Bewußtseinsänderung herbeiführen

Sowohl Bundesminister Löschnak als auch Stadtrat Stacher unterstrichen die Bedeutung dieser nunmehr anlaufenden Kampagne. In Zusammenarbeit mit den verschiedensten Institutionen wie zum Beispiel der Ärztekammer, Apothekerkammer, Sozialversicherung, der Gewerkschaft, Arbeiterkammer und vor allen den Medien, sollen die Österreicher darüber informiert werden, wie man Krebs vermeiden, früherkennen und behandeln kann. Wie Stacher betonte, soll dabei keine „Krebsangst“ erzeugt, sondern vielmehr eine Bewußtseinsänderung bei der Bevölkerung erreicht werden. Die Einbindung der niedergelassenen Ärzte bezeichnete der Gesundheitsstadtrat als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Erfolg dieser Kampagne.

Schwerpunkte der Kampagne

Laut Univ.-Prof. Dr. Heinz LUDWIG, von der Österreichischen Krebshilfe, wird das erste Halbjahr der Krebsaufklärung, Prävention und Früherkennung gewidmet sein. Mit der werbemäßigen Umsetzung dieses Konzeptes wurde nach einer Ausschreibung die Firma GGK betraut. So wird unter anderem versucht werden, auf humorvolle Weise ein Körperbewußtsein zu schaffen, indem man die „geknechteten“ Organe zu Wort kommen läßt: Unter anderem beschwerten sich Magen und Darm über die üppige ungesunde Ernährung, die Lunge über das Übermaß an Zigarettenkonsum, die Haut bittet um mehr Rücksicht beim Sonnenbaden. Eine Schwerpunktmaßnahme bildet ferner die Broschüre „Es ist Zeit...“, ein Leitfaden zur Krebsvorsorge, der in einer Auflage von 2.000.000 Stück produziert wurde und kostenlos erhältlich ist. Zu den weiteren Aktivitäten im Laufe der Kampagne zählen unter anderem eine Krebsinformationsmappe, die ab Ende Februar für den Schulunterricht zur Verfügung stehen wird, monatliche Informationen für die niedergelassenen Ärzte, Poster- und Plakataktionen, diverse Informationsveranstaltungen in den einzelnen Bundesländern, sowie eine Reihe von Sendungen zum Thema Krebsvorsorge und Krebsbekämpfung im Rahmen der ORF-Programme. (Schluß) zi/bs/rr

Bereits am 25. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Univ. Prof. Dr. Walter Doberauer gestorben

Bereits am 25. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 25.1. (RK-LOKAL) Dienstag abend starb völlig unerwartet der Doyen der Österreichischen Geriatrie und einer der Gerontologen der ersten Stunde in Europa, Univ. Prof. Dr. Walter DOBERAUER, im 77. Lebensjahr.

Univ. Prof. Dr. Doberauer wurde am 5. Mai 1912 in Karlsbad, in der heutigen CSSR, geboren. Nach der Matura studierte er an den Universitäten Prag, Innsbruck und München Medizin. Im Rahmen seiner medizinischen Ausbildung war er unter anderem auch Schüler des bekannten Chirurgen Univ. Prof. Dr. Leopold SCHÖNBAUER. 1945 kehrte er nach Wien zurück, wo er im Dezember die ärztliche Direktion der städtischen Pflegeheime Baumgarten, St. Rochus und St. Martin übernahm. Im Jahr 1955 gründete er die Österreichische Gesellschaft für Geriatrie, deren Präsident er bis 1984 war. Im Jahr 1963 habilitierte Dr. Doberauer für das Fach Chirurgie, mit besonderer Berücksichtigung der Alterschirurgie, und erhielt 1973 den Titel eines Universitätsprofessors zuerkannt. Er war auch verantwortlich für die Koordination und Administration des von Univ. Prof. Dr. Karl FELLINGER geführten Ludwig Boltzmann-Institutes für Altersforschung. In über 120 wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigte er sich mit den verschiedensten Problemen der Geriatrie und Gerontologie. Er war Mitglied zahlreicher internationaler wissenschaftlicher Gesellschaften und erhielt für seine Tätigkeit zahlreiche Auszeichnungen. So wurde ihm unter anderem das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, das Österreichische Ehrenkreuz für Kunst und Wissenschaft I. Klasse und das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. (Schluß) zi/rr

300-Quadratmeter-Mosaik für U-Bahn entsteht

Bürgermeister besuchte den Künstler

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK besuchte diese Woche Professor Anton LEHMEN in dessen Werkstatt im Umspannwerk Kendlerstraße, wo der Künstler derzeit an dem gigantischen Mosaik arbeitet, das eine Halle der zukünftigen U3-Station „Volkstheater“ umspannen soll. Ab dem kommenden Frühjahr wird mit der Applikation des Mosaiks in der im Rohbau bereits fertigen Halle der Station Volkstheater begonnen. Im September 1989 wird bereits mindestens eine Seite des Mosaiks der Öffentlichkeit präsentiert werden können. Endgültig fertig soll das Mosaik im Spätherbst 1989 werden.



Foto: PID/Hutterer

Die Architekten und Erbauer der Wiener U-Bahn sind bemüht, in der äußeren wie inneren Gestaltung der U-Bahn-Stationen die kulturelle Tradition der Bundeshauptstadt weiterwirken zu lassen. Historische Artefakte werden wie in den Stationen „Stephansplatz“ und „Stubentor“ in die Stationen integriert. In der „Museen-Station“ Volkstheater bot sich der galerieartige Bereich, in den der Passant, vom Ring kommend, nach der Passage eintritt, für eine künstlerische Ausgestaltung an. Über drei Seiten dieser Halle, die schmale Stirnseite und die beiden Längsseiten, wird auf einer Fläche von rund 300 Quadratmetern das Werden der Natur dargestellt. Für die Ausführung dieses Frieses wird die Mosaiktechnik unter Verwendung von Glas, Mosaik und Stein angewendet, Materialien, die auch in rein technischer Nutzanwendung in den U-Bahn-Stationen benötigt werden. Auf den Längsseiten kommt die Mosaiktechnik zur Anwendung, während die Stirnseite als „Glasintarsienwand“ ausgestaltet wird.

Die U 3 wird ab dem Frühjahr 1991 vom Volkstheater bis nach Erdberg fahren. (Schluß) roh/bs

Fasching beim Familiensonntag

Wien, 26.1. (RK-LOKAL) Ganz im Zeichen des Faschings steht der Familiensonntag des Wiener Landesjugendreferates am 29. Jänner. Gelegenheit zum Verkleiden und ausgelassenen Feiern für Kinder und Eltern bieten Veranstaltungen wie eine „Narrenwanderung“ durch Sievering, ein „Kindergschnas“ im Haus der Begegnung, 5, Grünwaldgasse, ein „Faschingsfest“ des Elternvereins Am Schloßpark in Liesing, ein „Faschingsfest für groß und klein“ im Albert-Sever-Saal und „Waschelnaß beim Wasserspaß“ im Hallenbad Floridsdorf. Wer nicht „närrisch“ gelaunt ist, kann den „Winter im Tiergarten“ in Schönbrunn erleben, im Drasche-Park eislaufen, eine Zeichentrickfilmshow im Kosmos-Kino, ein Märchen-Clown-Programm in der Volkshochschule Margarten sehen. Im 10. Bezirk wird ein „Schnuppersportnachmittag“ geboten, und der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien lädt zu einer Bus-Sonderfahrt zum Flughafen Wien-Schwechat ein. (Schluß) jel/gg

Analyse der Wahlen vom November 1987

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Eine profunde Analyse der Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 8. November 1987 enthält das Sonderheft 1988 der Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien. Die Broschüre ist zum Preis von 70 Schilling im Statistischen Amt der Stadt Wien, MA 66, 1., Volksgartenstraße 3, erhältlich.

Sie bietet in zahlreichen Tabellen eine Übersicht über die Wahlen zwischen 1945 und 1987 sowie eine detaillierte statistische Auswertung der Wahlen 1987. (Schluß) fk/rr

Gertrude Ostry neue stellvertretende Vorsitzende des Personalausschusses

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderätin Gertrude OSTRY (SPÖ) wurde am Donnerstag zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Personal gewählt. Sie folgt damit Gemeinderat Werner JANK. Vorsitzender des Ausschusses ist weiterhin Gemeinderat Albert HOLUB (SPÖ), zweiter Stellvertreter Gemeinderat Karl DALLER (ÖVP). (Schluß) red/bs

Umbau des Westbahnhofes: Planung wurde vergeben

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat die Planung der Umbauarbeiten am Westbahnhof durch eine Architektengruppe wegen des Einbaues eines U-Bahn-Aufganges genehmigt. Die Gesamtkosten für die U-Bahn-Bauarbeiten in diesem Bereich, dem 13. Abschnitt der U 3, „Westbahnhof“, betragen rund drei Milliarden Schilling. Die verschiedenen Bundesdienststellen, die von den Umbauarbeiten betroffen sind, wie ÖBB, Post und Polizei, haben sich bereit erklärt, die anteilmäßigen Kosten zu übernehmen.

Im Zuge des Einbaues eines U-Bahn-Aufganges in den Westbahnhof sollen aus Wirtschaftlichkeitsgründen gleichzeitig weitere Umbauarbeiten durchgeführt werden. So sollen das Selbstbedienungsrestaurant, die Gaststätte im Erdgeschoß, die WC-Anlagen, die Gepäcksaufbewahrungsstelle und die Kioske erweitert und umgebaut werden. Die Post hat ersucht, die Erweiterung des bestehenden Postamtes im Westbahnhof in die Planung einzubeziehen. Für die Bundespolizeidirektion Wien soll ein Polizeiwachzimmer miteingeplant werden.

Mit der Durchführung der Planung wird die Architektengruppe Prof. Dipl.-Ing. Otto KUCERA, Dipl.-Ing. Christa PARTSCH und Helmut PARTSCH beauftragt. Die U 3 soll im Jahr 1993 bis zum Westbahnhof verlängert werden.

In der selben Sitzung des Gemeinderatsausschusses wurde auch die Vergabe der Gleisbauarbeiten im Bereich Westbahnhof auf der Stadtbahntrasse genehmigt. Die Stadtbahn bzw. spätere U 6 muß in diesem Bereich verschwenkt werden, um sie in das gemeinsame neue Stationsbauwerk U 3/U 6 am Westbahnhof einbeziehen zu können. Die Kosten für diese Gleisbauarbeiten werden 61 Millionen Schilling betragen. (Schluß) roh/gg

Gedenkstättenkonzerte am 31. Jänner und 1. Februar ausverkauft

Wien, 26.1. (RK-KULTUR) Die Gedenkstättenkonzerte im Schubert-Geburtshaus am 31. Jänner und am 1. Februar mit Maria VENUTI, Sopran, und Charles SPENCER am Klavier sind ausverkauft. Folgende Gedenkstättenkonzerte stehen in den kommenden Monaten noch auf dem Programm:

• **Glinka Arenkow Quartett**

J. Haydn, F. Schubert, L.v. Beethoven

Mittwoch, 22. Februar, 19.30 Uhr und Donnerstag, 23. Februar, 19.30 Uhr im Haydn-Haus

• **Violinabend – Josef Sivo, Harald Ossberger**

J. Haydn, L.v. Beethoven, F. Schubert, J. Brahms

Mittwoch, 15. März, 19.30 Uhr und Donnerstag, 16. März, 19.30 Uhr im Haydn-Haus

• **Hilda de Groote, Sopran, David Lutz, Klavier**

F. Schubert, V. Bellini, G. Bizet, J. Massenet, P.I. Tschaikowsky, N.R.

Rimsky-Korsakow, S. Rachmaninow

Mittwoch, 12. April, 19.30 Uhr und Donnerstag, 13. April im Schubert-Geburtshaus

• **Hans Petermandl, Klavier**

F. Schubert

Mittwoch, 26. April, 19.30 Uhr und Donnerstag, 27. April, 19.30 Uhr im Schubert-Geburtshaus

• **Johann Strauß Ensemble der Wiener Symphoniker**

Leitung: Johannes Wildner

J. Strauß

Sonntag, 7. Mai, 11 Uhr, Sträussel-Säle im Theater in der Josefstadt

Information im Musikreferat der Kulturabteilung der Stadt Wien: 1082, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Telefon 42 800/2874, 2741. (Schluß) gab/rr

16 Millionen für Freie Gruppen

Wien, 26.1. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kulturbewilligte einen Rahmenbetrag von 16 Millionen Schilling für die Förderung der Freien Gruppen. Damit stehen für Produktions- und Aufführungskosten sowie Qualitätsprämien in diesem Bereich sechs Millionen mehr als im Vorjahr zur Verfügung.

Neben der wesentlichen Anhebung der finanziellen Mittel wurden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des Freien Theaters in Wien getroffen. Eine Reihe kontinuierlich und erfolgreich arbeitender Gruppen — Schaubude, daedalus, Theater m.b.H., Kiskillila, Beinhardt-Ensemble, Wiener Ensemble und Sebastian Prantl-Tanzensemble — erhält Jahressubventionen, um die Kontinuität und längerfristige Planung ihrer Arbeit zu ermöglichen. Für die Vergabe von Produktionskostenzuschüssen wird ein Beirat herangezogen, der sich aus Theaterschaffenden, Theaterfachleuten und Mitgliedern von Freien Gruppen zusammensetzt. Um dem Mangel an geeigneten Spielstätten zu begegnen, werden mit dem Theater im Künstlerhaus und dem Theater im Konzerthaus den Freien Gruppen erstmals zwei Spielstätten zur Verfügung gestellt. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 27. Jänner 1989

Blatt 177

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Terminvorschau vom 30. Jänner bis 10. Februar (178)

Wiener Landtag (180-185)

Wiener Gemeinderat (187-194)

Kultur:

Seidenmalerei und Batiken auf dem Donauturm (179)

Pasterk: Kritik an Tuppys Museumsplänen (186)

Terminvorschau vom 30. Jänner bis 10. Februar

Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 30. Jänner bis 10. Februar hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 30. JÄNNER:

10.30 Uhr, Festakt 20 Jahre „HBW“ (Festsaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Komm.-Rat Karlheinz Essl, Reg.-Rat Martha Frühwirt, Pfarrer Gregor Oberguggenberger und Ruth Wonder (Stein. Saal I, Rathaus)

DIENSTAG, 31. JÄNNER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 1. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Pressegespräch StR. Häupl, Generalsekretär Pramböck „Altölproblem“ (PID)

von 10 bis 12 Uhr: Präsentation „Variantenuntersuchungen Gaudenzdorfer Knoten“, StR. Swoboda (Rathaus)

17.30 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk und Landtagspräsident Hofmann — Präsentation des Buches „Mut zur Stadt“ (Johann Strauß)

DONNERSTAG, 2. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Überreichung von Sportehrenzeichen durch StR. Häupl an Andreas Dobias, Gerhard Pracser, Dr. Horst Ehmsen, Franz Haukwitz, Otto Seidl, Ing. Erich Tecka und Elisabeth Schmidt (Stein.Saal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „HBW“ (Heizbetriebe Wien)

11.30 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt durch den Bürgermeister von Athen Miltiades Evert, Bgm. Zilk (Roter Salon, Rathaus)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Franz Brader, Dr. Kurt Tanzer und Med.-Rat Dr. Veitsmeier (Stein. Saal, Rathaus)

FREITAG, 3. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Schirmer/BV Pfleger „Kalvarienbergmarkt“ (Festzelt am St. Bartholomäusplatz, Platz a. d. Kalvarienberggasse)

16.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Milo Dor und Kurt Sowinetz (Stein. Saal, Rathaus)

MONTAG, 6. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 7. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 8. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Presseführung Ausstellung „Rudolf Jettmar“ (Historisches Museum der Stadt Wien)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger (PID)

DONNERSTAG, 9. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an den Rektor der Universität Wien Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Holczabek (Arb.-Zi, Bgm.)

FREITAG, 10. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dr. Dolf Lindner (Arb.-Zi, Bgm.)
(Schluß) red/gal

Seidenmalerei und Batiken auf dem Donauturm

Wien, 27.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Als nächste Künstlerin stellt auf dem Donauturm die Burgenländerin Waltraud EHRENHÖFER aus. Die 1947 in Deutschkreutz geborene Hauptschullehrerin ist Autodidaktin, ihre Arbeitsgebiete sind Batik und Seidenmalerei. Ihre Seidentücher sind bereits zu begehrten Objekten geworden.

Waltraud Ehrenhöfer, die in Oberpullendorf, Deutschkreutz und Graz an Ausstellungen beteiligt war, hält auch Kurse ab.

Die Vernissage findet am Montag, dem 30. Jänner, um 19 Uhr statt. Die Ausstellung ist von 31. Jänner bis 12. Februar täglich im oberen Restaurant des Donauturms zwischen 9 und 24 Uhr zu sehen. (Schluß) wh/gg

Wiener Landtag**Fragestunde**

Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Ing. HOFMANN (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KARL (ÖVP), ob sich der Landeshauptmann für eine Reaktivierung des Wachzimmers Hetzendorfer Straße 79 einsetzen werde, antwortete LH ZILK, daß dieses Wachzimmer nur mit einem Mann besetzt gewesen sei und daher keinen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit leisten konnte, da dieser Polizist das Wachzimmer nicht verlassen durfte. Für eine Alarmierung der Polizei gebe es einen „Eisernen Polizisten“ beim Schloß Hetzendorf. Man könne aber ohne weiteres zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund der gewonnenen Erfahrungen über eine Reaktivierung sprechen. Die Entscheidung obliege jedoch der Bundespolizeidirektion Wien, betonte Zilk.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wieviele Anzeigen im Zusammenhang mit verlängerten Ladenöffnungszeiten am 26. November 1988 beim Magistrat anhängig gemacht wurden, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß das Arbeitsinspektorat 856 Anzeigen eingebracht hat. Dazu kommen weitere Anzeigen von der Gewerkschaft der Privatangestellten. Über diese Anzeigen sei bisher noch nicht entschieden worden, doch sei sichergestellt, daß einheitlich und mit Augenmaß vorgegangen werde. Eine Wiederholung der Vorfälle vom vergangenen November sei aufgrund von Vereinbarungen für die Zukunft ausgeschlossen.

Auf die DRITTE ANFRAGE des LAbg. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP), welche Stellungnahme Zilk als Landeshauptmann zum Ansuchen auf Erteilung einer Konzession für das Bestattungsgewerbe durch die Alfred Klaar GmbH. er beziehe, sagte ZILK, das Ermittlungsverfahren laufe. Eine Stellungnahme könne erst nach Vorliegen auch der Bedarfsprüfung abgegeben werden.

Die Sonderstellung des Bundes in der Wiener Bauordnung sei ein Relikt aus der Zeit des Obrigkeitsstaates, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), in Beantwortung der VIERTEN ANFRAGE des LAbg. Herbert DINHOF (SPÖ). Der Bund habe sich aber in den letzten Jahren immer stärker der Kompetenz der Stadt Wien unterworfen. Bei der Novellierung der Wiener Bauordnung werde versucht werden, die Vorrangstellung des Bundes herauszunehmen.

Kontinuierlich werde in Wien an sieben Meßstellen die Radioaktivität gemessen, erklärte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. ZIMA (SPÖ). In ganz Österreich gebe es 336 Meßstellen, deren Meßdaten an den Zentralrechner in die Stift-Kaserne übermittelt werden. Auf eine Zusatzfrage über die Zusammenarbeit der einzelnen Länder erläuterte der Stadtrat, daß die Landeswarnzentrale in Wien jederzeit die Zentralen der Bundesländer ansprechen könne und darüber hinaus Expertentagungen der Katastrophenschutzreferenten dem Erfahrungsaustausch dienen. Der Bund kommt aufgrund des § 37 Strahlenschutzgesetz für die Kosten auf.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Brunhilde FUCHS (SPÖ) bezüglich der Herabsetzung der Abwassergebühr wegen Nichteinleitung in den öffentlichen Kanal sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß aufgrund der Novelle für das Jahr 1986 61 Millionen Schilling den Gebührenpflichtigen gutgeschrieben werden konnten. Gegenüber der alten Gesetzeslage bedeute dies eine Steigerung der Gutschriften um 13 Millionen Schilling. Für 1987 liegen noch keine Zahlen vor, da die Anträge bis

31. Dezember 1988 gestellt werden konnten, und erst gegen Ende 1989 ein genauer Überblick gegeben werden könne.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP), ob es eine genaue Schülerentwicklungsstatistik und -prognose gibt, die die beabsichtigte Schließung einer Reihe von Hauptschulen in vielen Wiener Bezirken rechtfertigt, antwortete Vbgm. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß dies zutrifft. Die jeweilige Entscheidung über die Schließung einer Hauptschule könne aber stets nur kurzfristig getroffen werden, da die endgültige Schülerzahl immer erst nach dem Einschreibungstermin feststehe.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. PRINZ (FPÖ), wann die Enquete zur Novellierung der Wiener Bauordnung durchgeführt werde, antwortete Stadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ), daß diese am 29. März stattfinden werde. Eine Bauordnungskommission sei bereits eingesetzt worden. Auf die ZUSATZFRAGE, welche Wünsche der Stadtrat dabei habe, antwortete Swoboda, daß grundsätzlich die Gestaltungsfreiheit ausgedehnt werden soll, aber natürlich auch Rücksichtnahme auf die Umgebung und Bevölkerung gewährleistet werden muß. Zum Jahresende sei mit einem Entwurf zu rechnen, der dann mit den Interessensvertretungen diskutiert werden soll.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) nach der Höhe der Zinserträge aus den Rücklagen der Wohnbauförderungsmittel im Jahr 1988 sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß diese 132,4 Millionen Schilling betragen, daß allerdings zur endgültigen Festlegung der Rechnungsab-schluß abgewartet werden muß. Auf die ZUSATZFRAGE, ob tatsächlich alle zur Verfügung stehenden Mittel für Wohnungsneubau und Sanierung verwendet werden, sagte Edlinger, daß die Zielsetzung, 4.000 Wohnungen pro Jahr neu zu bauen und drei Milliarden Schilling in die Stadterneuerung zu investieren, in den kommenden Jahren realisiert wird. Die dem Wohnbau zur Verfügung stehenden Mittel werden widmungsgemäß verwendet.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. STOCKINGER (SPÖ), ob Maßnahmen getroffen wurden, um die unbefristete Haftung eines neuen Hauseigentümers für Wassergebührenrückstände des Vorgängers zu beseitigen, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß diese Haftung mit der am 26. August 1988 verlautbarten Novelle des Wasserversorgungsgesetzes auf den noch nicht abgerechneten Zeitraum, das kann maximal etwas mehr als ein Jahr sein, eingeschränkt wurde.

Auf die ELFTE ANFRAGE von LABg. Erika STUBENVOLL (SPÖ), wie weit die Vorarbeiten für eine Spielplatzverordnung gediehen sind, sagte StR. SCHIRMER (SPÖ), daß der bereits abgeschlossene Text der Verordnung dem externen Begutachtungsverfahren zugeleitet wird und dann in den Landtag kommt. Schwerpunkte der Verordnung sind die Gewährleistung entsprechender Freiflächen für Kinder und vor allem die Sicherheit der Kinder auf den Spielplätzen. Weiters dürfen Spielplätze nur mit behördlicher Bewilligung aufgelassen werden, Kleinkinderspielplätze sollen, wo es möglich ist, von den Wohnungsfenstern eingesehen werden können. Generell wird besondere Rücksicht auf kinderpsychologische und pädagogische Gesichtspunkte bei der Errichtung von Spielplätzen genommen.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP), wie hoch die Mittel sind, die 1988 im Wiener Bundesstraßenbau nicht in Anspruch genommen wurden, antwortete Stadtrat HATZL, daß die Gelder der städtischen Straßenbauabteilung zur Gänze verbraucht wurden. Über nicht genutzte Mittel der Bundesstraßen-AG könne er derzeit nicht sagen. Die von den Bezirken Floridsdorf und Donaustadt dringend geforderte Verlängerung der Bundesstraße B 3 sei entgegen den Forderungen der Stadt Wien nicht im Bauplan des Bauenministeriums für das heurige Jahr enthalten.

Forts. von Blatt 180

Forts. auf Blatt 182

Auf die 13. ANFRAGE von Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nach dem Stand der Verhandlungen über das Angebot des Bundes an die Bundesländer Wien und Niederösterreich, weitere Anteile des Wiener Flughafens zu erwerben, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß die letzten Verhandlungen darüber am 9. Dezember 1987 stattgefunden haben. Wien hat grundsätzliches Interesse an der Übernahme solcher Anteile für den Fall bekundet, daß es damit auch eine Einflußnahme auf die Politik des Flughafens erhält. Es geht dabei vor allem um die Gegenseitigkeit der Landeerlaubnisse. Weil das Verkehrsministerium Landeerlaubnisse ausländischer Fluglinien von Landungen österreichischer Maschinen in diesen Staaten abhängig macht, die AUA diese Möglichkeit jedoch nicht nutzen kann, entgeht dem Flughafen ein beträchtlicher Anteil am Charterverkehr. Weiteren Verhandlungen sehe Wien gut vorbereitet entgegen. Gutachten hätten nämlich gezeigt, daß aufgrund eines Staatsvertrages die Probleme der Landrechte gelöst werden könnten.

Kleingartengesetz

Im Anschluß an die Fragestunde nahm der Wiener Landtag ohne Debatte in erster und zweiter Lesung eine Novelle zum Wiener Kleingartengesetz an.

Dringliche Anfrage der ÖVP

Die ÖVP-Abgeordneten Dr. HAWLIK und Mag. Eva PETRIK brachten eine DRINGLICHE ANFRAGE an den Landeshauptmann über Maßnahmen zur Verbesserung der Luftsituation in Wien ein:

1. Wann wird die Verordnung zum Wiener Luftreinhaltegesetz 1982 hinsichtlich Immissionsgrenzwerte für luftfremde Stoffe zur Beschlußfassung vorgelegt werden?
2. Welche Sanierungsmaßnahmen werden bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig getroffen werden, um das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen einhalten zu können, und welchen Zeit- und Kostenplan gibt es dafür?
3. Wann wird die MVA Spittelau voraussichtlich in Betrieb gehen, und wird die Anlage bei Inbetriebnahme die neuen Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes einhalten können?
4. Konnten bei der EBS — nach den Erfahrungen des diesjährigen Probebetriebes — die zugesicherten Werte in allen Bereichen eingehalten werden? Wenn nicht, in welchen Bereichen nicht?
5. Sind Sie bereit, einen Wiener Smogalarm-Plan ausarbeiten zu lassen, der Wien nicht als gesamtes Smogalarmgebiet vorsieht, sondern in regionale Zonen aufteilt?
6. Wann wird das Luftmeßstellennetz in Wien so ausgebaut sein, daß auch derzeit nicht erfaßte Schadstoffe, wie Kohlenwasserstoffe, oder schlecht erfaßte, wie Ozon und CO gemessen werden können?
7. Sind Sie bereit, bei den Luftmeßstellen direkt Informationstafeln anbringen zu lassen, die als Grundlage die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte haben, und die es ermöglichen, eine Information über den aktuellen Luftzustand am Standort der Meßstelle zu geben?
8. Wann wird ein Emissions- und Immissionskataster für Wien vorliegen, der auch regelmäßig veröffentlicht wird?

In der BEGRÜNDUNG der dringlichen Anfrage betonte LAbg. HAWLIK, es gebe Meßdaten, die nachweisen, daß sich die Situation in manchen Bereichen verschlechtert habe. In der Praxis zeige sich, daß das Luftreinhaltegesetz nicht mit dem nötigen Ernst beachtet werde. Und da es sich bei Fragen der Luftreinhaltung um die Kompetenz mehrerer Stadträte handelt, sollte Landeshauptmann Zilk seine Koordinierungskompetenz wahrnehmen.

Forts. von Blatt 181

Forts. auf Blatt 183

In seinem Debattenbeitrag stellte LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) fest, daß die im Luftreinhaltegesetz festgeschriebenen Grenzwerte für Dioxine und Furane bei den Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau weit überschritten werden. Stadtrat HATZL habe die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte versprochen, nun aber verlange er plötzlich eine Änderung des entsprechenden Bundesgesetzes, weil die Einhaltung dieser Grenzwerte technisch nicht vollziehbar wäre. Bis heute seien jene Verordnungen zum Wiener Luftreinhaltegesetz nicht ergangen, die Schadstoffgrenzwerte festlegen. Die verantwortlichen Politiker zeigen, so Hawlik, „ein schlampiges Verhältnis zu Gesetz und Recht“. Die Sanierung der Müllverbrennungsanlagen müsse rascher als in den von Hatzl versprochenen sechs Jahren erfolgen. Hawlik verwies darauf, daß im Juni ein Smogalarmgesetz in Kraft tritt und für Wien ein Smogalarmplan ausgearbeitet werden soll, der auch eine regionale Vorsorge vorsieht. Hawlik beklagte, daß die Luftmeßstellen nur unzureichend Schadstoffe erfassen können und zudem die Bürger über die lokale Luftsituation kaum informiert werden. Die Frage der Grenzwerte sei sicher auch eine politische Frage, weshalb es grundsätzlich sinnvoll sei, darüber mit den Bürgern zu sprechen und sie zu informieren, schloß Hawlik.

Mag. KABAS (FPÖ) kritisierte die diametralen Äußerungen von Umweltstadtrat Dr. HÄUPL und Energiestadtrat HATZL zu dem neuen Luftreinhaltegesetz. Während Häupl erkläre, alle Bestimmungen des Luftreinhaltegesetzes werden eingehalten, stelle Hatzl es in Frage. Es sei daher kein Wunder, wenn die Bevölkerung mißtrauisch sei und nichts mehr glaube. Kabas betonte, bei der Luftreinhaltung gehe es um mehr als nur um die Müllverbrennung, nämlich auch um den Hausbrand und um die Autos. Und indem er Stadtrat Häupl zitierte, der für gesetzliche Maßnahmen zur Nachrüstung von Kraftfahrzeugen mit Katalysatoren eingetreten sei, forderte Kabas, Wien solle Nachrüstkatalysatoren fördern. Weiters sollen ausgehend von der Studie „Mortalität und Luftqualität“ aus dem Jahr 1986, in der lediglich die Auswirkungen von Schwefeldioxid untersucht wurden, die Auswirkungen auch anderer Schadstoffe untersucht werden. Weiters trat der Abgeordnete dafür ein, die Müllverbrennungsanlagen aus dem Ressort Hatzl auszugliedern und dem Umweltstadtrat zu überantworten. Er begründete dies damit, daß Hatzl als Energiestadtrat die Müllverbrennungsanlagen in erster Linie als Wärmeproduzenten sehe. Vom Umweltstandpunkt seien sie aber ein echtes Problem, sowohl für die Anliegen der Müllvermeidung als auch als Produzenten von Schadstoffen.

Stadtrat HATZL wandte sich in seiner Wortmeldung dagegen, daß Behauptungen zitiert würden, die er niemals gemacht habe. Es gibt auch keinen Gegensatz zwischen ihm als Energiestadtrat und dem Umweltstadtrat. Der Bundesgesetzgeber habe sich bei den Grenzwerten, vor allem für Dioxine, an schwedischen Untersuchungen orientiert. Diese Werte sind sehr streng und es wurden daher entsprechende Fristen vorgesehen. Er werde alles unternehmen, daß die Müllverbrennungsanlagen die Grenzwerte in der vorgesehenen Frist beziehungsweise in kürzerer Zeit einhalten können.

LAbg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) wies auf die Definition für Luftverunreinigung durch die WHO hin, wonach diese bei Schädlichkeit für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie auch bei Störung des Wohlbefindens gegeben ist. Dies trifft sicherlich auf österreichische Städte und auch auf Wien zu. Petrik wies insbesondere auf Spätfolgen bei Einwirkung von Kohlenmonoxiden und Stickoxiden hin. Weiters warnte sie vor den Gefahren beim Zusammenwirken verschiedener Schadstoffe. Petrik kritisierte auch, daß die derzeit 16 Luftmeßstellen der Stadt Wien nicht alle Schadstoffe messen können, und daß die Information über die Schadstoffe durch die Angabe von Mittelwerten irreführend sei. Sie sprach sich in diesem Sinne für eine Katasterung bezüglich der Schadstoffe und für auch lokalbezogene Smogalarmmög-

Forts. von Blatt 182

Forts. auf Blatt 184

lichkeiten aus. Auch die Information über die Luftwerte sollte regionalisiert werden.

LABg. Ing. HUBER (SPÖ) wies darauf hin, daß die Anzeigen auf den Luftmeßtafeln nicht nur die Durchschnittswerte, sondern auch die Höchstwerte für Wien angeben. Generell habe die Stadt Wien in den vergangenen Jahren eine lange Reihe von Maßnahmen gesetzt, die der Verbesserung der Luft dienen. So wurde die Müllverbrennung Flötzersteig als erste in Europa mit Schadstofffiltern versehen, weitere Maßnahmen sind in diesem Werk vorgesehen. In der Spittelau wird ein ganzes Bündel modernster Maßnahmen mit hohem Kostenaufwand durchgeführt, die der Minimierung des Schadstoffausstoßes, insbesondere auch der Entstickung, dienen sollen. Generell dient die Müllverbrennung nicht nur der Müllbeseitigung, sondern auch der Substituierung von Einzelöfen durch die Fernwärme und damit der Verhinderung entsprechender Emissionen. Was für die Müllverbrennung gilt, gilt auch für die Wiener Kraftwerke, die mit enormen Mitteln auf den letzten technischen Stand der Schadstoffvermeidung gebracht wurden und werden. Im Kraftwerk Simmering, Block 3/4, werden bei einem Gesamtkostenaufwand von fünf Milliarden Schilling etwa ein Viertel der Kosten für Umweltmaßnahmen aufgewendet. Alle diese Maßnahmen, gemeinsam mit den weiteren Verbesserungen im öffentlichen Verkehr, sorgen dafür, daß Wien zu Recht eine Umweltmusterstadt genannt werden kann. In diesem Sinn ist die Stadt Wien auch darum bemüht, dem Luftreinhaltegesetz innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes zu entsprechen.

Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) verlangte, daß die Anzeige von Luftmeßergebnissen an dem Ort erfolgen müsse, an dem die Messung vorgenommen wird. Bei der Spittelau sei immer wieder von „großartigen“ Umweltschutzmaßnahmen gesprochen worden, doch seit dem 1. Jänner sei bekannt, daß sich diese Situation nicht so günstig präsentiere. In der apostrophierten „Umweltmusterstadt Wien“ werde die Bürgerbeteiligung abgeschmettert oder nur dann akzeptiert, wenn sie ins Konzept passe. Deshalb mache sich in der ganzen Bevölkerung Enttäuschung breit. Abschließend forderte Hampel-Fuchs, der Gesundheitsstadtrat solle sich zur Umweltverschmutzung zu Wort melden.

LABg. REITER (SPÖ) betonte, der Gesetzgeber habe eine sechsjährige Sanierungsfrist eingeräumt. Es habe bereits wichtige Verordnungen zur Luftreinhaltung gegeben, und Wien besitze das dichteste Netz an Luftmeßstellen. Die Messungen zeigten, daß es keinen Grund für Smogalarm oder Smog-Voralarm gegeben habe. Es wurden beträchtliche Mittel für den Ausbau des Luftmeßnetzes ausgegeben, und die Luftbelastung wurde und wird weiter drastisch verringert. Einsatz von Kat-Bussen, Verwendung von schwefelarmem Heizmaterial in städtischen Gebäuden und Ausbau der Fernwärmeversorgung tragen zur Verbesserung der Luftsituation bei. Vergleiche mit Linz und Graz führten zu einer unberechtigten Verunsicherung der Bevölkerung.

Umweltstadtrat Dr. HÄUPL betonte, daß er genauso wie Landeshauptmann ZILK und StR. HATZL dafür eintrete, daß das Luftreinhaltegesetz unbedingt einzuhalten sei. Eine Reihe von technischen Maßnahmen, wie Veränderungen der Brenner, der Nachbrennkammern bis zur Rauchgasreinigung, gewährleiste eine Einhaltung der Bestimmungen des Luftreinhaltegesetzes. Man dürfe auch nicht vergessen, so Häupl, daß gerade der Einsatz der Fernwärmeanlagen eine Reduktion der SO_2 -Emissionen ermöglicht habe. Die strengen Grenzwerte, die einzuhalten seien, böten auch eine Chance für die Technologie.

Bei der Luftsituation konnten in Wien Erfolge erzielt werden. Von 1987 auf 1988 gelang eine drastische Senkung der SO_2 -Werte, was bei den Stickoxiden nicht ebenso erzielt werden konnte, weil der Kfz-Verkehr und nicht die Großemittenten dafür verantwortlich seien.

Forts. von Blatt 183

Forts. auf Blatt 185

Forts. von Blatt 184

Häupl wies den Vergleich mit Graz strikt zurück; an den Tagen, an denen in Graz Smogalarm gegeben werden mußte, am 4./5. und 6. Jänner, lag der NOx-Wert zur Hauptemissionszeit am „schlimmsten“ Platz von Wien dem Währinger Gürtel, eine 10er-Potenz unter den Grazer Werten. Der Vorwurf, die Behörden würden vertuschen, sei zurückzuweisen.

Das Smogalarmgesetz ist ein Bundesgesetz, sagte Häupl, und daher sei eine Regionalisierung des Smogalarms in Wien nicht möglich.

Die Forderung der FPÖ nach einer Förderung der Nachrüstkatalysatoren lehnte Häupl ab. Derartige Förderungen seien verantwortungslos, weil das Geld „beim Fenster hinausgeworfen werde“. Auch in der Bundesrepublik sei die Katalysatorförderung ein „Flop“. Es gebe nur eine Möglichkeit, nämlich die gesetzlichen Vorschriften zu verbessern, schloß Häupl.

Landeshauptmann Dr. ZILK beantwortete die dringliche Anfrage wie folgt:

zu Punkt 1: Mit der Bundesverfassungsgesetznovelle 685/88, Artikel 10, Absatz 1, ergibt sich, daß nunmehr zu prüfen ist, wo die Zuständigkeit bei der Festlegung von Immissionsgrenzwerten für luftfremde Stoffe liegt.

zu Punkt 2: Das Projekt für die Sanierung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig basiert auf den Bestimmungen des Dampfkessel-emissionsgesetzes. Das Projekt wird daher unter Beiziehung eines internationalen Expertenkomitees bis April 1989 überarbeitet. Es ist daher derzeit kein verbindlicher Zeit- und Kostenplan festzulegen. Sicher ist allerdings, daß die Umbaumaßnahmen innerhalb der nächsten sechs Jahre erfolgen sollen.

zu Punkt 3: Der Baufortschritt bei der Wiedererrichtung der Müllverbrennungsanlage Spittelau wird eine Inbetriebnahme im Frühjahr 1989 ermöglichen. Schon jetzt ist sicher, daß die Grenzwerte eingehalten werden können. Im Sommer dieses Jahres wird die Entstickungsanlage zugeschaltet, sodaß es zu einer weiteren Schadstoffreduzierung kommt.

zu Punkt 4: Bei den EBS konnten nach den Erfahrungen des bisherigen Probetriebes in allen Bereich die Grenzwerte eingehalten, in vielen Bereichen sogar unterschritten werden.

zu Punkt 5: Es wurde der Auftrag gegeben, entsprechende Vorbereitungen für einen Smogalarmfall zu treffen. Wie Frau Bundesminister Flemming allerdings erklärt habe, scheide Wien als Belastungsgebiet aus, sagte Zilk. (Nach Zwischenrufen der ÖVP und einem Wortwechsel zwischen dem Landeshauptmann und StR. Busek verließ die ÖVP kurz den Sitzungssaal.)

zu Punkt 6: Obwohl die Kohlenwasserstoffe und Ozon nicht zu den erfaßten Luftschadstoffen zählen, werden sie in Wien dennoch gemessen. Außerdem werden geeignete Methoden zu deren genauer Bestimmung entwickelt, und entsprechende Meßgeräte eingerichtet.

zu Punkt 7: Im Wiener Stadtgebiet existieren bereits zwei Informations-tafeln, die über die Luftqualität Auskunft geben. Die Öffentlichkeit wird täglich über das Wiener Stadtradio und die Zeitung „Der Standard“ informiert. Außerdem werden die Bezirksvorsteher dreimal täglich und bei besonderen Entwicklungen auch öfter über den Zustand der Wiener Luft informiert.

zu Punkt 8: Emissionen und Immissionen werden regelmäßig im Luftbericht erfaßt. Die Erfassung wird derzeit auf den letzten Stand gebracht.

Zilk teilte dem Landtag mit, daß nach seinen Informationen trotz Förderungen bisher nur wenige tausend Nachrüstungen von Katalysatoren bei PKW in Österreich erfolgt sind.

Die Sitzung des Landtages endete um 12.35 Uhr. (Schluß) red

Pasterk: Kritik an Tuppys Museumsplänen

Wien, 27.1. (RK-KULTUR) Auch die gestrige Diskussion im Cafe Central zum Thema Situation der Museen zeigte erneut, daß der zuständige Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Univ.-Prof. Dr. TUPPY über kein Museumskonzept verfügt, sagte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Nach zwei Jahren Einarbeitungszeit, die sich der Minister nach eigenen Worten gönnte, hat der Minister die Absicht, die Jahrhundertchance „Messepalast“ zu vergeben. Die vom Minister vorgeschlagene Überführung von bestehenden Sammlungen und in den Depots der Museen gelagerten Beständen in den neugestalteten Messepalast kann nicht dazu beitragen, eine Museumsvision zu verwirklichen. Sie ist im Gegenteil nur der Versuch, die Probleme einiger bestehender Museen in die Zukunft zu verschieben und auf Kosten einer neuen Museumsvision zu lösen, kritisierte Pasterk.

Wenn der Minister zugesteht, daß daneben auch die moderne, gegenwartsbezogene, lebendige Kunst im Messepalast ihren Platz finden soll, so haben sie nach seiner Ansicht nur einen nicht zu umgehenden Vollständigkeitswert für das künftige Museum.

Ein Museum der Zukunft müßte als integraler Bestandteil des urbanen Lebens kulturelle und bildungspolitische Ziele erfüllen, betonte die Wiener Kulturstadträtin. Es sollte Katalysator für die offene, kontroverse Diskussion sein, die das Bewahrte und erst Entstehende immer neu betrachtet und strukturiert, und es der Gesellschaft zum kritischen Betrachten zugänglich macht. Nicht Vollkommenheit und Abgerundetheit, sondern Vielfältigkeit und Kritik muß in einem Museum vergegenwärtigt werden.

Wie Kultur in einem modernen liberalen Sinne nicht planbar ist, sondern zu befördern ist, so kann die Museumsinsel Messepalast nur eine nie fertige Kommunikationsinsel sein, zu der alle Darstellungsformen beitragen, schloß Pasterk. (Schluß) red/gg

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 27.1. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages trat der Gemeinderat unter dem Vorsitz von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen.

Zur ERSTEN ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), aus welchen Gründen die Wiener Stadtwerke nach der Gasexplosion am 21. Februar 1988 der schwerbetroffenen Familie noch keinen Schadenersatz geleistet haben, erklärte Stadtrat HATZL (SPÖ), es habe innerhalb der ersten zwei Monate nach der Explosion bereits Auszahlungen von knapp 4 Millionen Schilling durch die Versicherung gegeben. Dabei wurde als Vorleistung für Verdienstentgang, Schmerzensgeld usw. eine Million Schilling erbracht. Im Herbst des Vorjahres war es bereits zu einer Einigung der Wiener Stadtwerke mit dem Rechtsvertreter der Familie gekommen. Da die betroffene Familie einen neuen Rechtsvertreter namhaft gemacht hat, der im Jänner 1989 neue Forderungen gestellt hat, ist es noch zu keinem endgültigen Abschluß gekommen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HUFNAGL (SPÖ), wie sich der erstmals im Rahmen einer „Ortsplanung“ eingesetzte „Planungskoordinator“ in Hetzendorf bewährt habe, sagte Stadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ), sehr gut. Es sei gelungen, das Vertrauen der Bevölkerung, von Bürgerinitiativen usw. zu gewinnen. Das Modell, das in Anlehnung an die Gebietsbetreuungen in Stadterneuerungsgebieten entstanden ist, wird als Vorbild für die Vorgangsweise in anderen Stadtteilen dienen. Zum geplanten Schulneubau, der das auslösende Problem für die Einsetzung eines Planungskoordinators war, sagte Stadtrat Swoboda, nach Gesprächen mit Bürgerinitiative und Elternverein wurde das Projekt modifiziert, der Neubau sieht mehr Grünflächen vor. Derzeit werden nochmals alle Vorfragen geprüft.

Zur DRITTEN ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP) über das Projekt eines „multifunktionalen Bauvorhabens“ des Zuwandererfonds und des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in Wien-Liesing im Bereich Karl-Sarg-Gasse/Fröhlichgasse, meinte Stadtrat SWOBODA, daß der Park-and-Ride-Nutzung große Bedeutung zukomme. Das Projekt wurde durch die MA 18 kritisch geprüft und dabei festgestellt, daß die Zahl der Stellplätze zu gering angesetzt ist. Sowohl die gemischte Nutzung als Parkhaus mit Wohn- und Büroräumlichkeiten als auch die intensive Park-and-Ride-Nutzung seien berechnete Interessen, die sicher auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Er werde mit Vizebürgermeister Mayr wegen einer Vermehrung der Parkplätze verhandeln und mit Stadtrat Häupl sprechen, um eine Untersuchung der MA 22 zu veranlassen, ob die Wohnsituation bei gemischter Nutzung sinnvoll sei.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), durch welche Maßnahmen er sicherstellen werde, daß es zu keiner für die Anrainer unzumutbaren Verbauung des Platzes des Wiener Eislaufvereins komme, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), daß das vor einiger Zeit eingereichte Verbauungsprojekt nicht den Vorstellungen der Stadt Wien entspricht und, da auch keine Unterschrift des Eigentümers beigebracht werden konnte, zurückgewiesen wird. Sollte ein neues Projekt in Übereinstimmung mit dem Grundeigentümer eingereicht werden, so werde es auf jeden Fall ein transparentes Verfahren mit Information der Bevölkerung und eine eingehende Prüfung geben.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. PRINZ (FPÖ), welchen Standpunkter zu den aktuellen Plänen eines großen Einkaufszentrums im Bereich Kellerberg im 23. Bezirk beziehe, sagte StR. Dr. SWOBODA, daß er grundsätzlich dafür sei, dem Abfluß von Kaufkraft aus Wien vorzubeugen, daß er aber keine Beeinträchtigung der Nahversorgung wünsche. Wien verfrage noch

Forts. von Blatt 187

einige Einkaufszentren, wobei allerdings der jeweilige Bedarf und die Auswirkungen auf Infrastruktur und Umwelt objektiv geprüft werden müssen. Im Falle des Kellerbergs sei eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich, es müßte jedenfalls ein gleichwertiger Ersatz für das vom Einkaufszentrum beanspruchte Grünland gefunden werden.

GR. HIES (SPÖ) erkundigte sich in der SECHSTEN ANFRAGE nach der Möglichkeit, die Trasse der Bundesstraße B 222 im 12. und 13. Bezirk zu überprüfen. Stadtrat Dr. SWOBODA antwortete, daß im 12. Bezirk genau untersucht wird, ob und unter welchen Voraussetzungen diese Bundesstraße verwirklicht werden soll. Im 13. Bezirk liegen die Probleme aufgrund anderer Straßenbreiten anders, und entsprechende Überlegungen werden auch im Zusammenhang mit derzeit stattfindenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes angestellt. Sicher sei, daß die B 222 keine zweite Gürtelstraße werde. Man müsse, sagte Stadtrat Swoboda, bedenken, daß die Streichung der B 222 aus dem Bundesstraßengesetz auch den Verlust der Bundesmittel bedeuten würde. Bevor es dazu käme, müßten Gespräche mit dem Bund über eine Kompensation stattfinden. Swoboda kündigte eine gemeinsame Suche nach Lösungen mit Bürgern und Mandataren an.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), wie sich der neue Ambulanzvertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse auf die Verweildauer in den Spitälern auswirkt, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß es rein statistisch zu verschiedenen Umschichtungen gekommen ist, weil zum Beispiel die Dialyse jetzt vertraglich als ambulante Leistung bezeichnet wird, ersparen sich die Spitäler 30.000 Aufnahmen im Jahr (bisher mußte für jede Dialyse der Patient für einen Tag „aufgenommen“ werden), die durchschnittliche Verweildauer der übrigen Patienten steigt dadurch (statistisch). Dagegen ist die Krankenhaus häufigkeit der Patienten gesunken. Mit der Gebietskrankenkasse finden Verhandlungen über weitere Ambulanzverträge statt, die für die Stadt Wien vorteilhaft sind.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. FUCHS (ÖVP) nach den Zeit- und Kostenerfordernissen zur Altlastensanierung auf dem Wienerberg antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), daß die Sanierung voraussichtlich bis September 1990 dauern und Kosten von 80 bis 120 Millionen Schilling erfordern wird. Regreßforderungen des japanischen Unternehmens, das auf dem Wienerberg Freizeitprojekte verwirklicht, schließt Häupl aus, weil die Notwendigkeit der Sanierung nie ein Geheimnis war. Das Altlastensanierungsgesetz, das im Parlament zur Behandlung ansteht, werde auch Wien finanzielle Mittel für diese Aufgabe erschließen.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. FÜRST (ÖVP), wieviele Exemplare der Broschüre „Perspektiven“ („der aufbau“) angekauft worden seien, nannte StR. Häupl die Zahl von 2.785 Exemplaren zum Gesamtpreis von 419.510 Schilling.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ) sagte StR. HÄUPL, daß der Inbetriebnahme der III. Wiener Wasserleitung rechtliche und sachliche Argumente entgegenstünden. Zahlreiche Auflagen aus dem Wasserrechtsbescheid seien noch nicht erfüllt, vor allem die Anrainer stellten zu hohe finanzielle Forderungen an die Stadt Wien, und sachlich stehe fest, so Häupl, daß die Mitterndorfer Senke mit Schadstoffen kontaminiert sei. Diese Kontaminationen liegen zwar noch unter den Grenzwerten, zeigten aber eine steigende Tendenz. Die Investitionen für die III. Wiener Wasserleitung seien kein verlorener Aufwand. Die Anregung, die III. Wiener Wasserleitung als Nutzwasserleitung für die Wiener Industriegebiete zu benutzen, solle man durchaus diskutieren. Er glaube aber, daß diese Anregung ökonomisch nicht vertretbar sei.

Forts. auf Blatt 189

Dr. Gerda Winklbauer neue Gemeinderätin

Die ÖVP-Gemeinderätin Dolores BAUER hat ihr Mandat zurückgelegt. An ihrer Stelle wurde Dr. Gerda WINKLBAUER als Gemeinderätin angelobt. Dr. Winklbauer war Judo-Welt- und Europameisterin. 1981 promovierte sie zum Doktor der Medizin.

Deklaration „Wien – Gesunde Stadt“

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER beantragte die Annahme der Deklaration „Wien – Gesunde Stadt“. Die Deklaration sei Ausdruck des Willens der Stadt Wien, die Förderung der Gesundheit der Menschen in allen Bereichen voranzutreiben. Sie sei Grundlage für die weitere Gesundheitspolitik, zu deren Zielen nach dem quantitativen Ausbau des Spitalswesens nun vor allem die Verbesserung der Versorgungsqualität, der Vorsorge und der Zusammenarbeit gehören. Ein gesundes Leben sei untrennbar mit gesunden Lebensverhältnissen bei Arbeit, Wohnen, Umwelt oder Verkehr verbunden. Die Verantwortung dafür müßten alle gemeinsam übernehmen.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) meinte, daß die Deklaration ein erster Schritt zur Eigenverantwortung im Gesundheitswesen sei. Sie lobte die konstruktive Atmosphäre beim Zustandekommen der Deklaration. Die Deklaration signalisiere eine Umorientierung zu mehr Vorsorge und sei auch als Appell für eine neue Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Medien und Bürgern zu verstehen. Man stehe am Anfang einer neuen ökologischen Betrachtungsweise der Medizin. Noch viele Aufgaben seien allerdings zu bewältigen, um bei den Menschen mehr Verständnis für eine gesündere Lebensweise zu entwickeln.

GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) sprach davon, daß auch die Politik einer Gesundung bedürfe und „Verbalradikalismus“ wie er in der heutigen Landtagssitzung durch den Landeshauptmann zum Ausdruck gekommen sei, nicht gefragt sei.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) meinte, daß Gesundheit und Wohlbefinden mehr seien als Freisein von Krankheit. Daß Wien dem „Projekt Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation 1988 beigetreten ist, sei eine Verpflichtung für alle, das Prinzip einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik zu verwirklichen und die gesundheitlichen Auswirkungen aller politischen Entscheidungen zu bedenken. Gerade Wien hat dabei durch ihre Umwelt-, Sozial- und Wohnungspolitik Vorbildliches geleistet. GR. Forster erinnerte in diesem Zusammenhang an die sozialen Dienste, an die Aktion „Schau auf dich“, an die Aktion „Umweltbewußtes Einkaufen“, an die Einrichtung des Instituts für Umweltmedizin und vieles mehr.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) meinte ebenfalls, daß die Gesundheitspolitik eine Frage der gesamten Stadtpolitik sei, und ihr höherer Stellenwert als bisher zugeordnet werden müsse. Auch er sprach davon, daß die Zusammenarbeit beim Zustandekommen der Deklaration hervorragend war. Rasinger trat für eine vernünftige Aufteilung der allgemeinen und der persönlichen Verantwortung für die Gesundheit ein. Er bekannte sich zu Chancengleichheit, zu Mitverantwortung und Mitbestimmung, aber auch zur Zusammenarbeit aller Institutionen im Sinne einer integrierenden Gesundheitspolitik. Dazu müssen die Bürger entsprechend informiert werden. Es müßte auch grundsätzlich der ambulante Bereich gefördert werden. Als Ziele nannte Rasinger die Senkung der Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der Krebssterblichkeit, die Förderung von Frühdiagnosen, die Senkung der Raucherzahlen und die Qualitätssicherung von medizinischen Leistungen. Er nannte es „beschämend“, daß bei einem Gesamtbudget der Stadt für Gesundheit von 16 Milliarden Schilling und einem ähnlich hohen Budget der Wiener Gebietskrankenkasse insgesamt nur 10 Millionen Schilling für Gesundenuntersuchungen aufgewendet werden.

Forts. von Blatt 188

Forts. auf Blatt 190

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) sagte, daß Wien sich am Übergang von der Krankenversorgung zur Gesundheitsförderung befinde und daß diese Politik vor allem die Einbeziehung der Bürger und die Entwicklung eines gesundheitsbewußten Verhaltens verlange. Ein besonderes Problem der gesamten Gesundheitspolitik seien die Kinder, für die Lebensraum erhalten und geschaffen werden muß, und physisch belastende Faktoren wie fehlender Bewegungsraum, schlechte Ernährung oder mangelnde Umweltqualität zu beseitigen sind. Die Sicherung der materiellen Existenz der Familien und eine entsprechende Elternschulung sind dabei vorrangige Aufgaben.

Stadtrat Dr. STACHER verwies in seinem Schlußwort darauf, daß bereits einige Initiativen als Folge dieses Projektes „Gesunde Stadt“ gesetzt wurden, und Wien im Gesundheitswesen in vielen Bereichen eine internationale Vorreiterrolle einnehme. Zur Gesundenuntersuchung sagte Stacher, daß laut einer Umfrage 53 Prozent der Wiener einmal jährlich zum Arzt gehen, ohne daß ihnen etwas fehlt. Diese Zahlen müßten bei der Gesamtbetrachtung der Gesundenuntersuchungen berücksichtigt werden. Er dankte allen für die Zusammenarbeit und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Zusammenarbeit auch dann besteht, wenn es um die Verwirklichung konkreter Ziele geht.

ABSTIMMUNG: Die Deklaration „Wien — Gesunde Stadt“ wurde einstimmig beschlossen.

Flächenwidmungsplan

Gemeinderat HAAS (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für ein 21 Hektar großes Gebiet am südlichen Rand des 10. Bezirkes aufzuheben und neu festzulegen. GR. FUCHS (ÖVP) bemängelte in seiner Wortmeldung, daß die Bezirksmandatare ohne eingehende und umfassende Information über den Bevölkerungswillen abstimmen müssen, da die öffentliche Einsicht erst nach Abstimmung in der Bezirksvertretung erfolge. Tatsächlich sei es im Rahmen der Einspruchsfrist zu einer Welle der Proteste der Anrainer gekommen. Er stelle daher den Antrag auf Änderung der Bauordnung, in der das Verfahren für die Neufestsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen geregelt ist.

GR. GAAL (SPÖ) entgegnete, daß bei der Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes der formal richtige Weg gewählt worden ist. In einer Vielzahl von Gesprächen wurden die Bezirksmandatare und die Bevölkerung frühzeitig informiert, so daß es zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Stadtverwaltung gekommen ist. Er sehe daher keinen Anlaß, von der bisherigen Vorgangsweise abzugehen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der Änderungsantrag der ÖVP wurde zugewiesen.

Kulturzentrum Spittelberg

GR. Margarete DUMSER (SPÖ) beantragte die Förderung von selbstverwaltenden Kommunikationszentren und von Gruppen im Alternativbereich sowie von alternativen Projekten mit einem Rahmenbetrag von 4.318.000 Schilling.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) kritisierte die Tätigkeit des Vereins Kulturzentrum Spittelberg, der das Kommunikationszentrum Amerlinghaus führt. Das Amerlinghaus wirke verwahrlost, die Programmgestaltung sei sehr unregelmäßig, ein Großteil des Budgets werde für Personalkosten verwendet, nur ein geringer Teil für Projekte. Darüber hinaus gebe es im Antrag keine Information über die Tätigkeit des Vereins.

Forts. von Blatt 189

Forts. auf Blatt 191

GR. PROCHASKA (ÖVP) schloß sich der Kritik von GR. Landauer an und bezeichnete das Amerlinghaus als Ort, an dem „demokratiefeindlichen Fragwürdigkeiten“ Raum gegeben werde. Die SPÖ unterstütze damit auch Gruppierungen, die durchaus förderungswürdige Aktivitäten wie Ausländer-, Kinder- und Altenbetreuung in ein schlechtes Licht brächten.

Sowohl GR. Landauer wie auch GR. Prochaska beantragten eine getrennte Abstimmung.

GR. FAYMANN (SPÖ) führte zunächst an, daß im gemeinsamen Tätigkeitsbericht für den Alternativbereich auch das Amerlinghaus ausreichend vertreten sein werde. Anschließend sagte Faymann, er bekenne sich zu dem Grundsatz, Alternativgruppen und Initiativen zu unterstützen, die in ihrer Programmatik unbequem seien und nicht immer mit gängigen Meinungen übereinstimmen. Man müsse gerade im Umgang mit diesen Gruppen vor Intoleranz und Restriktion warnen. Im übrigen wies Faymann auf die Konsolidierung der Arena und die Erfolge anderer Alternativgruppen hin.

ABSTIMMUNG: Die Förderung für das Kulturzentrum Spittelberg in der Höhe von 2,25 Millionen Schilling wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, die Förderungssumme für die Arena und eine Reihe kleinerer Gruppen in der Höhe von 2,068 Millionen wurde einstimmig angenommen.

Verkauf Palais Harrach

GR. HAAS (SPÖ) beantragte die Zustimmung zum Verkauf des Palais Harrach an die Oskar Josef Schmidt GesmbH. um 62 Millionen Schilling. Damit soll ein bereits erfolgter Gemeinderatsbeschuß aus dem vergangenen Jahr wiederholt werden. Das ist notwendig, weil der Käufer eine Frist zur Zahlung des Kaufpreises versäumt hat.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete den Vertragsabschluß als problematisch. Es habe neben Schmidt auch einen anderen Interessenten — Kallinger — gegeben, der jedoch nicht zum Zug gekommen sei. In letzter Zeit seien noch weitere Bewerber, darunter eine große Bank, in Erscheinung getreten, die durchaus in der Lage gewesen wären, das Palais zu revitalisieren. Obwohl Schmidt entscheidende Vertragsbedingungen nicht eingehalten habe und der Vertrag damit geplatzt sei, soll nun neuerlich ein Zustandekommen des Vertrages mit ihm erreicht werden. Der Hintergrund dafür sei ihm, Pawkowicz, nicht einsichtig. Weil es mit anderen Interessenten gar keine Verhandlungen gab, halte auch das Argument nicht, daß allein Schmidt einen Sanierungsplan vorgelegt habe.

GR. NEUMANN (ÖVP) stellte fest, daß das Palais aus dem 17. Jahrhundert schon 1987 um 62 Millionen Schilling hätte verkauft werden sollen. Ein Wiener Baumanager legte Kaufangebot und Kreditpromesse vor. Wenn der Vertrag damals zustandegekommen wäre, hätte die Stadt Wien inzwischen bei sieben Prozent Zinsen 5,9 Millionen verdient, und das Gebäude wäre bereits weitgehend saniert. Schmidt sei ein guter Freund von Udo Proksch und Bürgermeister Zilk, und dieser habe bei der städtischen Liegenschaftsabteilung für Schmidt intervenieren lassen mit dem Hinweis, daß dieser für eine besonders gelungene Revitalisierung stehe. Doch Schmidt lasse auch das Palais Kinsky verfallen, während Zilk die Grundstückstransaktion mit Hilfe des Notverordnungsparagraphen möglich gemacht habe. Obwohl der Kaufpreis noch nicht bezahlt war, habe Wien bereits auf die Einhebung der Mieten mit dem Übergabetag 1. Oktober 1988 verzichtet. Wir fürchten, sagte Neumann, daß Schmidt seinen Verpflichtungen nicht nachkommen und der Gemeinderat sich in einem Jahr mit dieser Angelegenheit wieder befassen werde. Wenn nämlich bis dahin die Sanierung nicht stattgefunden hat, ist die Stadt Wien verpflichtet, das Palais wieder zurückzukaufen.

Forts. von Blatt 190

Forts. auf Blatt 192

Forts. von Blatt 191

GR. FAYMANN (SPÖ) meinte, nur deshalb, weil die ÖVP gegen einen Käufer auftritt, müsse dieser noch lange kein Freund des Bürgermeisters sein. Kallingers Vorschlag für eine Finanzierung des Kaufs sei von zwei Zahlungstranchen ausgegangen, wovon die erste 19 Millionen betragen hätte. Der Vorwurf des Zinsenverlustes von 5,9 Millionen bestehe daher nicht zurecht. Über die Frage der Zinsen, für deren Zahlung sich Schmidt für den Fall einer später als der vereinbarten Kaufpreiserlegung verpflichtet hat, sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Kallinger habe im Palais Harrach einen Hotelbetrieb einrichten wollen, im Zentrum des Schmidt-Projektes stehe ein Museum für Gegenwartskunst. Dieses sei eine kulturelle Bereicherung der Stadt. Versehen mit Datum aus jüngster Zeit legte Faymann Briefe der Donaubank und der Allianz-Versicherung vor, die die Finanzierung sicherstellen wollen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) meinte, am 26. November habe der Klubobmann der SPÖ einen Brief eines Notars vorgelegt, wonach der Kaufpreis bereits hinterlegt sei. Doch dieser Brief finde sich ebenso wenig im Akt wie die Finanzierungsgarantien aus jüngster Zeit. Der gesamte Vorgang sei rechtswidrig. Für das Palais gelten andere Denkmalschutzbestimmungen, und der Bescheid des Bundesdenkmalamtes sei daher nichtig. Das Veräußerungsverbot sei wertlos, denn Schmidts Gläubiger können davon unbetroffen über Schmidt den Konkurs eröffnen, und das Palais als Teil der Konkursmasse wäre dem Zugriff der Stadt Wien entzogen. Für das Palais Harrach bestehe größtes Risiko, denn es werde seit 1975 „gerettet, aber wie lange hält das ein Palais aus?“.

Stadtrat Edlinger betonte, daß die Bekanntschaft mit einem hohen Repräsentanten der Stadt kein Auswahlkriterium für den Verkauf des Palais Harrach sei. Das Gebäude stehe an einen prominenten Platz, sei kulturell wertvoll und soll nun saniert werden. Der Käufer garantiere den Denkmalschutz, und mit seinem Plan eines Art-Centers stehe das Palais auch der Wiener Bevölkerung zur Verfügung. Die Erhaltung der Bausubstanz und die Revitalisierung werden am besten in dem Konzept des Käufers Oskar Schmidt verwirklicht. Die beiden Briefe über die Finanzierungsgarantie konnten noch nicht dem Akt beigelegt werden, weil sie erst am Donnerstag eingelangt sind. Mit dieser Finanzierungsgarantie sei sichergestellt, daß es für die Stadt Wien kein Risiko gebe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Tarifsenkung bei Gas und Strom

Stadtrat HATZL (SPÖ) stellte den Antrag auf Tarifsenkung für Gas und Strom rückwirkend mit 1. Jänner bis Ende Juni 1989.

GR. STRATIL (ÖVP) gab bekannt, daß die Volkspartei den Anträgen zustimmen werde, er habe aber den Eindruck, daß die Stadtwerke bei der Tarifsenkung eine „Greislerpolitik“ betreiben. Statt die eigene Kalkulation zur Senkung der Tarife heranzuziehen, orientiere man sich am Beispiel der Nachbarn. Der Kubikmeterpreis bei Gas werde lediglich um 2,82 Prozent gesenkt. Bereits im Vorjahr habe die ÖVP eine Gaspreissenkung um zehn Prozent begründet verlangt.

Auch die Senkung des Stromtarifs um lediglich einen Groschen pro Kilowattstunde erscheine zu gering. Es stelle sich die Frage, ob es bei günstiger Wasserführung der Wasserkraftwerke nicht besser wäre, Billigstrom zuzukaufen. Bei der Stromzukaufspolitik der Stadtwerke sei ein Umdenken nötig; Billigstrom zuzukaufen sei sowohl wirtschaftlicher als auch umweltfreundlicher.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) verwies darauf, daß derzeit eine Tarifreform erarbeitet werde, die sich sicher zum Wohl der Konsumenten auswirken werde. Man könne nicht von einer „Greislerpolitik“ sprechen. Daß die jetzige Tarifsenkung nicht schon mit 1. Dezember durchgeführt werden konnte, hänge

Forts. auf Blatt 193

damit zusammen, daß Tarifänderungen an langfristige Verträge gekoppelt seien. Außerdem finden die hohen Umweltschutzinvestitionen in der Preiskalkulation ihren Niederschlag. Ein nationaler und internationaler Preisvergleich zeige aber, daß die Wiener Tarife sehr günstig seien.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Bestattungsanlagen, Friedhofsgärtnerei

GR. HUFNAGL (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Tarife für Bestattungsanlagen sowie der Preise der Städtischen Friedhofsgärtnerei.

GR. ZEIHSEL (FPÖ) meinte, daß die Preiserhöhungen deutlich über den Teuerungsraten liegen und die Personalkosten den Sachaufwendungen davonlaufen. Dennoch bieten die Friedhöfe zum Teil ein verwahrlostes Bild, wie auch am Beispiel des Ehrengrabes von Helmut Qualtinger zu erkennen sei. Eine Privatisierung der Friedhofsgärtnerei halte er für gerechtfertigt. Den Erhöhungen werde die FPÖ nicht zustimmen.

GR. Rosemarie WALLNER (ÖVP) sagte, daß die Abgänge der städtischen Friedhofsgärtnerei in den letzten vier Jahren 75 Millionen Schilling betragen haben. Trotz Gebührenerhöhungen habe sich in den letzten Jahren nichts geändert, das Heranziehen von Blumen sei teurer als im Einzelhandel. Wallner forderte die Privatisierung der Friedhofsgärtnerei.

GR. DAMPIER (SPÖ) verwies darauf, daß die Preise privater Gärtnereien deutlich über jenen der städtischen Friedhofsgärtnerei liegen, die drei Viertel der Wiener Gräber betreut. Dampier sagte ferner, daß die FPÖ im Gemeinderatsausschuß ein anderes Stimmverhalten gezeigt habe.

GR. HUFNAGL (SPÖ) betonte, daß die Erhaltung von Ehrengräbern den Hinterbliebenen und nicht der Stadt Wien obliege.

ABSTIMMUNG: Die Erhöhung der Friedhofsgebühren sowie der Entgelte der Friedhofsgärtnerei wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Hundesteuer

Berichterstatte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) stellte den Antrag, die Verordnung zu genehmigen, mit der die Abgabe für die Hundehaltung geändert werden soll, und zwar von 400 auf 600 Schilling im Jahr für den ersten Hund, und 900 Schilling für jeden weiteren.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) forderte die Zweckbindung der Hundeabgabe für die Lösung von Problemen, die durch die Hundehaltung in der Großstadt entstehen, u.a. für die gezielte Straßen- und Parkreinigung von Hundekot. Durch die Erhöhung der Gebühren sei zu befürchten, daß sich Hundebesitzer auf einen Justamentstandpunkt stellen und die Toleranz der Mitmenschen noch mehr auf die Probestellen werden. Weiters forderte sie, nicht die 60.000 Hundebesitzer, die ihre Hundeabgabe bezahlen, zu strafen, sondern der rund 40.000 „Hundesteuerflüchtlinge“ habhaft zu werden.

GR. Mag. KARL (ÖVP) wandte sich gegen das rückwirkende Inkrafttreten der Erhöhung mit 1. Jänner 1989 und vertrat die Ansicht, die Erhöhung werde die Armen und die Alten am härtesten treffen. Auch er forderte eine Zweckbindung der Abgabe, da dies das Problembewußtsein der Hundehalter fördern würde.

GR. SRAMEK (SPÖ) erklärte, daß die Korrektur von 400 auf 600 Schilling gerechtfertigt sei und auch die Tierschutzorganisationen zugestimmt hätten.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) bezeichnete in seinem Schlußwort die Zweckbindung von Steuern als unzweckmäßig, da die Einnahmen entweder zu gering sind und daher ihr Ziel verfehlen oder zur Verschwendung verlocken.

Forts. von Blatt 192

Forts. auf Blatt 194

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

Wiener Bezirksmuseen

GR. STEINBACH (SPÖ) beantragte, eine Subvention von 2,1 Millionen Schilling für die Wiener Bezirksmuseen zur Verfügung zu stellen.

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) sagte, angesichts der Bedeutung der Bezirksmuseen sollte dieser Betrag erhöht werden. Damit könnte man die weitere Ausgestaltung zu lokalen Kulturzentren finanzieren. Gintersdorfer schlug vor, im Voranschlag 1990 entsprechende Vorsorge zu treffen.

GR. STRANGL (SPÖ) wies auf die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit der Leiter der Bezirksmuseen hin. Strangl betonte auch, daß die Bezirksmuseen mit der Dokumentation der lokalen Geschichte, vor allem aber auch der Arbeitswelt wichtige pädagogische Arbeit leisten. Als besondere Attraktion im Bereich der Bezirksmuseen bezeichnete Strangl das Circus- und Clownmuseum im 2. Bezirk.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Sitzung endete um 18.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 193

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien, Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 30. Jänner 1989

Blatt 195

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Wien in alten Ansichtskarten“ (196/FS: 28.1.)
- Großer Faschingsumzug zum Kalvarienberg (198)
- 20 Jahre Heizbetriebe Wien GmbH. (199)
- ÖVP für Verbesserungen im Schnellbahnverkehr (200)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing (197)
- Am Sonntag Gersthofer Faschingszug (197)
- Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt (197)

Kultur:

- Hans Moser-Nachlaß für Wiener Stadt- und Landesbibliothek (196/FS: 29.1.)

„Wien in alten Ansichtskarten“**Band „Wieden, Margareten und Favoriten“ erschienen**

Wien, 28.1. (RK-LOKAL) In der vom Verlag Europäische Bibliothek (Zaltbommel, Holland) verlegten Reihe „Wien in alten Ansichtskarten“ ist nach den Ausgaben über die Innere Stadt, Landstraße und Simmering, Meidling und Liesing, Döbling und Währing, der fünfte Band „Wieden, Margareten und Favoriten“ erschienen.

Wie es seinerzeit, vor 60, 80 oder 100 Jahren in diesen Bezirken ausgesehen hat, zeigen 43 Ansichtskarten von der Wieden, 45 aus Margareten und 33 aus Favoriten. Dr. Wolfgang MAYER vom Wiener Stadt- und Landesarchiv hat die Geschichte dieser drei Bezirke in kurzen Abrissen festgehalten und zu den einzelnen Ansichtskarten informative Bilderklärungen verfaßt. Der Band ist zum Preis von 220 Schilling im Buchhandel erhältlich.

Besonders reizvoll ist es, wenn man die alten Ansichten mit dem heutigen Stadtbild vergleicht. Dem Büchlein „Wieden, Margareten und Favoriten“ sollen noch sieben weitere Bänden in dieser Reihe folgen. Noch heuer werden „Josefstadt und Alsergrund“ sowie „Hietzing und Schloß Schönbrunn“ erscheinen. (Schluß) am/rr

Bereits am 28. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

**Hans Moser-Nachlaß
für Wiener Stadt- und Landesbibliothek**

Wien, 29.1. (RK-KULTUR) Der Wiener Stadt- und Landesbibliothek ist es gelungen, den Gesamtnachlaß von Hans MOSER, des wohl bekanntesten und populärsten Wiener Volksschauspielers, zu erwerben. Diese wertvolle Bereicherung ihrer Bestände versetzt die Bibliothek in die glückliche Lage, den künstlerischen Werdegang Hans Mosers ausführlich und fast lückenlos zu dokumentieren. Nach der entsprechenden Aufarbeitung wird der Nachlaß allen Interessierten für wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung stehen.

Hervorzuheben sind vor allem die Dokumente, die Hans Mosers schauspielerische Lehrjahre zu Beginn unseres Jahrhunderts beleuchten, sowie das reiche Bildmaterial, das im Nachlaß enthalten ist. (Schluß) gab/rr

Bereits am 29. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing

Wien, 30.1. (RK-BEZIRKE) Ein 17 Hektar großes Wohngebiet östlich des Lainzer Pflegeheimes, das mit um 1900 errichteten Einfamilienhäusern und einer städtischen Reihenhauanlage des Architekten Scharfelmüller verbaut ist, soll einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan-Nr. 6109) erhalten. Das Plangebiet zwischen Jagdschloßgasse, Waldvogelstraße, Versorgungsheimstraße und Wolkersbergenstraße ist stark durchgrünt. Die zu den einzelnen Wohneinheiten gehörenden kleinen Gartenflächen bilden zusammen einen bedeutenden Grünraum. Bei der Planung stehen daher folgende Ziele im Vordergrund: die Erhaltung des Erscheinungsbildes der wertvollen **Bebauung, der Grünräume und der charakteristischen Straßenräume** sowie die Sicherung von öffentlichen und privaten Grünflächen. Der Entwurf liegt vom 2. Februar bis 2. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/gg

Am Sonntag Gersthofer Faschingszug

Wien, 30.1. (RK-BEZIRKE) „Währing im Wandel der Zeit“ ist das Motto des heurigen „Gersthofer Faschingszuges“ am Faschingsonntag, 5. Februar, ab 14 Uhr. Der von der Währinger Faschingsgilde organisierte Umzug beginnt im Bereich Cottagegasse/Gentzgasse und führt über die Gentzgasse zur Gersthofer Straße auf den Bischof-Faber-Platz. Hier ist auch für Erfrischungen und musikalische Unterhaltung gesorgt.

Der Umzug ist Höhepunkt des Währinger Faschingstreibens. Jung und alt sind zum Mitmachen oder Zuschauen herzlichst eingeladen. Gute Ideen und gute Laune sind bei dem närrischen Treiben gerne gesehen. Anmeldungen zur Teilnahme bei: Max Lintner, Konditorei in der Gersthofer Straße, Telefon 47 61 41. (Schluß) end/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt

Wien, 30.1. (RK-BEZIRKE) Kommenden Donnerstag, den 2. Februar, um 15 Uhr, findet eine Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt im Haus der Begegnung, 22, Schrödingerplatz 1, statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Sachkredite für die Straßenbeleuchtung, Pensionistenklubs und Instandhaltung von Straßen. (Schluß) smo/gg

Großer Faschingsumzug zum Kalvarienberg

Wien, 30.1. (RK-LOKAL) Der Fasching neigt sich seinem Höhepunkt zu, und am kommenden Sonntag, dem 5. Februar, findet der schon traditionelle große Faschingsumzug zum Kalvarienberg in Hernals statt. Treffpunkt ist — bei jedem Wetter — am Diepoldplatz um 14.30 Uhr, von dort setzt sich der Zug um 15 Uhr in Bewegung. (Schluß) red/rr

20 Jahre Heizbetriebe Wien GmbH.

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Am 22. Jänner 1969 wurden die Heizbetriebe Wien gegründet. Aus Anlaß des 20jährigen Bestandsjubiläums fand Montag ein Festakt im Wiener Rathaus statt, an dem Stadtrat Johann HATZL, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Heinrich HORNY, die Direktoren der HBW Dipl.-Ing. Anton WISCHINKA und Dkfm. Dr. Bruno JANCIK sowie unter den vielen Ehrengästen auch zahlreiche Abgeordnete des Wiener Landtages teilnahmen.

In ihrem 20jährigen Bestehen haben die HBW sowohl die Länge ihres Leitungsnetzes wie auch die Anzahl der mit Fernwärme versorgten Wohnungen verzehnfacht. Heute ist das Leitungsnetz fast 300 Kilometer lang, mehr als 90.000 Wohnungen sind angeschlossen. Diese Entwicklung ist auch im internationalen Vergleich sehr schnell, in keiner anderen Großstadt hat sich die Fernwärme in so verhältnismäßig geringer Zeit so stark durchgesetzt. Energiestadtrat Johann Hatzl erinnerte in seiner Ansprache daran, daß die HBW damit zu jenen gehören, die in Wien am meisten für den Umweltschutz tun: Die Fernwärme hat Wien die Verbrennung von Millionen Tonnen Heizöl erspart, was sowohl für die Luftqualität als auch volkswirtschaftlich gesehen von immenser Bedeutung ist. Allein die Kraft-Wärme-Kupplung im Kraftwerk Simmering hat seit ihrem Bestehen, seit 1979, die Verbrennung von einer halben Million Tonnen Heizöl erspart. Mit der Inbetriebnahme der neuen Kraft-Wärme-Kupplung im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau konnten die letzten Blockheizwerke der HBW stillgelegt werden. Auch die thermische Nutzung des Mülls erspart der österreichischen Volkswirtschaft den Import großer Mengen Erdöl und ist durch die Verwendung modernster Filtertechnik wesentlich umweltfreundlicher als die Wärmeerzeugung in Einzelöfen.

Nicht zu vergessen ist, daß die Fernwärme in Wien rund 13.000 Arbeitsplätze sichert. In den letzten 20 Jahren haben die Heizbetriebe mehr als neun Milliarden Schilling investiert. (Schluß) roh/rr

ÖVP für Verbesserungen im Schnellbahnverkehr

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch der Wiener ÖVP sprachen sich Montag Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und die Gemeinderäte Mag. Dipl.-Ing. Roderich REGLER und Hofrat Mag. Robert KAUER für Verbesserungen des Schnellbahnverkehrs in Wien aus. Am 1. Juli werde eine langjährige Forderung der ÖVP nach Schließung des westlichen S-Bahn-Ringes durch die Verlängerung der S 3 erfüllt, die derzeit zwischen Hollabrunn und Meidling verkehrt, und künftig über die Verbindungsbahn zum Westbahnhof geführt wird. Nun sollte umgehend mit dem Bund ein Abkommen über die Schaffung zweier provisorischer Stationen in Speising sowie in der Hietzinger Hauptstraße geschlossen werden.

Nach Meinung der ÖVP sollten bei der Vorortelinie die Stationen Unterdöbling (bei der Döblinger Hauptstraße) und Baumgarten wiederhergestellt werden, da dadurch der Verkehrswert der S 45 wesentlich gesteigert werden könnte. Weitere Forderungen der ÖVP sind das Halten aller ausfahrenden Schnellzüge in Meidling und Hütteldorf, die Schließung des nördlichen und südlichen Schnellbahnringes und eine attraktivere Schienenverbindung zum Flughafen Wien-Schwechat. Kritisiert wurde das Fehlen geeigneter Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken: Man vermisse eine gesetzliche Regelung, wie sie auch von den ÖBB begrüßt werden würde. Es gelte auch, eine Reduktion des Quietschens in engen Kurven zu erzielen.

Privatisierung von Gemeindewohnungen

Wie Stadtrat Busek sagte, zeigen Umfragen, daß eine Mehrheit der österreichischen Bevölkerung im Eigentum wohnen möchte. Daher sollte auch in Wien im Rahmen des neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes die Möglichkeit geschaffen werden, Gemeinde-, Miet- und Genossenschaftswohnungen ins Eigentum zu übertragen. Jene Mieter, die dies wünschen, sollten dies nach 10 Jahren auf freiwilliger Basis tun können, wobei sich der Verkaufspreis am Verkehrswert, abgemindert um einen bestimmten Faktor, der eigene Investitionen berücksichtigen würde, orientieren könnte. (Schluß) ull/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Dienstag, 31. Jänner 1989

Blatt 201

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schirmer: Will FPÖ kommunale Märkte? (202/FS: 30.1.)
- Edlinger: Zuerst Wohnungsverorgung der Ärmeren sichern (203/FS: 30.1.)
- Stadt Wien bereitet gemeinsam mit dem Bund EXPO-Enquete vor (204/FS: 30.1.)
- Tandler-Medaille für soziales Engagement (206)
- Samstag Faschingszug über den Ring (207)
- Buch „Wohnen in der Stadt — Ideen für Wien“ erschienen (208)
- Neues Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz fertig (209/210)
- Grippewelle in Wien (211)
- Mayr: Kostensenkung als wichtigstes Ziel des neuen Wohnbauförderungsgesetzes (212)

Sport:

- 6./7. Februar: Anmeldungen für Semesterskifahrten (205)
- Verleihung von Sportehrenzeichen (205)

Schirmer: Will FPÖ kommunale Märkte?

Bereits am 30. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) „Ich habe auf eine Aussendung der Wiener FPÖ bereits im September erklärt, daß ich dort für Strukturkonzepte bin, wo sie notwendig sind. Ich habe mich aber auch damals schon gegen künstliche, dirigistische Eingriffe in Strukturen, wie es die Wiener Märkte sind, ausgesprochen. Auch diesmal muß ich der Wiener FPÖ-Gemeinderätin KARIOTIS wieder sagen, daß das von ihr geforderte umfassende Konzept für die Wiener Märkte nicht notwendig ist, weil diese funktionieren und auch kurzfristig — etwa mit temporären Märkten — jeweils rasch auf Bedürfnisse der Bevölkerung reagiert werden kann“. Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des FPÖ-Presse Dienstes. Allerdings brauche es zum Funktionieren der Märkte auch das Interesse und die Bereitschaft der Handels- und Gewerbetreibenden, am Marktgeschehen teilzunehmen.

Zu den Aktivitäten auf dem Sektor Märkte betonte Schirmer, daß z. B. derzeit ein Antrag des 14. Bezirks auf Durchführung eines temporären Markts in der Nähe der S-Bahn-Station Breitensee überprüft wird. Mit der Bezirksvorstehung der Brigittenau gibt es Gespräche, um im Einvernehmen mit ansässigen Marktparteien des Hannovermarktes zusätzlich einen Bauernmarkt zu installieren. Für die neugestaltete Freyung wird ebenfalls die Möglichkeit eines Marktes diskutiert.

„Ich bin natürlich gerne bereit, falls Bezirksvertretungen — in denen ja auch die FPÖ vertreten ist — den Wunsch nach temporären Märkten haben, von der Stadt aus die Grundlage dafür zu schaffen. Es bedarf aber klarerweise auch des Interesses der Handels- und Gewerbetreibenden, um Märkte entstehen zu lassen — oder würde Gemeinderätin Kariotis überraschenderweise kommunale Märkte, Märkte, die von der Stadt selbst durchgeführt werden, bevorzugen?“, fragte Schirmer. Die Konsumentenstadträtin wies auch darauf hin, daß bei den bisher ausgewerteten Nahversorgungserhebungen die Zufriedenheit mit der Nahversorgung außerordentlich groß — jeweils um 80 Prozent — war, und keine Wünsche (ausgenommen im 9. Bezirk von 2,6 Prozent der Teilnehmer/innen) nach zusätzlichen Märkten geäußert wurden.

Auf den Wiener Märkten werden selbstverständlich auch die notwendigen Instandsetzungen, von der Infrastruktur bis zur Oberflächeninstandsetzung, entsprechend den vorhandenen Budgetmitteln, durchgeführt. Die Wiener Märkte sind ein beliebtes und attraktives Einkaufsgebiet, sie krankzujammern, ist eine falsche Taktik, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/gg

Edlinger: Zuerst Wohnversorgung der Ärmern sichern

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Die Eigentumsübertragung von Gemeindewohnungen ist so lange kein Thema, als die Wohnversorgung für alle Wiener, auch die ärmeren, nicht sichergestellt ist.“ Dies erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ zur Forderung von ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK. Edlinger weiter: „Derzeit warten rund 20.000 Menschen auf die Zuweisung einer Gemeindewohnung. Durch eine Eigentumsübertragung würde diese Zahl sprunghaft ansteigen, da wir kaum mehr Wohnungen zur Wiedervermietung freibekommen.“ (Schluß) ah/gg

Bereits am 30. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Stadt Wien bereitet gemeinsam mit dem Bund EXPO-Enquete vor

Bereits am 30. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bekanntgab, bereitet die Stadt Wien gemeinsam mit dem Bund eine zweitägige Enquete vor, die sich Anfang April mit dem komplexen Aufgabenbereich dieser gemeinsamen Weltausstellung Wien-Budapest beschäftigen soll.

Werkstattartig sollen dabei verschiedene Arbeitsgruppen die Themenbereiche

- Philosophie und Inhalt der EXPO (Themen und Subthemen, Ideen einer „anderen Weltausstellung“),
 - Stadtentwicklung und Stadtgestaltung („Wien im Aufbruch“, Vernetzung laufender Planungen parallel zur und im Hinblick auf die Weltausstellung)
 - Ökonomische Rahmenbedingungen und Prämissen der EXPO (Städtekonkurrenz, Umwegrentabilitäten, Prognosen und Szenarien)
 - Stil und Gestaltung der EXPO (nicht auf der Ebene von Architektur, sondern im Hinblick auf das Gesamtimage der Stadt)
 - Medien und Marketing
- behandeln.

Die Enquete soll in Werkstattform unter Teilnahme von Meinungsbildnern aus Kultur, Wirtschaft, Medien und anderen Gebieten durchgeführt werden und Startschuß für eine ganze Reihe von Veranstaltungen sein, die sich bis hin zum Jahre 1995 in verschiedensten Bereichen mit dem Thema EXPO 95 befassen werden. (Schluß) lf/rr

6./7. Februar: Anmeldungen für Semesterskifahrten

Wien, 31.1. (RK-SPORT) In Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis führt das Sportamt der Stadt Wien auch heuer wieder in den Semesterferien täglich Kinder- und Jugendskifahrten im Rahmen der Aktion „Fahrt zum Schnee“ durch.

Von 13. bis 17. Februar fahren die Busse (Abfahrt Rathausplatz) in die schönsten Skigebiete in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt.

Skikursteilnehmer zahlen pro Tag 90 Schilling, Begleitpersonen 130 Schilling. Anmeldungen sind am 6. und 7. Februar von 15 bis 19 Uhr im Sportamt der Stadt Wien, 1010 Wien, Ebendorferstraße 4, möglich. Es können sowohl Einzeltermine als auch alle Termine gemeinsam gebucht werden. Weitere Auskünfte erteilt das Sportamt unter der Telefonnummer 42 800/2799 oder 2733. (Schluß) hof/rr

Verleihung von Sportehrenzeichen

Wien, 31.1. (RK-SPORT) Im Steinernen Saal des Rathauses werden am Donnerstag, dem 2. Februar, um 10 Uhr Ehrenzeichen der Stadt Wien an verdiente Sportler und Funktionäre überreicht. Ausgezeichnet werden der 100fache Basketball-Internationale Ing. Erich TECKA, weiters Andreas DOBIAS und Gerhard PRACSER, die bei der vergangenen Sportkegler-WM die Silbermedaille im Paarbewerb errangen, sowie die Funktionäre Dr. Horst EHMTSEN (Landhockey), Franz HAUKWITZ (Radboll) und Otto SEIDL (Sportkegeln).

Die Sportehrennnadel und Ehrenurkunde der Landessportorganisation Wien erhält Elisabeth SCHMIDT (Turnen). Die Ehrungen nimmt Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL vor. (Schluß) hof/rr

Tandler-Medallien für soziales Engagement

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medallien der Stadt Wien in Silber überreichte Montag nachmittag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL an Kommerzialrat Karlheinz ESSL, Regierungsrat Martha FRÜHWIRT, Prior Gregor OBERGUGGENBERGER und Ruth WONDER. Smejkal unterstrich in ihrer Laudatio das außerordentliche soziale Engagement der Geehrten, das vielen Menschen Hilfe und Freude gebracht habe.

Es gebe verschiedenste Möglichkeiten, Mitmenschen zu helfen, sagte Smejkal, wie das Beispiel des Inhabers der Firma „bau-max“, Kommerzialrat Karlheinz Essl, zeige, der seit Jahren an der Adventaktion am Rathausplatz mit großzügigen Spenden beteiligt sei und vor zwei Jahren das „Schömer Humanprogramm“ mit dem Ziel, behinderten Menschen ihr Leben zu erleichtern, ins Leben gerufen habe.

Regierungsrat Martha Frühwirt hat 1979 eine Selbsthilfeorganisation für krebserkrankte Frauen gegründet und hat sich um die Stützung der Selbsthilfekräfte im sozialen und gesundheitlichen Bereich wesentliche Verdienste erworben.

Prior Pater Oberguggenberger ist seit über dreißig Jahren in der Pfarre Rossau-Servitenkloster vor allem im Dienste alter und kranker Menschen und Kinder tätig.

Ruth Wonder rief eine Ferienaktion für schwerstbehinderte Jugendliche ins Leben, gründete zwei Behindertenwohngemeinschaften, den Verein Balance und initiierte ein Wohnheim für pflegeabhängige junge Menschen. (Schluß) jel/gg

Samstag Faschingszug über den Ring

Wien, 31.1. (RK-LOKAL) Bereits zum siebenten Mal findet am kommenden Samstag, dem 4. Februar, der Faschingsumzug der Wiener Wirtschaft statt. Rund 60 Gruppen mit mehr als 1.000 Aktiven aus Österreich, der Schweiz, Deutschland und Jugoslawien werden sich ab 12 Uhr zwischen dem Dr.-Karl-Lueger-Platz und dem Schwarzenbergplatz formieren. Der Umzug beginnt um 13.30 Uhr am Schwarzenbergplatz und endet gegen 15.30 Uhr am Rathausplatz, wo die Teilnehmer von Vizebürgermeister Hans MAYR zu einem Cocktailempfang im Festsaal des Wiener Rathauses eingeladen werden. Als Höhepunkte des heurigen Umzuges gelten das Politthema „Glasnost von West bis Ost“, die größte Traube der Welt, eine Oldtimer-Gruppe sowie eine schwungvolle Sambaformation. Im Zuge dieser närrischen Veranstaltung kommt es auch zu Verkehrssperren: Ab 12 Uhr für den Ring samt Querungen zwischen Dr.-Karl-Lueger-Platz und Schwarzenbergplatz, ab 13 Uhr werden die Straßenbahnlinien „D“, „J“, „1“ und „2“ eingestellt bzw. verkürzt, und gleichfalls ab 13 Uhr wird — dem Zugverlauf folgend — der Ring zwischen Schwarzenbergplatz und Rathaus gesperrt. (Schluß) ull/rr

Buch „Wohnen in der Stadt – Ideen für Wien“ erschienen

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Das soeben erschienene Buch „Wohnen in der Stadt – Ideen für Wien“, das die intensiven Bemühungen der Stadt Wien im Bereich der Stadterneuerung in den letzten Jahren an eigenen Beispielen dokumentiert, präsentierte Dienstag Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und der Präsident der Ingenieur- und Architektenkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Arch. Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, im Pressegespräch des Bürgermeisters. Anhand von revitalisierten und neuerrichteten städtischen Wohnhäusern wollen die Herausgeber – die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland – die vielfältigen und sehr oft auch vorbildlichen Aktivitäten der Stadt in diesem Bereich zeigen.

Zahlreiche Fachleute haben an dieser Dokumentation mitgearbeitet. Ausgehend von den historischen Wurzeln der Stadterneuerung, die bis in die Gründerzeit zurückreichen, zeigt das Buch anhand von Lückenverbauungen im Stadtinneren, daß gerade der kommunale Wohnhausbau schon in der Zwischenkriegszeit durch seine Architektur und Hofgestaltung mehr „Licht, Luft und Sonne“ in die Wohnungen der dicht bebauten Stadtgebiete brachte und damit nicht nur neue architektonische, sondern auch neue politische und soziale Maßstäbe setzte, die höchste internationale Anerkennung fanden und immer noch finden.

Das Buch streift die Zeit der Stadterweiterung nach dem 2. Weltkrieg, die eine gewisse Vernachlässigung innerstädtischer Wohngebiete zur Folge hatte. Schließlich werden die heutigen Bemühungen um die Stadterneuerung sowohl von ihren theoretischen, politischen und sozialen Grundlagen her aufgearbeitet, wie auch an praktischen Beispielen dokumentiert. In diesem Zusammenhang werden die Sanierung von 13 städtischen Althäusern und drei Großwohnanlagen der Zwischenkriegszeit (Karl-Marx-Hof, George-Washington-Hof, Rabenhof) sowie nachträgliche Aufzugseinbauten gezeigt, aber auch bautechnische Probleme der Sanierung abgehandelt. Anhand von elf Neubauten im Stadtinneren aus der jüngsten Zeit sowie von mehreren neueren großen Wohnhausanlagen in den Außenbezirken wird die architektonische Vielfalt des gegenwärtigen kommunalen Wohnbaus gezeigt, vor allem aber auch bewußt gemacht, daß umfassende Stadterneuerung mehr ist als die „sanfte“ Sanierung bestehender Wohnhäuser. Sie besteht ebenso im behutsamen Neubau im Stadtinneren und darüber hinaus in einer Vielzahl von Verbesserungen im Wohnumfeld durch Umwelt- und Verkehrsmaßnahmen oder die Schaffung sozialer oder ökonomischer Infrastruktur.

Das Buch ist 152 Seiten stark, mit 105 Fotos und 172 Darstellungen reich illustriert und im Compress-Verlag erschienen. (Schluß) ah/gg

Neues Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz fertig

Verlängerung der Wohnbauförderung – Mittelkürzung

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Nach Beendigung der Parteiengespräche präsentierte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters die Schwerpunkte des neuen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes. Seit 1988 wurden wesentliche Teile der Wohnbau- und Wohnhaussanierungsförderung vom Bund in die Kompetenz der Länder übertragen. Wien erhält damit die Möglichkeit, mit einer Neuordnung der Wohnbauförderung in Form eines eigenen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (WWFSG) auf die regionalen Bedürfnisse besser eingehen zu können.

Als Randbedingung ist zu berücksichtigen, daß für Zwecke der Wohnbau- und Wohnhaussanierungsförderung aufgrund der Mittelkürzung durch den Bund im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung und einer weiteren Kürzung als Folge der Steuerreform künftig beträchtlich weniger Geld für diese Zwecke zur Verfügung steht. Waren es 1987 noch 6,2 Milliarden Schilling, so sind es heuer nur mehr rund 5 Milliarden Schilling, also um rund 20 Prozent weniger.

Parteiengespräche über neues Gesetz beendet

Dienstag vormittag wurden die Parteiengespräche über das neue Gesetz mit der letzten Sitzung des Unterausschusses des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung beendet. Seit November haben die Vertreter aller drei im Gemeinderat vertretenen Parteien in mehreren Arbeitssitzungen unter Beiziehung von Fachleuten über das neue Gesetz verhandelt. Zweck dieser Verhandlungen war es, möglichst viele Standpunkte zu berücksichtigen und verfügbares Fachwissen zu nutzen. Denn das neue Gesetz soll nun für viele Jahre Grundlage für die Förderung von Wohnhausneubauten und die Sanierung von Häusern und Wohnungen sein.

Schwerpunkte des neuen Gesetzes

Die wichtigste Zielsetzung für das neue Gesetz war, die Wohnkosten bei geförderten Wohnungen in den Griff zu bekommen. Die bisherigen Bundeswohnbauförderungsgesetze 1968 und 1984 hatten im Laufe der Jahre stark steigende Wohnkosten zur Folge. Dies wird durch das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz anders. Die Anfangsmieten werden bei geförderten Neubauwohnungen künftig im Laufe der Jahre nur mehr unwesentlich steigen. Die öffentliche Förderung soll also so gestaltet werden, daß sich Menschen mit durchschnittlichem Einkommen die Wohnungskosten auch ohne Subjektförderung (Wohnbeihilfe) leisten können. Zudem verfolgt das neue Gesetz das mittel- bis langfristige Ziel, daß sich die Wohnkosten nach dem Grundsatz „gleiche Miete für gleiche Wohnung“ entwickeln.

Begrenzung der Wohnkosten

Eines der wesentlichsten Ziele, die Wohnkosten für eine neuerrichtete bzw. neuwertige sanierte Wohnung mit etwa 30 Schilling pro Quadratmeter monatlich (ohne Betriebskosten) zu begrenzen, wird erreicht

1. durch einen großen Freiraum bei der Finanzierung und damit Mobilisierung von privatem Investitionskapital (Ergänzung der Förderungsarten durch Baukostenzuschüsse, nichtrückzahlbare Zuschüsse und Beiträge sowie Sondermodelle),

2. durch eine gezieltere Förderung von Maßnahmen im Zuge einer umfassenden Stadterneuerung (Zuschläge für innerstädtische Kleinbaustellen, besondere Förderung der Blocksanierung, differenzierte Förderung von Sockel- und Totalsanierungen)
3. durch die Möglichkeit, daß der Grundkostenanteil (er macht beim Erwerb der Wohnung neben dem Baukostenanteil zumeist den größten Teil der Eigenmittel aus) nicht mehr sofort bar bezahlt werden muß.

Gezielte individuelle Hilfen

Einkommensschwächeren wird beim Erwerb und der Bezahlung der laufenden Kosten der Wohnung speziell geholfen

1. durch das Eigenmitteldarlehen, das 100 Prozent der Eigenmittel abdeckt bei Gemeindewohnungen, bei Wohnungen, wo der Grundkostenanteil nicht sofort in voller Höhe zu bezahlen ist und bei Wohnungen, für deren Vergabe die Gemeinde das Vorschlagsrecht hat (künftig 50 Prozent aller geförderten Neubaumietwohnungen, bisher 25 Prozent)
2. durch die Wohnbeihilfe, wobei künftig als Wohnungsaufwand auch die Rückzahlung des Eigenmitteldarlehens als solches gewertet wird.

Behinderten wird dadurch geholfen, daß

1. künftig bei jedem geförderten Neubau die rollstuhlgerechte Erreichbarkeit der Hauszugänge und Aufzüge sowie eine Mindestbreite von Türen vorgeschrieben ist, und daß
2. künftig der nachträgliche Einbau behindertengerechter Maßnahmen im Haus oder in der Wohnung erleichtert wird.

Transparente Wohnungsvergabe

Um die Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen transparenter zu machen, erhält die Gemeinde Wien (das Wohnungsberatungszentrum) das Vorschlagsrecht für die Vergabe von 50 Prozent aller mit Förderung neuerrichteten Mietwohnungen und 25 Prozent aller mit Förderung sanierten Wohnungen.

Sicherung der Wohnversorgung - Aufträge für die Wirtschaft

Um das Wohnungsangebot in Wien zu vergrößern und damit die Wohnversorgung auch der Einkommensschwächeren zu sichern, wird der Förderung der Mietwohnung Vorrang gegenüber der Eigentumswohnungsförderung eingeräumt. Eigentumswohnungen als individuelle Kapitalanlage führen zu hohen, teils spekulativen Kosten bei Verkauf oder Vermietung. Die Stadt Wien betrachtet es als ihre vordringliche Aufgabe, ein entsprechend großes und auch leistbares Wohnungsangebot durch die Förderung des Mietwohnungsbaus sicherzustellen.

Durch die Förderung von 4.000 Neubauwohnungen (davon rund 80 Prozent Mietwohnungen sowie 20 Prozent Eigentumswohnungen und Eigenheime) sowie ein Investitionsvolumen von drei Milliarden Schilling in der Stadterneuerung (Wohnhaussanierung und Wohnungsverbesserung) soll diese Wohnversorgung verbessert und ein kontinuierlicher Auftragsfluß für die Wirtschaft garantiert werden.

Beschlußfassung am 24. Februar

Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz soll voraussichtlich in der Sitzung des Wiener Landtages am 24. Februar 1989 beschlossen werden und kurz darauf in Kraft treten. (Forts. mögl.)
ah/gg/rr

Forts. von Blatt 209

Grippewelle in Wien

Vergangene Woche 24.000 Neuerkrankungen

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der grippeerkrankten Wienerinnen und Wiener ist weiter gestiegen: Wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, ist die Zahl der Neuerkrankungen an Grippe bzw. an grippalen Infekten um rund 24.000 (in der Woche vorher waren es 20.000 Neuerkrankungen) gestiegen. Der Ärztenotdienst hatte am vergangenen Wochenende 465 „Grippe-Einsätze“ zu verzeichnen. Die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, erreichte bereits 4,2 Prozent der Beschäftigten, und von den Wiener Schülerinnen und Schülern fehlten 8,6 Prozent (in der Woche vorher waren es 6,6 Prozent) infolge eines grippalen Infektes. Nach Meinung der Gesundheitsbehörden dürfte der Höhepunkt der derzeitigen Grippewelle, was die Zahl der Neuerkrankungen betrifft, in den nächsten Tagen erreicht werden. Eine genauere Prognose dürfte jedoch erst in den nächsten ein, zwei Tagen vorliegen.

Situation in den Spitälern

Die Situation in den städtischen Spitälern hat sich anfang dieser Woche ebenfalls leicht entspannt. Trotz der täglichen Aufnahmen infolge der Neuerkrankungen ist die Zahl der Not- bzw. Gangbetten in den internen und chirurgischen Abteilungen der Spitäler von 185 in der Vorwoche auf nunmehr 156 zurückgegangen. Hier hat vor allem die Einrichtung von 100 Notbetten in den städtischen Pflegeheimen eine spürbare Entlastung der Akutkrankenhäuser gebracht. Auch die angespannte Situation im Personalbereich der städtischen Spitäler hat sich etwas gebessert. So sind gegenwärtig noch 12,5 Prozent (in der Vorwoche waren es 16 Prozent) des Pflegepersonals bzw. der Ärzte im Krankenstand. (Schluß) zi/rr

Mayr: Kostensenkung als wichtigstes Ziel des neuen Wohnbauförderungsgesetzes

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Als wichtigstes Ziel des neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes nannte Vizebürgermeister Hans MAYR in der Pressekonferenz am Dienstag die Senkung der Herstellungs- und Finanzierungskosten im Wohnbau und bei der Sanierung. Der Durchschnittsverdiener müsse sich eine geförderte, neuwertige Wohnung auch ohne Subjektförderung leisten können. Individuelle Hilfe sollte nur für wirklich sozial Schwache da sein, meinte Mayr. Er könne sich vorstellen, daß ein Kostendruck auf die Bauträger erreicht werden müsse, der hohe Qualität zu niedrigen Preisen bestmöglich in ein ausgewogenes Verhältnis bringe.

Nehrer: Kommunalen Wohnbau hat Vorbildfunktion

Höchstes Lob spendete der Präsident der Ingenieur- und Architektenkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Architekt Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, dem gegenwärtigen kommunalen Wohnbau in Wien. Nehrer sagte, daß der kommunale Wohnbau in den letzten Jahren wieder internationale Wertschätzung erlangt habe, und Wien damit auch seine kulturelle Verantwortung beispielgebend erfülle. Das Bemühen der Gemeinde, im Wohnbau für Qualität zu sorgen, könne sich sehen lassen, meinte Nehrer. Der Präsident der Architektenkammer trat dafür ein, daß auch private Bauträger den hohen Qualitätskriterien unterworfen werden sollen, die bereits jetzt für den kommunalen Wohnbau gelten. Qualifizierte Fachleute seien heute in der Planung tätig, weshalb er für eine Weiterführung des kommunalen Wohnbaus eintrete. Nehrer befürwortete das Suchen nach neuen Finanzierungsformen, da der Wohnbau teuer geworden sei. Er sprach sich dafür aus, auch das Potential des Selbstbauens zu nützen. Neue Ideen sollten stärker gefördert, und in vielen Bereichen sollte das Mittel des Wettbewerbes eingesetzt werden. Der kommunale Wohnbau in Wien sei jedenfalls auf dem Weg zum Erfolg, meinte der Präsident der Architektenkammer. (Schluß) ah/rr



60984 81800

